

SPD-VERBUNDENE TAGESZEITUNGEN ZWISCHEN 1945 UND 1959

**EIN BEITRAG ZUR KLÄRUNG DER PRAKTISCHEN
PRESSEPOLITIK DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS IN DER NACHKRIEGSZEIT**

Dissertation

Zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
am Fachbereich Kommunikationswissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Thomas Simeon M.A.
geb. Krüger
aus Darmstadt

Berlin 1983





Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546618_0008

SPD-VERBUNDENE TAGESZEITUNGEN ZWISCHEN 1945 UND 1959

**EIN BEITRAG ZUR KLÄRUNG DER PRAKTISCHEN
PRESSEPOLITIK DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS IN DER NACHKRIEGSZEIT**

Dissertation

Zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie
am Fachbereich Kommunikationswissenschaften
der Freien Universität Berlin

vorgelegt von Thomas Simeon M.A.
geb. Krüger
aus Darmstadt

Berlin 1983

Fachbereichssprecher:
Referent:
Koreferent:
Tag der mündlichen Prüfung:

Prof. Dr. Henning Rischbieter
Prof. Dr. Axel Zerdick
Prof. Dr. Elisabeth Löckenhoff
22. Februar 1983

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	1
1. Pressepolitik in der Lizenzphase 1945 - 1949	7
1.1. Allgemeine Bedingungen auf dem Pressesektor nach 1945	7
1.1.1. Beschlagnahme und alliierte Kontrolle	7
1.1.2. Kollektivschuldthese und Reeducation	9
1.1.3. Lizenzierungspolitik	13
1.1.4. Exkurs: Zum strukturellen Charakter des Lizenzsystems	17
1.2. Lizenzierungspolitik und Parteipresse in den westalliierten Besatzungszonen	23
1.2.1. Amerikanische Zone	24
1.2.1.1. Die Verhinderung einer Parteipresse	24
1.2.1.2. Die Bestrebungen der SPD nach Rückgabe von Parteieigentum und Zulassung von Parteizeitungen in der amerikanischen Zone	30
1.2.1.3. Lizenzierungspraxis in der amerikanischen Zone	36
1.2.2. Britische Zone	41
1.2.2.1. Allgemeine Pressekonzeption	41
1.2.2.2. Die Auseinandersetzung um die Stellung der Lizenzträger a) Verhältnis der Lizenzträger untereinander b) Lizenzträger und Partei c) Journalisten und Lizenzpresse	44
1.2.2.3. Die Arbeit der Landespresseausschüsse	56
1.2.3. Französische Zone	63
1.2.4. Sowjetische Zone	67
1.3. Die Wieder-Anfänge der „SPD-Presse“	74
1.3.1. Die Gründung der partei-verbundenen Zeitungen	74
1.3.2. Die Gründung der „Konzentration-GmbH“	80
1.3.3. Auflagenneufestsetzungen nach den Wahlergebnissen 1946/47	87



1.3.4.	Die Eigentumsfrage und das Organisationsprinzip der „SPD-Presse“	92
1.3.4.1.	Restitutionsbemühungen	93
1.3.4.2.	Besitzverhältnisse	99
1.3.4.3.	Mitbestimmung	107
1.4.	Konzeptionelle Vorstellungen zur Funktion und Gestaltung der „SPD-Presse“	110
1.5.	„Antikommunismus“ als publizistisches Bezugssystem der SPD-Presse	122
1.6.	Die SPD-Presse am Ausgang der Lizenzphase	130
1.6.1.	Währungsreform, freie Konkurrenz und der Übergang zum täglichen Erscheinen	130
1.6.2.	Die Stellung der SPD-Tageszeitungen am Ausgang der Lizenzphase	139
1.6.3.	Die Vorbereitungen der SPD für die Lizenzfreigabe	143
2.	Die SPD-Tageszeitungen 1949 bis 1953 in der Phase der ersten Pressekonzentrationswelle	148
2.0.1.	Vorbemerkung — Zur Quellenlage	148
2.1.	Die Rückkehr der Altverleger / Zeitungsneugründungen	150
2.2.	Erste Pressekonzentrationswelle	155
2.2.1.	Die Vergabe der GARIOA-Kredite	160
2.2.1.1.	Die Stellung der SPD zu den GARIOA-Krediten	163
2.3.	Die Lage der SPD-Tageszeitungen nach Abschluß der Konzentrationswelle 1953	167
3.0.	Der sogenannte „Publikumsgeschmack“. Umfrageergebnisse zur Einschätzung der Parteipresse in der Bevölkerung	175
3.1.	Die Bestimmung des sozialdemokratischen Generalanzeigers	190
3.1.1.	Parteiinterne Kritik	199
3.1.2.	Die integrativen Tendenzen innerhalb der Verlage	206
3.1.3.	Die realen Parteibindungen	214

3.2.	EXKURS:	
	Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Parteipresse	226
4.	Zusammenfassung und Thesen	
4.1.	Zusammenfassung	231
4.2.	Thesen	234
ANHANG		
	Liste der Schaubilder und Tabellen	237
	Anmerkungen	239
	Literaturliste	265

„Die praktischen Aussichten sind darum beschränkt. Wer überhaupt Vorschläge anmeldet, macht leicht sich zum Mitschuldigen. Die Rede von einem Wir, mit dem man sich identifiziert, schließt bereits Komplizität mit dem Schlechten ein und den Trug, guter Wille und Bereitschaft zu gemeinsamem Handeln vermöchten etwas zu erreichen, wo jener Wille ohnmächtig ist und die Identifikation mit dem *hommes de bonne volonté* eine verkappte Gestalt des Übels. Reine Gesinnung jedoch, die sich Eingriffe versagt, verstärkt ebenfalls, wovor sie zurückschreckt. Den Widerspruch zu schlichten steht nicht bei der Reflexion; ihn diktiert die Verfassung des Wirklichen. In einem geschichtlichen Augenblick aber, da allerorten Praxis abgeschnitten dünkt, die aufs Ganze sich bezöge, mögen selbst armselige Reformen mehr Recht annehmen, als ihnen an sich gebührt.“

(Theodor Wiesengrund ADORNO: Eingriffe. Neun kritische Modelle. Vorwort. Frankfurt. 7. Auflage 1971. ohne Seitenzahl.)

EINLEITUNG

In der öffentlichen Meinung existiert eine fast einstimmige Auffassung zu den Tageszeitungen der Sozialdemokratischen Partei: nach 1945 sei ein großes Erbe verspielt worden. Unfähige Parteifunktionäre als Verleger hätten die wirtschaftlich gesunden Unternehmen in den Ruin getrieben. Im demokratischen Nachkriegsdeutschland sei eine dezidierte Parteipresse nicht mehr gefragt gewesen.

Diese Urteile in der veröffentlichten Meinung haben die historische Entwicklung auf ihrer Seite. Heute erscheint fast keine Tageszeitung mehr, an der die SPD politisch oder finanziell beteiligt ist. Die Zahl der SPD-verbundenen Zeitungen ist auf ein Minimum geschrumpft, während in der Anfangsphase der Bundesrepublik die SPD-Presse durchaus noch eine gewisse Rolle spielte. Doch die Voraussetzungen dieser gängigen Einschätzung, so plausibel sie sind, halten einer exakten wissenschaftlichen Überprüfung nicht stand. Streng definitorisch hat es nach dem Zweiten Weltkrieg keine SPD-eigene Presse gegeben wie in der Zeit vor 1933. Presseorgane im Besitz der Partei waren nach 1945 die Ausnahme und nicht die Regel. Die Mehrzahl der als SPD-Presse titulierten Zeitungen war unterschiedlich eng der Sozialdemokratie verbunden und nur bedingt juristisch oder ökonomisch von der Partei abhängig. Mit dem Ausdruck SPD-Presse wird ein Zusammenhang unterstellt, der realiter in reiner Form nicht existierte.

Doch die Unabhängigkeit davon, wie die Beziehungen zwischen SPD und SPD-verbundenen Tageszeitungen konstruiert waren, es bedarf einer Erklärung, warum diese Gruppe von Tageszeitungen so wenig erfolgreich operierte. Dabei wäre es unzutreffend, den engen, aber subtilen Konnex zwischen Partei und parteiverbundener Tagespresse leugnen zu wollen wie es aber auch verfälschend wäre, das Schicksal dieser Zeitungen monokausal aus der Struktur der Sozialdemokratie erklären zu wollen.

Unter den gegebenen Bedingungen und mit dem verfügbaren Material

versucht die vorliegende Arbeit, ansatzweise Antworten auf diese Fragen zu geben. Aufgrund des zwiespältigen Charakters des Untersuchungsgegenstandes verläuft auch die Argumentation nicht widerspruchsfrei und deshalb gelangt die Arbeit auch nicht zu einem uneindeutigen Ergebnis.

Dieser unbefriedigende Umstand beruht u.a. auch auf mehrerer objektiven Einschränkungen:

- Die Arbeit behandelt ausschließlich die Phase zwischen dem Ende des Faschismus und dem Godesberger Parteitag der SPD. Ausgespart bleibt die lange Pressetradition der Sozialdemokratie seit ihrer Gründung sowie der Zusammenbruch der letzten SPD-verbundenen Tageszeitung in der zweiten Welle der Pressekonzentration. In den untersuchten vierzehn Jahren wurden die entscheidenden pressepolitischen Grundlagen entwickelt, deren spätere Folgen im Absterben der SPD-verbundenen Presse mündeten. Die spezifische Situation nach 1945 ließ es nicht zu, daß die SPD bruchlos an ihren Traditionen anknüpfen konnte. Trotzdem ergibt sich eine gewisse Beschränkung, weil die ideologische, personelle und politische Kontinuität auf dem sozialdemokratischen Pressesektor nur ungenügend berücksichtigt werden konnte
- In die Untersuchungsphase fällt auch die Auflösung der vormals engen Triade Partei-Parteipresse-Mitglieder. Die kommunikationssoziologische Struktur der vormals sozialistischen Öffentlichkeit rekonstituiert sich nicht, sondern sie zerfällt zugunsten der klassischen Spaltung bürgerlicher Öffentlichkeit mit sozialdemokratischer Tendenz. Speziell diese Transformation ehemals proletarischer Öffentlichkeit muß aber in der punktuellen Betrachtung von vierzehn Jahren notwendigerweise ausgeblendet bleiben. Um einen solchen Anspruch zu erfüllen, hätte es eines übergreifenden historischen Diskurses und einer umfangreichen Analyse der Politik der SPD in der Bundesrepublik bedurft. Beides wurde nicht geleistet, sondern nur latent angedeutet.
- Selbst die einfache Frage, welche Tageszeitungen zur SPD-verbundenen Presse zu rechnen sind, konnte nicht abschließend beantwortet werden. Politische, gesellschaftliche und juristische Wandlungen haben dazu geführt, daß bei näherer Betrachtung der klare Begriff "SPD-Presse" eher verschwimmt. Exakte Definitionen und entsprechende Klassifizierungen wirken formalistisch.

Erschwerend tritt hinzu, daß sich die privaten Rechts- und Eigentumsverhältnisse den Zugriff einer kritischen wissenschaftlichen Öffentlichkeit weitgehend entziehen. Absolute Klarheit in die wirkliche Struktur der Beziehungen und Verflechtungen zu bringen, war der Arbeit letztlich verwehrt, trotz aller Bemühungen. Und die zuständigen Institutionen waren aus verständlichen Gründen nicht daran interessiert, für eine Dissertation ihre Archive zu öffnen. Noch immer schützt das Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb auch sozialdemokratische Unternehmungen vor außenstehenden Analytikern.

Und um ein Gewerbe handelt es sich trotz Überhöhungen durch die Normen des Grundgesetzes bei allen Zeitungsbetrieben - auch wenn sie der SPD nahestehen.

Zwei prononcierte Auffassung, geäußert in den siebziger Jahren, bringen diese Entwicklung auf den Begriff und zeigen das Spektrum des Themas:

"Also, ich glaube, das Betreiben von eigenen Verlagen und das Durchsetzen von politischen Konzepten zur Ordnung gesellschaftlicher Prozesse sind zwei völlig verschiedene Dinge."*

Dies kommentierte der fragende Journalist:

"Wenn es nur darum geht, Gewinne zu erzielen oder bssser. größere Verluste zu vermeiden - wäre da der Verkauf von Südf Früchten nicht rentabler als der Verkauf von Zeitungen, in denen man sie und den Leser einwickelt."**

Zwischen dieser Haltung und der Auffassung der Gründer der Sozialdemokratie liegen Welten. In einer seiner wenigen Bemerkungen zur Presse führte Karl Marx aus, Kommunikation sei der Austausch von Erfahrungen über die Bedingungen der gesellschaftlichen Produktion:

"Dies gilt für alle Klassen. In den bürgerlichen Kommunikationsmitteln verschafft sich die Bougeoisie Auskunft über die allgemeinen Bedingungen der Reproduktion (die Tätigkeit des Staates) und über die Tätigkeit der Konkurrenz, um die eigene Tätigkeit danach auszurichten, sowohl als Citoyen als auch als Bourgeois."***

Abstrakt - so Marx - ist die Presse die allgemeinste Art der Individuen, ihr geistiges Dasein mitzuteilen:

"Ihr geistiges Dasein beruht jedoch auf dem System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, das die Individuen in

* Heinz Ruhnau in **

** Hans Georg Ossenbach: Auf der Suche nach dem Leser. Manuskript einer Fernsehsendung des Westdeutschen Rundfunks vom 30.5.1972. S.18.

*** Karl Marx: Grundrisse einer Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1973. S.423.

Klassen spaltet. Mit der antagonistischen Spaltung in Klassen schreitet auch die Spaltung der Mitteilungsform ihres geistigen Daseins in der Presse voran."*

Etwas pragmatischer formulierte es der immer noch in der SPD angesehene Franz Mehring:

"Die Aufgabe der Parteipresse fällt zusammen mit der Aufgabe der Partei."**

Zwischen der ersten Meinung und den Auffassungen sozialdemokratischer Klassiker liegt fast ein Jahrhundert. Ob heute noch von antagonistischen Klassengegensätzen ausgegangen werden kann, ist ebenso umstritten wie die Frage, welche Relevanz der Presse im Zeitalter elektronischer Information zukommt. Und daß die SPD heute nicht mehr das geistige Dasein der Arbeiterklasse organisiert, sondern höchstens noch ihren materiellen Wohlstand im Auge hat, bedeutet noch lange nicht etwas Negatives.

Mit diesen Zitaten sollte im Rahmen der Einleitung nur kurz des Spannungsbogen angedeutet werden, in dem eine sozialdemokratisch orientierte Presse sich bewegt. Die vorliegende Arbeit ist weit unter dieser Ebene angesiedelt. Sie beschränkt sich auf die Darstellung der faktischen pressepolitischen Entwicklung. So liefert die vorliegende Analyse höchstens einen kleinen Beitrag zu den übergreifenden Fragestellungen. Sie präsentiert konkretes Material, ohne Sinnfragen zu beantworten.

Abschließend sei noch ein politischer Hinweis gestattet: Die Darstellung der Geschichte der SPD-Presse wäre sicher besser gelungen, wenn die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre Archive geöffnet hätte. Die umfangreiche Korrespondenz zwischen Prof. Dr. Fritz Eberhard und dem Verfasser einerseits sowie den verschiedenen Stellen der SPD brachte kein greifbares Ergebnis. Entweder wurden diese Schreiben ignoriert oder abschlägig beschieden. Den Höhepunkt dieser vergeblichen Versuche, Zugang zu unveröffentlichten Materialien zu erlangen, bildete der öffentliche Hinweis im "SPD-Magazin" vom Dezember 1980, der ehemalige Schatzmeister Nau und Fritz Heine hätten jetzt dem Archiv der Friedrich-Ebert-Stiftung 20 Aktenordner mit pressepolitischen Inhalten geschenkt. Diese als vorbildlich gepriesene Initiative trug jedoch nicht zur Transparenz bei,

* Karl Marx: Grundrisse einer Kritik der Politischen Ökonomie. Berlin (DDR) 1973. S. 424.

** Franz Mehring: Politische Publizistik. Berlin (DDR) 1964. S. 210.

denn die Anfrage erbrachte die Auskunft, diese Ordner seien selbstverständlich nicht öffentlich zugänglich.

Deshalb muß sich die Arbeit in Detailfragen auf andere Quellen stützen und bei speziellen Problemen mit den ausgewerteten Quellen bei Heinz-Dietrich Fischer vorlieb nehmen.

1. Pressepolitik in der Lizenzphase 1945 - 1949

1.1. Allgemeine Bedingungen auf dem Pressesektor nach 1945

1.1.1. Beschlagnahme und alliierte Kontrolle

Weder aus den Gesetzen einer freien Konkurrenz noch aus einer historisch ungebrochenen Kontinuität können die Grundlagen der heutigen Presse in der BRD, insbesondere die Situation der SPD-Presse, erklärt werden. Der überwiegende Teil der westdeutschen Tagespresse geht auf Gründungen in den ersten Nachkriegsjahren zurück. Ihre Entstehung und Funktion in der westalliierten Besatzungszeit war mehr politisch als ökonomisch bestimmt.

Nach der endgültigen Niederlage des nationalsozialistischen Systems im Mai 1945 übernahmen die alliierten Siegermächte auf allen gesellschaftlichen und politischen Gebieten die alleinige Macht. Die Entfaltung der Politik aus den Eigengesetzlichkeiten der Gesellschaft heraus wurde — wenn auch nur vorübergehend — unterbrochen zugunsten einer von außen aufgezwungenen politischen Neustrukturierung durch die Besatzungsmächte.

Als Sieger versuchten die Besatzungsmächte, dem materiell und gesellschaftlich in Trümmern liegenden Nachkriegsdeutschland ihre gesellschaftspolitischen Vorstellungen zu oktroyieren.

Die berechtigte Kritik an der deutschen Nachkriegsentwicklung vergißt, daß die alleinige politisch-militärische Macht bei den alliierten Militärbehörden lag und daß alle deutschen Klassen- und Interessenverbände niemals real eine Chance hatten, eigene Vorstellungen zur Neuordnung des nachfaschistischen Deutschlands auch umzusetzen. (1) Gerade in Partei- und Pressepolitik fand auf Befehl und unter Anleitung der Siegermächte eine „künstliche Revolution“ (2) statt, deren Ziele allein durch die Vorstellungen der Alliierten bestimmt wurden.

Gemäß den Vorschriften des abgeänderten Militärregierungsgesetzes Nr. 191 vom 12.5.45 wurde die vollständige Kontrolle über alle Massenkommunikationsmittel und Kultureinrichtungen an die Alliierten übertragen, jegliche Tätigkeit auf diesem Gebiet den Deutschen untersagt, sowie alle Produktionsmittel auf diesem Sektor beschlagnahmt und alliierter Kontrolle zugeführt. „Vorbehaltlich anderer Anordnungen oder sonstiger Ermächtigungen durch die Militärregierung wird folgendes verboten: Das Drucken, Erzeugen, Veröffentlichen, Vertreiben, Verkaufen und gewerbliches Verleihen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Broschüren, Plakaten, Musikaalien und sonstigen gedruckten oder mechanisch vervielfältigten

Veröffentlichungen..." (3).

Alle späteren Bestimmungen sind nur genau beschriebene Ausnahmeregelungen des weiter bestehenden grundsätzlichen Verbots. Neben sämtlichen Verlagen, Druckereien und Einrichtungen des nationalsozialistischen Eher-Verlags, der direkt in alliierte Kontrolle überging, waren auch alle übrigen Presseeinrichtungen betroffen: Entweder aufgrund wirtschaftlicher Verflechtungen mit der NSDAP oder dem Reichspropagandaministerium oder indirekt aufgrund des totalen Publikationsverbotes bei gleichzeitiger, zonenunterschiedlich gehandhabter Vermögenskontrolle.

Auch die antifaschistischen Gruppen gehörenden Anlagen, die von der NS-Regierung enteignet worden waren, fielen unter die Beschlagnahmeverordnungen. Erst mit der Kontrollratsdirektive Nr. 50 vom 29. April 1947 wurde den antifaschistischen Gruppen die Rückübertragung in Aussicht gestellt.

„Das Eigentum von Vermögenswerten, die nicht der Verfügung oder dem Gebrauch gemäß Artikel VIII unterliegen und vor ihrer Übertragung an eine der in Artikel I bezeichneten Organisation einer Gewerkschaft, Genossenschaft, politischen Partei oder sonstigen demokratischen Organisation gehört haben, ist auf die betreffende Organisation zurückzuübertragen, vorausgesetzt, daß diese Organisation zugelassen und ihre Bestätigung von dem zuständigen Zonenbefehlshaber genehmigt ist.“ (4)

In der Praxis war die Vermögensrückgabe damit aber noch nicht vollzogen, da sich Parteien und Organisationen erst in langwierigen Verhandlungen als legitime Rechtsnachfolger der demokratischen Organisationen aus der Zeit vor 1933 beweisen mußten. Faktisch behielten die alliierten Stellen bis zur Gründung der BRD und der Aufhebung des Gesetzes Nr. 191 die direkte Verfügungsgewalt über alle Einrichtungen der Massenkommunikation.

Im Bereich der Massenmedien, als selbständigem Teilgebiet betrachtet, hat es tatsächlich einen „Neuanfang“ oder eine „Stunde Null“ gegeben. (5) Durch die alliierte Pressepolitik wurden einschneidende institutionelle Veränderungen durchgeführt, die aber letztlich im Rahmen der allgemeinen Restauration in den Westzonen nur einen oberflächlichen Funktionswandel erbrachten. Abgesehen von dem Eigentum der NSDAP fand keine Enteignung, sondern nur eine Beschlagnahme statt. Die alten Eigentumsverhältnisse blieben unangetastet; geändert wurde nur die Verfügungsgewalt. Zugleich blieb damit auch das Prinzip der privatwirtschaftlichen Organisationsform der Presse unangetastet.

1.1.2. Kollektivschuldthese und Reeducation

Die außergewöhnliche Konsequenz und Härte bei der Durchführung antifaschistischer Maßnahmen auf dem Massenkommunikationssektor durch die Westalliierten finden ihre Begründung in den ideologischen Wurzeln der amerikanischen Deutschlandpolitik. Keiner der auf der Potsdamer Konferenz beschlossenen Kernpunkte der gemeinsamen Deutschlandpolitik aller Siegermächte (Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung und Demokratisierung) (1) wurde von westalliiert Seite so strikt über längere Zeit durchgeführt wie die Anwendung dieser Punkte auf dem Gebiet der Massenkommunikation. Im Gegensatz zum industriellen Bereich, wo die grundsätzliche Umgestaltung bloßes Lippenbekenntnis blieb und schon bald die alten Herrschaftsstrukturen sich wieder etablieren konnten, wurde die Neustrukturierung auf dem Mediensektor am längsten durchgehalten. (2)

Explizit forderte das gemeinsame Potsdamer Abkommen eine dauerhafte Propaganda zur Einschärfung der Kriegsschuld des deutschen Volkes bei allen Besiegten.

„Das deutsche Volk muß überzeugt werden, daß es eine totale militärische Niederlage erlitten hat und daß es sich nicht der Verantwortung entziehen kann für das, was es selbst dadurch auf sich geladen hat, daß seine eigene mitleidlose Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört und Chaos und Elend unvermeidlich gemacht haben.“ (3)

Auf Seiten der westlichen Alliierten, geprägt durch die Führungsmacht USA, nahm die ideologische Umerziehung des deutschen Volkes eine entscheidende Rolle ein.

In der ersten Phase der Besatzungspolitik ging die Militäradministration von einer gleichmäßigen „Kollektivschuld“ aller Deutschen am Faschismus aus.

„Es muß den Deutschen eingeschärft werden, daß die barbarische deutsche Kriegsführung und der fanatische Widerstand der Nazis die deutsche Wirtschaft zerstört haben. Elend und Chaos sind die Folge, und die Deutschen werden sich der Verantwortung, die sie zu tragen haben, nicht entziehen können. Deutschland wird nicht besetzt, um befreit zu werden, sondern weil es ein besiegtes feindliches Land ist... Die Beseitigung von Militarismus und Nazismus in allen ihren Formen ist die unerläßliche Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles.“ (4)

Zwar wurden diese harten Bestimmungen der Geheimdirektive ICS 1067 nicht lange ausgeführt, da sich in der amerikanischen Außenpolitik unter dem Druck des keimenden Bruchs in der Anti-Hitler-Koalition liberale Kräfte durchsetzten, doch die Vorstellung der Kollektiv-

schuld wurde nicht aufgegeben. Statt „Einschärfung“ der Schuld, sollte jetzt das deutsche Volk in seiner Gesamtheit „umerzogen“ werden.

„In der amerikanischen und der britischen Besatzungszone basierte die Besatzungspolitik auf einem Konzept, das den Nationalsozialismus als ein Problem des Bewußtseins, als eine üble Idee auffaßte, die mit der Ausschaltung der Träger dieser Idee und mit der Umerziehung des deutschen Volkes gänzlich ausgerottet werden konnte.“ (5)

Mit wissenschaftlicher Unterstützung durch führende amerikanische Sozialwissenschaftler wurde dieser psychokulturelle Erklärungsansatz zur Entstehung des Faschismus als spezifisch deutscher Charaktereigenschaft in entsprechende Programme umgesetzt.

Diese psychologisch-individuelle Erklärung der Faschismuserstehung fand zunehmend auch Eingang in die offiziellen Vorstellungen der westlichen Besatzungsmacht und bildete die Grundlage der ICS Direktive 1779, die die Direktive 1067 ablöste. Wie zutreffend auch immer im einzelnen die Erkenntnisse über den autoritären Charakter der Deutschen sein mögen — dies kann hier nicht ausdiskutiert werden — die darauf basierende Politik lenkte jedoch von den entscheidenden gesellschaftlichen Problemen ab. Zum einen wurden tiefgreifende soziale Reformen zur gesellschaftlichen Veränderung der materiellen Grundlagen zugunsten individueller Maßnahmen vernachlässigt. Zum anderen wurde diese Umerziehung völlig unspezifisch umgesetzt. Selbst Demokraten und Anhänger antifaschistischer Parteien, die keine Mitläufer geworden waren, wurden mit einbezogen. Man ging davon aus, daß 12 Jahre Faschismus auf alle gewirkt haben müßten.

„Die amerikanische Umerziehung stellte den Versuch dar, die durch die totale Niederlage in Deutschland entstehenden Veränderungen und Bedürfnisse entsprechend den amerikanischen politischen und ökonomischen Interessen soziefunktional zu verwalten. Umerziehung bedeutete nicht die Mobilisierung derjenigen psychischen Energien und gesellschaftlichen Potentiale, die eine Zerschlagung der objektiven und subjektiven Voraussetzungen des Nationalsozialismus zum Ziel hatten.“ (6)

In der Praxis führte dieses Verständnis dazu, daß in einem ersten Schritt die Haupt-Produzenten der faschistischen Ideologie, Massenmedien und Bildungsinstitutionen, aufgelöst und unter schärfste Kontrolle gestellt wurden, und daß in einem zweiten Schritt dieses Vakuum mit der Übernahme und dem Aufbau neuer Institutionen mit „demokratischen“ Inhalten gefüllt werden sollte. Dabei wurden die Einrichtungen der jeweiligen

Heimatländer der westalliierten Besatzungsmächte kritiklos zum Vorbild genommen.

„Erklärt man den Faschismus zu einem Problem des Charakters, müssen notwendige Veränderungen auf der Ebene des Bewußtseins ansetzen. Umerziehung oder reeducation auf den Gebieten der Kultur, des Erziehungswesens und der Massenkommunikation sollten denn auch als Heilmethoden für die deutsche Krankheit dienen.“ (7)

Gerade auf dem Pressesektor, wo der Versuch der Übertragung und Durchsetzung anglo-amerikanischer Formen des Pressewesens unternommen wurde, konnten unabhängig davon entwickelte Vorstellungen der sich wieder gründenden Parteien nur störend wirken, sie wurden folgerichtig — wie noch dargestellt werden wird — entsprechend dem Willen der Besatzungsmächte kanalisiert. Die Bemühungen der demokratischen Parteien, direkt an ihren Kommunikationsformen aus der Zeit vor 1933 anzuknüpfen, paßte nicht in die alliierten Vorstellungen der Umerziehungspolitik, die alle Bezüge zu Weimar vermeiden wollte. (8)

1.1.3. Lizenzierungspolitik

Zu Beginn der Besatzungszeit waren die westalliierten Vorstellungen zum Pressewesen noch weitgehend diffus und unkoordiniert. Erst im Verlauf der konkreten Konfrontation mit den realen Bedingungen im besetzten Deutschland bildete sich allmählich eine einheitliche Programmatik. Dominiert durch die Pläne der US-Behörden und der ihr angeschlossenen Pressekontrollbehörden — ehemalige Abteilungen für psychologische Kriegsführung, die zum Teil mit deutschstämmigen Offizieren und Emigranten besetzt waren (1) — kristallisierte sich ein Drei-Stufen Modell heraus:

1. Auflösung der nationalsozialistischen Presse, totale Nachrichtensperre, Aufrechterhaltung der Ordnung mit Hilfe militärischer Mitteilungsblätter;
2. Gründung von Militärzeitungen, hergestellt und redigiert durch alliierte Pressebehörden;
3. Zulassung von deutschen Zeitungen unter direkter Kontrolle der Militärbehörden. (2)

Auf Druck der Presseoffiziere und in Konkurrenz zur Praxis in der sowjetischen Besatzungszone wurde die erste Phase schnell beendet, eine relative Vielzahl von Armeezei-

tungen für die deutsche Bevölkerung gegründet und gleichzeitig die dritte Phase, die Lizenzierung deutscher Zeitungen eingeleitet.

Schon zusammen mit der 1. Abänderung des Militärgesetzes 191 vom 12. Mai 1945 wurde die Nachrichtenkontrollvorschrift Nr. 1 erlassen, die bestimmte, unter welchen Bedingungen einzelne, durch Gesetz Nr. 191 (3) verbotene Tätigkeiten zugelassen werden.

„Nur auf Grund einer schriftlichen Zulassung der Militärregierung und in Übereinstimmung mit den Vorschriften solcher Genehmigung und den Bestimmungen und Anweisungen der Militärregierung werden zugelassen: a) Das Veröffentlichen von Zeitungen, Magazinen, Zeitschriften, Büchern, Plakaten, Musikalien, Broschüren oder sonstigen Veröffentlichungen.“ (4)

Mit dieser Ausnahmeregelung von dem weiterbestehenden allgemeinen Verbot sollte erreicht werden, daß unter direkter Kontrolle der Militärregierung deutsche Presseorgane das Informationsvakuum füllen und die Ziele der westalliierten Deutschlandpolitik öffentlich vertreten sollten. Den interessierten und nicht belasteten Deutschen wurde somit eine Möglichkeit geboten, sich in völliger juristischer Abhängigkeit am Aufbau eines neuen Pressewesens zu beteiligen.

Die Möglichkeit der Lizenzvergabe bedeutete nicht die Rückkehr zur Gewerbefreiheit. Vielmehr etablierten die westalliierten Behörden ein streng an politischen Kriterien orientierten Selektionsverfahren, daß nicht an ökonomische Bedingungen geknüpft war.

Die Auswahl der Bewerber und die technisch-organisatorische Gründung neuer Verlage oblag Lizenzierungsteams, die bei den alliierten Pressekontrollorganen gebildet wurden. Entsprechend den Richtlinien der allgemeinen Umerziehungspolitik und geprägt von den persönlichen Vorstellungen der Presseoffiziere, sollten diese Lizenzzeitungen (Zulassungszeitungen) nicht nur gegenüber der nationalsozialistischen Presse, sondern auch gegenüber dem Pressewesen der Weimarer Republik neue demokratische Formen propagieren.

Die Ideale der anglo-amerikanischen Presseethik — objektive Berichterstattung, Trennung von Nachricht und Kommentar — und die Technik des amerikanischen Nachrichtenaufbaus sollten gegen die Formen der ehemaligen unpolitisch-reaktionären Generalanzeigerpresse und der vielfältigen Parteipresse, die beide die genannten Kriterien niemals erfüllt hatten, durchgesetzt werden. Speziell der Hugenbergkonzern mit seinem

Materndienst wurde als reaktionärer Wegbereiter des Faschismus herausgestellt. Jede Form von abhängigen Kleinzeitungen sollte vermieden werden. (5)

Diese Vorschriften hinderten sämtliche deutsche Lizenzträger, ob parteiunabhängig oder parteilich engagiert, an deutschen Presse-Traditionen anzuknüpfen. Die anglo-amerikanischen Leitbilder konnten durch die detaillierteren Betriebsanweisungen, die Vor- und spätere Nachzensur durch die Presseoffiziere auch verwirklicht werden, zumal als Anwärter auf eine Lizenz keine ehemaligen deutschen Journalisten in Frage kamen. Die Lizenzträger wurden nach politischen und erst in zweiter Linie nach fachlichen Kriterien in umständlichen Gesprächen und Tests ausgewählt.

„Weder aktive Faschisten noch ehemalige Verleger konnten sich bewerben, auch versuchte man nach offiziellen Aussagen reaktionären Antinazis und ehemaligen Starjournalisten ohne Parteibuch keine Lizenz zu geben... Letztlich lag die personelle Auswahl der Lizenzträger in der subjektiven Entscheidung des jeweils zuständigen Presseoffiziers.“ (6)

Um die direkte Kontrolle zu gewährleisten und auf dem Hintergrund des Ideals einer „unabhängigen“ Presse wurden die Lizenzverlage rechtlich so konstruiert, daß der oder die Lizenzträger zwar allein verantwortlich, aber als Treuhänder der lizenzgebenden Besatzungsmacht fungierten.

Jede Mitwirkung oder Beteiligung von Dritten wurde explizit ausgeschlossen.

„...daß keine Personen, die nicht in diesem Gesuch als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist, irgendeinen Anteil an dem Nutzen aus diesem Geschäftsunternehmen erhält, ferner daß kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche Erlaubnis der Militärregierung zurückbehalten wird.“ (7)

Mit diesen Bestimmungen waren die Parteien oder Organisationen als Gruppen prinzipiell von einer direkten Beteiligung an den Lizenzzeitungen ausgeschlossen. Nur Einzelpersonen konnten sich bewerben.

Durch den Zuschnitt auf den einzelnen Lizenzträger wurde so nach außen die „Unabhängigkeit“ der Zeitungen hergestellt, jedoch gleichzeitig die totale Abhängigkeit von den Militärbehörden bewußt verfestigt. Die Lizenzträger, die kaum eigene finanzielle Mittel in den einzurichtenden Betrieb einbringen mußten, aber andererseits die inhaltliche und

geschäftliche Alleinverantwortung für den Verlag übertragen bekamen, waren aufgrund ihres treuhänderischen Status bei keinem ihrer Schritte unabhängig.“ Rechtlich betrachtet stellt die Lizenz eine einseitige obrigkeitsstaatliche Erlaubnis dar — keinen zweiseitigen Vertrag —, der die Gewerbebefreiung qua Hoheitsakt des Souveränitätsträgers beseitigt.“ (8)

„Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar, sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden.“ (9)

Die später einsetzende Identifikation der Presseoffiziere mit „ihren“ Zeitungen, die schrittweise Abschaffung der Vor- und Nachzensur sowie die gewährte geschäftliche Selbständigkeit darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Lizenzträger objektiv die Erfüllungsgehilfen der pressepolitischen Vorstellungen der Westalliierten waren. Bis in die kleinsten Einzelheiten schrieb man ihnen die Gestaltung der Zeitungen vor, nur die — in der heutigen Begrifflichkeit ausgedrückt — „Detailkompetenz“ blieb ihnen überlassen. (10)

Wie eng der Spielraum für die Eigenvorstellungen der Lizenzträger gezogen war, zeigen die Fälle von Lizenzentzug bei mißliebigen Lizenzträgern nach den Bestimmungen der Press-Control Durchführungsanweisung Nr. 1.

„Der Widerruf der Lizenz eines einzelnen Gesellschafters bewirkt dessen sofortiges Ausscheiden aus der Gesellschaft...

Die Lizenz kann von der NKA (Nachrichten-Kontroll-Amt, d. Verf.) bei Vorliegen eines der folgenden Gründe widerrufen werden: a) Schwerer Verstoß gegen die Lizenzbedingungen z.B. Förderung politischer Tendenzen, die den Besatzungsbehörden abträglich sind...

b) Der dritte geringfügigere Verstoß gegen die Bedingungen, unter denen die Lizenz erteilt wurde..." (11)

„Die Dauer der einzelnen Phasen, durch welche die deutsche Presse, das deutsche Theater und das deutsche Verlagswesen hindurchgehen müssen, um sich vollständiger Freiheit würdig zu erweisen, ist daher zum Teil vom Verhalten der Lizenzträger abhängig. Jeder einzelne Lizenzträger ist Treuhänder für einen lebenswichtigen Teil der Zukunft Deutschlands. Durch Beantragung und Entgegennahme der Lizenz hat er seine Absicht bekundet, sich im öffentlichen Interesse zu betätigen mit dem Ziel, Freiheit in einer Demokratie zu erlangen.“ (12)

Unter diesen Umständen ist erklärlich, daß keiner der so individualisierten und als zukünftige Elite herausgestellten Lizenzträger ein Interesse daran haben konnte, durch Unterstützung oder Zusammenarbeit mit den entstehenden Parteien seine gewonnene Position zu gefährden. Nur die Anpassung an die inhaltlichen Vorstellungen der Lizenzgeber, von denen er rechtlich als völlig rechtloser Treuhänder abhängig war, und nicht die Orientierung an den noch einflußlosen Parteien aller Richtungen bot eine Garantie für die Erhaltung der Lizenz und den damit verbundenen materiellen Privilegien. Jeder Versuch der Einflußnahme durch ihm nahestehende Parteien auf die Zeitung mußte dem Lizenzträger als potentielle Bedrohung seiner Lizenz erscheinen. So wurde die „Unabhängigkeit“ der Lizenzzeitungen durch materiellen Druck durchgesetzt.

Wenn auch die materiellen Bedingungen der Besetzungszeit eine freie Konkurrenz der Lizenzzeitungen anfänglich nicht zuließen (Papierzuteilung, festgelegte Auflage und Preis, klare Begrenzung des Verbreitungsgebietes) und damit den Lizenzzeitungen eine monopolähnliche Stellung verschafft wurde, die prinzipiell neue Organisationsformen ermöglicht hätte, so wurde doch durch die Pressekontrollbehörden sofort wieder das privatwirtschaftliche Organisationsprinzip als einzige Form verordnet.

„1. Zu treffende finanzielle Abmachungen werden in solcher Weise abgeschlossen werden, daß die Zulassungsinhaber während der Besetzungsdauer, falls sie geschäftstüchtig sind und die Zulassungsbedingungen einhalten, genügend Mittel erwerben, damit sie finanziell stark genug sind, um beim Ankauf der beschlagnahmten Anlagen oder anderer angemessener Anlagen gegen andere Parteien konkurrieren zu können...

(...)

3. Die folgenden finanziellen Verpflichtungen müssen bei der Abfassung der Gesellschaftsverträge beachtet werden:

Der Vertrag muß eine gerechte Verteilung des Gewinns vorsehen, Rechte etwaig ausscheidender Gesellschafter schützen, und den Aufbau eines gesunden Zeitungsverlagsbetriebes zum Ziel haben.

(...)

7. Alle Einnahmen, nach Abzug der Miete, Gebühren für Nachrichtendienste oder besondere Zahlungen für requiriertes Material sind als Eigentum der Zulassungsinhaber anzusehen. Sie sind verpflichtet, das Unternehmen nach besten Geschäftsgrundsätzen zu betreiben.“ (13)

Als verbindliche Gesellschaftsformen wurden vorgeschrieben: Einzelhandelsfirma, Offene Handelsgesellschaft, Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Kommanditgesell-

schaft. (14) Die Mehrzahl der Lizenzzeitungen wählte die Form der GmbH.

„Der Lizenzträger oder Registrant hat als Gegenstück zu der ihm auferlegten Verantwortung auch das Recht, die ihm erlaubte Tätigkeit im eigenen Namen und für eigene Rechnung auszuüben.“

(Es) „...stehen daher dem Registranten allein die Erträge des von ihm geführten Betriebes zu.“ (15a)

Durch die verordnete privatwirtschaftliche Unabhängigkeit unterhalb der politisch-publizistischen Abhängigkeit sollte die Existenz der Lizenzverlage gesichert werden, deren Zeitungen auf den beschlagnahmten Anlagen der früheren Druckereibesitzer und Verleger hergestellt wurden. Solange die Gewerbefreiheit im Pressesektor suspendiert war, daß heißt die sogenannten Altverleger ihre Anlagen nicht nutzen durften, waren die neuen Lizenzverlage gehalten, durch Erzielung von Gewinnen eigene Produktiosmittel zu erwerben. Nur so konnten die Lizenzverlage sich aus der materiellen Abhängigkeit von den durch Zwangspachtverträge an sie gebundenen Altverlegern lösen und einen gesunden Zeitungsverlagsbetrieb aufbauen. Der anvisierte Eigentums und Gewinnanreiz für die Lizenzverleger schaffte eine persönliche Bindung an die privatwirtschaftliche Organisationsform der Presse, deren Gewerbecharakter mit veränderten politischen Zielsetzungen erhalten blieb.

Höchstens symbolischen Wert hatten die Eigenmittel, die die Lizenzträger in die neuen Gesellschaften einbringen mußten, sie beliefen sich auf 10 000 oder 20 000 Reichsmark. Dafür erhielten sie aber ein Unternehmen, viele materielle Vorteile, wie z.B. fahrbereite Fahrzeuge, Telefonanschlüsse und andere Vergünstigungen.

„Am allerwichtigsten aber war das Monopol, das ihnen zugestanden worden war, in jener sachwerthungrigen Zeit ein bezugscheinfreies Wirtschaftsgut zu liefern — die Nachrichten, nach denen jedermann fieberte.“ (16)

Doch trotz aller Bemühungen gelang „es kaum einem Lizenzzeitungsverlag vor der Währungsreform einen halbwegs leistungsfähigen Betrieb zu errichten“ (17), was sie statt in die Unabhängigkeit noch stärker in die Abhängigkeit der westalliierten Pressebehörden brachte, die die finanzschwachen Unternehmen mit Krediten auch weiterhin direkt oder indirekt unterstützen mußten. (18)

Jedoch gelang es insgesamt in der Lizenzphase den westlichen Besatzungsmächten, ein

neues leistungsfähiges Pressewesen nach anglo-amerikanischem Vorbild zu installieren, das die gesamte Entwicklung der westdeutschen Tagespresse bis heute entscheidend beeinflusst hat. Diese Lizenzierungspolitik bewirkte: Errichtung unabhängiger, demokratischer Presseunternehmen mittlerer Größe auf kapitalistischer Grundlage; inhaltlich eine totale Übernahme anglo-amerikanischer Presseformen und die Ausschaltung des Wiederaufbaus einer direkt von politischen Organisationen kontrollierten Parteipresse.

Rückblickend begründet Alfred Frankenfeld einsichtsvoll, warum es in der Lizenzphase zu keiner Veränderung der Organisationsstruktur und der Besitzverhältnisse aus der Sicht der Verantwortlichen kommen durfte:

„Das hätte freilich eine Revolution in der deutschen Zeitungsstruktur herbeigeführt, und auf diesem Gebiet Verhältnisse geschaffen, die in Westeuropa nicht oder kaum anzutreffen sind. Das Recht auf Eigentum hätte für einen größeren Bereich der Produktion eine empfindliche Einschränkung erfahren, die zugleich Präzedenzfälle möglicherweise für andere Bereiche der wirtschaftlichen Betätigung geschaffen hätte. Zu solch kühnem Unterfangen war schließlich niemand bereit, so daß die kapitalistische Struktur auch im deutschen Zeitungswesen erhalten geblieben ist.“
(19)

1.1.4. EXKURS:

Anmerkungen zum strukturellen Charakter des Lizenzsystems

In der wissenschaftlichen Diskussion der Lizenzphase herrscht über die theoretische Einordnung dieses Prozesses eine relative Unsicherheit. Besonders die Erklärung der späteren bruchlosen Umwandlung von Lizenz in Eigentum fällt schwer. Die Aufhebung des Lizenzsystems und dessen Folgen werden zwar kritisch konstatiert, entziehen sich aber einer allgemeinen Erläuterung. Für die weitere Arbeit soll von einem Erklärungsversuch ausgegangen werden, der das Lizenzsystem nicht primär politisch und ökonomisch, sondern strukturell zu begreifen sucht. Strukturell bedeutet in diesem Zusammenhang, abstrahierend von den konkreten historischen Bedingungen, charakterisierende Merkmale und Eigenschaften herauszuarbeiten, die system- und gesellschaftsunabhängig die Beziehungen im Rahmen des Lizenzsystems verdeutlichen.

Unter diesem Blickwinkel stellt das Lizenzsystem eine zeitlich begrenzte Refeudalisie-

rung dar, die den Austausch der Eliten im Pressesektor herstellen sollte. Die Analogie zwischen Lizenzsystem und Feudalstrukturen bietet sich aufgrund der quasifeudalen Abhängigkeiten und dem aus absolutistischer Zeit übernommenen Konzessionscharakter.

Schon der gängige Begriff „Lizenzträger“, geprägt von den sich bildenden Organisationen der Lizenzpresse und abwertend genutzt von den Gegnern des Systems, enthält bereits eine ideologische Komponente. Im Vergleich zu dem in den amtlichen alliierten Verordnungen verwendeten Begriff „Zulassungsinhaber“, der die Beziehung präzise beschreibt, überhöht das Fremdwort Lizenz den Sachverhalt der begrenzten Erlaubnis, die nicht erworben sondern durch einen Hoheitsakt zugewiesen wurde. In Verbindung mit dem Beiwort „Träger“ suggeriert die Bezeichnung den Charakter eines Privilegs, angemessen den Idealen der öffentlichen Aufgabe der neuen demokratischen Presse. Assoziationen zu Würdenträger, Geheimnisträger, Amtsinhaber, alles prestigebesetzte Bezeichnungen eines vergangenen Obrigkeitsstaates, werden geweckt und verleihen der realen Abhängigkeit einen gewissen, von der Besetzung erborgten Glanz, der als Verdienst dem einzelnen Lizenzträger zugesprochen wird. Einfachere, aber zutreffendere Bezeichnungen wie Urkundenbesitzer, Zulassungsinhaber oder Treuhandverwalter sind im allgemeinen Sprachgebrauch wie in der Wissenschaft bis heute gänzlich ausgeschlossen.

Im anglo-amerikanischen Ursprung ist „licence“ eindeutig als behördliche Zulassung gekennzeichnet, so z.B. in der Bezeichnung „Driverlicence“ für Führerschein. Langenscheidts Enzyklopädisches Wörterbuch übersetzt die Vokabel auch entsprechend mit „1. behördliche Genehmigung, 2. Konzession, amtlich zugelassen, 3. Aufführungsrechte, 4. Ermächtigung.“ (1) Die Brockhaus Enzyklopädie erläutert den Begriff rein rechtlich: „1. gewerberechtliche Erlaubnis zum Betrieb eines genehmigungspflichtigen Gewerbes“ und führt als Beispiel neben der Filmlizenz im Faschismus die Lizenzpresse an. (2)

Konzessionscharakter und Ermächtigung verweisen auf den historischen Zusammenhang des Lizenzverfahrens. Nicht allein auf der Ebene sprachlicher Bedeutung bietet sich der Vergleich zur Feudalordnung an. Auch politisch besteht eine Ähnlichkeit. Der absolute Souverän, aufgrund des Gewaltmonopols nach dem militärischen Sieg im ungeteilten Besitz aller Macht, verleiht ein Teil seiner staatlichen und gesellschaftlichen Aufgaben im Tausch gegen bedingungslose Treue an ausgewählte Gefolgsleute. Wie im feudalen Staat erwirbt der Lizenzträger = Lehensträger sein Lehen nicht durch Arbeit oder ererbten Besitz. Er erhält es treuhänderisch in einem Hoheitsakt für Verdienste oder erwartete Dienste vom Souveränitätsträger Besatzungsmacht zugesprochen, der willkürlich damit verfahren kann. Der Delegierende verlangt als Gegenleistung für die personal gebun-

dene Abtretung von Titeln eine bedingungslose treue Gefolgschaft und die Wahrnehmung seiner Interessen, d.h. im Falle der Lizenznehmer die freiwillige Durchsetzung der geforderten politischen Anschauungen. Das Lehensverhältnis beläßt alle Rechte beim Souverän, der es einseitig aufheben kann, es ist an die Person des Lehensnehmers gebunden, der nur nach außen innerhalb der gesetzten Verpflichtungen selbständig agieren kann. Alle diese Merkmale treffen weitgehend auf das Lizenzsystem zu.

Historisch besitzt dieses feudalistische Pressezulassungsverfahren einige Parallelen, die auch partiell in Veröffentlichungen zur Lizenzphase angesprochen werden. Bis 1965 existierte in England ein entsprechendes Konzessionssystem für Zeitungen und auch das gewerbliche Konzessionssystem für Druckereien in Preußen nach 1851 trägt ähnliche Züge. (3)

„Das Lizenzerfordernis, wie es die Besatzungsmächte zur Zeit angeordnet haben, trägt zweifellos die Merkmale des früheren Konzessionierungssystems. Die ausdrückliche Konzessionierung ist zur Voraussetzung preßgewerblicher Tätigkeit geworden.“ (4)

Die Bindung an einen positiven politischen Auftrag, der als entscheidender Unterschied zur Vergangenheit aufgeführt wird, ändert nichts an der Struktur der gegebenen Abhängigkeiten. (5) Entscheidend sind die im Lizenzsystem geschaffenen persönlichen Beziehungen und Bindungen, die noch nicht verstellt werden durch Versachlichung in den Herrschaftsbeziehungen der bürgerlichen Gesellschaft und die als ein Charakteristikum feudaler Verhältnisse gelten können.

Entgegen der Gleichheitsforderung der bürgerlichen Gesellschaft bezweckte das Lizenzsystem eine bewußte Auswahl von oben. Angestrebt wurde,

„daß die verlegerische Veantwortung nur von solchen Personen getragen werden kann und soll, die sowohl in ihrer rechtlichen als auch wirtschaftlichen Stellung die Gewähr für eine unabhängige Führung der Verlagsarbeit bieten.“ (6)

„Die Lizenz ist kein Vertrag zwischen dem Lizenz Begehrenden und dem Souveränitätsträger, sondern ein einseitiger Hoheitsakt des Souveränitätsträgers, durch den der Lizenzierte Rechte erhält.“ (7)

Abgesehen von einer allgemeinen Fürsorgepflicht erwachsen dem Lizenzgeber keine Pflichten und vor allen Dingen bestehen keine einklagbaren Ansprüche ihm gegen über

durch den Lizenznehmer.

Deshalb konnte auch die Lizenz in Anlehnung an feudalistische Praxis durch einfache Deklaration einseitig für nichtig erklärt werden. Allein durch das bewußte Verlieren einer Lizenzurkunde sollen die US-Behörden einen unerwünschten Lizenzträger ausgeschaltet haben. (8) Ein Einspruchsrecht dagegen existierte nicht.

„Die Lizenz stellt daher eine obrigkeitliche Erlaubnis zur Ausübung eines bestimmten Berufes dar, insoweit ist sie der Reichsgewerbeordnung vom 21.6.1869 und ihren Nebengesetzen... verwandt.“ (9)

„Grundsätzlich widersprach der Lizenzzwang für Zeitungen dem allgemein anerkannten Verfassungs-, ja Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung“ (10) und dem inhaltlichen Ziel einer Demokratisierung der Presse.

Ihrem Charakter nach ein persönliches Gefolgschaftsverhältnis, erinnert das Lizenzierungssystem mehr an Rechtsformen wie sie unter nationalsozialistischer Herrschaft gebräuchlich waren als an die angestrebten demokratischen Strukturen. Sowohl das ständische Arbeitsrecht als auch die Struktur der Reichsdruckkammer, aber auch das Filmlizenzsystem des Dritten Reiches haben, was die juristischen Abhängigkeiten der beteiligten Gruppen und Personen anbelangt, einige Merkmale mit dem Lizenzsystem gemeinsam trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtung. Ein solcher Vergleich wurde auch von Konrad Adenauer 1949 gezogen, der meinte: „Die deutsche Presse sei heute von den Alliierten genauso bevormundet, wie sie es in der Frühzeit des Naziregimes war.“ (11)

Inhaltlich fand die gewährte Autonomie ihre Schranken in dem Verbot jeglicher Kritik am Souveränitätsträger Besatzungsmacht. Anfänglich wurde den Lizenzzeitungen die formale und stilistische Gestaltung bis in die kleinsten Details vorgeschrieben, ein Freiraum existierte allein bei der Behandlung nachgeordneter Fragen. „Sie stellte damit nur einen besonderen Typ der gelenkten Obrigkeitspresse dar.“ (12)

Die strukturelle Analogie von Lizenzsystem und Feudalordnung stößt zwar auf die Grenzen einer explizit bürgerlichen und demokratisierten Nachkriegsgesellschaft, aber gerade in der Eigentumsfrage ergeben sich die deutlichsten Parallelen. Unterhalb der personalen Abhängigkeit konnten sich die kapitalistischen Strukturen voll entfalten. Die ökonomisch gewollte Unabhängigkeit, vergleichbar der Autonomie des Lehensträgers in seinem Gebiet, garantierte die Entfaltung von Eigeninteressen, die aber durch die entschei-

dende personale Bindung an den Souverän begrenzt wurden. Im Rahmen des verliehenen Privilegs lag die Ausgestaltung der erlangten Würden und Möglichkeiten allein bei den Lizenzträgern. Die Besatzungsmächte steckten den Rahmen ab, innerhalb dessen sie eigenständige Macht und Besitz erwerben konnten. Die Lizenz gewährte ein absolutes Recht gegenüber Dritten und sie fiel juristisch unter den allgemeinen Schutz des Gewerbebetriebes. Ausschließlich die besondere Beziehung zur Besatzungsmacht begründete den treuhänderischen Charakter der Lizenz, die weder vererbt noch verkauft werden konnte.

In diesem Zusammenhang entschlüsselt sich der Übergang von Lizenz in Eigentum. Eine spezielle Anordnung war hierzu nicht notwendig. Mit der freiwilligen Teil-Abdankung, respektive dem Rückzug des absoluten Souveräns, nach Gründung der Bundesrepublik löste sich auch das bestehende Lehensverhältnis der vormals abhängigen Lizenzträger auf. Der Rückzug beendete die personale Bindung; ohne Lizenzabhängigkeit wurde aus Treuhänderschaft jetzt Eigentum. Die ehemaligen Lizenziaten waren nach oben keiner Institution mehr verantwortlich. Der neue Staat, ebenfalls durch den ehemaligen Souverän gegründet, konnte und wollte sich nicht an dessen Stelle setzen, eine Fortsetzung des Lizenzsystems kam für einen demokratischen Staat nicht in Frage. Wie im Feudalismus erlosch das Lehen mit dem Tod des Königs. Da kein neuer König gekrönt wurde, verwandelte sich das Lehen in freies, unabhängiges Eigentum, über das allein die vormaligen Treuhänder Verfügungsgewalt besaßen.

Dieser in der Geschichte der Bundesrepublik relativ einmalige Vorgang wird oft verglichen mit der feudalen Erlaubnis, als Privatmann staatlich akzeptiertes Geld zu drucken und erklärt, wie aus dem Besitz einer Urkunde förmlich über Nacht Eigentum in Millionenhöhe entstand. Auf diesem Vorgang beruht die wirtschaftliche Basis eines Teils der heutigen Verlage. Im Schaubild 1 werden die erläuterten Strukturen modellhaft dargestellt. Nach Fortfall des feudalen Rahmens in der oberen Hälfte des Schaubildes, verblieb die kapitalistisch-bürgerliche Struktur; die Lizenzträger wandelten sich in Verleger.

Dieser Umwandlungsprozess entsprach voll der pressepolitischen Konzeption der Westalliierten. Sie verwirklichten damit die Absicht, in einer Art „Treibhausatmosphäre“ den Austausch der publizistischen Eliten vorzunehmen. (13) Tendenziell wurde die journalistische Führungsschicht des Nationalsozialismus gegen eine neu geschaffene Gruppierung abgelöst, die für den Aufbau eines demokratischen Pressesystems geeignet erschien. Diese Politik sicherte der neuen Elite die Verfügungsgewalt über die Massenkommunikationsmittel. Durch den Rückgriff auf feudale Strukturen erreichten die Westalliierten eine geschützte Entwicklung einer Presse in ihrem Sinne. Ohne eine grundsätzliche

Änderung der Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse konnte so eine veränderte Pressestruktur durchgesetzt werden.

1.2. Lizenzierungspolitik und Parteipresse in den Westalliierten Besatzungszonen

Nur die Differenzierung in der konkreten Lizenzierungspolitik — unterhalb der Ebene der grundsätzlich gleichen Zielvorstellungen — zwischen den beiden relevantesten Zonen der Westalliierten, nämlich der britischen und amerikanischen Zone, ist die Ursache, daß gewisse Formen der Parteipresse in der Besatzungszeit entstanden und zum Teil heute noch existieren. In ihrer überwiegenden Mehrzahl gehen die heute noch bestehenden parteinahen Zeitungen der SPD auf Lizenzen im britischen Kontrollgebiet zurück, spätere Neugründungen nach 1949 in anderen Zonen konnten nie reüssieren. Für die parteinahen Zeitungen der übrigen Parteien gilt ähnliches mit dem Unterschied, daß CDU- und FDP-Blätter sich relativ rasch aus jeder Parteinähe entfernten und die Presse der KPD zusammen mit der Partei politisch ausgeschaltet wurde. (1)

Dieser in den folgenden Abschnitten näher beschriebene Unterschied zwischen der Pressekonzeption der Amerikaner (Überparteiliche Lizenzträgergruppen) und den Briten (Gründung von Parteirichtungszeitungen) darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß in den grundsätzlichen wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen Übereinstimmung herrschte und bei auftretenden Differenzen die dominierende Besatzungsmacht USA sich immer gegen die Vorstellungen der britischen — von der Labour-Party inspirierten — Militärverwaltung durchsetzen konnte.

Gegenüber dem Aufbau einer deutschen Presse in der sowjetischen Besatzungszone bestand von Anfang an eine unausgesprochene Konkurrenz, die in dem ersten Jahr politisch angenommen wurde, sich aber mit der Verschärfung des Kalten Krieges in eine totale Konfrontation verkehrte.

Die Lizenzierungspolitik in der französischen Besatzungszone orientierte sich an Amerikanern wie Engländern auf einer Mittelposition, in der auch die Zulassung von Parteizeitungen möglich war. Wegen der geringen Größe des Besatzungsgebietes und der erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung eingeleiteten Lizenzpolitik blieb aber der französische Einfluß auf den Aufbau der Nachkriegspresse ohne Bedeutung.

Aus der zu erläuternden widersprüchlichen Haltung gegenüber einer Parteipresse auf west-alliierten Seite entstanden in der Praxis die unterschiedlichsten Presstypen.

1.2.1. Amerikanische Zone

1.2.1.1. Die Verhinderung der Parteipresse

In ihrer Lizenzierungspraxis ließen die amerikanischen Pressebehörden ausschließlich einen Typ von Lizenzzeitung zu: die überparteiliche, unabhängige und pluralistische Gruppenzeitung, an der Lizenzträger der verschiedensten politischen Richtung beteiligt waren. Durch die Ausgewogenheit der Lizenziatengruppen sollte die Unabhängigkeit gewährleistet und die Überparteilichkeit sichergestellt werden. Bevorzugt wurden speziell parteiunabhängige Einzelpersonlichkeiten. Zwar erwiesen sich die heterogenen Lizenzträgergruppen bald als ineffektiv, aber auch bei den später vergebenen Einzellizenzen war parteipolitische Neutralität ein zentrales Auswahlkriterium. Parteipolitisch engagierte Bewerber wurden abgewiesen.

Nachdem auf lokaler und regionaler Ebene die politischen Parteien mit Zustimmung der Besatzungsmacht sich wieder konstituierten und während die amerikanischen Pressebehörden schon einige Lizenzzeitungen — so als erste die Frankfurter Rundschau am 1. Juli 1945 — zuließen, begannen die Parteien in der US-Zone die Einrichtung von Parteizeitungen zu fordern.

Anfänglich gab es noch im amerikanischen Außenministerium Bestrebungen, eventuell Parteizeitungen zu lizenzieren. Diese Vorstellungen wurden jedoch von den ausführenden Dienststellen der Militärregierung vor Ort nicht geteilt. (1) General Clay formulierte später in einem Interview:

„Natürlich würde für mich eine Übereinstimmung darüber, daß eine Parteipresse notwendig wäre für die demokratischen Bedürfnisse der Bevölkerung, entgegengesetzt den Bedingungen sein, welche in meinem eigenen Land herrschen. Dort ist in der Tat die Parteipresse recht beschränkt, und wir haben gelernt, daß die Grundlage unserer Demokratie die unabhängige Presse ist. Nichtsdestoweniger haben wir gegen eine Parteipresse nichts einzuwenden, sofern eine gesunde unabhängige Presse ebenfalls besteht.“ (2)

Dies äußerte Clay auf die Anfrage des baden-württembergischen Landtagspräsidenten Keil 1948, der eine nachdrücklich demokratische Kontrolle der Lizenzpresse und die Möglichkeit zur publizistischen Selbstdarstellung der Parteien gefordert hatte. (3)*

Offiziell wurde die Schaffung von Parteizeitungen nicht prinzipiell ausgeschlossen, sondern nur zurückgestellt und hinausgezögert, bis sich nach Ansicht der Amerikaner „ein gesunder Kern einer unabhängigen Presse“ etabliert hatte. (4) Amerikanische Presseoffiziere lehnten aufgrund ihrer Kritik an der Pressestruktur der Weimarer Republik die Gründung von Partei- oder parteinahen Zeitungen für ihre Zone ab. Parteienstreit in diesen Blättern und ihre unzureichende journalistische Qualität hatten in ihren Augen die Parteipresse aller Gruppen disqualifiziert.

Peter J. Heller, für die FRANKFURTER RUNDSCHAU zuständiger Presseoffizier, später als „Linker“ aus amerikanischen Diensten entfernt (5), kritisierte die Parteipresse, da seiner Ansicht nach, die Parteipolitiker vor 1933 in „einer parteieigenen oder partei-kontrollierten Presse das einzige Mittel ihrer ideologischen und nicht zuletzt ihrer finanziellen Stärkung gesehen hätten.“ (6)

Mit einer Umfrage bei 8000 Befragten, versuchte General McClure, Leiter der Information Control Division, im Herbst 1946 dem verstärkten Druck von Parteien und Verbänden zu begegnen. Nach dieser Umfrage sprachen sich 77% der Befragten in der US-Zone für eine „unparteiische Presse“ und 8% für eine durch Parteien beeinflusste Presse aus. (7)

Daß diese Umfrage sehr problematisch war, zeigt eine im Juli 1947 durchgeführte weitere Untersuchung bei ca. 3 400 Befragten zum gleichen Thema.

„Was wäre Ihnen lieber? Daß die meisten Zeitungen von politischen Parteien oder von politisch unabhängigen Personen herausgegeben werden?“

Falls „politisch unabhängige Personen“:

„Wie Sie wissen, werden alle Zeitungen in der amerikanischen Zone von politisch unabhängigen Personen herausgegeben. Wären Sie dafür oder dagegen, wenn es jeder politischen Partei auch erlaubt wäre, in (Name des Landes bzw. Berlin) eine Zeitung herauszugeben?“*

*. In der deutschen Rückübersetzung des Fragenwortlauts erscheint die Formulierung leicht suggestiv.

	Amerikanische Zone	Berlin (amerik. und britisch. Sektor)
Ziehen eine Parteipresse einer unabhängigen Presse vor	6%	12%
Würden neben einer unabhängigen Presse auch politische Parteien die Herausgabe von Zeitungen erlauben	27%	42%
Würden nur eine unabhängige Presse erlauben	37%	35%
Ohne Präferenz oder — auf Nachfrage — „unentschieden“	30%	11%
	100%	100%

- * Der Wortlaut ist aus dem Englischen zurückübersetzt worden. Nur die englisch verfaßten Reports sind erhalten geblieben. „Which would you prefer: to have newspapers published by political parties, or by politically independent people? Falls „politically independent people“ die Nachfrage: „As you know, all papers in the American Zone are published by politically independent people. Would you favor it or be against it, if each political party were also allowed to publish a newspaper in (Land) (Berlin)?“ — Befragt wurden ca. 3400 Personen.

Trotz der Mobilisierung der in der Nachkriegszeit geförderten Vorurteile gegen alle Parteien und der negativen Erfahrung mit der Parteipresse vor 1933, wollten nur 37% keine Parteizeitungen bzw. nur eine unabhängige Presse erlauben. Allerdings blieb der Anteil der eindeutigen Parteipressebefürworter auch in dieser Untersuchung relativ gering. Jedoch zusammen mit der Gruppe derjenigen, die neben der unabhängigen Presse auch eine Parteipresse erlauben wollten (33% in der amerikanischen Zone, 54% in Berlin) bildeten die Befürworter der Parteipresse einen ebenso großen Block wie die Befragten, die nur eine unabhängige Presse erlauben wollten. Trotz einer relativen Bevorzugung der unabhängigen Presse, bietet diese Untersuchung keine ausreichende Legitimation für die prinzipiell ablehnende Haltung von amerikanischer Seite.

Welche Alibifunktion für politische Entscheidungen die Meinungsforschung zu jener Zeit besaß, weist die selbstsichere Verwendung des Instruments durch Clay aus:

„Wir werden eine öffentliche Meinungsprüfung der deutschen Bevölkerung anstellen. Wenn sich aus dieser Prüfung ergibt, daß die deutsche Bevölkerung für eine Herabsetzung der unabhängigen Presse zugunsten der Parteipresse eintritt, so werden wir dem beipflichten. Wenn die Bevölkerung dies nicht macht, erwarte ich von Ihnen, daß Sie beipflichten.“ (9)

Clay übergang mit solchen Äußerungen die psychologischen und objektiven Voraussetzungen für eine Volksbefragung. Denn „eine Entscheidung zwischen zwei Pressesystemen kann doch wohl nur dann in einer Meinungsbefragung herbeigeführt werden, wenn beide reale Erscheinungen vorhanden sind.“ (10) Psychologisch entsprach ein solches Plebiszit nicht den demokratischen Idealen der Amerikaner, da der größte Teil der Parteizeitungsgegner diese Ansicht aus einer undemokratischen Haltung heraus — die Parteien bringen Uneinigkeit und Zwietracht — vertraten. Zudem meinten noch im Sommer 1947 20% der Befragten, es handele sich bei den Lizenzzeitungen um Parteizeitungen und fast 40% wußten nicht, „ob die Herausgeber unabhängig waren oder nicht“. (11) Gegen alle vorgebrachten politischen und sachlichen Einwände beharrte Clay konsequent auf seiner persönlichen Einschätzung. Alle leichten Änderungsversuche innerhalb der amerikanischen Kontrollbehörden scheiterten an seinem unnachgiebigen Nein zur Parteipresse. (12)

Die fortwährenden intensiven Bemühungen der Parteien und Verbände, eigene Lizenzorgane zu erhalten, wurden auch in der Folgezeit immer wieder abschlägig beschieden. Die sich verschärfende Papierknappheit lieferte dem ICD ein zusätzliches Alibi, die Organisationen zu trösten.

Hinter dieser Hinhaltetaktik der Behörden standen politisch-motivierte Unterschiede in den Auffassungen der Funktion der neuen deutschen Presse. Die negativen Erfahrungen, die die Pressebehörden mit den auf örtlicher Ebene zugelassenen reinen Parteimitteilungsblättern machten, die bewußt in Form und Inhalt an Traditionen anknüpften, ließen diese Organe und ihre Repräsentanten in den Augen der Amerikaner als denkbar ungeeignet bei der Durchführung ihrer Reeducationsbemühungen erscheinen. Zudem lieferte die zunehmende zeitungähnliche Gestaltung dieser Blätter, nach der Phase der Papierknappheit, mit der die Nichtlizenzierung unterlaufen werden sollte, ein weiteres Argument, keine Parteizeitungen zu lizenzieren. Zu ernsthaften Konkurrenzten der Lizenzzeitungen konnten sich jedoch diese Mitteilungsblätter zu keinem Zeitpunkt entwickeln. (13)

Oberstes Ideal amerikanischer Pressepolitik blieb über die gesamte Besatzungszeit das Ziel „Unabhängigkeit“, das besonders in Beziehung auf finanzielle Beteiligung und inhaltliche Kontrolle angestrebt wurde. „Die einzige demokratische Kontrolle der Presse, die ich kenne, heißt keine Kontrolle.“ (14) (General Clay) „Eine wettbewerbsfähige Presse sei einer der Hauptpfeiler einer freien Presse, wie eine freie Presse ein Hauptteil der Demokratie sei.“ (15) (General McClure) Mit diesen Vorstellungen wurden die politischen Grundlagen gelegt, auf die sich noch heute die Vertreter der „freien“ Presse, besonders die Verleger, in ihrer Argumentation stützen. Umgekehrt bedeutet dies für eine Parteipresse, die sich in eine undemokratische, autoritäre Ecke, nämlich „nicht frei“, gedrängt fühlen mußte, daß sie sich auch später, wenn sie mit den „demokratischen und freien“ Zeitungen konkurrieren wollte, von dem negativen Odium einer Parteinähe oder Zugehörigkeit freimachen mußte. Konkret bedeutete dies, daß die später gegründeten Parteizeitungen die organisatorisch und publizistisch vorgegebenen Funktionsbestimmungen der Lizenzpresse übernehmen mußten. Die Leser waren an die „neuen“ Zeitungen gewöhnt.

Die Vorstellungen der amerikanischen Presseethik und die gewachsenen Formen der Parteipresse schlossen auf der oberflächlichen Ebene einander aus und zwangen die Parteien in ihrer Argumentation in eine zweifelhafte Koalition für die Zulassung ihrer Parteizeitungen. Ähnlich wie die nicht zugelassenen Altverleger stilisierten sie die Lizenzpolitik zum oktroyierten, undemokratischen Zwangsakt der Besatzungsmächte, der mit dem Demokratisierungsbestreben nicht zu vereinbaren sei. (16) „Der Versuch, einem Land mit dreihundertjähriger Zeitungstradition die eigenen Zeitungsmethoden aufzuzwingen, sollte beendet werden.“ (17) So die SPD. Damit trafen die Parteien und Altverleger den schwachen Punkt im Lizenzsystem. Gestützt auf die gefestigte Stellung der Lizenzpresse konnte ein Verleger 1948 diese Argumentation, die sich durch alle Parteien

zog, treffend glossieren.

„Sie glauben nicht, wie wir (die Lizenzträger, d. Verf.) unter dem Nichtbestehen von Parteizeitungen leiden. Die Parteien werden dadurch geradezu zu Märtyrern, während wir die Böcke sind, auf denen alle Sünden abgeladen werden... Wieviel weniger bemüht wäre es, wenn die Parteipresse endlich den Nachweis erbringen könnte, daß sie das Gros der Leserschaft hinter sich hat, während sie vorerst nur die Anmaßung der Lizenzpresse geißelt.“ (18)

In Abgrenzung zu den Parteien stilisierten sich die Lizenziaten zunehmend zu Hütern der wahren Pressefreiheit, indem sie ihre Unabhängigkeit und Verpflichtung gegenüber der öffentlichen Aufgabe zur Ideologie entwickelten.

„Die neue Deutsche Presse ergreift daher im höchsten Maße die Partei des Fortschritts und der Demokratie, wenn sie auch nicht auf eine der bestehenden politischen Parteien schwört. Sie verzichtet in keiner Weise auf Prinzip und Ideal.“ (19)

Gestützt auf die Haltung der Amerikaner, drehten die Lizenzträger die Beschuldigungen um und griffen mit polemischen Argumenten die Befürworter einer Parteipresse an:

„Wem soll die Lizenz für eine Parteizeitung gewährt werden? Einer anonymen, in ihrer personellen Zusammensetzung wechselnden Organisation, die einen Parteinamen trägt, einer Gruppe von bestimmten Persönlichkeiten, die aufgrund irgendeiner Legitimation sich als Vertreter einer Partei betrachten oder aber bestimmten Persönlichkeiten, die sich zu einer Partei bekennen und gewillt sind, eine Zeitung zu machen, die ihr journalistisches Gebot ausschließlich in einem Parteiprogramm sieht?“ (20)

Mit den Pflichten und der freien Meinungsäußerung scheint Harzendorf (Lizenzträger in Göppingen) nur die dritte Möglichkeit vereinbar, in der Tagespolitik und Programm getrennt werden. „Gerade diese Möglichkeit aber wird den Parteien so wenig schmackhaft sein, wie es ihnen zur Zeit die Lizenzpresse ist.“ (21)

Nach drei Jahren Lizenzpresse brauchten die neuen Verleger zum Zeitpunkt dieser Statements kaum noch die Konkurrenz neuer Parteizeitungen zu fürchten. Zudem hatte sich auf amerikanischer Seite das Mißtrauen gegen eine Parteipresse bereits so verhärtet, daß es praktisch zur offiziellen Politik der Militärregierung geworden war, die früheren Versprechungen zu ignorieren. Bald wurden für die Ablehnung prinzipielle Gründe an-

angegeben, wobei „dennoch die dahinterstehenden Vorurteile klar zutage traten“ (23), berichtet Hurwitz als Kenner der amerikanischen Pressepolitik. Weder Appelle noch Entschließungen der neu konstituierten Landtage in der amerikanischen Zone konnten die Einschätzungen der ICD und letztlich von General Clay ändern. Sie blieben bei ihrer ablehnenden Haltung bis unter allgemeinem Druck ein Zugeständnis erreicht wurde: Gekoppelt mit der Ausarbeitung und der Verabschiedung von Landespressegesetzen wurde die Generallizenz und damit die Zulassung von Parteizeitungen in Aussicht gestellt. Mehrere Entwürfe wurden von Clay als unbrauchbar abgelehnt, bis sich die Parlamente den konzeptionellen Zielen der US-Verwaltung anpaßten und Gesetze erarbeiteten, die „der Pressefreiheit, wie sie in Amerika verstanden wird, ungefähr nahekommen.“ (24)

Über den Auseinandersetzungen um die Landespressegesetze war unterdessen durch die Gründung der BRD das Lizenzierungssystem obsolet und durch die Generallizenz Nr. 3 vom 12.5.49 auch offiziell aufgehoben. Erst mit vierjähriger Verzögerung konnten jetzt die Parteien mit dem Aufbau einer Parteipresse in der ehemaligen US-Zone beginnen.

General Clay beschreibt diese Entwicklung in seinen Memoiren nicht ohne persönlichen Stolz.

„Ich hatte zwar nichts gegen Parteiorgane, war aber unbedingt davon überzeugt, zuerst müsse eine freie und unabhängige Presse geschaffen werden, die sich im Konkurrenzkampf nicht unterkriegen ließe. Daher gab ich den Parteien zu verstehen, daß ich ihre Forderungen nicht erfüllen könne... Eine politische Parteipresse hätte die enge Haltung der Parteiführer vertreten müssen. Doch wir waren gewillt, die Lizenzierung durch die Militärregierung aufzugeben, wenn ausreichende Pressegesetze erlassen worden wären, damit hätte die Verantwortung, eine Parteipresse zu genehmigen, in deutschen Händen gelegen. Als ich ging, gab es in unserer Zone weder ausreichende Gesetze noch Parteizeitungen.“ (25)

1.2.1.2. Die Bestrebungen der SPD nach Rückgabe von Parteieigentum und Zulassung von Parteizeitungen in der amerikanischen Zone

Seit Generationen besaß die SPD im württembergisch-badischen Industriegebiet und in Südhessen eine breite Basis in der Bevölkerung und viele, schon fast als Institutionen geltende Verlagsunternehmen, so z.B. die „Schwäbische Tagwacht“ und den „Dietz-

Verlag" in Stuttgart. Nach der faschistischen Machtergreifung wurden zusammen mit dem Verbot der SPD alle ihre Unternehmungen enteignet und dem nationalsozialistischen Propagandaapparat eingegliedert. Zu Beginn der Wiederaufbauphase der Partei 1945 - 46 zeigte sich die Organisation optimistisch, schon bald ihre ehemaligen Unternehmen wieder nutzen zu können. Man hoffte auf eine rasche Rückgabe der jetzt unter amerikanischer Kontrolle stehenden Unternehmen und die Zulassung von Parteizeitungen. Diese Hoffnung wurde durch den Umstand genährt, daß ehemalige Mitarbeiter dieser Betriebe, die sich bei der Militärregierung gemeldet hatten, relativ schnell und unbürokratisch zu kommissarischen Treuhändern der Druckereien ernannt wurden. (1) Diese Treuhänderschaft bezog sich aber nur auf die drucktechnischen Produktionsanlagen der ehemaligen SPD-Verlage. Jedoch die Erwartung der SPD, in kürzester Frist als antifaschistische Partei auch die Erlaubnis zur Herausgabe von Zeitungen zu erreichen, wurde aufgrund der amerikanischen Pressekonzeption nicht erfüllt.

Anfänglich betrachteten die Verantwortlichen in der Partei die Weigerung der US-Behörden als unerfreuliche Verzögerung, die mit den Mitteln bürgerlicher Politik zu überwinden wäre.

„Unerfreulich sind für uns die sogenannten Gemeinschaftszeitungen in der amerikanischen Zone. Wir haben alle Anstrengungen zu machen, um auch dort zu direkten Parteizeitungen zu kommen. Eventuell müßten wir den Einfluß unserer dortigen parteigenössischen Minister benutzen, um bei der amerikanischen Besatzungsbehörde eine Änderung in dieser Richtung zu erreichen.“ (2)

Als die Partei jedoch feststellen mußte, daß es sich bei der Ablehnung um eine prinzipielle Haltung handelte, verstärkte die SPD zusammen mit den anderen Parteien den öffentlichen Druck auf die Militärbehörden. Zwar war die SPD unter dem Einfluß der amerikanischen Pressekonzeption bereit, auf die Pressestruktur der Weimarer Republik (viele lokale Kleinstverlage) aus wirtschaftlichen Erwägungen zu verzichten. Parteieigene Zeitungen mit größerem Verbreitungsgebiet und in anderen Aufmachung blieben eine zentrale Forderung.

Auf dem Nürnberger Parteitag 1947 glaubte man noch an eine Zulassung im gleichen Jahr. Anfang 1948 wurde dann ein schärferer Ton angeschlagen.

„In der US-Zone war es auch 1947 infolge der ablehnenden Entscheidung der Militärregierung nicht möglich, Parteizeitungen herauszugeben... Praktisch bedeutet die gegenwärtige Regelung, daß der Raub der SPD-Presse durch die Nazis bisher

nicht nur nicht gesüht, sondern pressemäßig die Benachteiligung der SPD noch immer besteht.“ (3)

In Koalition mit sämtlichen Parteien und gefolgt von den Altverlegern wurden die Amerikaner zunehmend autoritär- undemokratischer Verhaltensweisen im Pressewesen beschuldigt, die Lizenzzeitungen als Besatzungsorgane geißelt.

„Die Lizenzträger sind nicht, wie einige Publizisten meinen, die Vertreter des Volkes gegenüber den Parteien, sondern stellen die von der Militärbehörde ernannten Besitzer von konkurrenzfreien Monopolbetrieben dar.“ (4)

Für die FDP erhob Thomas Dehler Protest gegen den Fortbestand des Lizenzierungssystems.

„Sie (die Lizenzpresse, d. Verf.) wurde durch ein System der Lizenzierung geschaffen, das für einen Übergang und für Monate sinnvoll war, durch die Weiterführung zu einem schwer erträglichen, notwendig schädlichen Monopol der mehr oder minder Privilegierten wurde, deren hauptsächliches Bestreben es nun ist, ihre Position zu behaupten und auszubauen... Wird der Lizenzierungszwang durch die Besatzungsmacht aufgehoben, dann haben sich die bisher Begünstigten so breit ins Nest gesetzt, daß kein anderer mehr Platz haben wird.“ (5)

Zwar konnte die SPD immer wieder beschwichtigt werden, doch da auch die Treuhänderschaft über die Druckanlagen nicht in Eigentum umgewandelt wurde, geriet die SPD immer mehr ins Hintertreffen und wurde auch in ihren Erwartungen, die Verlage als Parteifinanzierungsmöglichkeiten zu nutzen, enttäuscht.

In dieser Situation wurde auf dem Parteitag 1948 ein Beschluß zu dieser Frage gefaßt, um die US-Behörden unter stärkeren Druck zu setzen.

Die SPD „...bedauert sehr, daß für die US-Zone noch immer keine Parteizeitungen zugelassen sind. Seit der Lizenzierung der politischen Parteien vor rund drei Jahren wird die Forderung nach Parteizeitungen erhoben. Landtage und Verlegerverbände haben sich diesem Wunsch angeschlossen. Ohne eigene Sprachrohre ist es den demokratischen Parteien schwerlich möglich, ihren im Interesse des Volkes liegenden Aufgaben gerecht zu werden und totalitäre Strömungen erfolgreich zu bekämpfen.

Der SPD ist durch die Nichtzulassung der Zeitungen ganz besonders Unrecht angetan. Bis zum Jahre 1933 erschienen im Gebiet der jetzigen US-Zone 34 sozialdemokratische Tageszeitungen, die durch die Nazis geraubt wurden und für die sie Anspruch auf Wiedergutmachung erhebt. Der Parteitag ersucht die Militärbehörden, dem Verlangen nach Lizenzierung der Parteizeitungen stattzugeben. Darüber hinaus fordert der Parteitag die Militärregierungen der Westzonen auf, die Rückerstattung bzw. Wiedergutmachung der im Jahr 1933 beschlagnahmten Druckereien und Verlagsbetriebe zu beschleunigen.“ (6)

Eine politische Begründung der Notwendigkeit einer Parteipresse wird nicht gegeben, die materiellen Wiedergutmachungsinteressen stehen eindeutig im Vordergrund.

Hinter dem „Bekämpfen von totalitären Bestrebungen“ verbirgt sich eine Anpassung an die amerikanischen Interessen, da Heine zu der Überzeugung gelangt war,

„daß die Hauptsorge der Amerikaner bezüglich der Parteipresse die ist, daß sie befürchten, die KPD muß dann auch Zeitungslicenzen erhalten, wodurch die gegenwärtige US-Politik sabotiert würde.“ (7)

Doch während diese Vermutung den US-Stellen demokratische Skrupel konzidiert, die aus politischen Gründen lieber die Benachteiligung aller Parteien beibehält als sich offen zum Antikommunismus zu bekennen, plagten Heine diese Skrupel nicht. Er war „der Meinung, daß die KPD an der Lizenzierung nicht beteiligt werden sollte.“ (8) Diese ambivalente Haltung der SPD machte es den Militärbehörden leicht, durch Versprechungen die SPD zu vertrösten und gleichzeitig ihre Pressekonzeption auch gegen den Willen der SPD fest zu installieren.

Um den von ihnen geförderten Lizenzzeitungen die notwendigen Druckkapazitäten zu verschaffen, setzten die Amerikaner bei den Druckereibesitzern oder den Treuhändern langfristige Lohnpachtverträge durch. Durch sanften Druck und durch das Angebot, bei freiwilligem Abschluß des Vertrages, die Betriebe aus der öffentlichen Kontrolle zu entlassen, kamen die Lohnaufträge zustande. Anderenfalls setzten die Amerikaner über die Treuhänder unter Beibehaltung der öffentlichen Kontrolle Zwangspachtverträge zur Sicherung der Druckkapazitäten durch. (9)

Von diesen Maßnahmen waren besonders die Altverleger und ehemaligen Parteibetriebe betroffen, denn bei Aufhebung der Lizenzpflicht hätten ihnen dann keine eigene Druckereianlagen mehr zur Verfügung gestanden, da die Verträge eine Mindestlaufzeit von

fünf Jahren besaßen. (10)

In diese Situation waren die Amerikaner durch die Widersprüchlichkeit ihrer Besatzungspolitik geraten. Bei der Durchsetzung ihrer neuen Pressekonzeption stießen sie auf den Widerstand der alten Eigentumsverhältnisse im Pressektor, die sie grundsätzlich unangetastet lassen wollten. Durch die komplizierte Konstruktion der Zwangspachtverträge versuchten die Amerikaner die Lizenzpresse zu unterstützen, ohne die alten Eigentumsverhältnisse zu verändern. Geändert wurden nur die Verfügungsrechte.

Natürlich intervenierte die SPD bei den zuständigen Behörden; in Baden-Württemberg gestützt auf den Landtag, um ihre Interessen zu wahren. (11) Diese Bitte, resultierend aus der praktischen politischen Ohnmacht der SPD, da sie über keinerlei Druckmittel verfügte, konnte Clay selbstherrlich zurückweisen.

„Was eine Art ist zu sagen, daß sie die lizenzierte Presse der amerikanischen Zone außer Geschäft bringen wollen, und wir werden sie nicht außer Geschäft setzen. Diese Leute sind eingesetzt worden, um eine unabhängige Presse unter sehr schwierigen Bedingungen zu errichten. Sie verdienen auch einige Betrachtungen. Gewiß wird man ihnen nicht erlauben, Eigentum zu erwerben.“ (12)

Mit Empörung konnte Heine für die SPD nur nach Durchsetzung dieser Verträge deren krasseste Auswüchse geißeln. Ehemalige faschistische Verleger bezogen hohe Renten aus ihren zwangsverpachteten Betrieben, die antifaschistische SPD wurde mit ihnen auf eine Stufe gestellt. Die Verfügungsgewalt und damit die politische Verwendung der Betriebe im Sinne der SPD blieb ausgeschlossen.

„Während nationalsozialistische Druckereibesitzer dank der in diesen Jahren von den Deutschen und Besatzungsmächten getroffenen Maßnahmen Monat für Monat ihre Pfründe einkassieren und dieses Geld zum Wohlleben und zum Stänkern gegen die demokratischen Einrichtungen benutzen, hat die sozialdemokratische Partei bis zum heutigen Tag die Enttäuschung erleben müssen, daß ihre wohlberechtigten Ansprüche auf Zulassung sozialdemokratischer Zeitungen nicht befriedigt worden sind. Sie ist die einzige unter den deutschen Parteien in der U.S. Zone, die einen solchen Anspruch erheben kann. Sie ist damit die einzige, der großes Unrecht widerfahren ist.“ (13)

Mit dem Abschluß der Lohnpachtverträge hatte die SPD endgültig ihren Kampf, d.h. ihre Versuche, um Zulassung von Parteizeitungen, verloren. Sie betrachtete jetzt den for-

cierten Ausbau der lokalen Mitteilungsblätter als Ersatz für die noch zu schaffende Parteipresse. (14) Doch diese Blätter konnten höchstens in eine ideelle Konkurrenz zu den etablierten Lizenzzeitungen treten und nirgendwo den Platz für spätere Parteiorgane halten.

Auch auf dem Gebiet der Wiedergutmachung und der Rückgabe von Eigentum, die erst zögernd ab 21.6.48 realisiert wurde (15), konnte teilweise auch nach Lizenzfreigabe trotz eindeutiger Rechtslage die SPD sich nur schwer gegen amerikanische Interessen durchsetzen. Um die Rückgabe der Druckanlagen der ehemaligen „Schwäbischen Tagewacht“ in Stuttgart mußte ein Prozeß angestrengt werden, der mit einem Vergleich endete, da nur so die SPD die Möglichkeit erhielt, sofort wenigstens über einen Teil der Druckmaschinen frei zu verfügen. (16)

Wie die Entwicklung in den späteren Jahren beweist, bedeutete die Behinderung einer Parteipresse für die SPD die faktische Ausschaltung einer SPD-Presse im Gebiet der ehemaligen US-Zone. Der in der Lizenzphase entstandene Wettbewerbsnachteil gegenüber der „überparteilichen“ bürgerlichen Presse konnte weder wirtschaftlich noch konzeptionell ausgeglichen werden. Diese Entwicklung ist nicht allein auf die amerikanische Pressepolitik zurückzuführen, sondern auch Ergebnis der unzureichenden Gegenmaßnahmen der SPD.

1. Die SPD versuchte ausschließlich auf parlamentarischer Ebene und über die Öffentlichkeit, der Nichtlizenzierung von Parteizeitungen entgegenzuwirken. Dahinter stand weder der Druck der eigenen Parteibasis noch ein Bedürfnis in der Bevölkerung. Die Forderungen gründeten sich in erster Linie auf historische Ansprüche und organisatorisches Partialinteresse. Damit geriet die SPD aber immer in die Position eines machtlosen Bittstellers.
2. Die SPD hat es versäumt, inhaltliche und organisatorische Alternativen zur amerikanischen Pressekonzeption zu entwickeln. Stattdessen übernahm sie tendenziell die amerikanischen Vorstellungen. So konnte sie weder gegenüber der Besatzungsbehörde noch gegenüber der Bevölkerung ansatzweise die politischen Vorteile von Parteizeitungen neben der Lizenzpresse begründen. Ohne deutliche inhaltliche Alternativen reduzierte sich die Auseinandersetzung auf die rein rechtliche Ebene der Rückgabe von Eigentum an Produktionsmitteln.

Hurwitz beleuchtet rückblickend die kommunikationspolitische Dimension, die die SPD weitgehend ignorierte:

„Die amerikanische Pressepolitik trug dazu bei, daß die Parteipresse in der US-Zone nicht die Bedeutung erlangte, die sie vor 1933 gehabt hatte. Man kann sogar behaupten, daß der Verfall der deutschen Parteipresse, der bereits während der Weimarer Periode eingesetzt hatte, durch die amerikanische Pressepolitik noch beschleunigt wurde.“ (17)

1.2.1.3. Lizenzierungspraxis in der amerikanischen Zone

Für die amerikanischen Pressebehörden implizierte die ablehnende Haltung gegenüber einer Parteipresse keinesfalls die Schaffung einer unpolitischen Generalanzeigerpresse, deren reaktionäre Haltung und formale Unzulänglichkeiten überwunden werden sollten. Vielmehr gingen die Presseoffiziere gemäß den allgemeinen Richtlinien daran, sogenannte Gruppenzeitungen zu schaffen. Durch die Vergabe mehrerer Lizenzen für ein Organ an geeignete Personen der verschiedensten politischen Richtungen sollte die Überparteilichkeit und Ausgewogenheit der neuen Zeitungen gewährleistet werden. Als Beispiel aus der ersten Phase kann die FRANKFURTER RUNDSCHAU gelten: 3 SPD Mitglieder, 1 ehemaliger Zentrums-Vertreter, 2 KPD-Mitglieder und ein Parteilooser bildeten die Gründungsgruppe der ersten deutschen Zeitung der US-Zone. (1) Ähnlich groß und ähnlich weit politisch gefächert waren auch die meisten anderen Neugründungen der ersten zwei Jahre strukturiert. Der politische Pluralismus der jungen Verleger sollte — so meinten die Amerikaner — die Objektivität der Berichterstattung und die Überparteilichkeit in der Kommentierung garantieren. Zusätzlich verordnete die Militärregierung per Betriebsanweisung die geforderte Überparteilichkeit:

„Die Veröffentlichung von politischen und allgemeinen Leitartikeln ist gestattet unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß solche Leitartikel nicht von spezifisch parteipolitischen Standpunkten aus abgefaßt sind oder ein spezifisch politisches Parteiprogramm vertreten. Die Veröffentlichung von Leitartikeln oder Kommentaren, in denen die allgemeine Politik oder das Wirken der Besatzungsmächte kritisiert wird, ist untersagt.“ (2)

Damit wurden die Lizenzzeitungen in doppelter Hinsicht politisch eingeschränkt. Zum einen verbot ihnen diese Verordnung, zu politischen Themen dezidiert Stellung zu nehmen, da alle wesentlichen Bereiche potentiell das „Wirken der Besatzungsbehörden“ tangierten und zum anderen neutralisierten sich die unterschiedlichen persönlichen und

parteipolitischen Auffassungen in den Lizenzträgergruppen gegenseitig. Eine freie politische Meinungsäußerung konnte unter diesen Umständen nur begrenzt möglich sein, zumal der mögliche Lizenzentzug zu übervorsichtigem Verhalten zwang. Notwendigerweise führte dieser Zustand zu Intrigen und Machtkämpfen in den Lizenzträgergruppen, die entweder nur die Mehrheit oder diejenigen Kräfte überstanden, die das Wohlwollen der Besatzungsbehörden genossen. (3)

Unterstützt vom Vorstand bemühte sich die SPD, Einfluß auf die Organe zu gewinnen, die mehrheitlich von Parteimitgliedern kontrolliert wurden. Der allzu geringe Spielraum der Lizenzträger sowie die rigiden „Überparteilichkeitsvorstellungen“ der Kontrollbehörden ließen eine Verstärkung des Parteieinflusses aber nicht zu. Nach einem formalen Gleichheitsgrundsatz gestand man allen Parteien nur gleichen Raum für Selbstdarstellungen zu:

„Daher müssen die Lizenzträger dafür sorgen, daß allen bedeutenden Parteien und Meinungen die gleiche Gelegenheit zur Äußerung geboten wird; es sei denn, daß die Lizenzträger auf Grund ihrer Lizenzurkunden von dieser Bestimmung ausgenommen sind oder daß in dem betreffenden Nachrichtenorgan politische Meinungen gewöhnlich nicht geäußert werden.“ (4)

Die Ausnahmebestimmung galt in der ersten Zeit für keine Lizenzzeitung. In Beantwortung einer Umfrage bezeichneten sich alle Zeitungen als überparteilich. Von „unparteilich“ über „neutral“, „ungebunden“ bis „überparteilich-politisch antifaschistisch“ reichen die Selbstcharakterisierungen. (5) Für die Parteien bedeutete diese Regelung, daß ihnen in unregelmäßigen Abständen eine begrenzte Spaltenzahl zur politischen Information zur Verfügung gestellt wurde.

Nach den ersten Jahren gaben auch die Pressebehörden die Lizenzierung von bis zu achtköpfigen pluralistischen Lizenziatengruppen auf und gingen mehr und mehr auf die Schaffung homogenerer Kleingruppen über. Auch die Großgruppen hatten sich inzwischen durch freiwilliges oder erzwungenes Ausscheiden reduziert. Zumal die ausgesprochenen „Politiker“ unter den Lizenzträgern wechselten, enttäuscht über die begrenzten Möglichkeiten, in die neugeschaffenen Verwaltungen, die Länderregierungen oder den Parteiapparat über. Es kann vermutet werden, daß zum größten Teil nur die verlegerisch interessierten Lizenzträger, ohne große Ambitionen in der aktiven Politik, weiterhin in den Lizenzverlagen verblieben. (6)

Von ihnen, die allenfalls Sympathien oder der Besitz des Parteibuches mit den Organisa-

tionen verband, konnten die Parteien keine verstärkte Unterstützung erwarten. Über die distanzierte Haltung „ihrer“ Lizenzträger war die SPD besonders enttäuscht. Willy Knothe, ehemaliger Mitlizenziat der FRANKFURTER RUNDSCHAU und Vorsitzender der SPD Hessen Nord, entschloß sich sogar zu einem Artikel mit dem Titel „Unter der Diktatur der lizenzierten Presse.“:

„Die lizenzierte Presse kann unbeeinflußt von den großen politischen Parteien publizieren wie und was sie will. (...) Die Lizenziaten der lizenzierten Presse sollten überzeugt sein, daß die sozialdemokratische Führung das Vertrauen zu ihrer Objektivität verloren hat.“ (7)

Die betroffenen SPD-nahen Lizenzträger und Journalisten wiesen die Ausführungen als Anmaßung und unter Hinweis auf die schlecht gemachten SPD-Mitteilungsblätter zurück.

In einem Punkt trifft die Einschätzung von Knothe, daß nämlich „die sozialdemokratischen Lizenzträger zehnfach erst Lizenzträger... und erst dann Sozialdemokraten sind.“

(8) Dieses Verhalten war die notwendige Gegenwehr, da sich die Lizenzträger mit Parteibindung in ihrer materiellen Freiheit und bei der Verfolgung ihrer Eigeninteressen direkter von den Mitspracherecht fordernden Parteien als den amerikanischen Behörden bedroht fühlen mußten. Denn die amerikanische Lizenzierungspolitik beschnitt zwar ihren politischen Spielraum, garantierte ihnen aber materielle Unabhängigkeit und private Gewinnentnahme. Sicherheit und die Durchsetzung der Eigeninteressen gewährten ihnen nur die Abhängigkeit von der Militärregierung, Unsicherheit und Gefährdung des Erreichten bedeutete eine allzu enge Anlehnung an die Partei ihrer Präferenz. Subjektiv bemühten sich die Lizenzzeitungen zwar, in Wahlkämpfen die Partei ihrer Richtung zu unterstützen, aber diese Wahlhilfe wurde umgekehrt nicht honoriert.

Besonders die SPD stand den Lizenzträgern ihrer Richtung mit äußerstem Mißtrauen gegenüber und beharrte weiter auf den Parteizeitungen, obwohl sie sich sagen lassen mußte, daß

„ohne die lizenzierte Presse, besonders ohne die Frankfurter Rundschau, die (SPD)-Hessen, niemals die Wählerstimmen auf sich hätte vereinigen können, die sie tatsächlich gehabt hat.“ (9)

Für die „pressefeindlichen Ansichten“ einiger Einzelvertreter entschuldigte sich zwar offiziell die Gesamtpartei, bekräftigte aber zugleich, daß sie die Lizenzträger nicht als Repräsentanten des Volkes gegenüber den Parteien begreife, sondern die Lizenziaten sich

als „die von den Militärregierung ernannten Besitzer konkurrenzfreier Monopolunternehmen darstellen.“ (10)

Das berechtigte gegenseitige Mißtrauen, auf SPD-Seite geschürt durch die große Eigenständigkeit und Partikularinteressen der Lizenzträger, auf Lizenzträgerseite hervorgerufen durch die tendenzielle Anmaßung einer politischen Kontrolle sowie durch den impliziten Anspruch auf den erwirtschafteten Gewinn für die Parteikasse, führte tendenziell zur Lösung aller verbliebenen Bindungen.

„Die Neigung der Lizenziaten, ihre Parteimitgliedschaft aufzugeben oder sich zumindest in ihrer Partei weniger zu engagieren, beweist den Erfolg des Lizenzierungsprogramms, das eine unabhängige und politisch bewußte, nicht aber parteipolitisch orientierte Presse anstrebte. In dem Maße, in dem sich die einzelnen Lizenzträger bewußt wurden, das ihre Existenz von der Popularität ihrer Zeitungen bei der nichtorganisierten Leserschaft (ebenso wie vom guten Willen der Besatzungsmacht) abhing, sahen sie sich dazu ermutigt, Unabhängigkeit gegenüber den politischen Parteien zu demonstrieren. Dazu kam, daß sozialdemokratische wie christlich-demokratische Lizenzträger oft mit ihren Parteien Konflikte wegen ihrer redaktionellen Politik ausfechten mußten.“ (11)

Diese Entwicklung führte zu der Konsequenz, daß nach Lizenzaufhebung keiner der mit der SPD sympathisierenden Verlage sich freiwillig unter SPD-Kontrolle begab.

Deshalb sind die unter diesen Bedingungen erstellten Lizenzträgerlisten, nach Parteizugehörigkeit und Nähe aufgeschlüsselt, äußerst problematisch, da sie den falschen Eindruck entstehen lassen, die Lizenzzeitungen der US-Zone ließen sich nach Parteienähe und Zugehörigkeit aufteilen. (12) Von mehr als einer politischen Affinität im Meinungsteil kann aber nicht die Rede sein, zumal auch die verwendete Kategorie „Partei-nahe“ nicht näher definiert wird.

Aus der Tabelle 1 läßt sich bei allen Einschränkungen jedoch klar ablesen, daß der Anteil der SPD-zugerechneten Lizenziaten immer knapp über dem Anteil der übrigen Parteien zusammen lag. In der US-Zone existierte eine leichte Präferenz für sozialdemokratische Lizenzträger, die jedoch von der Parteiorganisation nicht genutzt werden konnte.

Der deutliche Vorsprung für sozialdemokratische Lizenzträger in den ersten Jahren erklärt sich sicher daraus, daß die liberalen Presseoffiziere unter den SPD-Bewerbern am leichtesten demokratische Antifaschisten finden konnten, die die Anforderungen an ei-

Tabelle 1

Gliederung der Lizenzträger in der US-Zone nach
Parteirichtungen

Datum \ Richtung	Zahl der Lizenz- zeitungen		Zahl der Lizenz- träger		SPD und SPD-nahe		CDU/CSU CDU-nahe		Liberales		KPD		Unabhängige	
	N		N		N	in%	N	in%	N	in%	N	in%	N	in%
November 1947 *	-		99		44	44	24	24	13	13	3	3	15	15
1948 **	54		102		46	45	27	26	15	15	-	-	14	14
Mai 1949 ***	60		112		43	39	29	26	9	8	-	-	31	27

QUELLEN:

* Hurwitz, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse.a.a.O. S. 152

** Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 52

*** Greuner, Reinhart: Lizenzpresse -Auftrag und Ende. a.a.O. S.170

Eigene Berechnungen

nen Lizenzinhaber erfüllten. Im Zuge des sich entwickelnden Antikommunismus wurden später oftmals den als links geltenden Erstgründungen schrittweise konservative Zeitungen gegenübergestellt (in Frankfurt: FRANKFURTER RUNDSCHAU – FRANKFURTER NEUE PRESSE, in München: SÜDDEUTSCHE ZEITUNG – MÜNCHNER MERKUR). Gegen Ende der Lizenzphase wurden entsprechend konservative Lizenzträger und Unabhängige bevorzugt, der SPD-Anteil ging leicht zurück.

Tabelle 1 zeigt die relative Abnahme der

„Linken, der nicht nur durch die Eliminierung der kommunistischen Lizenzträger (dieser Prozeß begann schon vor 1947), sondern auch durch die Tatsache, daß in den letzten Jahren der Pressekontrolle die Vorherrschaft der Sozialdemokraten auf dem Zeitungsmarkt durch die wachsende Lizenzierung nichtsozialistischer Lizenzträger abnahm.“ (13)

Der Umkehrschluß, alle Sozialdemokraten als Sozialisten zu bezeichnen, ist nicht zulässig. Alle SPD-Lizenziaten haben ihren Betrieb kapitalistische geführt, die amerikanischen Anweisungen beachtet und ihre sozialistische Haltung, wenn überhaupt, auf inhaltliche Momente beschränkt. Prägnante Unterschiede zu anderen Lizenzträgergruppen verwischten sich bis zur Lizenzaufhebung; eine sozialistische oder sozialdemokratische Parteipresse wurde weder erstrebt noch gefördert.

1.2.2. Britische Zone

1.2.2.1. Allgemeine Pressekonzeption

Innerhalb der PWD (Psychological Warfare Division), die direkt dem westalliierten Oberkommando unterstand und aus dem später die Pressebehörden der einzelnen Zonen hervorgingen, besaßen die Engländer während des Krieges ideologisch einen starken Einfluß. Auch nach Kriegsende versuchten die Briten ihre liberalen Konzeptionen unter dem maßgeblichen Einfluß von Richard Crossman, Labour-Abgeordneter und Herausgeber des „New Statesman“, so weit wie möglich auf dem Pressesektor umzusetzen. Dies war natürlich nur unterhalb des Rahmens der durch die USA bestimmten westalliierten Deutschlandpolitik möglich. (1)

Anfänglich beabsichtigten die Briten zwar aufgrund ihrer stärkeren Betroffenheit im Kriege nicht, eine schnelle Demokratisierung Deutschlands einzuleiten, hier neigten die Amerikaner eher einer progressiven Haltung zu, doch die zögernde Einstellung wurde durch eine konsequente Demokratisierungspolitik auf dem Pressesektor zu Beginn des Jahres 1946 abgelöst.

Im Gegensatz zu den US-Stellen beinhaltete die britische Pressekonzeption in Anlehnung an britische Presseverhältnisse den Aufbau einer parteilichen Gesinnungspresse.

Konträr hierzu läuft die Einschätzung von Hans Habe, der wohl mehr aus Konkurrenzgründen die britische Pressepolitik skeptisch beurteilt:

„Der ganze Unterschied zwischen amerikanischer Theorie und europäischer Praxis wird offenbar, wenn man bedenkt, daß die Engländer, die doch unter dem deutschen Krieg mehr gelitten hatten als die Amerikaner, ihren Feinden mit viel größerem Vertrauen begegneten. Die Briten waren sicher, verlässliche deutsche Zeitungsleute finden zu können; ihre Presseoffiziere sollten diese nur aussuchen, lenken, beraten, deren Eignung in der Praxis prüfen — die Engländer selbst wollten keine Zeitung machen... Zweifellos haben sich die Engländer durch die Vorschußlorbeeren, mit denen sie die deutschen Herausgeber überhäuften, populärer gemacht, ... auch konnten sie anfänglich schnellere Resultate erzielen.“ (2)

Da die Parteien zu diesem Zeitpunkt (Anfang 1946) erst sehr schwach auf lokaler und Kreisebene organisiert waren — ein überregionaler Zusammenschluß wurde noch nicht gestattet — und bei den Besatzungsbehörden ihnen gegenüber ein latentes Mißtrauen existierte, kam auch für die Engländer die Schaffung einer direkten Parteipresse nicht in Frage. Wie die Amerikaner vertraten die Briten die Meinung, daß die Struktur der Presse in der Weimarer Republik, also die Vielzahl lokaler Kleinstzeitungen — hierunter fiel auch die Parteipresse — keinesfalls wiederhergestellt werden dürfte. Eine unpolitisch-reaktionäre Generalanzeigerpresse sollte gleichfalls verhindert werden. (3)

Das britische Lizenzierungsverfahren ähnelte dem amerikanischen, mit einer entscheidenden Ausnahme: den sich konstituierenden Parteien wurde das Vorschlagsrecht für geeignete Bewerber aus ihren Reihen zugesprochen und die neuen Zeitungen wurden nicht in sich pluralistisch, sondern nach Parteien strukturiert. Am treffendsten erscheint die Charakterisierung, daß die Briten den Parteien parteiunabhängige Zeitungen lizenzierten. (4) Als Bemessungsgrundlage für die zahlenmäßige Beteiligung dienten die Wahlergebnisse der letzten freien Reichstagswahlen in der Weimarer Republik.

Aus dieser unterschiedlichen Lizenzierungspraxis kann allerdings nicht auf gravierende Unterschiede in der Pressekonzeption geschlossen werden. „Objektivität“, „Unabhängigkeit“ und die Gebote der Presseethik (Nachrichtengebung, Trennung von Nachricht und Kommentar) bildeten auch die Grundpfeiler der britischen Pressekonzeption, die in den neuen Zeitungen eingeführt werden sollte. Im Unterschied zu den Amerikanern gingen die Briten dabei jedoch nicht von einer Vielfalt in der Zeitung, sondern von einer Vielfalt der Zeitungen aus, d.h. sie beabsichtigten nicht, einen politischen Pluralismus in den einzelnen Organen, sondern durch verschiedene Organe herzustellen. Zudem war den Briten aufgrund ihres eigenen Demokratieverständnisses und ihrer Presstradition die Idee einer Parteipresse bei weitem nicht so verdächtig wie den amerikanischen Behörden.

Erklärtermaßen zielte die britische Pressepolitik darauf,

„eine im demokratisch-freiheitlichen Geiste erzieherisch wirkende Presse zu schaffen, die in Erfüllung dieser Aufgabe im übrigen in erster Linie um eine möglichst vielseitige und objektive Berichterstattung bemüht sein sollte. Diesem Ziel sollte jede Zeitung in der Ideologie der ihr nahestehenden Partei nachstreben. Praktisch ging man so vor, daß die Parteien um Vorschlag ihnen vertrauenswürdiger, politisch einwandfreier, im übrigen möglichst sachkundiger Lizenzträger ersucht wurden.“ (5)

Rechtlich änderte diese Lizenzierungspraxis nichts an der abhängigen Stellung der Lizenzträger. In den britischen Lizenzbestimmungen war klar niedergelegt, daß

1. eine alleinige persönliche Verantwortlichkeit der Lizenzträger gegenüber der Militärregierung bestand,
2. jeder direkte Anteil der Parteien auf redaktionellem und wirtschaftlichen Gebiet verboten blieb und daß
3. eine objektive Berichterstattung, auch über deutsche Parteienpolitik, vorgeschrieben sowie eine übermäßige einseitige Parteiinformation verboten war. (6)

Somit blieb auch in der britischen Zone garantiert, daß die Lizenzträger allein „ihrem Gewissen und der englischen Kontrollbehörde“ (7) verantwortlich waren. Rechtlich bestand keine Differenz zu der Lizenzierungspraxis der Amerikaner und die Beteiligung der Parteien bei der Auswahl der Lizenzträger muß wohl mehr als politisches Zugeständ-

angesehen werden, den Demokratisierungsprozeß wenigstens äußerlich zu unterstützen und andererseits die Pressestrukturen des Heimatlandes zu übertragen. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß die Mehrzahl der verantwortlichen Engländer nicht qualifizierte Fachleute, sondern Militärs waren, die sich erstmals auf Befehl mit Massenkommunikationsfragen beschäftigten. (8)

Innerhalb dieses konzeptionellen Rahmens schufen in kürzester Frist die englischen Pressebehörden im Verlauf des Jahres 1947 42 Lizenzzeitungen, darunter etwa je ein Viertel SPD- und CDU-nahe Organe. (9)

Exakt entsprach diese Aufteilung dem angestrebten Proporz. Über den Anteil der „überparteilichen Zeitungen“ wurde später bestimmt.

„Es dürfen sowohl unabhängige als auch solche Zeitungen, die die Meinung von in der Zone anerkannten Parteien vertreten, erscheinen. Solange ein freier Wettbewerb noch nicht nötig ist, ist die Auflage unabhängiger Zeitungen auf nicht weniger als ein Viertel und nicht mehr als die Hälfte des gesamten Zeitungsumlaufs im Lande zu begrenzen.“ (10)

1.2.2.2. Die Auseinandersetzung um die Stellung der Lizenzträger

Entgegen der faktischen Rechtslage, die außer dem Vorschlagsrecht jede Mitbeteiligung der Parteien an den Zeitungen ausdrücklich ausschloß, wurden alle Beteiligten (Parteien und Lizenzträger) in der Annahme, es handele sich um Parteizeitungen, durch das Verhalten der Engländer bestärkt, die Ende 1946 eine Auflagenneufestsetzung in ihrer Zone durchführten. Entsprechend den ersten Wahlergebnissen auf lokaler Ebene wurden die Auflagen der Lizenzzeitungen im Verhältnis 1:5 (1 Zeitungsexemplar auf 5 Einwohner) neu gewichtet. Die SPD-Zeitungen, deren Lizenzträger aufgrund ihrer deutlichen antifaschistischen Vergangenheit neben KPD-Vertretern bisher bevorzugt worden waren, konnten ihren Auflagenanteil knapp behaupten. Eindeutige Gewinner waren die bürgerlichen Parteien und ihre Blätter. So konnte die CDU ihren Anteil um 25%, das entsprach einem Aufwuchs um knapp 550 000 Exemplare auf 1,72 Mill., steigern, gleichfalls die FDP um 17%, während der KPD fast die Hälfte der Auflage (720 000 auf 370 000) gestrichen wurde, was sie zur Zusammenlegung einzelner Organe zwang. (11)

Gleichzeitig suggerierten die Engländer den Eindruck von echten Parteizeitungen dadurch, daß sie nach der Auflagenneufestsetzung nur unter den Blättern einer Partei die notwendigen Gebietsbereinigungen vornahmen. Im Einzelnen bedeutete dies, daß die anfänglich willkürlichen Festsetzungen der Verbreitungsgebiete, orientiert an den militärischen Befehlsbereichen, jetzt so begrenzt wurden, daß zumindest die Zeitungen der beiden großen Parteien in etwa das gesamte Besatzungsgebiet abdeckten, ohne daß sich die jeweiligen Vertriebsgebiete überschnitten. Da auch die Briten die Bildung mittlerer Unternehmen mit Auflagen um 100 000 anstrebten, beschränkten sie an manchen Orten die Verbreitungsgebiete angrenzender Verlage und damit die Auflage, um gleichmäßig große Betriebe zu schaffen. So wurden z.B. die WESTFÄL. NACHRICHTEN (CDU) auf Kosten dreier angrenzender Verlage auflagenmäßig saniert. (12)

Voraussetzung für diese Maßnahmen waren die „Durchführungsrichtlinien für die Presse“, die festlegten, daß die Mindestauflagen bei Zeitungen nicht unter 75 000 liegen sollten und die als Verbreitungsgebiet einen Regierungsbezirk vorschrieben. (13)

Von Beginn an kennzeichnete somit ein mehrfacher Widerspruch die Stellung der parteinahen Lizenzträger in der britischen Zone zwischen Parteien, Verlagen und Besatzungsmacht. Dieser unterschwellige Konflikt wurde in der Lizenzphase niemals endgültig gelöst und fand später, speziell bei der SPD-verbundenen Presse, seine Fortsetzung, weil eine rechtlich und politisch eindeutige Definition von Parteipresse unmöglich wurde:

- Juristisch und ökonomisch wurden die Lizenzverlage unabhängig von allen fremden Interessen geführt. Eine juristisch wie finanzielle Beteiligung Dritter blieb verboten. Die persönlichen Bindungen der Lizenzträger an die Parteien, auf deren Vorschlag sie die Positionen erhalten hatten, unterliefen aber die verbotenen Beteiligungen.
- Publizistisch installierten die Engländer eine Parteirichtungspressen neben der parteiunabhängigen Presse, die aber, gebunden an die allgemeinen Lizenzbestimmungen, für alle Leserschichten arbeiten sollte und durch das Wirtschaftlichkeitsgebot zu ökonomischer Selbständigkeit ohne Rücksicht auf politische Ziele verpflichtet war.
- Die Koppelung von Parteirichtungspressen an die Wahlergebnisse der entsprechenden Partei suggerierte nicht nur eine direkte Parteibindung, sondern zwang die Zeitungen auch in eine wirtschaftliche Beziehung zum politischen Erfolg der offiziell ne-

ben den Lizenzverlagen arbeitenden Organisationen.

Begünstigt wurde die Fehleinschätzung der Zeitungen als reine Parteiorgane — auch die Bevölkerung betrachtete sie als „Parteiblätter“ (14), durch die explizite oder implizite Aufteilung der Lizenzträgergruppen nach Haupt- und Nebenlizenzträgern. Nur im Falle der RHEINISCHEN POST wird diese Unterscheidung im Handbuch der Lizenzen 1947 offen angegeben. In dieser christdemokratischen Zeitung wird Anton Betz als Hauptlizenzträger gegenüber Karl Arnold (Mitbegründer der NRW-CDU und erster gewählter Ministerpräsident von NRW) und den übrigen Lizenzträgern herausgehoben. (15) Bei anderen Lizenzzeitungen kann Ähnliches vermutet werden. Diese Zweiteilung entwickelte sich aus dem Vorschlagsrecht der Parteien, da sie erhebliche Schwierigkeiten hatten, innerhalb kurzer Frist journalistisch und politisch qualifizierte Bewerber aus ihren Reihen vorzuschlagen, die den strengen Bestimmungen der Lizenzträgerauswahl entsprechen konnten. Deshalb schlugen die Parteien unterschiedliche Personengruppen vor. Einmal politisch ambitionierte Funktionäre, die den politischen Kurs der Lizenzzeitungen im Sinne der Partei angeben sollten, und zum anderen Wirtschaftsfachleute oder verdiente Mitglieder aus den verschiedensten Bereichen, die mehr die Organisation übernehmen sollten. Profilierte Journalisten ihres Vertrauens standen den Parteien nach der faschistischen Herrschaftsperiode kaum zur Verfügung.

„Unzulänglich funktionierte ferner die Auswahl der Lizenzträger, da die Parteien größtenteils keine Fachleute vorschlugen oder zu finden verstanden, sowie neben dem politischen Vertrauensmann mehrere sachfremde Geschäftsleute vorschlugen, wo einer genügt hätte.“ (16)

In den Lizenzträgergruppen selbst reproduzierte sich notwendigerweise die immanente Widersprüchlichkeit des britischen Lizenzsystems. Die Zwitterfunktion der Verlage zwischen Parteipresse und Unabhängigkeit begünstigte intern die Entwicklung zweier Lizenziatengruppen: kaufmännisch orientierte Verleger und publizierende Politiker.

Zu dieser auf Dauer unbefriedigenden Situation nahmen die betroffenen Verleger, Parteien und Journalisten öffentlich unterschiedlich Stellung, alle getragen von der Hoffnung, die Militärregierung zu einer Lösung in ihrem Sinne bewegen zu können.

a) Verhältnis der Lizenzträger untereinander

Für die Gruppe der Verleger-Journalisten, die sich ausschließlich mit ihren Zeitungen beschäftigten, können die Äußerungen von Friedrich Vogel, Lizenzträger der RHEINISCHEN POST und gleichzeitig des HANDELSBLATTES (17), als exemplarisch gelten.

„Es entsprach der Einstellung der Militärregierung in der ersten Phase des lizenzierten Zeitungswesens, zunächst einmal keine Rechtsabgrenzung zwischen denen mit einer Lizenz betrauten Personen bei einer Zeitung vorzunehmen, sondern es dem Leben zu überlassen, mit dieser Konstruktion zu arbeiten.“ (18)

Jedoch im Zusammenhang mit den Besitzverhältnissen

„taucht als Sonderfrage der britischen Zone das Verhältnis der Herausgeber untereinander auf, da man hier bekanntlich im Zuge der Schaffung des Typs der sogenannten parteinahen Zeitung zwei Gruppen von Männern Lizenzen erteilte, einmal Verlegern und Journalisten, die die tägliche Last der Arbeit tragen, zum anderen Mit-Herausgebern, die als Treuhänder einer bestimmten Partei Rat und Mitwirkung zu geben haben, ihren eigentlichen Beruf aber außerhalb der Presse ausüben. Sollen sie alle gleiche Rechte untereinander haben, d.h. gleiche Verantwortung, gleichen Besitzanteil und gleichen Gewinnanspruch, obwohl sie doch offenbar ganz verschiedenen Arbeitsaufwand haben?“ (19)

Im Interesse der ersten Lizenzträgergruppe lag es, den politischen Einfluß und die materiellen Ansprüche abzuschütteln und gemäß den Lizenzbedingungen eine klarere wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erzielen, um, unbeeinflußt von allen Organisationen, die Lizenzverlage als persönliches Eigentum verwalten zu können. Im Gegensatz zu diesen Verlegern interessierten sich die Politiker-Publizisten unter den Lizenzträgern kaum für die wirtschaftliche Seite der Lizenzverlage, sie betrachteten die Zeitungen als publizistisches Instrument für ihre politischen Ziele. (20) Da sie sich nicht materiell mit den Unternehmen identifizierten, d.h. nicht in den Verlagen ihre materielle Reproduktion suchten, vertraten sie eher die Interessen der Parteien, fühlten sich als deren Treuhänder im Unternehmen und waren deshalb auch Mitbestimmungsbestrebungen nicht grundsätzlich abgeneigt. Ihre politischen Verbindungen nach allen Seiten konnten eine publizistischen Gewinn für die Zeitung darstellen. Diese Lage brachte sie allerdings in einen Gegensatz zu den hauptberuflichen Lizenzträgern, für die die Zeitung, zumal wenn sie aus zeitungsfremden Branchen kamen, die Existenzgrundlage bildete. Pritzkolet glorifiziert trotz seiner vorsichtigen Formulierung die politischen Lizenzträger etwas, wenn er schreibt:

„Friedrich Vogel war eben ein Verleger-Journalist, der in den Jahren des Aufbaus eine doppelte Arbeitslast trug und folglich jene Distanz zur Problematik der Nur-Treuhänder gewann, die nun einmal notwendig war, um den Bestrebungen, Treuhänderschaft in gewinnbringendes Eigentum umzuwandeln, mit einigem Vorbehalt zu begegnen.“ (21)

Diese Vorbehalte der „Politiker“ setzten sich jedoch nicht in Aktionen um, als die Umwandlung der Treuhänderschaft in Eigentum tatsächlich stattfand. Nur Wenige aus der politisch ambitionierten Gruppe gaben im weiteren Verlauf ihre Urkunden zurück, die Mehrzahl rückte später in die Position von wirtschaftlich relativ gering beteiligten Mit-herausgebern auf. Noch heute liest sich das Handbuch der Lizenzen für die britische Zone wie eine Liste fast aller bedeutenden Parteipolitiker der Länder NRW, Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein aus der Frühphase der Bundesrepublik. (22)

Natürlich kann den beiden Lizenzträgergruppen nicht unterstellt werden, daß beiden von Beginn an allein an einer vordergründigen Durchsetzung ihrer Interessen gelegen war, den einen im Verlagsgeschäft, den anderen in der Politik. Aber durch die Personalisierung der Lizenzbestimmungen, den auferlegten Zwang, privatwirtschaftlich zu handeln, und durch die inhaltlichen Bestimmungen wurde dieses Verhalten objektiv herbeigeführt. Diese Konflikte trafen auch mehr die bürgerlichen Blätter. Für die Lizenzträger der SPD war eine solidarische Arbeitsteilung in den ersten Jahren selbstverständlich. (23)

b) Lizenzträger und Parteien

Die Interessen der Parteien an den neuen Zeitungen entsprachen nicht den durch die Organisationen in diese Stellungen gelangten Lizenzträgern, waren aber gleichfalls gekennzeichnet durch einen pragmatischen Organisationsstandpunkt. Allein mit politischer Linientreue in der Berichterstattung konnten sich die im Aufbau begriffenen Organisationen nicht zufriedengeben. Bestärkt durch die Aufiagenzuteilung nach Proporz faßten die Parteien die Verlage zunehmend als unter ihrer finanziellen und wirtschaftlichen Kontrolle stehend auf.

Eine zurückhaltende Darstellung der Situation gab Heile (FDP), gleichzeitig Lizenzträger der HAMBURGER FREIEN PRESSE:

„Numehr kommen wir auf das besonders heikle Verhältnis Partei und Presse zu sprechen:

Mit der fehlenden Aufklärung über die Bedeutung des erbetenen Lizenzvorschlages hat die Schwierigkeit begonnen, da die Parteien, aber auch die vorgeschlagenen Lizenzträger, den fälschlichen Eindruck bekamen, daß es sich um Lizenzierung von Parteizeitungen handele. Dementsprechend wurden dann Vorabreden getroffen, denen durch die Lizenzbedingungen der Boden entzogen wurde. Die Parteien wurden in ihrem Irrtum bestärkt, als man wiederholt die Auflagen entsprechend dem Partei-Wahlergebnis revidierte. Der Erfolg war, daß die Lizenzträger gegenüber den Parteien in eine schiefe Lage kamen und fast als Betrüger erscheinen mußten, da sie weder die wachsenden Propaganda- noch finanzielle Wünsche der Parteien erfüllen konnten.“ (24)

Mit der von den Briten erwarteten Distanz, daß „die Zeitungen mit der Partei nur die politischen Ideale gemein haben, aber diese nach ihrem Ermessen und selbst unter Kritik der Parteiarbeit verfolgen“ (25) könnten, gaben sich die Parteien nicht zufrieden, sie strebten nach Kontroll- und Einflußmöglichkeiten.

Gegen Ende der Lizenzperiode kritisierte die FDP die Eingriffsversuche der anderen Parteien, da mittlerweile ihre parteinahen Zeitungen zur relativen Bedeutungslosigkeit abgesunken waren.

„Es geht um die Verhinderung der freien Konkurrenz, vor der man Angst hat, denn neben der Aufgabe parteigebundener und regierungstreuer Information der Leser haben diese Lizenzzeitungen, mehr oder minder getarnt, die Parteikassen von CDU und SPD zu füllen, da die Opferbereitschaft des maßlos enttäuschten Volkes nicht mehr so groß ist, dies ausreichend zu tun.“ (26)

Für die CDU bedeutete der Konflikt um den Einfluß der Partei auf die nahestehenden Zeitungen kein zentrales Problem. Mit der Restauration Nachkriegsdeutschlands stellte sich der Interessengleichklang harmonisch her. Für die SPD aber ergab sich eine andere Ausgangssituation: geprägt durch ein straffes Parteiverständnis, eine Form der „Lagermentalität“ (27) und traditionell gebunden an eine zentralistische Organisation von Parteipresse erstrebte sie die faktische Kontrolle über die nahestehenden Zeitungen. Zudem war sie auf die Ausschöpfung aller Finanzierungsmöglichkeiten angewiesen, da ihr neben den Mitgliedsbeiträgen kaum Spenden zuflossen. Es lag nahe, finanziellen Nutzen aus den relativ florierenden Verlagen zu ziehen.

Die Sozialdemokratie vertrat daher die Ansicht, daß die nahestehenden Lizenzzeitungen mit SPD-Verlegern nicht nur ideell, sondern auch praktisch wirtschaftlich als Eigen-

tum der Partei zu gelten haben. Auf der Gründungsversammlung der Konzentration GmbH (siehe die folgenden Kapitel) sollte auch selbstverständlich die zentralistische Struktur durchgesetzt werden. Auf den Einspruch der britischen Presseoffiziere mußte jedoch der zentralistische Untertitel „Wirtschaftsunternehmungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ aufgegeben werden. (28) Parteibesitz wurde nicht zugelassen, offiziell mußte die Unabhängigkeit der Lizenzträger gewährleistet bleiben. (29)

Nach dem Zeitpunkt dieser Beschränkung vollzog sich eine Wendung. In Parteitageprotokollen und Jahrbüchern wird jetzt, auch gegen Kritik aus den eigenen Reihen, das britische Lizenzierungssystem verteidigt. (30) Da sich aber die Interessenkonstellation nicht geändert hatte, muß angenommen werden, daß die SPD indirekte Wege gefunden hatte, die ihr nahestehenden Verlage direkt und materiell zu binden. Diese These geht davon aus, daß die Lizenziaten, die aus der Parteiorganisation hervorgegangen waren, teilweise über Jahre für die SPD in der Illegalität gearbeitet hatten, sich als Teil der Partei fühlten. Weil sie sich als Treuhänder der Partei begriffen, dürften sie sich kaum geweigert haben, inoffizielle Absprachen über ihre Verlagsunternehmen mit der Partei zu treffen.*

Es muß davon ausgegangen werden, daß es zumindest in den ersten Jahren für die Mehrzahl der SPD-Lizenzträger selbstverständlich war, ihre Organisation mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu unterstützen. Ob diese Verbindungen auf jederzeit lösbaren mündlichen Absprachen beruhten oder ob schriftliche Verträge abgeschlossen wurden, die die offizielle Pressepolitik der Engländer rechtlich unterliefen und noch weit über die Lizenzzeit hinaus Gültigkeit besaßen, dies kann kaum außerhalb der Parteiführung verlässlich überprüft werden. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß bei dem Organisationsverständnis der SPD und der Genauigkeit des Schatzmeisters Alfred Nau keinerlei feste Abmachungen getroffen worden sein sollen. Zudem hatte die Parteikasse teilweise die Gründungseinlagen für die Verlage kreditiert und erstrebte eine Absicherung dieser Beträge.

Auch Pritzkolet geht von dieser Annahme aus. Er schreibt im Zusammenhang mit der späteren Aufhebung der Auflagenbegrenzung: Dies war

„ein großer Vorteil für die SPD-verbundenen Blätter, deren Gesellschafter freilich im Auftrage oder im Einvernehmen mit der Partei handelten, vermutlich also kaum

* Die hier erstmals ausgeführte These von der direkten materiellen Verbindung zwischen SPD und parteinaher Presse, läßt sich an keiner Stelle präzise beweisen. Indirekte Belege, mündliche Äußerungen und Vermutungen Dritter werden noch im weiteren Verlauf der Arbeit angeführt. Nur wenn man von dieser These ausgeht, ergibt jedoch der weitere Verlauf der praktischen Pressepolitik der SPD ein logisches Bild.

in die Lage kommen konnten, wesentlichen Gewinn für sich selber zu ziehen.“ (31)

Ebenso beruhten auch die oben zitierten Aussagen der FDP auf realen Kenntnissen der existierenden Verflechtungen. Selbst Fischer spricht von fließenden Grenzen zwischen Partei- und Parteirichtungsblatt und führt aus, daß es „oftmals eine Streitfrage gewesen sei, inwieweit die Lizenzträger tatsächlich von den Parteien beeinflusst, also nicht völlig selbständig waren.“ (32)

Den verlässlichsten Beleg für die These dürfte aber die Reaktion der englischen Besatzungsbehörden darstellen, die sich aufgrund der aus ihrer Sicht vermehrten Übergriffe der Parteien auf die Lizenzzeitungen veranlaßt sahen, durch ein Schreiben des Zivilgouverneurs vom Mai 1947 ihre Auffassung nochmals unmißverständlich klarzustellen:

„Betr. Politische Parteien und Lizenzbestimmungen der Zeitungen.

1. Wegen Versuchen der politischen Parteien, die Politik der lizenzierten Zeitungen zu beherrschen, muß ich Ihnen die Richtlinien und Ansicht der Control Commission unterbreiten, um mich zu vergewissern, daß kein Mißverständnis auftaucht in bezug auf die Absicht der Control Commission, die redaktionelle Unabhängigkeit der Zeitungen gegenüber den Parteien aufrechtzuerhalten.
2. Bei den meisten deutschen Zeitungen in der britischen Zone und im britischen Sektor Berlins wurde von der PRISC Group die Lizenz an Personen vergeben, die bestätigt waren und die die verschiedenen politischen Parteien unterstützen. Das Prinzip der unabhängigen Lizenz wurde aus zwei Gründen angenommen:
 1. damit einer bestimmten Gruppe von Personen die Verantwortung gegenüber der Militärregierung für die Politik und Führung jeder Zeitung übertragen werden konnte.
 2. Um sicherzustellen, daß die Zeitungen obgleich sie bestimmte politische Parteien unterstützen, so unabhängig wie möglich von parteiichen Einmischungen sind und nicht ausschließlich Parteirichtlinien unterliegen.
3. Es wurden von Parteikomitees Versuche gemacht, die Zeitungen zu kontrollieren, indem Vollmachten der Parteipressekomitees ausgedehnt oder mit den Lizenzträgern Vereinbarungen getroffen wurden, wonach die letzteren sich vertraglich verpflichteten, sich den Parteirichtlinien zu fügen, so daß sich eine Situation entwickelt hat, in der Pressekomitees Richtlinien und Anweisungen an die Redaktionen ausgeben dürfen. Solch eine Entwicklung ist ungesund und steht im Gegensatz zur augenblicklichen CCG-Politik.
4. Ich bin demnach gebeten worden, den politischen Parteien klarzumachen, daß es nicht die Absicht der CCG ist, Zeitungen zu lizenzieren, die nicht mehr als Par-

teinachrichtenblätter sind.

5. Die Lizenzbestimmungen als Ganzes verpflichten die Lizenzträger zu beobachten, was unter den Vertrag mit der Militärregierung fällt, und in der Lizenz ist gesagt, daß das Kapital der Zeitungen in den Händen der Lizenzträger liegen muß. Wenn Einzellizenzträger unter der Vorherrschaft einer Partei oder einer Pressekommission die Lizenz annehmen, so bedeutet das, daß die Lizenzträger stillschweigend den Vertrag mit der Militärregierung nicht anerkennen wollen und sich dadurch der Gefahr aussetzen, aus der Lizenzgruppe ausgestoßen zu werden. Dasselbe trifft für Lizenzträger zu, die öffentlich oder geheim zulassen, daß Anteile des Zeitungskapitals im Besitz der Partei sind. Dies äußerste Recht der Lizenzentziehung liegt noch bei der Control Commission, auch jetzt, nachdem der Lizenzvorgang selbst an deutsche Stellen übertragen wurde." (33)

Unabhängig von dem konkreten Anlaß des Schreibens offenbart die Stellungnahme nochmals überdeutlich das Dilemma der britischen Pressepolitik.

Obleich Eingriffsversuche bei einer FDP-Zeitung den aktuellen Anlaß für dies Schreiben bildeten, so zeigte doch die Schärfe der Formulierung und die dezidierte Bezugnahme auf konkrete Unterwanderungsversuche, daß es sich hierbei nicht um die bloße Klärung potentieller „Mißverständnisse“ handelte. Alle Einflußversuche, die sie in diesem Schreiben detailliert aufführt, bedrohte die Militärbehörde mit Lizenzentzug.

Die in den Abschnitten 3 - 5 angesprochenen und verbotenen Praktiken der Parteien sprechen für eine Detailkenntnis, die vermuten läßt, daß alle kritisierten Formen der Einflußnahme faktisch existierten. Sowohl mit den angegebenen „Pressekomitees“ und „Pressekommissionen“ sind wohl fast ausschließlich die auf örtlicher Ebene wiedergegründeten Pressekommissionen der SPD gemeint, keine andere Partei (außer der KPD) kannte solche Einrichtungen. Wenn auch Greuner dieses Schreiben als gegen die KPD-Presse gerichtet interpretiert (34), während Fischer die Angelegenheit als Klarstellung gegenüber der FDP begreift (35), besteht auch Grund zu der Annahme, daß ein großer Teil der Hinweise in Ashburys Schreiben auf die SPD zielte. Dafür spricht der Umstand, daß keine Partei als Hauptschuldiger hervorgehoben wird, sondern nur pauschal von den politischen Parteien die Rede ist. Ein offenes Vorgehen gegenüber KPD-Zeitungen hätte die britische Militärbehörde zu diesem Zeitpunkt nicht gescheut, und eine Rüge allein an die Adresse der FDP wäre sicherlich nicht in dieser Form erfolgt. Dafür spricht auch die wörtliche Veröffentlichung in DIE DEUTSCHE ZEITUNG. Da weiterhin die CDU schon aus politisch-ideologischen Gründen nicht an einer massiven Beteiligung an den ihr nahestehenden Zeitungen interessiert war, kommt nur noch die SPD als Mit-

adressat in Frage. Gerade die Indikativformulierung im Absatz 5 des Schreibens, die nicht nur von der Möglichkeit entstandener Geheimverträge ausgeht, sondern deren Existenz explizit voraussetzt, ein direktes Einschreiten der Militärbehörde aber nur androht, beweist, daß es sich bei den Adressaten um einflußreiche, größere Parteien handelte, die nicht öffentlich desavouiert werden sollten.

c) Journalisten und Lizenzpresse

In dem Dreieck von Lizenzträgern, Parteien und Militärbehörden bestand rechtlich gesehen kein Platz für die Journalisten. Die Auswahl der Journalisten blieb unter Angabe bestimmter politischer Kriterien den alleinverantwortlichen Lizenziaten überlassen. (36) Als relevante Gruppe wurden die Journalisten in den Rechtsvorschriften überhaupt nicht angesprochen. Zwar stand immer wieder die „Öffentliche Aufgabe“ der neuen demokratischen Presse im Mittelpunkt, doch die Briten, wie die Parteien und letztlich auch die Lizenzträger selbst, betrachteten mehrheitlich allein die Lizenzinhaber als Träger dieser Funktion und nicht die immer größer werdende Gruppe der Redakteure. Gefördert durch die Lizenzkonstruktion und die Personen der Verleger-Journalisten, eingebettet in die vielfältigen Parteibeziehungen, spielten die Journalisten eine untergeordnete Rolle. Wenn es ihnen nicht selbst gelang, eine Lizenz zu erhalten, mußten sie für jede zusätzlich geschaffene Lizenzzeitung dankbar sein, da nur so neue Arbeitsplätze entstanden.

Die Partnerschaftsideologie begünstigten auch die äußeren materiellen Bedingungen, unter denen die Redaktionen ihre Arbeit aufnehmen mußten sowie die neuen journalistischen Möglichkeiten, die sich nach 12 Jahren Faschismus in dieser Gründerzeit bei der Zeitungsgestaltung boten.

Erst die Stabilisierung der Verlage, verbunden mit einer zunehmenden Arbeitsteilung, ließ die unausgesprochene Hoffnungen vieler Jouranlisten verblassen, gleichberechtigte Partner zu werden. Mit zunehmender Kapitalisierung der Unternehmen und der Kristallisation der Lizenz als treuhänderischem Eigentumstitel wurden sich die Jouranlisten ihrer abhängigen Stellung bewußt. Ihre Bemühungen um Mitbeteiligung und Mitbestimmung, vorgetragen zumeist auf Verbandsebene, können aber keinesfalls als gewerkschaftlich orientiert bezeichnet werden, sondern sie blieben stark ständisch orientiert.

Kontrahenten der Journalisten als eigenständige Gruppe waren bei der gegebenen Lizenzkonstruktion nicht nur Lizenzträger und Kontrollbehörden, sondern vermittelt auch

Parteien, die andere Interessen in den Verlagen verfolgten. Sowohl in Fragen der inhaltlichen Gestaltung als auch auf finanziellen Gebieten fühlten sich die Journalisten durch den Parteieneinfluß eingeschränkt.

Im Mai 1947 faßten die Journalisten auf der Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Journalistenverbandes einstimmig den Beschluß:

„Im Interesse der notwendigen Unabhängigkeit der journalistischen Arbeit legt sie (die Versammlung, d.Verf.) schärfsten Protest gegen alle Versuche ein, auf dem Weg über Presseausschüsse der Parteien und die als Vertrauensleute der Parteien bestellten Mit-Lizensträger, die nicht Pressefachleute sind, den Versuch auf Aufrichtung einer Parteidiktatur über die journalistische Gestaltung von Tageszeitungen zu unternehmen und durchzusetzen. Solche Versuche stehen im Widerspruch zu dem Grundgedanken einer demokratischen und unabhängigen Presse, deren fruchtbare Gestaltung nur dann gesichert werden kann, wenn Mit-Lizensträger, die keine Pressefachleute sind, sich jeder Einmischung in Einzelheiten der Redaktionsführung enthalten. In der geplanten Regelung des Presserechts sind alle Vorkehrungen zu treffen, die Übergriffe solcher Art ausschließen.“ (37)

Solche Angriffe gegen die Politiker-Publizisten und indirekt gegen die Parteien wurden durchaus von den Verleger-Journalisten forciert, die wie selbstverständlich führende Positionen im Journalistenverband besetzt hielten. (38)

In ihrer Hoffnung auf Mitbeteiligung, die durch Umwandlung in Stiftungen verwirklicht werden sollte, wurden die Journalisten enttäuscht. Mit ihrer später formulierten Auffassung, daß die Lizenz „zwar eine neue private Machtbefugnis über die Produktionsmittel der Presse begründet, jedoch der öffentlichen Aufgabe der Presse eindeutig den Vorrang vor dem persönlichen Gewinnstreben zuweist“ (39), fand der Journalistenverband nicht mehr die Unterstützung seiner Verlegermitglieder.

Die weitreichendste Forderung wurde von den Journalisten 1948 erhoben: es

„sollte aus den Lizensträgern und Redakteuren ein Redaktionsrat gebildet werden, der auch über Einstellungen und Entlassungen entscheiden müssen. Darüber hinaus sei eine Beteiligung der Redakteure als der eigentlichen Träger jeder Zeitung an dem Unternehmen festzulegen und die Unabhängigkeit der Redaktion vom Verlag zu sichern.“ (40)

Aus Sicht der Verleger hatte Anton Betz die Verhältnisse schon 1947 klargestellt:

„Ich habe von jeher die Meinung vertreten und in der Praxis verwirklicht, daß in der Zeitung die letzte Verantwortung bei einem Mann liegen muß, beim Verleger (im Sinne des Herausgebers). (...) Da der Verleger (= Herausgeber) die letzte Verantwortung trägt, muß im Falle der zwiespältigen Meinung die Entscheidung bei ihm liegen. Ist der Chefredakteur anderer Meinung, dann steht ihm der Wechsel zu einer ihm besser passenden Zeitung frei. (...) Diese Grundlinie ist für die Redaktion bindend, anderenfalls darf der Chefredakteur bei dieser Zeitung nicht übernehmen. Außerdem ist die Zeitung nicht in dem Sinne öffentliche Einrichtung wie die Hochschule, da ihre wirtschaftliche Grundlage nicht aus Zuschüssen der Öffentlichkeit, sondern nur aus ihrer eigenen Arbeit gegeben werden muß. (...) Die Grundlinie, die sich eine Zeitung selber gibt (durch das Lizenzgremium, d.Verf.) und die für den Chefredakteur verbindlich ist, ist eine viel sicherere Gewähr für die Erfüllung der journalistischen Aufgabe als irgendeine in der Luft hängende Verpflichtung an die Öffentlichkeit.“ (41)

Nicht nur gegenüber den Verlegern konnten sich die Journalisten nicht durchsetzen, denn

„diese Pläne entsprachen ebenso wenig den Intentionen der Alliierten und der Lizenzträger wie auch die weitergehenden Versuche, den privatwirtschaftlichen Erwerbscharakter der Zeitungen auszuschalten.“ (42)

Auch bei den Parteien fanden sie kaum Unterstützung, zumal die Redakteure keine Verbindung mit den übrigen Verlagsmitarbeitern anstrebten, um für den Gesamtbetriebsrat Mitbestimmung zu fordern.

Für die SPD kam die Unterstützung solcher Bestrebungen nicht in Frage, da sie damit ihren eigenen Einfluß zugunsten einer unkontrollierbaren Mitbestimmung aufgegeben hätte. Sie erhob selbst Ansprüche auf die Zeitungen, die nach ihren Vorstellungen möglichst schnell in Parteieigentum überführt werden sollten. Zaghafte Diskussionsansätze von SPD-Lizenzträgern konnten sich auf der Ebene der Gesamtpartei nicht durchsetzen. (43)

Journalisten wie bürgerlichen Verlegern gemeinsam war die Angst vor publizistischer Parteikontrolle, die die schöpferische Initiative der Redaktionen einschränken könnte.

„Hoffentlich bleibt die neue parteiiche Presse von dem Rückfall in die Vergangenheit, in der die geistige Initiative zur Führung der Zeitung von der Parteileitung ausging, verschont.“ (44)

Jede Form von Veränderung der wirtschaftlichen Organisation bedrohte zugleich diese Unabhängigkeitsideologie aller Journalisten und trieb sie immer wieder in das Lager der Verleger zurück.

1.2.2.3. Die Arbeit der Landespresseausschüsse

Geschickt verstand es die britische Besatzungsbehörde in dieser zunehmend verwirrenden Situation, die Verantwortung zu delegieren. Unter dem Anspruch, die deutsche Demokratie und das demokratische Pressewesen zu stärken, bemühte sie sich, die Lizenzierung in deutsche Hände zu übertragen. Die wachsende Unsicherheit gegenüber der eigenen Pressepolitik veranlaßte die Pressehauptabteilung der britischen Militärregierung in Berlin, eine Verordnung auszuarbeiten, „um die Verantwortung für die Presse und die journalistischen Angelegenheiten soweit und vollständig wie möglich von der Militärregierung abzulösen“ sowie „die Pflichten der Militäradministration in Verbindung mit der Presse soweit wie möglich an eine deutsche Körperschaft zu delegieren und zur gleichen Zeit die Schaffung eines neuen Propaganda- und Volkserziehungsministeriums zu vermeiden“. (1)

Zu diesem Zweck und im Rahmen der „Möglichkeiten“, d.h. bei Wahrung der absoluten britischen Kontrolle, wurde die Verordnung Nr. 108 mit Wirkung vom 18.10.1947 zur Bildung von Landespresseausschüssen erlassen. (2) Sie dekretierte, daß auf Zonenebene ein Beratungsausschuß zu installieren sei, der die Militärregierung „bei der Erteilung bzw. Entziehung von Lizenzen für die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften innerhalb des Landes sowie der jeder dieser Zeitungen bzw. Zeitschriften zu gewährenden Auflagenhöhe“ beraten sollte. (3) Die Durchführung der Ausschußentschlüsse wurden den Ministerpräsidenten übertragen (Art. 1, 3). Für die Zusammensetzung des Beratungsausschusses wurde festgelegt: Es sollen ihm mindestens 12 und höchstens 20 Mitglieder angehören (II, 5a). Je mindestens ein Viertel der Mitglieder sollten Vertreter der Zeitungs- und Zeitschriftenlizenzträger sein. Gleichfalls ein Viertel wurde den „anerkannten Vereinigungen der Herausgeber und Journalisten“ zugesprochen. Ein Viertel sollten Vertreter der Öffentlichkeit besetzen (II, 5b). Über das restliche Viertel der

Mitglieder konnte nach Ermessen verfügt werden. Ausdrücklich wurde fixiert, daß aus der Öffentlichkeit keine Personen berufen werden durften, die ein „unmittelbares finanzielles Interesse an der Presse“ haben (Art. II, 5d) und „kein Mitglied darf als Vertreter einer politischen Partei gewählt werden“ (Art. II, 5e). Die Briten behielten sich ein Vetorecht gegen die Beschlüsse des Ausschusses binnen 30 Tagen vor (Art. VI). Zur konkreten Gestaltung der Arbeit wurden gesonderte Richtlinien erlassen. Artikel VII begrenzte ausdrücklich die Gültigkeit bis zum 31.12.1948 . (4)

Mit politischem Gespür schoben die pragmatischen Briten die schwelenden Konflikte um die Lizenzpresse deutschen Organe zu, für sich nur die Oberkontrolle sichernd. Aber mit den Vorschriften wurde wiederum neues Konfliktmaterial geschaffen, Realistisch gesehen reduzierte sich die deutsche Beteiligung im verkomplizierten Lizenzierungsverfahren auf eine technische und vorbereitende Funktion. Alle Anträge wurden nun von der Militärregierung und den installierten Ausschüssen parallel bearbeitet, dem neuen Gremium im Rahmen der Möglichkeiten jedoch ein relativer Einfluß bei der Vorauswahl eingeräumt. (5)

Den Parteien und ihren Lizenzträgern öffneten die Lücken und Unklarheiten der Verordnung 108 Möglichkeiten, die gerade verhindert werden sollten. Zum einen hatten die Lizenzträger als Verleger und Herausgeber die doppelte Chance, stärker als vorgesehen repräsentiert zu werden, zum anderen schloß Artikel II nur die offiziellen Parteivertreter von der Mitwirkung aus, nicht aber Parteimitglieder, die in anderer Funktion delegiert wurden. Zudem wurde die Besetzung des letzten Viertels nicht festgelegt und der Landesregierung überlassen. Die britische Vorstellung, daß die Ausschüsse „einem repräsentativen Querschnitt der Öffentlichkeit“ (6) entsprechen sollten, konnte sich bei der im Pressektor herrschenden Interessenkonstellation nicht erfüllen. Genauso wenig entsprach die Erwartung von Huisman der Wirklichkeit, der die Ausschüsse „interpretierte als die eines Wächters über die öffentliche politische Funktion der Presse gegenüber Geschäftsinteressen“ (7), weil er eben die Geschäftsinteressen der beteiligten Gruppen unbeachtet ließ.

In ihrer Legitimation der Presseausschüsse kamen die Verleger zu obrigkeitgläubigen Formulierungen.

„Die Ministerpräsidenten — also nicht Presseleute — haben sich zu ihrer Beratung Gremien geschaffen, die sehr sorgfältig ausgewählt sind, und zwar ausgewählt von der obersten Landesbehörde selbst. Demgegenüber von einer Monopolherrschaft zu sprechen, bedeutet demnach einen Angriff auf den Ministerpräsidenten und

nicht allein auf die Presseräte.“ (8)

Die Presseräte bestehen

„aus 20 Mitgliedern, und zwar aus 8 Vertretern der Öffentlichkeit, die also an einem Verlagsunternehmen gar nicht interessiert sind und mit dem festen Willen in die Sitzungen hineingehen, sich kein X für ein U vormachen zu lassen.“ (9)

Die Ankündigung und die langwierige Vorbereitungsphase kanalisierte die Erwartungen besonders von Journalisten und Parteien, die sich von der Arbeit der Ausschüsse die Durchsetzung ihrer pressepolitischen Konzepte versprochen. Erst nach komplizierten Auswahlverfahren für die zu ernennenden Mitglieder konstituierten sich die einzelnen Ausschüsse auf Länderebene im Frühjahr 1948. Schon die Zusammensetzung der Verleger-Lizenzträger-Vertreter verdeutlicht, daß zumindest ihre Auswahl unter rein parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt war. Anton Betz (CDU), Emil Groß (SPD) und Paul Heile (FDP) wurden für die Verleger in den Zonenpresseausschuß entsandt. (10)

Über die Grenzen der Parteien hinweg vertraten die Verleger geschlossen ein gemeinsames Programm, teilweise unterstützt durch die Journalisten und setzten ihre Leitsätze „zur Erfüllung der großen Aufgabe der Presse“ durch:

1. Sicherstellung der Unabhängigkeit
2. Fernhaltung von politisch, charakterlich und fachlich ungeeigneten Personen,
3. Schaffung einer ausreichenden Leistungsfähigkeit. (11)

Mit organisatorischer Gründlichkeit wurde in einem ersten Schritt die vorher unmittelbare Lizenzantragsstellung — und somit der Zugang — erheblich erschwert. Die Presseausschüsse verlangten zusätzlich zu den allgemeinen Unterlagen: eine Liste der zur Mitarbeit bereiten Angestellten und Redakteure, eine Probenummer und die Beantwortung eines Fragebogens über die politische und fachliche Qualifikation der Bewerber. (12). Hatten die Lizenzträger 1946 noch unbürokratisch und rasch ihre Zulassung erhalten, so stimmten sie jetzt erschwerten Bedingungen zu, die sie selbst vor 2 Jahren höchstens zum Teil erfüllt hätten. Auch die SPD-Mitglieder Emil Groß, Bielefeld, als Zonenvorsitzender, Hans Eckersberger in Niedersachsen und Fritz Säger in Hamburg, beide Vorsitzende der jeweiligen Länderausschüsse, haben diese Politik zumindest duldend unterstützt.

Insgesamt wurden in Zusammenarbeit mit den Ausschüssen nur 13 Zeitungen bis 1949 neu lizenziert, während 42 Organe schon vor dieser Phase existierten (13), was zwar mit

den Zwängen der Papierknappheit begründet wurde, aber auch Ergebnis der Politik der Ausschüsse war, die faktisch so weit wie möglich jede neue Konkurrenz vermeiden wollten.

Nicht allein aus den Erwägungen, ehemaligen Naziverlegern den Zugang zu verwehren, faßte der Zonenausschuß im Oktober 48 einen Entschluß, den Lizenzzwang beizubehalten, sondern auch deshalb, um den konkurrenzfreien — nach der Währungsreform ansatzweise Erträge abwerfenden — Zustand des verordneten Monopols für die Lizenzzeitungen nicht zu gefährden. (14)

Interne britische Protokolle zeigen, daß die Engländer die bestehende Interessenlage relativ genau erkannt hatten, aber diese Entwicklung als geringe Gefahr einschätzten. Für die Hauptschwäche des bisherigen Verfahrens hielten sie, „...daß die Lizenzträger mehr Wert auf eine Zeitung und Zeitschrift als Geschäft und weniger als Instrument im Dienste der Öffentlichen Meinung legten.“ (15) Von den Landespresseausschüssen erhofften sie sich die Stärkung der „aktiven“ Verleger. Mit der Einschätzung, daß sich die parteipolitischen Interessen gegenseitig blockieren würden, hegten die Briten zugleich die Hoffnung, daß dadurch die überparteiliche, unabhängige Presse ganz in ihrem Sinne weiter ausgebaut würde.

Diese Entwicklung der Presseausschüsse zu einem verlangerten Arm der Lizenzträger erfolgte unbemerkt von der Öffentlichkeit. Alle anderen Interessengruppen, speziell die Parteien, konnten sich nicht durchsetzen, da die Lizenzträger durch geschickten Lobbyismus nach kurzer Zeit die Mehrheit in den Ausschüssen besetzt hielten.

Von den 1948 vergebenen Lizenzen wurde die Mehrzahl an die noch nicht mit einer Lizenz ausgestatteten Landespresseausschußmitglieder verteilt, sodaß binnen kürzester Frist elf von zwanzig Mitgliedern auch Lizenzträger waren. Die neuen demokratischen Verleger besaßen die absolute Mehrheit:

„Während die Verordnung Nr. 108 vorschreibt, daß mindestens ein Viertel der Mitglieder aus Vertretern der Lizenzträger, ein anderer Teil aus Vertretern der Öffentlichkeit bestehen soll, hat sich das Verhältnis dieser Gruppen im Lande Nordrhein-Westfalen so verschoben, daß seit Monaten die Lizenzträger mit elf Mitgliedern von zwanzig die absolute Majorität bildeten. Die vertretenen Lizenzträger hatten die Gelegenheit benutzt, ihren nichtprivilegierten Ausschuß-Kollegen gleichfalls Lizenzen zu verschaffen, um dann mit ihnen gemeinsam alle Anträge von Außenstehenden als lästige Konkurrenz abwehren zu können. Wie aus einer Statistik

hervorgeht, erhielten zum Beispiel der Vorsitzende des nordrheinisch-westfälischen Ausschusses, J. Noé (Journalist) zwei Lizenzen, H. Wrietzner (Journalist) zwei Lizenzen, F. Siller (Journalist), drei Lizenzen, D. Oppenberg (Lizenzträger) drei weitere Lizenzen, F. Groß (Lizenzträger) eine weitere Lizenz und Dr. R. Heinen (Lizenzträger) eine Zusatzlizenz. Außerdem bedachten die Ausschußmitglieder reichlich ihren eigenen Freundeskreis.“ (16)

Rechtlich war diese Ausnützung der „Pfründe“ statthaft. Die NRW-Landesregierung mit ihrem für die Durchführung der Beschlüsse des Landespresseausschusses beauftragten Ministerpräsidenten Karl Arnold (selbst ehemals Lizenzträger der RHEINISCHEN POST), kam ohne Widerspruch den Vorschlägen nach. Erst durch eine schriftliche Ermahnung des britischen Zivilgouverneurs, die vorgeschriebenen Paritäten wiederherzustellen, sah sich Arnold genötigt, mit Wirkung vom 23.12.1948 den NRW-Landespresseausschuß wegen Verschiebung zugunsten der Lizenzträger aufzulösen. (17)

Nach Auffassung von Kopper, der für seine Arbeit wesentliche Materialien einsehen konnte, schadete die kurzfristige Liquidierung des Ausschusses dem öffentlichen Ansehen der Lizenzpresse sowie der Reputation der britischen Pressekontrolle. Die Altverleger bekamen wieder argumentativen Auftrieb und ebenso erhielten die Angriffe der Parteien auf das Lizenzsystem in der US-Zone eine erneute Legitimation. „Die solange vorgewiesene Integrität der Selbstverwaltungs-Institutionen war vor aller Öffentlichkeit als ideologische Patina bloßgelegt worden.“ (18)

Allein durch einen Artikel in der von den amerikanischen Behörden herausgegebenen NEUEN ZEITUNG vom 5.1.1949 unter der Überschrift „Lizenz-Monopol mißbraucht“ wurde die breitere Öffentlichkeit über die Hintergründe aufgeklärt. (19) Aber die folgende öffentliche Entrüstung in der Presse richtete sich nicht gegen die aufgedeckten Praktiken, sondern gegen die NEUE ZEITUNG, die als Besatzungszeitung den Skandal aufgedeckt hatte. Pritzkolet kolportiert, daß man dem Düsseldorfer Korrespondenten der NEUEN ZEITUNG, der für den Artikel fälschlicherweise verantwortlich gemacht wurde, bedeutete „es sei Vorsorge getroffen, daß er nie wieder ein Wort bei einer deutschen Zeitung loswerden könne.“ (20)

Dieses Gerücht scheint nicht übertrieben, wenn man die Verlautbarungen von Presserat und Ministerpräsidenten zu den Vorgängen liest.

Der Presserat entrüstete sich:

„Hinter diesen Verleumdungen, denen leider die sachlich unbegründete Auflösung des Ausschusses eine scheinbare Berechtigung verlieh, stehen verschiedenartige Interessen, einzig in der Absicht, das Lizenzsystem (...) zu diffamieren und zu Fall zu bringen.“ (21)

Ministerpräsident Arnold assistierte in einer von den Verlegern als „wertvolle Ergänzung“ bezeichneten offiziellen Erklärung, die ebenfalls in bewußter Verkehrung den Skandal umzubiegen versuchte.

„1. Die Auflösung des Ausschusses erfolgte zum 31. Dez. 1948, um für das Geschäftsjahr 1949 eine neue Gruppenzusammensetzung vornehmen zu können...

2. Es ist auch nicht die geringste Veranlassung vorhanden, den Mitgliedern des aufgelösten Ausschusses irgendwelche unlauteren Motive zu unterstellen. Die Angelegenheit hat mit einem Skandal nicht das geringste zu tun. Nur eine bestimmte Presse hat von sich aus einen Skandal inszeniert, wo in Wirklichkeit keiner war.

3. Ich mißbillige ausdrücklich die auf diese Weise gegen ehrenhafte Frauen und Männer erhobenen Vorwürfe und Verdächtigungen, für die kein sachlicher Anlaß besteht.“ (22)

Deshalb sahen die Briten auch keinen Anlaß, die von ihnen kontrollierten Lizenzvergaben aus dieser Zeit anzuzweifeln oder gar rückgängig zu machen. Sie bestanden nur auf einer vorzeitigen Auflösung des Ausschusses, der 1949 ohnehin neu gebildet werden mußte. (23) Einzig eine verstärkte öffentliche Wachsamkeit außerhalb der betroffenen Verlage wurde geweckt und der 1949-Ausschuß unter Vorsitz von Reinhold Heinen (KÖLNISCHE RUNDSCHAU, CDU) wurde zur Hälfte mit Vertretern der Öffentlichkeit besetzt.

Zwar hätten die Lizenzträger eine Verlängerung der Monopolsituation unter Lizenzbedingungen auch nach Gründung der BRD begrüßt, aber schon in der ihnen zur Verfügung stehenden Frist der Landespresseausschüsse war es ihnen gelungen, sich selbst optimale Erfolgsvoraussetzungen für die Zeit des freien Wettbewerbs zu verschaffen. In dieser Hinsicht wurden sie den Vorstellungen der anglo-amerikanischen Pressepolitik, auch unter den Bedingungen der britischen Zone, voll gerecht.

Diese Politik hatte zwar auch die Position der SPD-Lizenziaten gegenüber ihrer Partei aufgewertet, aber zugleich konnte die SPD mit den Ergebnissen zufrieden sein. In die Zeit der Arbeit der Ausschüsse fiel die Genehmigung für die Herausgabe des NEUEN VORWÄRTS — den übrigen Parteien waren ebenfalls Zentralorgane zugestanden wor-

Tabelle 2

Verteilung der Lizenzzeitungen in der britischen Zone nach
Parteibindungen und Länder 1949

Partei Land	SPD	CDU	FDP	KPD	andere Partei	Unabhängig	SUMME
Nordrhein- Westfalen	7	8	2	4	2	3	26
Nieder- sachsen	2	2	0	1	2	3	10
Schleswig- -Holstein	2	1	1	1	2	3	10
Hamburg	1	1	1	1	1	1	6
SUMME	12	12	4	7	7	10	52

QUELLE:

BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik.
a.a.O. S. 112.

den — und den SPD-Lizenzträgern Oppenberg und Groß waren immerhin zusätzlich 4 Lizenzen zugeteilt worden. (24) An eine Übernahme der wirtschaftlich und politisch einflußreichen, aus dem Nichts entstandenen Großverlage war jedoch jetzt für alle Parteien nicht mehr zu denken, die ursprüngliche Abhängigkeit der Lizenzträger von den Parteien hatte sich verkehrt zugunsten der wirtschaftlich starken neuen Verlagsinhaber.

Im August 1949, einen Monat vor Erteilung der Generallizenz am 21. September 1949 für die britische Zone ergab die Aufschlüsselung der Lizenzzeitungen nach Parteirichtungen die folgende Verteilung. (25) (Tabelle 2)

Die Angaben in den verschiedenen Publikationen schwanken je nach Zuordnung der strittigen Zeitungen. Im Handbuch 1949 zählt Dovifat 11 SPD-Zeitungen, 10 CDU-Blätter und 13 unabhängige Organe. (26) Problematisch war dabei speziell die Zuordnung der AACHENER NACHRICHTEN und der BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG, die der SPD zugeordnet wurden, sich selbst aber als unabhängig begriffen.

Tabelle 2 weist aus, daß je knapp ein Viertel der Zeitungen in der britischen Zone aus SPD- oder CDU-nahen Verlagen stammten. Ein Übergewicht der unabhängigen Presse war zu diesem Zeitpunkt noch nicht vorhanden.

1.2.3. Französische Zone

In dem zusammengestückelten Gebiet der französischen Zone, das erst im Sommer 1945 fast unvorbereitet von den französischen Besatzungskräften übernommen wurde, konnte sich keine eigenständige Besatzungs- und Pressepolitik entwickeln. Am direktesten zwar hatte das französische Volk von allen Westalliierten den deutschen Faschismus erleben müssen, aber Frankreich war militärisch-wirtschaftlich ein Sieger von Amerikas Gnaden. Das Gefühl der erlittenen Demütigung durch den „Erbfeind“ provozierte die massive Absicht, durch Annektionsversuche der zugewiesenen Besatzungsgebiete einen wirksamen Schutzwall gegen die deutschen „Kerngebiete“ zu errichten. Deshalb übernahmen die Franzosen nur zögernd die Pläne der westlichen Deutschlandpolitik. Bei der Wiederzulassung von Parteien und Massenkommunikationseinrichtungen paßten sie sich zeitlich versetzt — zumeist den amerikanischen oder englischen Vorstellungen — an, andererseits bestrebt, ihre eigene Kultur — mit Blick auf eine potentielle Autonomie ihrer Besatzungszone — zu übertragen. (1)

Ihre politische Ausgangsposition in Verbindung mit einer Haltung, die das Besatzungsgebiet als annektiertes Gebiet einstufte, machte es den Franzosen erst Ende 1945 möglich, das partei- und pressepolitische Vakuum ihrer Zone aktiv zu füllen. Auf dem Pressektor übernahmen sie in der Anfangsphase das überparteiliche Lizenzierungsprinzip der US-Zone. Eine explizite Ablehnung von Parteizeitungen, vergleichbar dem amerikanischen Verhalten, existierte aber nicht. Nach den ersten Wahlen vollzogen die Franzosen schrittweise die Zulassung von Parteizeitungen, die den Organisationen als Zentralorgane für die gesamte Zone dienen sollten. Jede der vier großen Parteien erhielt eine Neugründung zugesprochen (CDU, SPD, FDP, KPD) (2). Im Februar 1947 entschieden sich die Franzosen, nur noch einige Lizenzzeitungen als überparteilich anzuerkennen, weitere Neuzulassungen ausschließlich an Parteizeitungen zu vergeben und die übrigen noch bestehenden Blätter zwangsweise an eine Partei zu binden. Diese ehemals unabhängig lizenzierten Organe nahmen nur widerwillig den verordneten Parteicharakter bis zur Lizenzaufhebung an. (3)

Die Auflagenfestsetzung nach dem Wahlergebnis für die Parteipresse und ihre Gesamtrelation zur unabhängigen Presse wurde nicht eindeutig durch Proporzdenken bestimmt, zumal die Lage der französischen Zone und die Aufsplitterung in drei Kleinstländer eine genaue Verteilung erschwerten. (Tabelle 3)

Die unabhängigen Erstgründungen, zumeist in größeren Verlagen herausgegeben, blieben dominierend. Von Beginn an lag die Führung „eindeutig bei den überparteilichen Standardzeitungen und Informationsblättern, sowohl in publizistischer Hinsicht wie auch in den Auflagenhöhen.“ (4) Nicht mehr als knapp 30 Prozent der Gesamtauflage entfielen auf die Parteizeitungen. Bei der Überbewertung der KPD-Presse ließen sich die Franzosen von der politischen Überlegung leiten, daß eine angemessene Auflage praktisch die völlige Ausschaltung der KPD-Organen bedeuten würde. (5)

Hatten die Franzosen Ende 1945 sieben unabhängige Zeitungen gegründet, 1946 vier von 12 Neugründungen den Parteien zugesprochen, so lizenzierten sie 1947 nur noch sieben Parteizeitungen. (6) 1948 und 1949 wurden keine neuen Organe gegründet, da mit 26 Zeitungen und einer Gesamtauflage von 2,5 Millionen Exemplaren der Markt der kleinen Zone bereits übersättigt war. Mit einem Durchschnitt von 8,5 Nebenausgaben (US-Zone 3,2; britische Zone 5,3) streuten die Zeitungen in der französischen Zone zumeist noch die Gesamtfläche der einzelnen Länder ab. (7)

Zwar kontrollierten die Franzosen die inhaltlichen Lizenzbestimmungen am schärfsten, aber beim wirtschaftlichen Aufbau der neuen Presse bewiesen sie keine glückliche Hand.

„Unter den Westmächten übten die Franzosen die stärksten Kontrollen aus, bis Anfang 1947 gab es eine Vorzensur und jede Zeitung unterstand einem französischen Kontrolleur... Dagegen legten die Franzosen bei der Entnazifizierung weniger strenge Maßstäbe an als die Amerikaner. Sie erteilten Lizenzen an ehemalige Redakteure von Zeitungen, die auch in der Nazizeit erschienen waren, und sie nahmen auf die wirtschaftlichen Interessen der politisch unbelasteten Altverleger mehr Rücksicht.“ (8)

Über die wirtschaftlichen Konsequenzen ihrer Lizenzierungspraxis waren sich die Franzosen kaum im Klaren. Während in den übrigen Zonen mühsam ein Verhältnis von 1 Zeitungsexemplar auf 5 Einwohner erreicht werden konnte, bestand in der französischen Zone eine durchschnittliche Zeitungsdichte von 1:2. (9) In der Zeit vor der Währungsreform, in der alles Papier begehrt war und Reichsmark in Massen vorhanden, führte dies zu keinen Schwierigkeiten, aber nach der Währungsreform erlebten die französischen Lizenzzeitungen einen rapiden Auflagenrückgang. Von 2,5 Millionen sackte die Auflage auf 1,66 Millionen ab. (10) Doch jetzt wurde den Parteizeitungen trotz der zwischenzeitlichen Förderung nur noch geringe Unterstützung durch die Franzosen zuteil. Gerade die Parteizeitungen aber, später auf dem Markt erschienen und zudem mit weit geringeren Auflagen als die konkurrierenden unabhängigen Blätter ausgestattet, konnten den Auflagenrückgang und die Folgen der Währungsreform kaum aus eigener Kraft überstehen. Die Franzosen begründeten ihren plötzlichen Wandel, wahrscheinlich unter dem Einfluß der Amerikaner, damit,

„es sei festgestellt worden, die parteipolitischen Zeitungen seien nicht so wirksam wie man anfangs angenommen habe. Den politischen Parteien sollen aber eigene Blätter mit beschränkter Auflagenziffer erlaubt sein.“ (11)

Deshalb griffen die Franzosen auch nicht ein, als sich die Gesamtzahl der Lizenzzeitungen nach der Währungsreform durch die teilweise wiederhergestellten Marktmechanismen von 26 auf 24 (Mai 1948) und schließlich auf 17 Zeitungen vor Erteilung der Generallizenz im September 1949 reduzierte. (12) Nur 2 der ursprünglich 12 Parteizeitungen konnten bis zu diesem Termin überleben. Der Niedergang der Parteizeitungen, die „von Beginn an nicht leben und nicht sterben konnten“ (13), hat seine entscheidende Ursache unter anderem in „der unsystematischen und mit ‚leichter Hand‘ durchgeführten Auflagenfestsetzungen der zuständigen französischen Militärbehörden.“ (14)

So stellte sich in der Gesamttendenz am Ende eine faktische Situation der Lizenzpresse in der französischen Zone her, die sie fast völlig mit der Lage in der US-Zone vergleichbar macht. Parteizeitungen in der französischen Zone blieben ein kurzes Intermezzo,

Tabelle 3

Verteilung von Wählerstimmen und Auflagenhöhe der Parteipresse in der französischen Zone 1947

Partei	Wählerstimmen in Prozent	Zahl der Sitze	Auflage in Tausend Exp.
CDU	55,2	113	360
SPD	25,6	59	175
FDP	11,5	31	130
KPD	7,7	17	137
Summe Parteipresse insgesamt (a)			795
Parteiunabhängige Presse (b)			1775
Verhältnis (a): (b) = 1: 2,5			

Quellen:

Hädler, Christian: Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit Zeitungsdruckpapier. a.a.O. S. 121.

Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S.70.

Eigene Berechnungen

dessen Spuren nur noch in der Form zweier völlig unzureichender SPD-Zeitungen (DAS VOLK, Freiburg und die FREIHEIT, Mainz) sich bis zu deren endgültigem Tod Anfang der sechziger Jahre bemerkbar machten.

1.2.4. Sowjetische Besatzungszone

1.2.4.1. Von der bedingungslosen Kapitulation bis zur Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Im Gegensatz zu den Westalliierten, die den „Nationalismus und Militarismus“ als allen Deutschen eigenen Charakterzug betrachteten, bemühte sich die Sowjetunion, obwohl sie die gesellschaftliche und politische Hauptlast des Krieges getragen hatte, und das Volk der Sowjetunion am schmerzhaftesten unter dem Faschismus leiden mußte, um eine äußerlich wesentlich differenziertere Analyse. Wenigstens offiziell in Dokumenten über ihre Kriegsziele als auch in der Argumentation der psychologischen Kriegsführung der Roten Armee ging die Sowjetunion nicht von einer Kollektivschuld des deutschen Volkes aus. Den abstrakten Leitsätzen der Komintern über die Entstehungsbedingungen des Faschismus folgend, die die faschistische Machtergreifung ökonomistisch-politisch betrachtete, zielte die sowjetische Propaganda auf die deutsche Arbeiterklasse, der ein aktiver Widerstand nicht abgesprochen wurde. Diesen Widerstand versuchte die Sowjetunion, wenn auch mit dem abstrakten Vokabular des „Marxismus-Leninismus“ stalinistischer Prägung, zu unterstützen. (1). Im Rahmen ihrer politischen Grundeinstellung begann die sowjetische Besatzungsmacht relativ rasch in Verbindung mit antifaschistischen Deutschen, die „Unschädlichmachung“ der gesellschaftlichen Ursachen des Faschismus voranzutreiben.

„Die Sowjetunion erkannte den Hitlerfaschismus als die offene, brutale Herrschaft der deutschen Rüstungsmagnaten, Bankherren und Junker und sah deshalb in deren Unschädlichmachung die Hauptaufgabe der Besatzung in Deutschland. Das war zugleich die wichtigste Aufgabe des deutschen Volkes. Die imperialistischen Westmächte jedoch wollten den Pelz des Bären waschen, ohne ihn naß zu machen, indem sie einige besonders abstoßende barbarische Züge des deutschen Faschismus beseitigten, einige formal-demokratische Rechte einführten, aber die Wurzel des

Übels, die Macht der deutschen Monopolherren, retteten.“ (2)

Übertragen auf die Pressepolitik implizierte diese sowjetische Einschätzung

- a) alle faschistischen, militaristischen und kapitalistischen Kräfte auszuschalten,
- b) den in Parteien und Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen vereinigten demokratischen Kräften alle Mittel zur Herausgabe von Presseerzeugnissen zur Verfügung zu stellen und damit das bürgerliche Monopol an den Produktionsmitteln der Presse zu brechen.
- c) eine demokratische Massenkontrolle über diese Presse durch die Parteien usw. im weitesten Sinne durch die werktätige Bevölkerung zu errichten und
- d) die Organe beim Kampf gegen den Faschismus zu unterstützen und andererseits durch die Zeitungen das deutsche Volk für den Neuaufbau zu befähigen. (3)

An diesen Postulaten muß der reale Ablauf des Wiederaufbaus einer deutschen Presse in der SBZ gemessen werden.

Am 10. Juni 1945 legte Marschall Schukow mit dem Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militär Administration (SMA) die rechtlichen Grundlagen für die Wiedermulassung deutscher Parteien und Zeitungen. In dem Befehl Nr. 2 heißt es:

„Auf dem Territorium der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung aller Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlagen der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen in dieser Richtung zum Ziel setzen.“

„Danach konnten antifaschistische Parteiorgane und freie Gewerkschaften sich bilden. Es wurde ihnen nur die Verpflichtung auferlegt, ihre Vorschriften und Programme bei dem Militärkommandanten prüfen zu lassen.“ (4)

Mit diesem Appell an das deutsche Volk, selbst einen Beitrag zur Bewältigung des Faschismus zu leisten und der verbalen Einbeziehung der „breiten Massen“ bei der Umgestaltung der Nachkriegsgesellschaft, unterscheidet sich die Sowjetunion — wenigstens auf der Proklamationsstufe — eindeutig positiv von den westalliierten Vorstellungen. Denn in der US-Zone galt noch bis 1947 die Geheimdirektive 1067, die im Rahmen der militärischen Sicherheit die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit verbot und

nur in Ausnahmefällen gestattete (Art. 9d). In der Präambel wurde dazu festgestellt: „Deutschland wird nicht besetzt, um befreit zu werden, sondern weil es ein besiegtes, feindliches Land ist“ und es sollte „den Deutschen eingeschränkt werden“, daß sie sich der Verantwortung für die barbarische deutsche Kriegsführung und für den fanatischen Widerstand nicht werden entziehen können.“ (Art. 4a, b). (5)

Das sowjetische Verständnis der Besatzungszeit als notwendiger bürgerlich-antifaschistischer Übergangszeit beeinflusste maßgeblich den letzten gemeinsamen Kompromiß aller Siegermächte, die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz, die aber gerade durch den allgemeinen Charakter des Passus über die „Meinungsäußerungsfreiheit“ Raum für die jeweils unterschiedliche politische Interpretation der Besatzungsmächte ließen. Da die sowjetische Besatzungsmacht in der Folgezeit sich als die einzige konsequente Macht in der Umsetzung der Potsdamer Beschlüsse — nach Geist und Buchstabe — empfand, sei die Bestimmung hier nochmals im Wortlaut aufgeführt: „Unter Berücksichtigung der Notwendigkeit zur Erhaltung der militärischen Sicherheit wird die Freiheit der Rede, der Presse und der Religion gewährt.“ (6) In Verbindung mit der im Befehl Nr. 2 explizit angeführten „bürgerlichen Freiheit“ ergibt diese Allgemeinformulierung des Potsdamer Abkommens eindeutig die Aufgabe, alle, auch bürgerlichen und sozialdemokratischen Organisationen bei der Realisierung dieser Freiheiten zu unterstützen. In den ersten Monaten gelang es der Sowjetunion durch eine rasche Umsetzung der Ansprüche des Befehls Nr. 2 einen leichten praktischen und zeitlichen Vorsprung auf dem Pressesektor gegenüber den Westalliierten herzustellen. Am 15.5. erschien als erstes Blatt in Berlin die TÄGLICHE RUNDSCHAU, herausgegeben von der Roten Armee mit dem Selbstverständnis „dem deutschen Volk die Wahrheit über die Rote Armee und die Sowjetunion nahezubringen“ und „den Deutschen zu helfen, in der gegenwärtigen politischen Lage die richtige Orientierung zu finden.“ (7)

Aufgrund des Befehls Nr. 2 meldeten sich vier Parteien, die auch zugelassen wurden und gleichzeitig die Berechtigung zur Herausgabe einer Parteizeitung erhielten. Das auch den Sowjets selbstverständliche Lizenzierungssystem wurde nicht auf natürliche Personen beschränkt, sondern an die Registrierung der Parteien gekoppelt; den Gesamtorganisationen die Lizenz erteilt. Innerhalb von 2 Monaten, im Sommer 45, konnten die Blätter der neuen Parteien (KPD, SPD, CDU, LDP) nacheinander erscheinen. Von vielen Betrachtern als Perfidie vermerkt, erschien als erstes DIE DEUTSCHE VOLKSZEITUNG (KPD) am 13. Juni 1945. (8) Durch die Koppelung an die Registrierung der Partei blieb auch die Zulassung, verstanden als Teil der Parteiarbeit, mit der politischen Entwicklung der Partei auf das Engste verknüpft.

Neben Parteizeitungen lizenzierten die Sowjets auch Zeitungen, deren Herausgeberrechte nicht bei Einzelpersonen, sondern bei den neuen Verwaltungsorganen, z.B. dem Berliner Gesamtmagistrat, lagen. Auf dem Drucksektor verboten die Sowjets adäquat den Bestimmungen der Westmächte alle nicht kontrollierten und ausdrücklich genehmigten Tätigkeiten. Eine sofortige Enteignung sämtlicher Druckereien wurde nicht eingeleitet. (9)

Äußerlich herrschte 1945 in der SBZ eine Pressevielfalt und eine rege Beteiligung deutscher Kräfte wie sie in den Westzonen noch nicht erreicht worden war. Relativ unvoreingenommene Beobachter gestehen diesen Umstand zu:

„Die Entwicklung des Pressewesens nach 1945 in den Westzonen machte nicht die gleichen Fortschritte wie in der Ostzone und Großberlin, wo bereits von Deutschen geleitete Blätter (unter sowjetischer Kontrolle) erschienen, während in der britischen und amerikanischen Zone noch die dreizehn Heeresgruppen-Zeitungen (...) herauskamen.“ (10)

Als die Westmächte im Sommer in die ihnen zugeteilten Sektoren von Berlin einrückten, trafen ihre Presseoffiziere auf ein entfaltetes deutsches Pressewesen, das amerikanische Stellen zu der Feststellung zwang:

„Die Russen gingen viel schneller als wir an die Wiedereinrichtung von Informationsmedien..., sie verstanden es viel schneller als wir, eine Politik zu praktizieren, die den Wünschen und Empfindungen des deutschen Volkes Rechnung trug.“ (11)

1.2.4.2. Parteipresse in der SBZ nach der Gründung der SED

Im ersten Jahr der Besatzungszeit bis zum Frühjahr 1946 konnte die SPD in der SBZ schon wieder 7 Zeitungen mit 19 Kopfbältern und einer Gesamtauflage von knapp 1 Million Exemplaren herausgeben. Diese hohe Zahl relativiert sich aber dadurch, daß zum gleichen Zeitpunkt die nur schwach in der Bevölkerung verankerte KPD über Zeitungen mit einer Gesamtauflage von mehr als vier Millionen Exemplaren verfügte. Nach sowjetischer Auffassung konnte die „richtige politische Orientierung“, die „konsequente Ausrottung des Faschismus“ und „die Verwirklichung der Demokratie“ nur auf sozialistischer Grundlage und durch marxistische Parteien geschehen. Das damals noch

vorherrschende Volksfrontkonzept der Komintern setzte konsequente Demokratie, antimonopolistischem Kampf mit Aktivitäten von Kommunisten gleich. Aus den Fehlern der Zeit vor 33 lernend, schrieben sie den sozialdemokratischen Strömungen in der Arbeiterbewegung in der Phase des Übergangs zur Volksdemokratie eine wichtige Rolle als „Bündnispartner“ zu. Entscheidend blieb aber die Führungsrolle der KPD. (12)

Bei dieser politischen Grundposition ist die Bevorzugung der KPD-Presse durch die Sowjetunion pragmatisch-funktional in gleicher Weise herrschaftslegitim wie die Bevorzugung der pro-kapitalistischen Presse in den Westzonen. In beiden Gebieten wurde unter dem Deckmantel formaler Gleichheit real das Presseverständnis der jeweiligen Siegermacht den faktisch abhängigen Deutschen oktroyiert. Während aber in den Westzonen sich dieser Prozeß auf einer komplizierten, subtilen Ebene unter Wahrung der bürgerlichen Gleichheit vollzog, nahm die Durchsetzung der pressepolitischen Vorstellung in der SBZ schon nach einem Jahr offen zwanghafte Formen an.

Nach der von oben nach unten durchgeführten Vereinigung von KPD und SPD zur SED im April 1946 — eine wirkliche demokratische Diskussion und Entscheidung an der Basis für die Verschmelzung hat es wahrscheinlich nie gegeben — wurden sogleich alle Zeitungen beider Parteien zusammengelegt und unter die Kontrolle des neuen SED-Zentralkomitees gestellt.

„Zuerst gibt die Basis bei den Sozialdemokraten nach. Im Dezember und Januar üben die Kommunisten einen starken Druck auf die sozialdemokratischen Betriebsgruppen aus. Der Aufbau des Staatsapparates ist im vollen Gange, man verfügt über zahlreiche Posten und bietet sie den Befürwortern der Einheit an. Zur gleichen Zeit werden die Sozialdemokraten, die gegen die Einheit sind, als Nazis denunziert — die Polizei kommt ins Spiel und verhaftet sie. Die kommunistische Presse stellt die Verhaftungen mit der laufenden Entnazifizierung auf eine Stufe. Die Zeitungen der anderen Parteien, die von der Zensur und der sehr parteiischen Organe der Partierzuteilung abhängig sind, halten sich zurück.“ (13)

Aus der Sicht der West-SPD, die unabhängig von allen politischen Einschätzungen diese Vereinigung subjektiv nur als „Zwangsvereinigung“ begreifen konnte, war damit jede rationale Auseinandersetzungsbasis mit kommunistischen Kräften, falls überhaupt zuvor eine Bereitschaft in der SPD hierzu bestand, endgültig zerstört. Neben dem Verlust der traditionell starken Parteigruppen in Mitteldeutschland bedeutete die Vereinigung gleichfalls den Verlust allen Parteieigentums und an erster Stelle der Parteiverlage im Gebiet der SBZ, denn mit dem Zusammenschluß wurden gleichzeitig alle Nachfolgeor-

organisationen der SPD als staatsfeindlich verboten. Den offiziellen Befehlen trauend, hatte unter Bezug auf den Befehl Nr. 124 die SPD zuvor noch ihre Ansprüche auf 44 ehemalige Parteiverlage in der SBZ angemeldet. (14)

Für die SPD und ihre Mitglieder, die die Vereinigung persönlich und politisch nicht vertreten wollten und weiter auf einer selbständigen sozialdemokratischen Partei beharrten, bedeutete die Verschmelzung schärfste Unterdrückung, die subjektiv nur mit den leidvollen Erfahrungen im Faschismus vergleichbar war. Die im Befehl Nr. 2 und auf der Potsdamer Konferenz formulierten Freiheitsrechte galten von nun an nicht mehr für SPD-Mitglieder.

„Die KPD, die wie in allen Gebieten des öffentlichen Lebens auch im Pressewesen von den Sowjets in eine absolute Vormachtstellung gehoben wurde, bemächtigte sich der SPD-Presse. Die Parteipresse der Sozialdemokratie im Gebiet der Sowjetzone hat also nach zehn Monaten Existenz das gleiche Schicksal erlebt, das ihr 13 Jahre zuvor die NSDAP schon einmal bereitet hatte. Nur, daß es diesmal als ‚Morgengabe‘ bei der Zwangsvereinigung bezeichnet wurde. Im einzelnen raubten die Kommunisten folgende sozialdemokratische Verlage und Zeitungen...“ (15)

Mit der Gründung der VOB Zentrang im Oktober 1945 faßte die KPD (später SED) die zentralistische Kontrolle über alle Parteizeitungen zusammen und schuf sich ein potentes Instrument zur direkten Steuerung der Presse durch das Zentralkomitee, dem allein die Leitungsorgane der VEB Zentrang verpflichtet waren. (16) Selbst im Vergleich zu den anderen Parteien, die zwar benachteiligt, aber aus politischen Gründen am Rande der SED-nahen Presse offiziell geduldet wurden, d.h. sie erhielten kaum Unterstützung durch die SMA, blieben alle sozialdemokratischen Organisations-Versuche neben der SED verboten und verfolgt. (17)

Nachdem so eine weitgehend im sowjetischen Interesse operierende Presse gewährleistet war, fiel es der sowjetischen Besatzungsmacht leicht, zum 1. Dezember 1946 die bisher bestehende Vorzensur abzuschaffen, um

„der deutschen Presse Selbständigkeit und eine stärkere Initiative in der Behandlung von Fragen des politischen Lebens in Deutschland im Kampfe um die weitere Demokratisierung Deutschlands und der endgültigen Ausrottung des Faschismus und der nazistischen Ideologie zu geben.“ (18)

Von einer freien Meinungsäußerung, auch gegenüber der lizenzierenden Besatzungs-

macht zu sprechen, wie es Fritz Apelt als Vorsitzender des Verbandes der deutschen Presse 1947 tut, und zu behaupten, „daß die sowjetische Besatzungsmacht von dieser selbständigen Meinung Kenntnis nimmt, ohne sie einzuschränken“ (19) erscheint als angepaßte Ideologie. Da gleichzeitig nach Aufhebung der Vorzensur für die Presse, die faktisch in eine strenge Nachzensur der Blätter der bürgerlichen Parteien verwandelt wurde, in den Richtlinien zum Befehl Nr. 90 vom 17. April 1947 gefordert wurde, daß alle Broschüren, Plakate und Flugblätter der Parteien und Gewerkschaften weiter unter die Vorzensur der SMA fallen und in einer weiteren Richtlinie zum Befehl Nr. 90 dekretiert wird, daß sämtliche lizenzierten Veröffentlichungen in circa 30 Exemplaren an etwa 10 verschiedene sowjetische Dienststellen einzuschicken sind, kann von Selbständigkeit nicht die Rede sein. (20)

Von einer wirklichen Durchführung der versprochenen Pressefreiheit in dem im Potsdamer Abkommen beschlossenen Sinn kann spätestens ab 1946 in der SBZ keine Rede mehr sein. Die anfängliche Offenheit gegenüber allen antifaschistischen Organisationen wandelte sich rasch, sicher unter dem Einfluß des beginnenden „Kalten Krieges“ in eine leere Worthülse, der eine Verdrängung der bürgerlichen Parteien und der Aufbau eines mehr als dominierenden Pressekonzerns der SED in der Realität gegenüberstand. Stärker als andere nichtkommunistische Gruppen wurden bei der SPD verbliebene Sozialdemokraten der formal garantierten Freiheiten beraubt und direkter persönlicher Unterdrückung ausgesetzt. Das in Mitteldeutschland ehemals starke Pressewesen der SPD wurde sozialdemokratischen Einflüssen und Ansprüchen vollständig entzogen.

Strukturell vergleichbar, bei gleichzeitiger bewußter Abstraktion von den Inhalten, ist der Wiederaufbau einer deutschen Presse in der SBZ mit dem praktischen Vorgehen in den westlichen Besatzungszonen. Bei einer strukturellen Betrachtung, die die äußerlichen politischen Gegensätze ausklammert, ergibt sich, daß in allen Zonen trotz aufgesetzter Ideale letztlich der Wille der jeweiligen Besatzungsmacht durchgesetzt wurde. Unter dem Deckmantel der immer gleichen Leerformeln von „Demokratie“ und „Antifaschismus“ wurden den Besiegten reale Einflußmöglichkeiten suggeriert, deren Bandbreite allein durch die Pläne der Siegermächte vorgezeichnet war.

Alle Besatzungsmächte haben ihre Ziele durch massive Eingriffe unterhalb der offiziellen Ebene auf wirtschaftlichem Gebiet auch erreicht und im Nachhinein, unterstützt von ihren deutschen Apologeten, über die Vorgänge einen dichten ideologischen Schleier gezogen.

Einzig Unterschiede in politischem Stil und Praxis veränderten oberflächlich diesen in

allen Zonen strukturell gleichen Vorgang. Während die Engländer unter perfekter Wahrung demokratischer Vorstellungen sich subtil mit ihrer Pressekonzeption durchsetzen konnten, die Amerikaner in offener Art ihre Interessen durchsetzten, hat allein die Sowjetunion nicht auf die Anwendung direkten Zwangs und existentieller Bedrohung verzichten können, dafür aber schneller ihre Ziele erreicht.

1.3. Die Anfänge der „SPD-Presse“

1.3.1. Die Gründung der partei-verbundenen Zeitungen

Lange bevor auf Befehl von Montgomery die Wiederzulassung von Parteien auf lokaler Ebene in der britischen Zone zum 6. August 1945 gestattet wurde, existierte schon die spätere erste Parteizeitung der SPD in Aachen. Ein mehrheitlich amerikanisches PWD-Team hatte beim Einmarsch in Aachen sogleich einen antifaschistischen Drucker, Heinrich Hollands, mit der Herausgabe einer deutschen Zeitung betraut. Ab 24. Januar 1945 erschienen die AACHENER NACHRICHTEN als erste „neudeutsche Zeitung“. Ohne Rücksicht auf die zu erwartenden allgemeinen Pressedirektiven und die Besatzungspolitik der „austerity“ wurde in einem noch unvollkommenen Experiment die spätere Form der Lizenzierungspolitik vorweggenommen. (1)

In der britischen Zone dauerte es nach diesem Vorspiel noch ein Jahr, bis die Lizenzierungspolitik begann. So lange wurde die deutsche Bevölkerung ausschließlich über Armee-Zeitungen informiert. (2) Inzwischen hatte die auf lokaler Ebene sich wieder konstituierende SPD schon die ersten Schritte unternommen, um parteieigene Kommunikationsorgane zur Schaffung von Verbindungen zwischen den sozialdemokratischen Ortsvereinen zu erlangen. Besonders diejenigen Kräfte in der SPD, die über die Beteiligung an den notwendigen lokalen Wiederaufbauarbeiten hinaus zugleich eine rasche Zentralisierung und damit Hierarchisierung anstrebten, erkannten die Bedeutung einer parteieigenen Presse. Neben einem Sammelpunkt Berlin für die sowjetische Besatzungszone kristallisierte sich ein weiteres Zentrum unter der unbestrittenen Führung des ehemaligen Reichstagsabgeordneten Kurt Schumacher in Hannover. Durch die Initiative und die perspektivischen Interessen von Schumacher erwuchs der Kreis in Hannover im Sommer 1945 informell zum vorläufigen Parteizentrum der SPD der Westzonen. (3)

Dank intensiver Vorbereitung konnte Schumacher schon drei Wochen nach der offiziellen Wiedergründung der SPD den ersten Antrag auf Zulassung eines Parteiorgans bei den britischen Besatzungsbehörden stellen. Da eine überregionale Zeitung nicht den Vorstellungen der Lizenzgeber entsprach, erhoffte sich Schumacher, durch eine lokale Parteizeitung in Hannover eine Ausgangsbasis für eine spätere publizistische Ausweitung zu schaffen.

Da er den längerfristigen Aufbau der West-SPD mit Hannover als Zentrale anvisierte, bewarb sich Schumacher für die SPD-Hannover um die Zulassung des Traditionsorgans VOLKSWILLE am Ort.

„Ich melde diesen Anspruch, der späterhin noch genauer begründet wird, bereits heute an, um der Militärregierung ihre Dispositionen über das Pressewesen am Orte zu erleichtern... Wenn also eine Zeitung in Hannover neben dem amtlichen Nachrichtenblatt der Militärregierung erscheinen darf, so kann es politisch und moralisch nur der ‚Volkswille‘ sein.“ (4)

Und Jean Bender, der avisierte Lizenzträger, erläuterte den Schumacherschen Anspruch gegenüber den Briten mit dem Hinweis, daß Hannover der „Vorort der SPD in den westlichen Besatzungszonen“ sei. Aus „Gründen der politischen Ausstrahlung dürfte das Verlangen nach einer eigenen sozialdemokratischen Zeitung in Hannover gerechtfertigt erscheinen.“ (5)

Erst nachdem dieser Antrag gestellt war, der den Führungsanspruch von Schumacher deutlich ausdrückte, wurde er auf der ersten Vertrauensleutekonferenz der SPD in Anwesenheit führender Emigranten und Vertreter des Zentralausschusses der SPD für die Westzonen zum Vorsitzenden gewählt. Ohne Verzögerung konnte Schumacher seine vorbereitete Position, jetzt demokratisch legitimiert, einnehmen und seine anvisierte zentralistische Politik fortsetzen. In der Frage der Wiederezulassung von Parteizeitungen koordinierte und steuerte das „Büro Dr. Schumacher“ die sozialdemokratischen Aktivitäten und nahm Verhandlungen mit den Besatzungsmächten auf. Anfänglich bestand eine der Hauptaufgaben der Koordinationsstelle in Hannover, die nach Ankunft von Erich Ollenhauer und des Presseexperten Fritz Heine aus dem Londoner Exil 1946 in „Büro der Westzonen“ umbenannt wurde, in den Vorbereitungen zur Schaffung einer Parteipresse. (6)

Während in der britischen Zone Schumacher persönlich den Eindruck gewann, daß die Lizenzierung von etwa 7 Parteizeitungen in allernächster Zeit (Ende 1945) erfolgen wür-

de, brachten die Anfragen bei den Parteibezirken der US-Zone keine befriedigenden Ergebnisse. (7) Obgleich in der US-Zone in größerer Zahl die parteiunabhängigen, mit Lizenzträger-Gruppen besetzten neuen deutschen Zeitungen erschienen, ohne daß die SPD ihre Wünsche diesbezüglich durchzusetzen vermochte, verzögerte sich in der britischen Zone immer wieder der Lizenzierungsbeginn. Da aber die britischen Behörden erwartungsgemäß die Lizenzierung von Parteizeitungen zugesagt hatten, die Herausgabe also nur noch eine Frage der Zeit darstellte, konzentrierte sich die Aktivität der SPD mehr auf die französische und amerikanische Zone.

Fritz Heine übernahm ungewählt innerhalb des „Büros der Westzonen“ unter Schumachers eine leitende Funktion, um das Gebiet der Presse und der Propaganda zu „bearbeiten“. (8) Mit als erste Tätigkeit versandte Heine einen Fragebogen an die SPD-Bezirke in allen Zonen, der den Stand der Lizenzierung aus Sicht der SPD eruieren sollte. Bezeichnend sind hierbei die Fragen Nr. 3 und 4:

„Bestehen im Bezirk Gemeinschaftszeitungen mit sozialdemokratischer Beteiligung (Redaktion, Verlag)? Wo?

3. Wer ist Lizenzträger? Mitglied der Partei?

4. Wer ist Verlagsleiter? Mitglied der Partei?“ (9)

Abgewandelt für die Bedingungen der britischen Zone wurde gefragt: „Werden im Bezirk sozialdemokratische Zeitungen lizenziert? Wo?“ (10)

Das vielfältige Interesse der vorläufigen Zentrale der SPD bestand eindeutig nicht nur darin, sich einen „Überblick über den Stand des Pressewesens in der französischen und amerikanischen Zone zu verschaffen“ (11), sondern auch darin, die angestrebte zentralistische Struktur der SPD auch auf den Pressebereich auszudehnen. Obwohl im Lizenzierungsverfahren das Vorschlagsrecht auf die offiziell allein existierenden Bezirksverbände beschränkt war, zeigen die Formulierungen, daß über den Informationsaustausch hinaus das „Büro der Westzonen“ bestrebt war, die Presseangelegenheiten auf sich zu konzentrieren.

Die verwendeten Formulierungen in den Fragebogen wie in anderen internen Papieren lassen erkennen, daß die SPD-Führung in Hannover noch nicht die reale Bedeutung der unabhängigen Individuallizenz erkannt hatte. Es ist zumeist entweder von „Parteizeitungen“ oder von „sozialdemokratischen Zeitungen“ die Rede (12), und in Gesprächen mit den Lizenzgebern vertritt das Büro der Westzonen wie selbstverständlich die Interessen der vorgeschlagenen Parteigenossen.

Im Jahrbuch 1946 wird in Abgrenzung gegenüber der amerikanischen Zone ohne Einschränkungen die Ansicht vertreten, es handele sich in der britischen Zone um „partei-gebundene“ Zeitungen, und die neuen Organe werden als „Typ von Parteizeitungen“ bezeichnet, „bei denen die Lizenzträger das Vertrauen der Partei, der sie angehören und das Vertrauen der Militärregierung haben müssen.“ (13)

Aus dem gesamten Verhalten der SPD vor und bei Gründung der Lizenzzeitungen in der britischen Zone geht hervor, daß ein Verständnis vorherrschte, daß „unsere Zeitungen“ in traditioneller Weise unter kurzfristiger Kontrolle der Besatzungsbehörden wiederhergestellt würden. Es wurde nur als Einschränkung empfunden, daß die Partei „nicht nach ihrem Ermessen Verlagsgründungen vornehmen“ durfte. (14)

Im Jahrbuch 1946 und in anderen Papieren finden sich noch zahlreiche weitere Hinweise, die auf eine völlige Fehleinschätzung der konkreten Lizenzbestimmungen schließen lassen. Andererseits kann vermutet werden, daß die SPD die Lizenzierungsphase nur als kurze Erscheinung begriffen hatte und davon ausging, binnen kürzester Zeit nach Rückführung des ehemaligen Parteibesitzes wieder ungehindert ihre traditionelle Presse einrichten zu können.

Das zugebilligte Vorschlagsrecht gekoppelt mit dem historischen Selbstverständnis der SPD verleitete die Partei zu der nicht völlig unberechtigten Annahme, die SPD-Lizenzträger in der britischen Zone als Treuhänder oder Funktionäre der Partei zu begreifen und entsprechend die Lizenzzeitungen der ersten Jahre als legitimes Eigentum der Partei zu behandeln. Johannes Richter artikuliert das in der Partei herrschende Verständnis unmißverständlich, wenn er schreibt:

„Der Umstand, daß nach nach den Lizenzbedingungen die Zeitungen nicht als Organe der Partei bezeichnet werden dürfen, ändert jedoch an dem tatsächlichen Verhältnis nichts. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Lizenzträger nichts anderes sind als Treuhänder der Parteiorganisation, in deren Namen die Lizenzanträge gestellt und auf deren Veranlassung die Lizenzen erteilt wurden.“ (15)

Die Unabhängigkeit reduzierte sich auf ein Bezeichnungsproblem.

Unter der Prämisse dieser konträren Rechtsauffassung lizenzierten die Briten im Frühjahr 1946 die ersten SPD-nahen Tageszeitungen. Definitorisch korrekt müßte es heißen: Tageszeitungen, deren Lizenzträger auf Vorschlag der SPD eine parteiunabhängige Zulassung erhalten hatten.

Neben der existierenden AACHENER NACHRICHTEN, die die Briten der SPD zugeordnet hatten, erschienen in kurzer Folge neun weitere SPD-verbundene Tageszeitungen. (Tabelle 4)

Schon zu diesem Zeitpunkt ergeben sich bereits die ersten Schwierigkeiten, welche der aufgeführten Zeitung wirklich zur SPD-verbundenen Presse zu zählen sind. Unter der Rubrik „Sozialdemokratische Zeitungen“ führt das Jahrbuch 1946 neben den Gründungen in der französischen Zone auch alle parteinahen Zeitungen in der britischen Zone auf. Von diesen Verlagen berichtete das Jahrbuch: „Die Genossen haben zum Teil unter alten Verlagsbezeichnungen, die schon vor 1933 existierten, einen neuen Verlag gegründet.“ (16) Gesondert firmieren nur TELEGRAF und SPANDAUER VOLKSBLATT im britischen Sektor von West-Berlin als „SPD-nahe Zeitungen“. (17) Für beide galten aber die gleichen allgemeinen Lizenzbestimmungen wie für die übrigen Verlage der britischen Zone. Und in ihrer Selbstdarstellung 1947 bezeichnen sich beide Verlage gemäß der westalliierten Vorstellung als „Überparteilich“. (18) Die Briten ihrerseits schickten der SPD im Frühjahr 1946 eine Liste zu mit dem Titel „Deutsche Sozialistische Zeitungen in der britischen Zone“, in der auch der WESER-KURIER in Bremen und die BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG zur Gruppe der sozialistischen Zeitungen gezählt wurden. (19) Diese Zuordnung ist völlig unberechtigt: Der WESER-KURIER kennzeichnet sich 1947 als Gruppenzeitung und besaß zudem, da in der US-Enklave gelegen, die amerikanische Lizenz Nr. 11. (20) Die BRAUNSCHWEIGER ZEITUNG, bei der Fritz Säniger bis zur Übernahme der Herausgeberfunktion beim Sozialdemokratischen Presse-dienst als Lizenzträger fungierte, nannte sich korrekt „SPD-Zeitung ohne Bindung zur Partei.“ (21)

Erst über die Mitgliedschaft bei der Konzentration GmbH können später diese Unsicherheiten, wenn auch unbefriedigend, aufgelöst werden. Es ist zu vermuten, daß in den Grenzfällen, persönliche oder parteiinterne Differenzen die abweichende Zuordnung begründen. Nur ein freiwilliger politischer Anschluß an die Partei durch die autonomen Lizenzträger konnte nach der persönlich erteilten Lizenz den nicht vorhandenen rechtlichen Anspruch der Partei kompensieren.

Eine klassische, parteieigene Presse, die zu der Berechtigung Anlaß gibt, von der SPD-Presse zu sprechen, ist in der britischen Zone nie wiedererstanden. Die neue Mischform mit den unterschiedlichsten Bindungen zwischen Parteien und Verlagen kann nicht mit der Parteipresse vor 1933 verglichen werden. Allein durch das konsequente Festhalten der Parteioorganisation an den überholten Rechten konnte das Mißverständnis entstehen, daß jetzt eine neue Parteipresse im Aufbau wäre.

Tabelle 4

SPD-verbundene Tageszeitungen in der britischen Zone zu Beginn der Lizenzphase

Titel	Erscheinungsort	Lizenznummer Tag der Zu- lassung	Lizenzträger	zugeteilte Start- auflage
<u>Britische Zone</u>				
Aachener Nachrichten	Aachen	B.1. 27.6.45*	H.Hollands	44.000
Rheinische Zeitung	Köln	B.11 18.2.46	J.Pedrotti R.Görlinger H.Böckler H.Braubach H.Reiferscheidt	84.000
Rhein-Echo	Düsseldorf	B.18 6.3.46	D.Oppenberg G.Stoerer L.Ingehut E.Kobusch	170.000
Westfälische Rundschau	Dortmund	B.14 26.2.46	F.Hennsler P.Sattler H.Sträter	353.000
Freie Presse	Bielefeld	B.36 2.4.46	E.Groß P.Eilers J.Triem	145.000
Hamburger Echo	Hamburg	B.29 21.3.46	P.Bugdahn	160.000
Lübecker Freie Presse	Lübeck	B.27 25.3.46	K.Albrecht K.Gädtings	71.000
vZ	Kiel	B.24 25.3.46	K.Ratz	78.000
Neue Ruhr Zeitung	Essen	B.76 8.7.46	D.Oppenberg W.Nieswandt A.Fritsch F.Feldens	127.000
Hannoversche Presse	Hannover	B.70 18.7.46	F.Heine E.Franke	240.000
Nordwestdeutsche Rundschau	Wilhelmshaven	B.102 18.3.47	Heunlich Wunderlich Cramer	ca.100.000
Zwischensumme:				1.592.000
<u>Britischer Sektor Berlin</u>				
Der Sozialdemokrat		Spezial Authorisation	L.Schröder O.Suhr	65.000
Spandauer Volksblatt		B.16 26.2.46	E.Lezinsky	30.000
Der Telegraf		B.19 1.4.46	A.Scholz P.Löbe A.Leber	400.000
Zwischensumme Berlin:				495.000
Britische Zone:				2.087.000

Quellen:

Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1947 a.a.O.
Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945.
a.a.o. S. 56
Eigene Berechnungen

* Die Aachener Nachrichten wurden ursprünglich im Februar 1945 mit amerikanischer Lizenz gegründet und später von den Briten übernommen.

1.3.2. Die Gründung der Konzentration GmbH

Sofort nach Erscheinen der ersten parteiverbundenen Zeitungen entfaltete der provisorische Vorstand in Hannover umfangreiche Aktivitäten, um die sozialdemokratischen Lizenzträger zusammenzufassen. Fritz Heine lud zum 19. März 1946 Vertreter der Bezirksvorstände und der Verlage zu einer Arbeitsbesprechung über Pressefragen ein. (1) Auf einer „Beiratssitzung der SPD-Presse“ am 17.4.1946 äußerte sich Heine befriedigt über den Stand der Entwicklung aus Sicht des provisorischen Vorstandes. (2) Die relative Größe der neuen Verlage schien im Vergleich zur Weimarer Republik der Partei eine günstige Ausgangsposition zu bieten.

„Wir sollten auf alle Fälle zu verhindern suchen, daß Parteiverlage für kleinere Bezirke bzw. für einzelne Orte gegründet werden. In den Jahren vor 1933 haben die finanziellen Schwierigkeiten für Zeitungen mit kleinen Verbreitungsgebieten nicht nur viel Arbeit und Geldopfer gekostet, sondern auch große Mißstimmung in den parteigenössischen Kreisen verursacht, wenn die Zeitungen auf Anraten der Revisoren ihr Erscheinen einstellen mußten.“ (3)

Diese ungünstige wirtschaftliche Situation, u.a. hervorgerufen durch die relative Autonomie und Zersplitterung der SPD-Presse vor 1933, sollte, ganz im Sinne der Verantwortlichen, nach 1945 vermieden werden. In diesem Punkt — Vermeidung von Kleinstverlagen — deckten sich die Interessen der Briten mit den Vorstellungen der SPD-Spitze.

Den zentralistischen Vorstellungen in Hannover entsprach nicht der von der Kölner RHEINISCHEN ZEITUNG entwickelte Plan, ihr Organ zum offiziellen Zonenblatt der Partei auszubauen. Zum einen hätten diese Pläne im Sommer 1946 nur auf Kosten der Auflage der übrigen SPD-Zeitungen in der britischen Zone umgesetzt werden können und andererseits den direkten Einfluß des Vorstandes beschnitten. Das von Reifferscheidt ohne Absprache gegenüber den Briten vertretene Projekt, sei „doch schließlich eine Aufgabe des Parteivorstandes und des Vororts Hannovers.“ (4) Trotz aller Bedenken sicherte sich der Parteivorstand für den Fall der Verwirklichung organisatorischen und inhaltlichen Einfluß. (5) Nach einem persönlichen Gespräch in Köln, für die Partei nahmen Alfred Nau und Fritz Heine teil, wurde dieses Projekt jedoch „bis auf weiteres“ zurückgestellt. Bei diesem Vorgehen konnten sich Heine und Nau auf die demokratische Legitimation ihrer schon zuvor faktisch ausgeübten Funktion stützen. Denn auf dem ersten Parteitag der SPD vom 9. - 11. Mai 1946 in Hannover war der engste Kreis der Mitarbeiter um Schumacher als besoldeter Parteivorstand mit Sitz in Hannover bestätigt

worden. Neben Schumacher als Vorsitzendem waren Alfred Nau mit 228 Stimmen als Schatzmeister und Fritz Heine als Vorstandsmitglied für Presse und Propaganda mit 224 Stimmen in eine hauptamtliche Tätigkeit gewählt worden. Von den 25 Mitgliedern des neuen Parteivorstandes für die Westzonen waren drei gleichzeitig Lizenzträger von Parteizeitungen; neben Fritz Heine (HANNOVERSCHE PRESSE), Fritz Hennsler (WEST-FÄLISCHE RUNDSCHAU) und Emil Groß (FREIE PRESSE BIELEFELD), der spätere Vorsitzende des ersten Presserates der britischen Zone. (6) Auch die übrigen Lizenzträger bekleideten zum Teil auf bezirklicher Ebene Vorstandsposten. (7) Auf personeller Ebene war die Verflechtung von Lizenzträgern und Parteifunktionären so ausgeprägt, daß in den ersten Jahren von einer teilweisen Identität von Parteiapparat und Lizenzträgern gesprochen werden kann. Die Grenzen zwischen Parteitätigkeit und Verlagsleitung waren fließend.

Um die personellen Bindungen organisatorisch zu festigen sowie um über die anstehende Auflagenneuverteilung nach den ersten Lokalwahlen zu beraten, trafen sich am 29. Oktober 1946 die Geschäftsführer der Parteiblätter mit Vertretern des Vorstandes und Delegierten aus der US-Zone in Dortmund. Für den Parteivorstand unterbreitete Carl Storbeck einen Plan zur Schaffung einer Dachgesellschaft für sämtliche SPD-Unternehmungen. Storbeck erklärte, daß die neue Gesellschaft „ausdrücklich als Nachfolgerin der früheren Konzentration AG“ zu betrachten sei, was sich eindeutig in dem Titel „Konzentration GmbH“ dokumentierte. (8) Allerdings konnte ein Mehrheitsbesitz der neuen Gesellschaft durch den Vorstand nicht erreicht werden oder war „nicht beabsichtigt“, da die Rechtslage einen reinen Parteibesitz verbot. (9) Auf Druck der lizenzgebenden Engländer, die als Kontrollmacht auf der Versammlung anwesend waren, hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß

„durch die Lizenzierungen der Zeitungen die Verantwortlichkeit der Lizenzträger gegenüber der Militärverwaltung größer war als sie früher die Gesellschafter der Parteizeitungen hatten. Unter Berücksichtigung all dieser Fragen war man im Parteivorstand übereingekommen, eine Gesellschaft zu gründen, die den Namen Konzentration GmbH — Wirtschaftsunternehmungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands — mit dem Sitz des Parteivorstandes in Hannover, führen sollte.“ (10)

Die angestrebte „Zusammensetzung der Konzentration auf demokratischer Grundlage“, wie sie auf der Dortmunder Sitzung verkündet wurde, entsprang somit nicht politischer Einsicht, sondern mehr einem Zugeständnis an die faktische Rechtslage.

Aber auch noch der im Untertitel vermittelte zentralistische Eigentumsanspruch der Partei auf die Verlage kollidierte mit den Vorstellungen der Engländer. Auf Einspruch des anwesenden Presseoffiziers mußte die neue Dachgesellschaft eine stärker genossenschaftliche Struktur erhalten. Man wählte also nicht, wie es im ersten Rechenschaftsbericht der Konzentration GmbH heißt einen neuen Titel, sondern er wurde von der Besatzungsmacht durchgesetzt. Entgegen den ursprünglichen Absichten des Vorstandes wurde auf der Versammlung die „Konzentration GmbH — Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen“ gegründet. (11)

Formal wurde die neue Dachgesellschaft — offizielle Eintragung ins Handelsregister Hannover am 15.1.1947 — so konstruiert, daß den angeschlossenen Verlagen bei einem Anteil von je 5 Prozent am geplanten Stammkapital von 100.000 RM die Mehrheit zugesprochen wurde. Den Bezirken der US-Zone ohne Parteizeitungen wurde ein Zeichnungsrecht in Höhe von je drei Prozent eingeräumt. Um zu dokumentieren, „daß seitens des Parteivorstandes keinerlei Majoritätsabsichten“ existieren, beschränkte der Parteivorstand „seinen Anspruch auf 10% des Gesellschaftskapitals.“ (12)

Trotz der genossenschaftlichen Konstruktion blieb die faktische Mehrheit der Gesellschaft in den Händen des Parteivorstandes. Dies aus drei Gründen:

1. Auf Vorschlag des Parteivorstandes wurde Carl Strobeck, ehemaliger Revisor der Konzentration AG, zum Geschäftsführer der Gesellschaft bestimmt. (13) Strobeck war eindeutig ein Vertrauter des Parteivorstandes in Hannover. Weiterhin war Strobeck aufgrund seiner beruflichen Erfahrung eingebettet in die zentralistische Tradition der Konzentration AG.
2. Der Anteil, den der SPD-Parteivorstand direkt oder indirekt kontrollierte, lag weit über 10%. Da mehrere Vorstandsmitglieder gleichzeitig auch Lizenzträger waren — diese Zahl vergrößerte sich später — erhielt der PV über den Weg der Verlagsvertreter indirekt weitere Anteile. Zudem befanden sich die Parteizeitungen der französischen Zone eindeutig in Parteibesitz, was den Anteil der Organisation weiter vergrößerte.
3. Und schließlich wurden die treuhänderischen Anteile für die US-Zone von Vorstandsmitgliedern oder Bezirksvorständen gehalten, von denen man annehmen darf, daß sie die Interessen des Vorstandes vertraten. „Außerdem wurde vom Parteivorstand ein größeres Kapital gezeichnet mit der Bestimmung, diese Stammanteile an später entstehende Parteiverlage abzutreten.“ (14)

Nach vorsichtiger Schätzung kann man annehmen, daß weit über der Sperrminorität, wenn nicht sogar die absolute Mehrheit der Anteile, faktisch vom Parteivorstand und seinen Vertretern kontrolliert wurde. Diese Vermutung wird noch erhärtet durch die Zusammensetzung des ersten Aufsichtsrates. Ihm gehörten neben drei Vertretern des Parteivorstandes und drei Delegierten der US-Zone fünf Vertreter der Verlage an, die aber teilweise wieder mit Vorstandsmitgliedern personell identisch waren. (15)

Über den Gesellschaftsvertrag der Konzentration GmbH sicherte der Vorstand seinen organisatorisch-publizistischen Einfluß auf die Mitgliedsverlage ab, unterließ somit die äußerlichen Beschränkungen der Besatzungsmacht. Paragraph 3 nennt als Gegenstand des Unternehmens:

„die Herstellung und der Vertrieb von Zeitungen und Druckschriften sowie der Handel mit Zeitungen und Druckschriften jeglicher Art, die geeignet sind, die sozialistischen Ziele zu fördern.“

„Für die Überwachung der politischen Haltung der Zeitung (...) wird eine Pressekommission bestimmt (...) Der Pressekommission unterliegt die Aufgabe, für die Redaktion die politischen Richtlinien aufzustellen.“ (16)

Zählungen und Einschätzungen der realen Machtverteilung in der Anfangsphase der Konzentration GmbH sind problematisch, da sie einen faktischen Interessengegensatz von SPD-Verlagen und Parteivorstand unterstellen, der zwar zu diesem Zeitpunkt schon angelegt war, aber sich aufgrund der sozialdemokratischen Solidarität aller Teilnehmer noch nicht direkt entfaltet hatte.

Aufgrund der Tatsache, daß die Verlage in Köln (Reifferscheidt, Görlinger, Böckler u.a.), Essen (Oppenberg u.a.) sowie in Aachen um Bedenkzeit baten und sich abwartend der neuen Gesellschaft gegenüber verhielten, kann gefolgert werden, daß diese Verlage den positiven Momenten einer genossenschaftlichen Organisation nicht rückhaltlos vertrauten. Ihnen galten die fortwährenden Appelle des Parteivorstandes.

„Wir hoffen aber, daß die Genossen in Köln, Essen und Aachen auch einsehen, daß der Zusammenschluß sozialdemokratischer Verlagsunternehmungen nicht von dem Willen einzelner Genossen abhängig ist sondern im Interesse der Gesamtpartei liegt, und daß die in Frage kommenden Genossen die Schlußfolgerung ziehen und ihren Anschluß an die Konzentration noch nachholen werden.“ (17)

Der demokratische Anspruch, auf der Gründungsversammlung vielfach beschworen, wurde durch solche Aufforderungen, die alle Nichtteilnehmer vor der Parteiöffentlichkeit subtil denunzierten, durchlöchert. Tatsächlich erklärten die angesprochenen Verlage nachträglich ihren Beitritt, nutzten aber später die erste Chance, um diesen Entschluß wieder rückgängig zu machen.

Lach Lizenzaufhebung schieden die AACHENER NACHRICHTEN und kurz darauf die NEUE RUHR-ZEITUNG wieder aus der Konzentration GmbH aus. (18)

Unabhängig von den konkreten Schwierigkeiten, das Beziehungsgeflecht innerhalb der Konzentration GmbH in allen Nuancen zu durchleuchten, so belegen die Querelen doch, daß die offizielle Interpretation, sie habe sich demokratisch ohne Einfluß des Parteivorstandes gebildet, nicht haltbar ist. Als Beispiel für die immer wieder reproduzierte Fehleinschätzung, sei hier eine Rundfunksendung aus dem Jahre 1973 zitiert, in der behauptet wird:

„Während die alte Konzentration zwischen den Kriegen eine Organisation der Partei war, war die neue GmbH eine Gründung zunächst der Verleger SPD-naher Zeitungen in der britischen Besatzungszone. Andere kamen später hinzu. Die Konzentration gehörte den Verlagen, nicht umgekehrt. Sie hielten die Anteile.“ (19)

Diese Darstellung spielt die Interessen der Parteiorganisation herunter und übersieht, daß die Konzentration GmbH bewußt als Verbindungsglied zwischen Verlagen und Parteivorstand konzipiert wurde.

Daß ein solches Nebeneinander in der Gründungsphase nicht intendiert war und mehr eine Notlösung darstellt, belegen die Diskussionen auf dem Parteitag 1947. In scharfen Worten äußerte Nau seinen Unmut über die unbefriedigende Situation. Knapp vier Wochen nach dem Schreiben von Asbury (siehe Teil 1.2.2.2.) kritisierte er das widersprüchliche Verhalten der Engländer und erläuterte eindringlich die Sichtweise des Parteivorstandes:

„Bei den Gründungen und Lizenzierungen dieser Zeitungen hat der damals für die Militärregierung verantwortliche Minister Hynd erklärt, daß wir diese Unternehmungen als zur Sozialdemokratischen Partei gehörend betrachten können. Nachdem uns durch die Nazis unsere zahlreichen Zeitungsunternehmungen und Druckereien geraubt wurden, haben wir die Erklärung von Herrn Minister Hynd als den Beginn einer notwendigen Wiedergutmachtung angesehen, ohne daß die Rücküber-

tragung der beschlagnahmten Vermögenswerte durchgeführt wurde. Im Gegensatz zu der grundsätzlichen Erklärung von Minister Hynd sind uns in der letzten Zeit Bestrebungen aus dem Kreis verantwortlicher hoher Offiziere der Militärregierung bekanntgeworden, die als Ziel die völlige Lösung der sozialdemokratischen Zeitungen von der Partei verfolgen. Gegenüber solchen Versuchen erklären wir hier vor dem Parteitag, daß wir nie unseren Eigentumsanspruch aufgeben und die sozialdemokratischen Zeitungen als unlösbar mit der Partei verbunden betrachten.“ (20)

In verbindlicherer Form unterstützte Heine mit publizistischen Argumenten die Ausführungen des Schatzmeisters. (21) Doch Nieswandt, Lizenzträger bei der NEUEN RUHR ZEITUNG entfaltete latent eine deutliche Gegenposition. In Anspielung auf den noch nicht erfolgten Beitritt seiner Zeitung zur Konzentration GmbH erklärte er in der Debatte:

„In Verbindung mit der Konzentration möchte ich hier erklären: Partei und Presse gehören zusammen. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß es im Augenblick vielleicht besonders notwendig ist, daß sie getrennt marschieren und zwar aus einem ganz bestimmten Grund!“ (21)

In Konkurrenz zu den überparteilichen Blättern sollte die parteiverbundene Presse durch selbständige Aktionen in der Lage sein,

„diesen unberechenbaren Blättern jegliche Resonanz zu nehmen. Darum stehe ich auf dem Standpunkt, daß die Gründung der Konzentration unbedingt als zu früh angesehen werden muß, weil damit Erinnerungen verbunden sind, die wir nicht gern in unser Gedächtnis zurückrufen wollen.“ (22)

Erstmals manifestiert sich hier ein Widerspruch der Lizenzträger gegen die Parteiführung, weil sie die Rückkehr zu einer direkten Kontrolle ihrer Zeitungen durch die Konzentration GmbH befürchten mußten, was keinesfalls den Eigeninteressen entsprach.

Innerhalb dieser Konstellation bot es sich an, die Ansprüche bei den der Partei ergebenden Lizenzträgern durch Absprachen festzuschreiben, um somit sowohl die Absichten der Briten zu unterlaufen als auch um die skeptischen Lizenzträger unter Druck zu setzen. Andererseits mußte auch die Bedeutung der Konzentration GmbH zurückgenommen werden, um dem Willen der Besatzungsmacht zu genügen, die beitriffsunwilligen Lizenzträger zu beruhigen und um gegenüber der publizistischen Konkurrenz aus dem

negativen Image der direkten Parteibindung herauszukommen. Die Funktion der Konzentration GmbH spiegelt den Kompromiß.

Deshalb oblag sicher auch die Betreuung der Konzentration GmbH dem Aufgabenbereich des Schatzmeisters und nicht in dem des Refereats „Presse und Propaganda“. In seinem Schlußwort nahm Nau seine rigide Attacke zurück, indem er die Konzentration GmbH auf wirtschaftliche Beratungsfunktionen reduzierte:

„Die Konzentration hat nur wirtschaftliche Aufgaben. Sie betrachtet sich nicht als Aufsichtsorgan, sondern sie will unsere Wirtschaftsunternehmen in allen praktischen und kaufmännischen Fragen beraten.“ (23)

Trotz der aufgezeigten internen Machtverteilung in der Gesellschaft konnte sich der Wille, für die Parteioorganisation einen weiterreichenden Einfluß zu sichern, praktisch nicht durchsetzen. Die juristische Konstruktion der Lizenz verhinderte die direkte Kontrolle. In allen ihren Entscheidungen blieb die Konzentration GmbH letztlich auf die freiwillige Mitarbeit der angeschlossenen Verlage angewiesen, denen gegenüber sie keine Weisungsbefugnis besaß.

Bedingt durch diese materielle Schwäche blieb die Konzentration GmbH nach dem Kriege ohne ausreichende Kompetenz, um maßgeblich die Entwicklung der SPD-verbundenen Presse lenken zu können. Sie konnte nur ideell, aber nicht materiell an der Tradition der Konzentration AG anknüpfen. An ökonomischer Macht und publizistischer Einflußnahme erreichte die GmbH niemals die Stellung ihrer Vorläuferin. Die Beteiligung oder Mitsprache mußte sich mehr auf informelle Kanäle beschränken.

Die divergierenden Interessen der Beteiligten blockierten eine effiziente Arbeit. Mit der Entwicklung der Verlage schwand auch die Bereitschaft und Notwendigkeit auf Seiten der Verleger, sich den Interessen des Parteivorstandes unterzuordnen oder die Befugnisse der Konzentration GmbH entscheidend zu erweitern. Nachdem deutlich wurde, daß der Machtanspruch der Organisation sich nicht durchsetzen konnte, mußte moralisch-politischer Druck die erstrebten Bindungen herstellen.

Umgekehrt allerdings müssen sich auch ein Teil der später ausgeschiedenen Lizenzträger zu Recht verhalten lassen, daß sie durch ihre Lösung von jeder Parteibindung in den Geruch kommen, sich ihre Lizenzen erschlichen zu haben, die sie nicht wegen ihrer Kompetenz, sondern auf Vorschlag der Partei erhalten hatten.

1.3.3. Auflagenneufestsetzung nach den Wahlergebnissen 1946/47

Obwohl sich im Verlauf des Jahres 1946 ein tendenzielles Abrücken von der Parteipreskonzeption in der britischen Lizenzpolitik zugunsten einer Betonung der Überparteilichkeit der Parteizeitungen in Verbindung mit der verwehrtten Zulassung „unabhängiger, überparteilicher“ Zeitungen bemerkbar machte, wurde doch die unerwünschte Parteibindung der Zeitungen durch britische Pläne, die Auflagenzuteilung entsprechend der ersten Wahlergebnisse zu korrigieren, politisch bestärkt. Im September 1946 erklärten die Briten allen Lizenzträgern und Parteien, daß sie die ungefähre Stärke der Parteien nach den Ergebnissen der anstehenden Gemeindewahlen abschätzen wollten, um daraus Schlußfolgerungen „für eine endgültige Festlegung der Auflagenziffern zu treffen.“

(1)

Im Gegensatz zu den anderen Parteien, denen deutliche Stieigerungsraten aufgrund ihrer Wahlerfolge zugesprochen wurden, brachte das Wahlergebnis von 36,5% für die SPD bei circa 1,5 Mill. Auflage kaum nennenswerte Veränderungen. (2) Die SPD fühlte sich im Vergleich zur CDU durch die Engländer benachteiligt, weil diese formale Gleichheit dem moralischen Anspruch der SPD als größter antifaschistischer Partei und ihrer Bedeutung für den Wiederaufbau nicht gerecht wurde.

Unter Hinweis auf die unerwünschten Parteibindungen argumentierte Ollenhauer gegenüber den britischen Behörden.

„Die Verteilung nach abgegebenen Stimmen ist ein Verfahren, das den Willen der Wähler berücksichtigt... Wir entfernen uns dabei noch mehr von dem ursprünglichen Wunsch der Militärregierung, keine allzu enge Bindung mit den Parteien einzugehen.

Wir können auch nicht ohne weiteres Wähler und Leserwünsche gleichsetzen. Der Wähler wählt eine Partei nach den Menschen, die sie repräsentieren, nach ihren Programmpunkten und nach ihren politischen Handlungen. Der Leser hat bereits ein sicheres Urteil über die Qualität der Zeitung gewonnen und wählt daher eine gute Zeitung, auch wenn sie nicht immer seiner politischen Meinung entspricht.“

(3)

In Ollenhauers Argumentation verkehrt sich aus materiellen Gründen, die Auflagenzahlen der parteiverbundenen Blätter nicht absinken zu lassen, die sozialdemokratische Pressepolitik in ihr extremes Gegenteil. Jetzt soll unter Berufung auf die ursprünglichen

Absichten der Briten, die in anderen Reden zeitgleich kritisiert wurden, eine Trennung von Partei und Presse die Forderungen absichern.

Bei dem noch nicht besonders entfalteten Statistikwesen im Pressesektor — die Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) als Kontrollorgan der Verleger und der werbetreibende Wirtschaft existierte noch nicht —, inszenierten alle Beteiligten, die an einem Aufgelagenzuwachs interessiert waren, eine Verwirrung, indem sie auf unterschiedlicher Berechnungsbasis unterschiedliche Zahlen ermittelten, die alle bewiesen, daß die Auflagen dieser oder jener Interessengruppe erhöht werden müßten.

Für die SPD argumentierte Emil Groß in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Zeitungsverlegervereins der britischen Zone. Er wies den englischen Behörden nach, daß die SPD nur über 1.455.000 Auflage verfüge, also 350.000 (ca. 23%) weniger als von den Engländern errechnet und deshalb eine „grundsätzliche Überprüfung der gesamten Auflagenverteilung erforderlich würde, um das entstandene Durcheinander, das wohl niemand mehr recht durchschaute, zu beseitigen.“ (5)

Im Zusammenhang mit einem von der britischen Militärregierung abgelehnten Achtpunkte-Änderungsvorschlag rechnete Heine den Briten vor, daß der SPD als stärkster Partei 1,821 Mill. zugesagt worden waren, sie aber jetzt mit 1,639 Mill. noch hinter der CDU mit 1,770 Mill. zurückbleibe. Weiterhin forderte er die Streichung des irrtümlich in die Berechnung einbezogenen WESER-KURIER. (6) Diese Vorstellungen wurden von den Engländern mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß andere Parteien ähnliche Forderungen gestellt hatten. (7)

Während die bürgerlichen Zeitungen durch die Neufestsetzung ihre Auflagen und damit ihre wirtschaftliche Position um durchschnittlich 25% steigern konnten, stagnierten im Durchschnitt die Auflagen der SPD-Zeitungen. Im Kölner Raum ordneten die Briten sogar ein Kompensationsgeschäft an, da die AACHENER NACHRICHTEN in ihrem Gebiet unter die gesetzte Mindestauflage von 50 000 abzusinken drohten. Nach Einspruch der Amerikaner, die ihre ehemalige erste Lizenzzeitung erhalten wollten, wurde gegen den entschiedenen Protest der SPD eine Papiermenge für 16 000 Exemplare der RHEINISCHEN ZEITUNG entzogen und den AACHENER NACHRICHTEN zugesprochen. (8)

Im Zusammenhang mit den in den Augen der SPD negativen Erfahrungen mit der Auflagenneufestsetzung wandelte sich die ursprüngliche euphorische Einschätzung des Pres-

sesektors, getragen von der Überzeugung, daß einzig die SPD zum politischen Wiederaufbau Deutschlands moralisch legitimiert sei, in einen nüchternen Konkurrenzkampf formal gleichberechtigter Parteien. Verbunden hiermit war eine zunehmende Distanzierung von der anfänglich begrüßten Pressepolitik der Engländer:

„Auch hier, wie in den anderen Zonen, ist die der Besatzungsmacht nahestehende Zeitung besonders gefördert worden, aber direkte Benachteiligung der SPD-Presse gegenüber den anderen Parteien ist nur in den ersten Monaten von 1947 festgestellt und erfolglos bekämpft worden. Erst nach den Landtagswahlen im April 1947 gelang es, aufgrund der Wahlergebnisse die Bevorzugung der CDU-Presse abzustellen.“
(9)

Dieser Ausgleich im Jahre 1947 gegenüber der CDU schlug sich allerdings nicht in einem spürbaren Aufgelazuwachs der SPD-Zeitungen nieder, sondern wurde durch die Rücknahme der CDU-Auflagen erreicht. Denn während die SPD ihren Stimmanteil gegenüber der Lokalwahl 1946 halten konnte — 36,5% 1946 zu 36,8% im April 1947 — verlor die CDU 6% bei der ersten Landtagswahl. Dieser Rückgang, eindeutig auf die geringere Wahlbeteiligung (73% auf 66,6%) zurückzuführen, stellte für die SPD-Presse wieder verbesserte Bedingungen her. (10) In Nordrhein-Westfalen blieb die CDU allerdings stärkste Partei und konnte somit auch ihren Aufgelavorsprung im volkreichsten Land der britischen Zone halten. (11)

Die ICS-Branch (Information Control Services) ging nach der Wahl 1947 von folgender Berechnungsgrundlage aus:

„1. Es wird keine Veränderung vorgenommen betr. Aufgelabereiche und Aufgelahöhe der unabhängigen Zeitungen. Die Gesamtaufgelahöhe, die für Neuverteilung unter den parteipolitischen Zeitungen zur Verfügung steht, ergibt sich aus der Gesamtaufgelahöhe abzüglich der Gesamtaufgelahöhe für unabhängige Zeitungen.“

2. Die Gesamtaufgeladichte einschl. der unabhängigen Zeitungen soll 1/5 der Bevölkerungsdichte in jedem Aufgelagegebiet betragen.“ (12)

Trotz verbesserter Lage verfaßte der SPD-Vorstand noch im Juni 1947 ein Zwölf-Punkte-Memorandum unter dem Titel: „Schlechterstellung der SPD bzw. SPD-Presse auf dem Gebiet des Papier- und Zeitungswesens in der britischen Zone durch die britischen Behörden“. (13), in dem noch einmal erfolglos die Argumente für eine Aufgelahenerhö-

hung der SPD-Presse vorgetragen wurden.

In der Tabelle 5 werden die Ursprungsauflagen 1946 mit den Neufestsetzungen im November 1946 und den Eigenangaben der SPD für das Jahr 1947 verglichen.

Nach der Gesamtauflagenhöhe brachte die Neufestsetzung 1947 zwar der SPD eine leichte Verbesserung gegenüber den CDU-Zeitungen, aber eine genaue Aufschlüsselung ergibt, daß trotz des Auflagenvorsprungs schon zu diesem Zeitpunkt ein Nachteil für die SPD-Presse zu konstatieren ist.

Politisch sahen sich die SPD Organe nicht nur den reinen CDU-Zeitungen gegenüber — auch die „unabhängige Presse“ und die Zeitungen der übrigen bürgerlichen Parteien (FDP, Zentrum) standen in einem erklärten Gegensatz zur Sozialdemokratie; d.h. sympathisierende Organe erhöhten die Zahl der Pro-CDU-Presse, während die SPD auf keinerlei zusätzliche publizistische Unterstützung aus dem Kreis der übrigen Lizenzzeitungen rechnen konnte.

Offiziell beschränkte sich der Anteil der CDU-Zeitungen auf nur 8 Organe, die aber überall dort, wo sie in direkter Konkurrenz zu SPD-Zeitungen standen, fast über die doppelte Auflage verfügten. So in:

Düsseldorf	Rhein Echo (SPD)	152 000	Rheinische Post (CDU)	282 000
Köln	Rheinische Zeitung (SPD)	98 000	Kölnische Rundschau (CDU)	158 000
				(13)

In Aachen und Bielefeld besaßen die CDU-Blätter leichte Vorteile. Nur in Hamburg und Hannover dominierten die SPD-Blätter. Die bürgerliche Konkurrenz hatte hier aber zusammengekommen auch den weit größeren Anteil. In den ländlichen Gebieten war die SPD kaum vertreten, dort lagen die CDU-Hochburgen mit Auflagen um 350 000. Allein im Ruhrgebiet genossen die SPD und ihre Organe einen Vorteil. (14)

In der Tendenz wird aus den Daten des Jahres 1947 deutlich, daß die SPD-verbundenen Zeitungen keinerlei strukturelle Vorteile hatten erreichen können. Teilweise waren sie bereits in die Situation der später wirtschaftlich gefährdeten Zweitzeitungen geraten — zu diesem Zeitpunkt allerdings noch kein existenzgefährdender Nachteil. Im Vergleich zu der realen Entwicklung verfälscht die Aussage von Pruys/Schulze die historischen Tatsachen, wenn sie behaupten, die SPD-Presse sei „unter ungleich günstigeren Bedin-

Tabelle 5

Auflagenänderungen der SPD-verbundenen Tageszeitungen in der britischen Zone in den Jahren 1946/1947

Titel	Ursprungs- auflage (a)	Neufest- legung 46	Veränderung zu (a) in Prozent	Eigenangaben zur Auflage 1947 (b)	Veränderung (b) zu (a) in Prozent
Aachener Nachrichten	44.000	50.000	+13,6	50.000	+13,6
Freie Presse Bielefeld	145.000	164.000	+13,1	124.000	-14,5
Hamburger Echo	160.000	208.600	+30,3	230.000	+44,0
Hannoversche Presse	240.000	263.000	+9,5	340.000	+41,5
Lübecker Freie Presse	71.000	66.000	-7,1	80.000	+13,0
Neue Ruhr Zeitung (Essen)	127.000	113.000	-10,3	113.000	-10,3
Rhein Echo Düsseldorf	180.000	170.000	-5,6	152.000	-15,5
Rheinische Zei- tung Köln	122.000	84.000	-31,2	98.000	-19,7
VZ Kiel	50.000	78.000	+56,0	96.000	+92,0
Westfälische Rundschau Dortmund	360.000	353.000	-1,9	338.500	-6,3
Nordwestdeutsche Rundschau Wilhelmshaven	gegründet 1947			100.000	--
Gesamtauflage:	1.499.000	1.549.600	+3,3	1.621.500	+8,1

Quellen:

Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e.V. Jg. 1. Nr. 2. August 1946.

S. 14

Fischer, Heinz Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 56

Eigene Berechnungen

ungen und vor allem zeitlich früher gestartet als die Mehrzahl der bürgerlichen Zeitungen". (15)

Diese Behauptung vom „Vorsprung der SPD-Presse in den ersten Nachkriegsjahren" wird immer wieder aufgestellt, um die späteren Fehler der Pressepolitik der SPD eindrucksvoller zu belegen. Ein solcher Vorteil war nur vordergründig, betrachtet man die Zahl der Titel, nicht aber auflagenmäßig gegeben.

Begünstigt, wenn nicht gefördert werden diese Fehleinschätzungen jedoch durch die stolzen Selbstdarstellungen der SPD. (16) Nur gemessen an den Daten aus der Weimarer Republik kann von einem Anwachsen der SPD verbundenen Presse die Rede sein. Dieser relative Erfolg versperrte der SPD den Blick für die veränderten Strukturen der Lizenzphase.

1.3.4. Die Eigentumsfrage und das Organisationsprinzip der SPD-Presse

Im Verlauf des Jahres 1947 mischten sich Zweifel in das Bild, das sich die SPD von ihrer politischen Zukunft und dem Aufstieg ihrer Parteizeitungen gemacht hatte. (1) Drei Faktoren können als äußerer Anlaß für die Wende in der Einschätzung der Lizenzpolitik angeführt werden.

1. Mit der Zulassung von parteieigenen Zeitungen in der französischen Zone, wenn auch unter ungünstigen materiellen Bedingungen verlor die britische und noch mehr die amerikanische Lizenzierungspraxis für die SPD als akzeptiertes Vorbild an Attraktivität.
2. Die Betonung der Parteionabhängigkeit und die vermeintliche Bevorzugung der bürgerlichen Presse brachte die SPD in einen Konflikt zu den britischen Behörden, von denen man sich wegen der in England herrschenden Labourregierung anfangs mehr Unterstützung erhofft hatte. Zudem verzögerte sich die angekündigte Rückgabe von Parteigentum in der britischen Zone.
3. Von den Amerikanern wurden zwar Schritte angedeutet, die Eigentumsfrage in einem für die SPD befriedigenden Sinne zu regeln, aber die konstante Weigerung, Parteizeitungen zuzulassen verbunden mit der Unterstützung der unabhängigen Lizenzpresse, drohte einen nicht aufholbaren Vorsprung der parteionabhängigen Presse gegenüber den Ambitionen der SPD herzustellen.

Im Ideal erstrebte die SPD, einen Zustand für ihre Parteipresse zu schaffen, der alle günstigen Momente in den drei West-Zonen als Ausgangsbasis vereinigen sollte. Also: Parteieigentum an Zeitungen wie in der französischen Zone, unter Ausschaltung der dort noch herrschenden Zensur, inhaltliche Parteibindung wie in der britischen Zone, aber Abschaffung der Trennung von Partei und Parteipresse, Rückgaberegungen wie in der amerikanischen Zone angekündigt, aber Zulassung von Parteizeitungen. Man dachte — bewußt die Fehler der Weimarer Republik meidend —, jetzt eine in allen Belangen verbesserte Parteipresse aufbauen zu können.

Da die SPD diese vagen Zielvorstellungen für langfristig realisierbar hielt, zumal die Ansätze im Einzelnen in den drei Westzonen vorhanden waren, aber eben nicht gleichzeitig, mußte der Partei die praktischen Grenzen der Durchsetzbarkeit als bloße Hindernisse erscheinen, die durch kontinuierliche Parteiarbeit beseitigt werden könnten. Und umgekehrt, je länger die anvisierten Erfolge ausblieben, obwohl umfangreiche Aktivitäten entwickelt wurden, umso größer wurde die moralische Enttäuschung.

1.3.4.1. Die Eigentumsfrage

Konkret ließ sich die SPD in der Eigentumsfrage von drei miteinander verknüpften Gesichtspunkten leiten:

1. Wiedererlangung alter Vermögensansprüche
2. Sicherung und Ausbau neuerwerbener Rechte
3. Ausweitung und Neugründung von Parteizeitungen. (1)

Mit zu den ersten Aufgaben der sich wiedergründenden SPD gehörte die Sichtung der in der Weimarer Republik erworbenen Rechtstitel. Auch deshalb drängte der Vorstand auf eine schnelle Wiedergründung einer Pressedachgesellschaft unter dem alten Namen „Konzentration“, um die rechtliche Kontinuität der Partei und ihrer Institutionen über die 12 Jahre Faschismus hinweg zweifelsfrei zu dokumentieren. In Personalunion leitete Carl Storbeck nicht nur die Konzentration GmbH ab Herbst 1946, bereits im Juni hatte er im Auftrag des Vorstandes die Leitung einer „Zentralstelle für Wirtschaftsfragen“ übernommen und eine Aktion „zur Rückführung des uns geraubten Eigentums in unseren Besitz eingeleitet.“ (2)

Die materiellen Forderungen der SPD waren weitgehend identisch mit dem Vermögen

der damaligen Konzentration AG, die neben der Verwaltung parteieigener Liegenschaften hauptsächlich die wirtschaftliche Kontrolle über die parteieigenen Verlage und Druckereien ausgeübt hatte. Deshalb wurden diese Forderungen der Partei an die Konzentration GmbH übertragen, die es als erste Aufgabe übernahm, die für die Rückgabe notwendigen Unterlagen zu sammeln.

„Mit der Gründung der Gesellschaft konnte die eigentliche Arbeit beginnen und zwar handelte es sich in erster Linie um die Frage der Wiedergutmachung, d.h. die Wiedererlangung des der Partei im Jahre 1933 durch die Gesetzgebung der damaligen Machthaber widerrechtlich enteigneten Vermögens der Partei.“ (3)

In mühsamen Aktionen wurden die Unterlagen bei den Ortsvereinen und Bezirksorganisationen aufgebracht und das Gesamtvermögen errechnet.

Erste Ergebnisse lagen im Frühjahr 1946 vor:

„Nach den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen betrugen die Bilanzwerte unserer Druckerei- und Verlagsbetriebe 65 Mill. RM. Da infolge der Abschreibungen die Tageswerte wesentlich höher waren, darf man mit Sicherheit die echten Werte unserer Druckerei- und Verlagsunternehmungen mit 90 Millionen RM bezeichnen. (...) In diesen Summen von 90 Millionen RM sind nicht eingerechnet: 1. die Werte der unserer Parteiorganisation gehörenden Grundstücke und Inventarien, 2. die Werte der zahlreichen Kinder-, Mütter-, Erziehungs- und Erholungsheime der Arbeiterwohlfahrt.“ (4)

Da Immobilienbesitz nicht unter die Beschlagnahmebestimmungen wie die Druckereien fiel, konzentrierten sich die Bemühungen auf die Wiedererlangung der Verlagsunternehmen. Denn der Besitz von Produktionsmitteln bedeutete gleichzeitig die potentielle Möglichkeit, wiedererlangte Verfügungsgewalt in Gewinne für die völlige leere Parteikassee umzusetzen oder Kredite auf die Anlagen aufzunehmen.

Wenn man von der Mindestsumme von 65 Millionen RM ausgeht, so hätte der Besitz dieses Vermögens der SPD einen materiellen Vorsprung vor den anderen bürgerlichen Parteien garantieren können.

Doch diese Gesamtzusammenstellung des Parteivorstandes schrumpfte sofort durch die politische Entwicklung. Von den 132 Betrieben der SPD im Jahre 1932 entfielen fast ein Drittel (Wert 20 Mill. RM) auf Anlagen im Gebiet der SBZ, und weitere Produktions-

stätten (Vorwärtsdruckerei etc.) im Wert von 15 Millionen RM auf das Gebiet von Groß-Berlin mit Standort im sowjetischen Sektor. So verblieben nur Druckereien im Wert von 30 Mill. RM., knapp die Hälfte des Gesamtvermögens, im Bereich der Westzonen. (5) In realistischer Einsicht wurden die SBZ-Anlagen abgeschrieben, da mit der Zwangsvereinigung auch alle SPD-Eigentumsansprüche an die SED übergegangen waren. Auf den ehemaligen Anlagen druckte die SED seit 1946 ihr Berliner Bezirksorgan unter dem Traditionstitel „Vorwärts“. Friedrich Stampfer, ehemaliger Chefredakteur des „Vorwärts“, sah damit sein altes Trauma erfüllt: „Was Spartakus vergebens versucht hatte, vollendete nun Marschall Schukow.“ (6)

Obwohl Alfred Nau, als Parteikassierer in wirtschaftlichen Dingen vorsichtig, die Bedeutung von Parteizeitungen für die Finanzlage der Partei schon 1947 klar erkannte, und deshalb die scharfe Attacke für Zeitungen im Parteibesitz auf dem Parteitag 1947 führte, so vertraute er doch der alliierten Direktive Nr. 50, die grundsätzlich die Rückführung beschlagnahmten Eigentums pauschal in Aussicht stellte. In einem geschickten Argumentationsgang machte Nau die Vorstandslinie klar, daß die SPD bis zur faktischen Rückgabe die neulizenzierten Parteizeitungen als Ersatz für die verlorengegangenen Verlage betrachte. (7)

Ende 1947 wich die anfängliche Hoffnung auf rasche Rückgabe einer leichten Verärgерung, da nur zögernd von den Militärverwaltungen Gesetze erlassen wurden, die vorerst das Anmeldeverfahren der Ansprüche regelten.

„Der Kontrollrat hat es nicht fertiggebracht, ein einheitliches Wiedergutmachungsgesetz herauszubringen. Die Folge ist, daß die einzelnen Militärregierungen Gesetze erlassen haben, die nicht nur im Wortlaut, sondern auch sinngemäß voneinander abweichen.“ (8)

Damit wurden die Hoffnungen der SPD enttäuscht, die positiven Momente der britischen und französischen Zone — „wobei wir im einen Fall freier im Publizistischen und im anderen Fall freier in der Eigentumsfrage sind“ — auf das Gesamtgebiet der Westzonen zu übertragen. (9)

Wie unterschiedlich diese Anmeldegesetze auch formuliert waren, eine Bestimmung enthielten sie gemeinsam: die äußerste Anmeldefrist wurde auf den 31. Dez. 1948 festgesetzt, was faktisch auch nach der Einführung des Kontrollratsgesetzes Nr. 57 bedeutete, daß eine tatsächliche Rückgabe nicht vor Frühjahr 1949 erfolgen würde. Trotz die-

ser im Jahrbuch 1947 angemarkten Bestimmung gab sich die SPD aufgrund der „Auslassungen“ der „berechtigten Hoffnung“ hin, „daß die Wiedergutmachung nunmehr einer baldigen Regelung zugeführt werden soll.“ (10)

In Kompensation der vermeintlich kurzfristigen Verzögerung legte der Vorstand im Jahrbuch 1947 eine neue Berechnung des Vermögens vor. Nach der Feststellung, daß unter „den gegebenen Verhältnissen in der Ostzone eine Rückerstattung an unsere Partei nicht zu erwarten ist“ (11), wird eine neue Rechnung mit einem Gesamtvermögen von 100 Mill. RM präsentiert. Bei gleichbleibendem Anteil der verlorenen Werte in der SBZ (30 Mill. RM) konnten für die Westzonen und Berlin innerhalb eines Jahres Unterlagen gefunden werden, die den Anteil am Parteivermögen in diesem Gebiet fast verdoppeln (70 Mill. RM). (12)

Mittlerweile waren die strengen Bestimmungen im Lizenzsystem ansatzweise gelockert worden, unterhalb des beibehaltenen Monopols entwickelten sich wettbewerbsähnliche Bedingungen zwischen den Lizenzzeitungen in Vorbereitung auf die angekündigte Lizenzfreigabe. Jedoch nur die wenigsten Verlage waren in der Lage gewesen, genügend Kapital für den Ankauf eigener Druckereianlagen vor der Währungsreform — 20. Juni 1948 — anzusammeln oder günstig anzulegen. Im Gegensatz zu anderen Gewerbetreibenden, die ihre materiellen Produkte horten konnten, sahen sich die Verlage gezwungen, ihr Produkt bis zum Stichtag der Währungsreform weiter für Reichsmark zu verkaufen. Für sie bestand keine Möglichkeit, das Umlaufvermögen und ihre Einnahmen vor der Entwertung zu retten. Als Folge dieser beträchtlichen Verluste schwanden die Chancen weiter, noch vor Lizenzaufhebung eigene Druckereien anzukaufen oder neue Betriebe zu errichten.

Eine vollzogene Rückgabe der SPD-Betriebe zu diesem Zeitpunkt hätte den SPD-Blättern, zumindest teilweise in der britischen Zone, den Wettbewerbsvorsprung verschafft, den Kritiker ihr immer unterstellen. Günstigere Kalkulationen für den Druck, reibungsloser Produktionsablauf und effektivere Arbeitsteilung wären den SPD-Verlagen durch eine Verbindung mit parteieigenen Druckereien geboten worden, während die zugewiesenen Druckereien kaum Interesse an einer Verbesserung der Zusammenarbeit hatten, da die Besitzer auf die Herausgabe eigener Zeitungen hofften.

Im Sommer 1948 schwanden aber die letzten Illusionen über die Besatzungsmächte auf pressepolitischem Gebiet. Kurz nach der Währungsreform — mußte die SPD ihre Vorstellung von einer sozialdemokratischen Gestaltung Nachkriegsdeutschlands endgültig aufgeben.

Auf dem Düsseldorfer Parteitag wurde dieser Entwicklung durch scharfe Kritik in den Vorstandsberichten begegnet:

„Wir müssen aber mit Besorgnis feststellen, daß das neue Pressewesen nicht nur im Sowjetbereich durch die Gleichschaltung gefährdet ist, sondern daß sich auch in den Westzonen die ersten Anzeichen einer bedrohlichen Entwicklung bemerkbar machen. Die bevorzugte Lizenzierung privatkapitalistischer Verlage und die Aufhebung der Bewirtschaftung durch die CDU drohen das ganze kunstvolle Lizenzierungsprogramm zunichte zu machen.“ (13)

Hinter diesen ungewöhnlich scharfen Worten zu Zeiten des anwachsenden Antikommunismus verbirgt sich das Unbehagen an dem Umstand, daß keine weiteren SPD-Zeitungen, sondern fast ausschließlich überparteiliche (= kapitalistische) Lizenzen in der britischen Zone erteilt wurden, keine Parteizeitungen in der US-Zone erscheinen durften und die Rückgabefrage weiter offen blieb.

Die immer noch nicht erfolgte Restitution des Parteivermögens traf den Schatzmeister sehr schmerzhaft.

„Wir haben nach dem Zusammenbruch erwartet, daß im Rahmen dieser notwendigen Wiedergutmachung zumindest eine sofortige Rückgabe des 1933 gestohlenen Eigentums erfolgt. Die Entwicklung zeigt, daß wir aufs tiefste enttäuscht worden sind. Wir bedauern deshalb, folgendes feststellen zu müssen:

1. Fast zwei Jahre haben die Alliierten benötigt, um den ersten Erlaß, der lediglich eine Richtlinie zu diesem Problem darstellt, herauszugeben.
2. Unseren Wünschen auf einheitliche Regelung in den Westzonen ist nicht entsprochen worden. Die Ausführungsgesetze sind sehr unterschiedlich und zonal beschränkt.
3. Im Gegensatz zur französischen Zone ist für die britische Zone bisher kein Gesetz zur Wiedergutmachung erlassen worden. Wie ist die Situation in dieser Frage in der englischen Zone? Für die Befriedigung unserer berechtigten Forderungen ist nichts geschehen.“ (14)

Zudem sollte sich der für die endgültige Restitution vorgesehene Prüfungsausschuß aus vier Berufsrichtern zusammensetzen, so daß ungeachtet mehrerer Einsprüche eine großzügige und schnelle Regelung in der britischen Zone nicht zu erwarten war. In einem Memorandum hatte die SPD, deren Ansprüche zusammen mit den Forderungen von Gewerkschaften und Genossenschaften den Hauptteil der Wiedergutmachung ausmachten, die Beteiligung von Parteivertretern gefordert. Dem wurde zwar von der britischen Mili-

tärregierung offiziell zugestimmt, aber die anschließend herausgegebene Verordnung ließ diese Forderung unberücksichtigt. (15)

„Diese Art der Behandlung der größten Partei durch die Organe der britischen Militärregierung ist für uns untragbar und wir erklären hier vor dem Parteitag ganz eindeutig, daß wir kein Vertrauen zu dieser Regelung haben.“ (16)

Solche Mißtrauenserklärungen gegen den absoluten Souverän brachten der Partei aber nicht ihr Eigentum zurück, sondern sie mußte sich den unbefriedigenden Bedingungen der Briten beugen. In dem Beitrag, von Nau angedeutet, war für die Sozialdemokratie die absurde Lage entstanden, daß sie dort, wo sie keine Parteizeitungen besaß und besitzen durfte — in der US-Zone —, erste Vermögenswerte im Verlauf der Jahre 1948 - 49 zugesprochen erhielt, während dort, wo sie die Druckanlagen dringend benötigte, in der britischen Zone, die Restitution auf sich warten ließ und zudem unter ungünstigeren Voraussetzungen erfolgen sollte. Und in der französischen Zone konnte man die wiedergewonnenen Anlagen bei gleichzeitigem Auflagenrückgang der dortigen Parteizeitungen nicht ausnutzen.

Ausführlich beschreibt der Vorstand seine umfassenden, aber erfolglosen Bemühungen, gleiche Bedingungen in allen Zonen herzustellen.

„Mit zweisprachig abgefaßten Memoranden (deutsch und englisch) wurde maßgebenden politischen und sonstigen interessierten Persönlichkeiten des In- und Auslandes, den Militärregierungen und deutschen Regierungsstellen unsere Ansprüche auf Wiedergutmachung des geschehenen Unrechts im Hinblick auf die britische und amerikanische Besatzungszone dargelegt. Nur ein kleiner Teil unseres einstigen Besitzes wird es allerdings sein, über den wir nach Abschluß der Restitution und der Wiedergutmachung wieder werden verfügen können.“ (17)

Von der erhofften Summe von 100 Mill. RM mußte die SPD sich schließlich mit einem Bruchteil zufrieden geben. Versteckte Spekulationen, eine vollständige Druckereikette errichten zu können, scheiterten.

Selbst die aus der etwas schnelleren Abwicklung in der US-Zone geschöpfte Hoffnung, wenigstens nach Lizenzaufhebung dort über leistungskräftige Druckereien zu verfügen, wurde durch die Praxis der langfristigen Zwangsverpachtung gefährdet.

Die auf den Parteitag vorgetragene Haltung, schwankend zwischen verbaler Entschlos-

senheit und resignativen Bitten, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die SPD mit ihrer Politik der sachbezogenen Memoranden in der Frage der Rückgabe keinen Erfolg erzielte. So mußte denn auch Heine proklamieren, daß die Sozialdemokraten die parteinahe Presse „trotz der Pressepolitik der Besatzungsmacht schaffen werden, weil wir uns auf unsere eigenen Kräfte verlassen können“. (18) Die materiellen Ressourcen hierfür blieben anfangs begrenzt.

1.3.4.2. Besitzverhältnisse

Zur rechtlichen Problematik der Rückgabe ehemaligen Eigentums an Druckereianlagen etc. steht die Auseinandersetzung um die Besitzverhältnisse an den neuen Lizenzunternehmen in keinerlei direktem Bezug, wenn auch ein pressepolitischer Zusammenhang existiert. Eine klare analytische Trennung der unterschiedlichen Problemkreise ist notwendig, um der von der SPD in ihrer Argumentation erzeugten Vermischung beider Bereiche zu entgehen. Einmal handelte es sich um alte Vermögensansprüche, deren Rechtmäßigkeit nicht umstritten war, zum anderen ging es um die Besitzverhältnisse in neuen Unternehmen, die gerade im Entstehen begriffen waren.

Eine Ebene der Besitzverhältnisse bilden die exakt abgrenzbaren und überprüfbaren Eigentumsmittel nach formalen Grundsätzen bürgerlichen Rechts, also der juristische Besitz von Eigentumstiteln, GmbH-Anteilen, Einlagen etc. Hinter dieser Ebene stehen die persönlichen Beziehungen, politischen Konstellationen und Abhängigkeiten der eingetragenen Besitzer, also die reale Verfügungsgewalt. Ob ein eingetragener Eigentümer aufgrund seiner sonstigen Beziehungen und eventuellen Abhängigkeiten nur Treuhänder oder wirklich unumschränkter Eigentümer ist, darüber können kaum präzise Aussagen getroffen werden, weil diese Konstellationen in den Arkanbereich des Privaten fallen. Öffentlich bekannt sind allein die formalen Strukturen.

Diese einschränkende Vorbemerkung soll nochmals verdeutlichen, warum die schwierige Frage der finanziellen Verknüpfung von SPD-Parteorganisation und parteiverbundenen Verlagen nicht restlos geklärt werden kann.

In diesem Abschnitt werden die bereits angeschnittenen Thesen zum Verhältnis Partei und Presse, mehr aus Sicht der Parteorganisation nochmals, aufgegriffen.

Durch die bekannten Unklarheiten der britischen Lizenzkonzeption wurden Partei und Lizenzträger in eine Situation getrieben, in der zwei verschiedene Eigentumsbegriffe sich gegenüberstanden: 1. der juristisch fixierte und formal abgesicherte Alleinanspruch der eingetragenen Lizenzträger; 2. der politisch-moralische Anspruch der Parteioorganisation, rechtlich nicht abgesichert, aber politisch legitimiert.

Gestützt auf die anfänglichen Zusagen der britischen Behörden sowie ausgehend von der politischen Prämisse, daß die neuen Parteizeitungen als Substitution für die ehemaligen Verlage bis zur Einlösung der Rückgabeverprechen zu betrachten seien, glaubte die SPD, daß — auch bei anders lautenden Detailbestimmungen in den Lizenzurkunden — diese Zeitungen legitimes Eigentum der Partei darstellten. Dem stand das sich erst allmählich deutlicher abzeichnende Prinzip der personale, parteiungebundenen Lizenz gegenüber.

In seinem Selbstverständnis begriff der Parteivorstand die neue Parteipresse als Teil der Gesamtorganisation, kommissarisch von einzelnen Funktionsträgern verwaltet. Beträchtlich bestärkt in dieser Haltung konnte sich der Vorstand dadurch fühlen, daß zumindest mehreren Vorstandsmitgliedern (Nau, Franke, Heine) Lizenzen erteilt worden waren, also Personen, die hauptberuflich Vorstandsaufgaben in der SPD wahrnahmen. (1) In einem ähnlichen Vertrauensverhältnis standen anfangs auch die übrigen SPD-Lizenzträger der britischen Zone zu den entsprechenden Unterorganisationen, Bezirks- oder Ortsvorständen. Und gerade diese persönlichen Verhältnisse hatten die Gesamtorganisation ja veranlaßt, diese Personen als Lizenzträger vorzuschlagen; fachliche Qualifikationen spielten für die Partei eine untergeordnete Rolle.

Sämtliche von Dagoglou entwickelten Kategorien der direkten parteiungebundenen Presse treffen auf die SPD-Zeitungen in den ersten Jahren zu. Wenn er auch einräumt, „daß dieses Abhängigkeitsverhältnis in der Praxis unendliche Variationen aufweist“ (2), so formuliert er als Jurist für die engste Form der Parteibindung folgende Kriterien:

„Die rechtliche Stellung ist nicht ausschlaggebend, parteieigen ist ein Presseorgan dann, wenn es — a) finanziell von der Partei abhängig ist — b) im Eigentum führenden Parteimitglieder sich befindet oder — c) führenden Parteimitgliedern unterstellt ist.“ (3)

In abgeschwächter Form treffen diese drei Bestimmungen auf die damalige SPD-Presse zu. Finanziell bestand nur eine geringe Abhängigkeit durch die Gewährung relativ niedriger Startkredite zum Erwerb der Lizenz. Trotz rechtlicher Selbständigkeit befand sich

ein Teil der Zeitungen im Besitz führender Sozialdemokraten, wobei die Frage offen bleibt, ab welcher Position ein Mitglied einer sich gerade rekonstituierenden Partei als führend zu betrachten ist. Zumindest kann gesagt werden, daß Funktionäre und Mitglieder auf allen Stufen der Hierarchie an den Lizenzzeitungen beteiligt waren. Nimmt man einen dominanten Einfluß des SPD-Vorstandes auf die Konzentration GmbH an, so sind auch für den dritten Punkt Ansatzpunkte einer Parteibindung gegeben.

Hervortreten konnte dieses zusätzlich als Tradition verinnerlichte Selbstverständnis der SPD erst in der Gefahr seiner Aufhebung, als die Briten den vermuteten Konsens mit den Vorstellungen der SPD zu durchlöchern drohten. Einzig Nau artikulierte offen diesen Standpunkt, wenn er die sozialdemokratischen Zeitungen als unlösbar mit der Partei verbunden bezeichnete. (4)

Heine dagegen spielt nur auf den Abbau der Bindungen an, wenn er auf dem Parteitag 1947 die Lockerung der Beziehungen zwischen Partei und Presse kritisiert. Er unterläuft die Vorstellungen der Militärverwaltung im Jahrbuch 1947:

„In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, daß die vorstehend aufgeführten Parteizeitungen für die britische Zone seitens der Militärregierung als parteinahe Zeitungen bezeichnet werden. Nach Auffassung der Militärregierung soll weder eine redaktionelle noch eine geschäftliche Verbindung mit der Partei bestehen.“ (5)

Satzbau, Konjunktivformulierung und die Gegenüberstellung von Parteizeitungen als Realität mit der formalen Bezeichnung „parteinahe“ lassen erkennen, daß SPD-Vorstand und Konzentration GmbH die Vorstellungen der Briten nur als äußere Einschränkungen betrachten wollen, die die realen Wechselbeziehungen nicht beeinträchtigten.

In einer Diskussion auf einer Verlegertagung im Frühjahr 1947, Heine war hier in seiner Funktion als Lizenzträger der HANNOVERSCHEN PRESSE anwesend, ergriff er scharfer Partei. Heinen, CDU-Lizensträger der KÖLNISCHEN RUNDSCHAU, hatte ausgeführt:

„Die Militärregierung hat bewußt die Zeitungen nicht eng an die Parteien gebunden, sondern ganz scharf den Grundsatz der Ungebundenheit herausgestellt. Die verlegerische und redaktionelle Führung wäre außerordentlich gehemmt, wenn sie praktisch an die Entscheidungen einer Parteiinstanz gebunden wäre.“ (6)

Entschieden trat Heine gegen diese Anpassung auf und verwandte sich für die Beibehal-

tung von Parteiblättern:

„Die Abstimmungen in der Leserschaft für überparteiliche und parteigebundene Zeitungen sei abwegig, denn die letzten Wahlen hätten eindeutig gezeigt, wofür sich die Wähler und damit die Leserschaft entschieden hätte. Parteien sind der Zusammenschluß gleichgesinnter, mit der Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen. Die Politisierung der Massen sei das Wichtigste, damit es nicht wieder eine Krise der Demokratie gebe. In einer solchen Krise sei die Gefahr einer Gleichschaltung viel größer als bei Parteizeitungen. Er fragt, sollte die Politik der Regierung in London, daß Parteizeitungen in dieser Zone erscheinen sollen, geändert worden sein? Mit aller Leidenschaft, mit aller Energie würden wir gegen eine solche Gefahr angehen.“ (7)

Wenn auch eise Rede nicht im Wortlaut vorliegt, so enthält doch diese Zusammenfassung eine unsachliche Übertreibung, weil Heine die mögliche Abschaffung der parteinahen Zeitungen in der britischen Zone zur Gefahr erklärt, obwohl allein die Frage der Stärke der Parteibindungen zur Debatte stand. Ähnlich dem Konflikt um den Namen Konzentration GmbH, verbirgt die SPD hinter der Beschwörung demokratischer Ideale ihre eigenen vehementen Interessen an parteieigenen Zeitungen, deren Existenz mit einer demokratischen Presse schlechthin gleichgesetzt wird.

Der Ausbau der eigenen Position auf dem Pressesektor und der dort erwarteten Gewinne bestimmten die Taktik. Mit dem Statement von Heine in der gleichen Rede: „Der Vorwurf gegen die Parteizeitungen, daß die Partei dadurch Gelder scheffle, sei zurückzuweisen“ (8) entkräftet die darin enthaltene Anschuldigung der Gewinnabführung an die Parteikasse nicht. Denn in der Zurückweisung wird die engere Beziehung von SPD und SPD-Presse nicht bestritten und auch eine gegenseitige finanzielle Unterstützung nicht geleugnet, sondern nur eine kapitalistische Gewinnsucht zurückgewiesen.

Die Gesamtausführungen laufen darauf hinaus, die bestehenden Bindungen gegen britische Pläne zu stärken. Heines Äußerungen, vorgetragen auf der Verlegertagung vom 6. - 8. Februar 1947, fordern die parteiverbundene Presse auf, die demokratischen Führungsrolle der Parteien zu akzeptieren, sich eindeutig wirtschaftlich und redaktionell der Parteilinie und damit dem Vorstand unterzuordnen.

Diese Vorstellungen waren unvereinbar mit den Bestimmungen des Ashbury-Schreibens an alle Parteien vom Mai 1947. (9) Nach Auffassung der Militärregierung blieb sowohl eine vertragliche Verpflichtung zur inhaltlichen Kontrolle als auch jede Art von finan-

zieller Verflechtung zwischen Partei und Parteizeitung verboten. Paragraph 17 der Konzentration GmbH widersprach eindeutig den Punkten 2.2. und 4. des Ashbury-Schreibens.

Außer der KPD hatte sich auch keine der anderen Parteien so wie die SPD für direkte Parteibindungen engagiert. Ob als Reaktion getroffene Absprachen rückgängig gemacht wurden oder nach außen besser getarnt wurden, kann nicht überprüft werden. Jedoch die von Heine angekündigte leidenschaftliche Verteidigung der reinen Parteipresse wurde wesentlich moderater. Offiziös akzeptierte die SPD im Jahrbuch 1947 die zuvor bekämpften britischen Vorstellungen. Denn als Ersatz für die nicht geduldeten Eigentumsansprüche hatten die Briten eine andere Form der Beteiligungsmöglichkeit offeriert. Auf einer Zusammenkunft von je drei Vertretern der SPD und der Besatzungsmacht wurde es den SPD-Lizenzträgern im Dezember 1947 in Berlin „völlig überlassen, Beiträge aus dem Vermögen der Unternehmungen der Parteiorganisation zur Verfügung zu stellen“, zumal die Lizenzträger berechtigt seien, „frei über das Vermögen zu verfügen und unregelmäßig oder laufend der Partei Beiträge zu überweisen.“ Aufgrund der geltenden Lizenzbestimmungen konnte jedoch das frühere Prinzip des Eigentumsanspruches der Partei auf sozialdemokratische Zeitungen nicht anerkannt werden. Die Lizenzträger, so wurde argumentiert, seien „nicht nur für die redaktionelle, sondern auch für die geschäftliche Seite der Zeitungen persönlich verantwortlich.“ (10)

Näher betrachtet stellt dieses Ergebnis einen Kompromiß dar. Im Interesse der Engländer lag einzig die Erhaltung der abhängigen Alleinverantwortlichkeit der Lizenzträger, die sie kontrollieren wollten und deren Kontrolle die britischen Besatzungsbehörden nicht mit einer deutschen Institution teilen wollten. Andererseits bot die Vereinbarung der SPD offiziell eine legale Möglichkeit, den Gewinn der Verlage auf die Partei zu übertragen, ohne deshalb Anteile widerrechtlich erwerben zu müssen.

Entscheidender Angelpunkt für die Partei wurden dadurch die Lizenzträger, von deren positiver Einstellung die Realisierung der Vereinbarung abhing. Es ist anzunehmen, daß der Partei diese freiwilligen Sonderbeiträge aus den Kassen ihrer Genossen vertraglich oder durch mündliche Absprachen fest zugesagt worden waren. Ansonsten hätte sie diesem Ergebnis wohl nicht zugestimmt. Ohne direkt in die Betriebe zu investieren, reichten die gewachsenen politischen Bindungen vermutlich aus, um der Gesamtpartei eine Gewinnbeteiligung zu garantieren — für die SPD unter den gegebenen Bedingungen die perfekteste Lösung ihrer finanziellen Interessen.

Alfred Nau als Parteikassierer konnte mit dieser Entwicklung zufrieden sein. In den

vorgelegten Bilanzen verstecken sich die Einnahmen aus den Verlagsgewinnen aller Wahrscheinlichkeit zusammen mit den Spenden von Parteimitgliedern in Wahlfunktionen unter der Rubrik „Sonderbeiträge“.

Für die Schätzung der Gewinnhöhe der Verlage können die bekannten Zahlen der KIELER NACHRICHTEN, ein Provinzblatt mit ca. 100 000 Auflage, als Anhaltspunkt dienen. 290 000 RM incl. Rücklagen im Geschäftsjahr 1946/47 und 450 000 im Geschäftsjahr vor der Währungsreform werden als Erträge angegeben. In der Situation konkurrenzfreier Bewirtschaftung auf dem Pressesektor dürfte die Gewinnentwicklung bei der SPD-Presse im Durchschnitt ähnlich verlaufen sein. (11)

Knapp ein Viertel, 403.000 RM der Gesamteinnahmen von 1,723 Mill. RM im Halbjahr vor der Währungsreform weist die SPD-Bilanz für Sonderbeiträge aus. Für die Spanne nach der Währungsreform 1948 werden ca. 413 000 DM, knapp 50% der Gesamteinnahmen in Höhe von knapp 811 000 DM als „Werbebeiträge“ deklariert. Diese Spalte der Bilanz deckt sich mit dem Begriff „Sonderbeiträge“ der RM-Bilanz. Für das Jahr 1949 machen wiederum die Werbebeiträge fast die Hälfte der Gesamtparteieinnahmen von 1,991 Mill. DM aus. (12)

Geht man von der Vermutung aus, daß die Verlagsgewinne den überwiegenden Prozentsatz dieser Werbebeiträge bildeten und daß nicht alle an die Partei abgeführten Gelder, in der Vorstandsbilanz auftauchen, da sie auch direkt an einzelne Parteiprojekte (Wahlkampf, Aktionen etc.) oder an Bezirksverbände abgeführt werden konnten, so wurde die SPD in dieser Zeit mindestens zur Hälfte aus Einnahmen aus dem Pressegeschäft finanziert.

Anfängliche politische Abhängigkeiten der Lizenzträger von der Partei wurden somit total umgekehrt, die Partei war faktisch von den Lizenzträgern abhängig. Während in der Weimarer Republik aus Zuschüssen der Partei die Erhaltung der Parteiverlage sichergestellt wurde, fungierten nun die Parteiverleger als Finanziere der Partei.

„Mit den Zuwendungen der Zeitungen an die Partei erlangten nun die Lizenzträger gegenüber dieser eine bedeutende Machtposition, die sich auch später nicht wesentlich abschwächte.“ (13)

So brachte der Kompromiß mit den Engländern der Gesamtpartei kurzfristig die erforderlichen Einnahmen, aber langfristig schwerwiegende politische Nachteile. Gestützt auf ihre zentrale Position, ohne offizielle Beteiligung der Partei am Stammkapital, wur-

de die Partei von der Verlegergunst abhängig. An publizistische Kontrolle und inhaltliche Vorschriften durch Parteivorstand und Konzentration GmbH war nicht zu denken. Die so erworbene Machtfülle bot den Verlegern umgekehrt politische Einflußmöglichkeiten auf die Partei. Das heißt, indirekt wurde die SPD von der wirtschaftlichen Entwicklung der SPD-Verlage abhängig; deren Gewinnausweitung zog fast automatisch eine Verbesserung der Parteikasse nach sich. Somit wurde die SPD unter Hintanstellung publizistischer Aspekte an das Wachstum und die privatkapitalistische, profitabwerfenden Entwicklung der Gesamtgruppe aller SPD-verbundenen Zeitungen der britischen Zone gebunden. Eine Aufhebung des Gewinnmaximierungsprinzips als Grundlage der Lizenzpresse hätte für die SPD den Verlust der Hälfte ihrer Parteieinnahmen nach sich ziehen können.

In Umkehrung der früheren Vorstellungen mußte der Vorstand jetzt als Interessenvertretung der SPD-Verlage gegenüber den Behörden agieren, die Eigentinteressen waren nur noch vermittelte. Unklar bleibt, welche reale Machtverteilung zwischen Lizenzträgern und Parteioorganisationen aus diesem Vorgang resultierte.

Was aus Sicht der einzelnen Verlage eine wirtschaftlich vertretbare Bezuschussung der verbundenen Partei gewesen sein mag, hat langfristig im Rahmen einer wiederhergestellten Konkurrenz den wirtschaftlichen Untergang der SPD-verbundenen Presse mit verursacht. Denn die Sonderbeiträge für die Parteikasse können nur dem notwendigen Reinvestitions- und Kapitalbildungsfonds entnommen sein, d.h. die erwirtschaftete Gewinnmasse wurde für betriebsfremde Zwecke auf Kosten der betriebsinternen Zwecke verkleinert. Punktuell unter den Bedingungen der Lizenzphase erwuchsen den Unternehmen daraus keine spürbaren Nachteile. Erst später wurde so die Konkurrenzfähigkeit geschwächt, da die mangelnden Investitionen den Stand der Produktivkräfte gegenüber der investierenden Konkurrenz herabdrückten, dadurch die Kostenstruktur im Vergleich ungünstiger wurde und der Ertrag entsprechend abnahm.

Pruys/Schulze gehen auch pauschal von dieser Annahme aus:

„Es gab einen weiteren Grund für den Niedergang der SPD-Presse. Solange es den Zeitungen wirtschaftlich gut ging, mußten sie aus ihren Überschüssen beträchtliche Summen an die Parteikasse zahlen. In wirtschaftlichen Schwierigkeiten waren dann keine Rücklagen da.“ (14)

Diese Frage trifft im Kern die häufig behauptete fehlende Managerqualität der SPD-Tageszeitungen. Sollten die Verantwortlichen tatsächlich die potentiellen Gefahren dieser

Gewinnentnahmen nicht erkannt haben, so spräche dies für die apostrophierte Unfähigkeit. Plausibler ist die Annahme, daß man hoffte, diesen vorübergehenden Nachteil politisch ausgleichen zu können, wenn die SPD erst eine Mehrheit in Parlament und Regierung errungen hätte. Auf dem Weg zur Macht benötigte die Partei aber dringend finanzielle Unterstützung, die sie im Moment am günstigsten nur bei den parteiverbundenen Tageszeitungen finden konnte.

Aus der Perspektive der Lizenzträger erscheint es nur denkbar, daß entweder bedingungslose Loyalität zur Partei oder aber nicht beweisbare Geheimverträge sie zu der über Jahre hinweg ökonomisch ihre Existenz gefährdenden Haltung bewogen haben können. Später auftretende Differenzen zwischen Partei und einzelnen Tageszeitungen sind mit darauf zurückzuführen, daß es den Verlagen gelang, diese Beiträge einzuschränken oder deren Zahlung zu verweigern. Für die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU bezifferte Paul Sattler die Abgaben an die Partei in den Jahren 1946 - 1953 auf rund 2 Millionen DM. (15) Eine Summe, die für den Ankauf neuer Produktionsanlagen verloren ging.

Nach den Kriterien von Dagtoglou kann die sich so entfaltete Stellung der SPD-Presse als Übergang von der parteieigenen zur parteiverbundenen Presse charakterisiert werden. Diese Form der Parteipresse

„ist auch immer rechtlich selbständig. Sie steht jedoch in einem offenen oder verdeckten organisatorischen oder finanziellen Abhängigkeitsverhältnis zu der Partei. Dieses Abhängigkeitsverhältnis ist wesentlich mehr als ein wechselseitiges Band der Sympathie zwischen Partei und Presseorgan, bei dessen Vorliegen man von einer Parteirichtungspressen spricht. Das Abhängigkeitsverhältnis zwischen Partei und parteiverbundener Presse reicht aber nicht zur völligen Eingliederung in den Parteiorganismus oder zur ausschlaggebenden Finanzierung durch die Partei.“ (16)

Bei der SPD-Presse lag die Besondeheit vor, daß ein wechselseitiges Abhängigkeitsverhältnis existierte, in dem die Partei mehr an die Verlage gebunden blieb. Für die Verleger reichte es nicht, sich aus der politischen Abhängigkeit zu lösen und für die Partei nicht, die Verlage in eine finanzielle Abhängigkeit zu zwingen. Es entstand so eine Patt-situation, die klare Besitz- und Entscheidungsstrukturen verhinderte. Auf der einen Seite wurde so eine vollständige Integration der Tageszeitungen mit SPD-Bindung in das bürgerliche Pressesystem nicht möglich, andererseits aber auch eine zentrale wirtschaftliche Lenkung und publizistische Kontrolle von Seiten der Partei nicht denkbar. Die immer wieder in dieser Arbeit angesprochene Zwitterstellung zwischen parteigebundener und parteiunabhängiger Position ließ es nicht zu, daß sich entweder das Primat der

Wirtschaftlichkeit oder der politisch-publizistischen Ausrichtung konsequent durchsetzen konnte. In der Doppelfunktion parteipolitischer Propaganda und Finanzierungsinstrument der Organisation waren die SPD-verbundenen Zeitungen eindeutig überlastet.

1.3.4.3. Mitbestimmung

In Relation zu den zentralen Konflikten um Eigentumsrückgabe und Besitzverhältnisse wird aus Sicht der Partei verständlich, daß Fragen der inneren Organisation der Verlage, d.h. Probleme der Mitbestimmung und Mitbeteiligung der gewerblichen oder sonstigen Arbeitnehmer kaum in den SPD-Betrieben diskutiert wurden.

Bestimmt vorgetragene Bekenntnisse zum sozialistischen Prinzip wie z.B. in der Eröffnungsnummer des Berliner TELEGRAFS: „Der Telegraf will nicht nur sozialistisch schreiben, sondern auch ein sozialistischer Betrieb werden“ (17) und ähnliche Äußerungen in anderen Organen kollidierten rechtlich mit dem personalen Charakter der Lizenz. Entgegen allen Bekenntnissen der beteiligten Gruppen, daß das Pressewesen nicht zu einem bloßen Gewerbebetrieb verkommen dürfe, und daß die neuen Verlage höhere Ansprüche als den Verkauf von bedrucktem Papier erfüllten, forderten doch einheitlich in allen drei Westzonen die Lizenzbestimmungen die treuhänderische Verantwortung einer Person oder Personengruppe, die nicht nach unten zu öffnen war. Materielle Schwierigkeiten und die Vielzahl organisatorischer Probleme begünstigten das Entstehen einer Partnerschaftsideologie zwischen Lizenzträgern und ihren Angestellten. Zusätzlich verhinderte die meist vorhandene Trennung der Lizenzverlage von den Druckbetrieben das Aufkommen eines Arbeitnehmergefühls bei allen an der Herstellung beteiligten Lohn- oder Gehaltsabhängigen.

Für die in den SPD-Verlagen Beschäftigten war die Sozialisierungsforderung aus politischen Gründen nur ein allgemeines, abstraktes Postulat. Redakteure und Angestellte verstanden sich eher als Teil der Parteiorganisation und empfanden die Tätigkeit als politischen Auftrag im Dienste der Partei und nicht als Beschäftigungsverhältnis, bei dem die Partei vermittelt über den Lizenzträger als Arbeitgeber fungierte. Vorstöße in der Mitbestimmungsfrage, Diskussionen über die mögliche Umwandlung der Verlage in Stiftungen, Problematisierungen der arbeitsrechtlichen Strukturen gingen deshalb in der Lizenzphase zumeist von den Journalistenorganisationen oder einzelnen progressiven Lizenzträgergruppen der US-Zone aus. (18) Keine Initiativen kamen hierzu von der SPD.

Selbst in der französischen Zone, wo die SPD als juristische Person ihre Parteizeitungen gründen konnte, wurden diese traditionell nach hierarchisch-zentralistischen Prinzipien organisiert.

Garantie für das demokratische Verhalten der Gesamtpartei war die innerparteiliche Demokratie, zu der, im Selbstverständnis der Partei, die Presse nur in einem ausführenden Verhältnis stand. Fragen der Mitbestimmung in den eigenen Betrieben lagen so außerhalb des Blickfeldes oder wurden auf den Zeitpunkt einer allgemeinen Sozialisierung verschoben.

Nur zögernd und ausweichend bekannte sich Paul Sattler als Vertreter der SPD-Presse auf einer Verlegertagung zu einer notwendigen Änderung der bestehenden Besitzverhältnisse:

„Die Vertreter der SPD-Zeitungen stehen auf dem Standpunkt, daß wir heute noch keine generelle Festlegung treffen können. Die Verhältnisse sind noch so ungeklärt im ganzen Lizenzrecht und der Besitzverhältnisse, daß man noch erst eine Zeit der Entwicklung abwarten sollte... Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Besitzverhältnisse eine Regelung erfahren müssen, daß es nicht mehr dazu kommen kann, daß die Presse in die Hand einzelner Verdiener kommen darf und daß es sich bei der Presse auch zu keiner Konzernbildung in der alten Form kommen darf. Das hängt mit der Gewinnbeteiligung, dem zweiten Punkt, zusammen. Der Gewinn soll nicht in die Tasche eines einzelnen Interessierten fließen.“ (19)

Außer der selbstverständlichen Ablehnung einer Konzernpresse alten Stils, von allen neuen Verlegern obligatorisch vorgetragen, enthält diese Aussage nur ausweichende Auskünfte. Eigene Vorstellungen der SPD zur Demokratisierung der Besitzverhältnisse werden an keiner Stelle konkret entwickelt. Die Frage der Gewinnbeteiligung lösten die Lizenzträger später zugunsten der Parteikasse, nicht aber zugunsten derjenigen, die durch ihre Arbeit den Gewinn erst geschaffen hatten.

Nach der Einigung über die Gewinnentnahme mit den Engländern konnten eine Aufnahme der Mitbestimmungsdiskussion in den Verlagen objektiv nicht mehr im Interesse der SPD-Lizenzträger und der Partei sein. Jede Form von gewerkschaftlicher Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung hätte gleichzeitig den Gewinn des Lizenziaten und seines stillen Teilhabers, der Partei, geschmälert. So fanden sie sich denn rasch in einer natürlichen Interessengemeinschaft mit den bürgerlichen Verlegern und Parteien, die gleichfalls alle Forderungen von journalistischer und gewerkschaftlicher Seite gemäß ihrem Unterneh-

merstandpunkt zu unterdrücken suchten. Prominente Lizenzträger wie Karl Ratz, Emil Groß, Fritz Sänger und Dietrich Oppenberg rückten als Vertrauensmänner der Verleger in führende Positionen des Verlegerverbandes und/oder des Zonen- resp. Landespresseausschüsse auf. Abgesehen von ihrer politischen Grundrichtung vollzogen die SPD-Verleger ihre Integration in die Gemeinschaft der bürgerlichen Verlagsunternehmen fast perfekt, und die Partei hatte, selbst wenn sie gewollt hätte, keine Möglichkeiten, dies zu verhindern. Im Gegenteil, jeder versuchte Ausbau der persönlichen Position eines Genossen als Verleger brachte ihr die Möglichkeit höherer Werbebeiträge.

Fast bruchlos vollzog sich der von den Besatzungsmächten geförderte ideologische Übergang vom sozialdemokratischen Treuhänder zum privatwirtschaftlichen Arbeitgeber. Bereits im Jahre 1947 scheute sich Oppenberg nicht, selbst ehemaliger Arbeitnehmer im graphischen Gewerbe, verklauert den Altverlegern in ihrer Funktion als Druckereibesitzer Argumente zur Abwehr gewerkschaftlicher Forderungen an die Hand zu geben. Zwar mochte sich Oppenberg nicht mit dem Standpunkt dieser Arbeitgeber aus politischen Gründen identifizieren, andererseits warnte er vor der Schaffung von demokratischen Präzedenzfällen in der britischen Zone.

„Es ist sicher, daß die Gewerkschaften zweifellos erkennen, daß neben der Forderung, die sie stellen, auch stehen muß eine ganz klare Erkenntnis bei den Gewerkschaften; wenn sie Mitbestimmungsrecht und andere Dinge wünschen, steht auch dann die Frage des Einblicks in die Dinge und die Frage des Verständnisses für die Betriebszusammenhänge daneben. Das ist sicher, daß die Gewerkschaftler ganz klare Erkenntnisse finden müssen, daß nicht jeder Gewerkschaftler heute schon an diese Dinge herangeführt werden kann. Dazu fehlen ihm die Jahre, in denen er sich schon vor 1933 mit betriebswirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat, dazu fehlt ihm die Schulung, die er früher hatte.“ (20)

Diese Position verdeutlicht beispielhaft, daß von Seiten der SPD-Lizenzträger keine Initiativen in der Mitbestimmungsfrage zu erwarten waren.

1.4. Konzeptionelle Vorstellungen zur Funktion und Gestaltung der „SPD-Presse“

In den aktuellen Stellungnahmen zur Geschichte der SPD-verbundenen Presse kann eine gewisse Legendenbildung konstatiert werden, die retrospektiv die Wurzeln der späteren Fehlentwicklung in der Lizenzphase ansiedelt und dabei einseitig Tendenzen verabsolutiert. Allen Aussagen ist die Unterstellung gemeinsam, daß von einer freien Entfaltungsmöglichkeit der SPD-verbundenen Presse ausgegangen werden kann. Die äußeren Zwänge in der Nachkriegszeit und die speziellen Strukturen des Lizenzsystems, die eine autonome Entwicklung zumindest stark beschränkten, werden dabei zu wenig beachtet. Entsprechend dem politischen Standort bewegen sich die Einschätzungen zwischen negativer Personalisierung, ideologischer Kritik und einer affirmativen Rechtfertigung. Die verbreitetsten Argumentationsmuster mit historischem Bezug werden im Folgenden zusammenfassend dargestellt:

Größte Verbreitung hat wohl die Auffassung vom durch personelle Unfähigkeit verspielten Erbe gefunden. So schreibt DER SPIEGEL 1971:

„Ein Imperium einst NS-konfiszierter, nach dem Krieg an die Partei zurückgegebener Druckstätten und auflagenstarker Lizenzzeitungen ist von kleinkarierten Managern und engstirnigen Befehlsempfängern binnen weniger Jahre heruntergewirtschaftet worden.“ (1)

Jens Feddersen, Chef der SPD-nahen NEUEN-RUHR-ZEITUNG meinte 1973: Dieses Imperium „ist restlos verspielt worden, aber nicht erst seit heute, sondern eigentlich mit dem Jahre 1945, wo man zugelassen hat, daß dieses Erbe in die Hände von Männern gelegt wurde, die weder vom Zeitungsmachen noch vom sachgerechten Management auch nur die sechste Ahnung oder die geringsten Kenntnisse hatten“ (2) Zwei problematische Prämissen gehen in diese Einschätzung ein, denn:

1. Ein solches imperiales Erbe ist der SPD direkt nach 1945, wie in den vorangegangenen Abschnitten dargestellt, nicht zugefallen.
2. Alle Lizenzträger wurden nach den gleichen Qualitätsmerkmalen ausgesucht. Primär politische und nicht berufsbezogene Kriterien bestimmten die Auswahl.

Durch die Übersetzung der objektiven Ausgangssituation wird ein steiler Abstieg suggeriert, dessen Ursachen allein psychologisch gedeutet werden.

Indem die erfolgreiche pressepolitische Praxis der Gegenwart zur Richtschnur erhoben wird, erscheinen die erfolglosen Bemühungen geringfügig abweichender Vorstellungen als subjektiv verschuldete Fehlleistungen.

Konträr hierzu behauptet ein anderer Standpunkt ein Übergewicht überholter Politik:

„Ich glaube, es war gerade der Fehler, daß man 1946, als die Lizenzzeitungen zugelassen wurden, an dem Konzept aus dem Beginn der dreißiger Jahre angeknüpft hat. Die Folge war, daß man alles zu politisch gesehen hat und weniger unter dem ökonomischen Aspekt, der jetzt eine große Rolle zu spielen beginnt.“ (3)

Koszyck führt so die konkreten Fehlentwicklungen auf politische Ursachen zurück.

Beiden Meinungen ist gemeinsam, daß eine fehlende oder falsche Konzeption gerügt wird, während demgegenüber Fischer die Neustrukturierung lobt. Ausgehend von einem „prinzipiellen Wandel“ und einer „Fixierung an modernen Presseprinzipien“ konstatiert Fischer für die Lizenzphase: „Diesem Strukturwandel der SPD-Presse, der in anderer Form auch bei der christlich-demokratischen Presse zu verzeichnen ist, scheint kaum ein zweckrationaler Zug zugrunde zu liegen.“ (4) Die von anderen vermißte Anpassung wird von Fischer behauptet, ein materieller Ursprung aber bestritten.

Alle drei kompetenten Auffassungen können auf der Erscheinungsebene ausreichende Belege finden, werden damit aber der schillernden Vielfalt nicht gerecht. Gerade die praktische Uneinheitlichkeit macht es nur schwer möglich, von einer konzeptionellen Gradlinigkeit bei der SPD-verbundenen Presse auszugehen und ihre spätere Entwicklung auf eine Ursache zurückzuführen. Neben der nur vordergründig günstigen Ausgangsbasis, die nicht verbessert werden konnte, hat eine Vielzahl von Ursachen den Niedergang der SPD-verbundenen Presse beschleunigt. Konzeptionell reagierte die SPD-Publizistik nur legitimatorisch auf die jeweils gewachsenen Strukturen, ohne selbst aktiv langfristige Vorstellungen zu entwickeln.

Kurz nach Kriegsende mögen in der Gesamtpartei sowie im Vorstand abstrakte Vorstellungen existiert haben, an den Presseformen aus den Weimarer Jahren nahtlos anzuknüpfen, aber diese Ideen entbehrten anfanglich noch jeder Grundlage. Mit den aus dem Boden gestampften Lizenzzeitungen des Jahres 1946 in der britischen Zone bot sich eine einmalige Chance, über die engen Grenzen der Parteipresse vor 1933 hinauszugelangen, weitere Leserkreise anzusprechen, da die Parteipresse durch Auflagenfestsetzung und zugewiesenes Verbreitungsgebiet bei gegebenem Informationsinteresse unverdient in

den Schoß fielen. Die inhaltlichen Richtlinien der Lizenz, Parteienähe gestattet, aber keine parteiliche Einseitigkeit erlaubt, verboten notwendigerweise die Anknüpfung an die Konzeptionen früherer Zeiten. Die neuen Zeitungen in der traditionellen Form auf örtlicher Ebene als verbesserte Parteimitteilungsblätter zu gestalten und auf erweiterter Ebene zum programmatischen Diskussionsorgan zu entwickeln, dieser Weg war nicht gangbar. Die Direktiven der britischen Kontrollbehörden liefen auf das Prinzip einer gesinnungsmäßig verankerten Generalanzeigerpresse hinaus, die unter Wahrung eines politischen Standorts alle Gruppen der Bevölkerung anspricht. Mit der diktierten Übernahme anglo-amerikanischer Presseformen, der Trennung von objektiver Nachricht und Kommentar wurde auch praktisch die traditionelle Darstellungsform deutscher Parteizeitungen unterbunden, die diese Unterscheidung kaum gekannt hatte. Eine Übertragung tradierter Formen und eine Fortsetzung der Pressekonzeption aus dem vorfaschistischen Stadium, bestand nur noch in den Köpfen von Teilen der Gesamtpartei, doch allein das abgeschwächte Verhältnis von Partei zu Parteipresse verhinderte, die regionalen Parteizeitungen als Mitteilungsblätter der örtlichen Parteileitung aufzubauen.

Schon bei der Gründungskonferenz der Konzentration GmbH im Herbst 1946 hatten die Lizenzträger diese Gegebenheiten bereits akzeptiert und in ihrem Sinne umgesetzt.

„Grundsätzlich vertraten die Versammelten die Auffassung, daß in jedem Fall — auch in der amerikanischen und französischen Besatzungszone — das Ziel die Parteizeitung sein müßte, jedoch in anderer Aufmachung als vor 1933. Die neue Zeitung sollte nicht den ausgesprochenen Charakter des Vereinsblattes haben, sondern in erster Linie modernes Nachrichtenblatt mit sozialdemokratischer Tendenz sein“,
(5)

während, „programmatische Diskussionen... den bezirklichen Mitteilungsblättern vorbehalten bleiben „sollten““. Obgleich die Parteizeitung als absoluter Wert noch gefördert wird, reduziert sich die funktionelle Bedeutung auf die bloße politische Tendenz, der unpolitische Scheincharakter der Nachrichtengebung wird von den Lizenzträgern bereits im Sinne der Westalliierten internalisiert.

In den Augen führender Sozialdemokraten bedeutete diese Umstrukturierung jedoch nur einen vordergründigen Verzicht auf Parteiinterna und Mitgliederschulung via Parteipresse. Die Dialektik von Form und Inhalt wurde gelehnet, man glaubte, nach der von Heine auf dem Parteitag 1947 ausgegebenen Parole, die populäre, gute „sozialdemokratische Volkszeitung“ mit Massenaufage schaffen zu können. (6) Beharrend auf den traditionellen Werten, wurde den innerparteilichen Kritikern entgegengehalten:

„Die sich vollziehende Neugestaltung der sozialdemokratischen Presse bezieht sich selbstverständlich nur auf die äußere Gestaltung, keineswegs auf die Tendenz. Kämpferin für Wahrheit, für Recht und Freiheit zu sein, war ihre Aufgabe, ist ihre Aufgabe und wird ihre Aufgabe bleiben.“ (7)

Emanzipatorische Veränderung reduzierte sich auf die Frage der politischen Tendenz in Konkurrenz zu den übrigen Zeitungen, die ebensolche abstrakten Postulate verfolgten.

In demagogischer Manier konstruierte Heine einen Dualismus zwischen ehemaligem Schulungsorgan für Mitglieder und Funktionäre und der offen sozialdemokratischen Massenzeitung andererseits, um diesen Konflikt leichter zugunsten der real existierenden lösen zu können.

„An die Stelle der mehr dem Funktionär geeigneten Zeitung tritt ein Blatt, das sich vor allem an die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung wendet und besonders der Frau mehr Lesbares als früher bieten soll. Das ist eine zwangsläufige und im ganzen erfreuliche Entwicklung. Zeitungen dieses Typs mit dem Ziel der Gewinnung breiter Lesermassen müssen für ihre mehr populäre Form mit dem teilweisen Verzicht auf die ausführliche politische Schulung und Propaganda zahlen. Das wird von keinem von uns gern gesehen. Es bedeutet die Erschwerung und Verlagerung der politischen Schulung...“ (8)

Für Heine bilden Politik und Popularität einen unüberwindbaren Gegensatz, der entweder durch Propaganda und Schulung von außen, also durch Anleitung von Partei und Parteizeitung, aufhebbar ist oder aber durch populären Anpassungsjournalismus mit versteckter Tendenz den „breiten Massen“ beigebracht wird.

Statt Orientierung an den Interessen der Bevölkerung steht die Heranführung an die SPD im Mittelpunkt der Überlegungen. Verbessert werden soll das Image der SPD, der Partei damit neue Wählerschichten erschlossen werden.

„Wenn wir uns trotzdem bewußt für ein Massenorgan einsetzen, dann nicht nur, weil wir unter einer gewissen Verpflichtung handeln. Viel entscheidender ist für uns der Wunsch, die sozialdemokratische Presse aus der Begrenzung herauszuführen, in der sie vor 1933 war. Wir wollen, daß die neue sozialdemokratische Presse weitergreift, in Neuland vorstößt und mithilft, Schranken der Voreingenommenheit und Ignoranz uns gegenüber einzureißen.“ (9)

Nicht auf Anleitung zum politischen Handeln zielt diese Pressekonzeption, sondern auf Verbesserung der parlamentarischen Situation der Sozialdemokratie durch Zurückdrängen antisozialdemokratischer Vorurteile. Ansatzweise erhält die Presse durch Heine schon eine subtile Werbefunktion zugewiesen, die ein günstiges Stimmungsklima für die Partei schaffen soll. Strukturelle Unterschiede zur bürgerlichen Presse gehen in diese Zielvorstellung nicht ein.

Nur äußere Differenzen über die Nützlichkeit der Konzentration GmbH trennen die Ausführungen von Heine von dem Diskussionsbeitrag Nieswandts, der als Lizenzträger getrenntes Marschieren und vereintes Schlagen von Partei und Parteipresse forderte, um der bürgerlichen Konkurrenz den „Resonanzboden“ zu entziehen, aber ebenso wie Heine die Anpassung als Mittel zur machtpolitischen Stärkung der Partei vorschlug. (10)

„Wenn es uns gelingt, auch die Presse auf die Sprache auszurichten, die allen verständlich erscheint und wenn wir den ersten der von mir ausgeführten Grundsätze mehr beachten, dann werden Organisation und Presse imstande sein, breiteste Schichten des Volkes zu erobern und unsere Machtposition im Reich zu sichern.“
(11)

Angeichts dieser grundsätzlichen Übereinstimmung zwischen Partei und Lizenzträgern, auch Ergebnis der rechtlichen Selbständigkeit, mußte der Vorstand allein vereinzelt Widerstand von Traditionalisten überwinden, die auf einer Beibehaltung des SPD-Presse-Typs der Weimarer Republik beharrten, um den direkten Einfluß örtlicher Parteiorganisationen zu sichern.

„Nicht überall in der Parteiorganisation hat sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß die neue sozialdemokratische Presse ihre Aufgaben nicht mit den gleichen Mitteln lösen kann, wie die SPD-Presse vor 1933. Der Übergang von dem auflagenmäßig sehr kleinen Partei-Funktionärsblatt der Weimarer Zeit zu der zumeist die bürgerliche Konkurrenz an Auflage und Gestaltung überragenden SPD-nahen Zeitung von heute ist ein wichtiger Schritt zur Gewinnung der öffentlichen Meinung. Er setzt auch in der Organisation Aufgeschlossenheit für neue Techniken und Taktiken voraus.“ (12)

Aus der erzwungenen Not der Lizenzphase wurde für die SPD-Presse eine politische Tugend gemacht. Gegenüber der unzureichenden Parteipresse der Weimarer Republik bedeutete die neue Parteizeitung eine Verbesserung in allen Belangen, jedoch die vergrößerten Möglichkeiten wurden zweifelhaft genutzt. Mit einem gleichbleibenden Selbst-

verständnis der Parteipropaganda wollte man durch Anpassung an den vergrößerten Leserkreis, das alte Verständnis auf „modernerer“ Ebene erweitern. Der begrenzte Horizont der lokalen Parteizeitung wurde ersetzt durch die Einpassung in den gesetzten Rahmen, die politische Einflußnahme, wenn auch begrenzt, den größten Einheiten, Bezirks- und Gesamtvorstand übertragen. Bei der gegebenen Rechtslage gestaltete sich die Durchsetzung der Vorstandslinie jetzt nur schwieriger. Direkte Anweisungen erlaubten weder die realen Machtverhältnisse noch die Lizenzvorschriften. Führend in der Legitimierung tat sich auch in dieser Beziehung wieder Fritz Heine hervor, der, um die Parteipresse aus dem Geruch der zentralistischen Lenkung zu befreien, nach außen jede Form inhaltlicher Einflußnahme bestritt.

„Wir glauben, daß das Wesen der Parteipresse von Außenstehenden mißverstanden wird. Für die Sozialdemokraten kann ich erklären, daß wir die Vertretung unserer Auffassungen in unseren Zeitungen nicht durch Diktate von oben gewahrt sehen wollen, sondern dadurch, daß wir als Redakteure aufrechte Männer und Frauen haben, die Sozialdemokraten aus Überzeugung und Erkenntnis sind. Wir sind stolz darauf, daß wir als Parteizentrale keiner Zeitung und keinem Redakteur irgendeine Anweisung, was zu schreiben sei, gegeben haben und das wir dies auch in Zukunft so zu halten gewillt sind.“ (13)

Allerdings schränkte Heine sofort ein:

„Es ist selbstverständlich, daß die Gesamtpartei ihrerseits von ihren freischaffenden Redakteuren erwartet, daß sie die gemeinsam erarbeitete und beschlossene Politik auch publizistisch vertreten.“ (14)

Im Klartext heißt dies: die Parteitagsbeschlüsse und zwischen den Parteitagen die Vorstands- und Fraktionspolitik ist zu verteidigen, Kritik durch einen SPD-Redakteur an der Partei bedeutet parteischädigendes Verhalten.

Im Jahrbuch 1947 werden die Einflußnahmen auf publizistischer Ebene, die neben den Möglichkeiten subtilen informellen Zwanges angewandt wurden, verhüllt in einem demokratischen Gesprächszusammenhang aufgeführt.

„Besonders eng war selbstverständlich die Verbindung mit der Leitung der verschiedenen Zeitungen stehenden Sozialdemokraten. Neben Aussprachen mit SPD-Verlegern, Lizenzträgern und Funktionären von Pressekörperschaften fanden vor allem zahlreiche Aussprachen mit sozialdemokratischen Chefredakteuren statt. Im

Spätherbst wurde mit der Einrichtung regelmäßiger Konferenzen zwischen sozialdemokratischen Chefredakteuren und dem Büro des Parteivorstandes begonnen, bei denen politische Informationen durch Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer gegeben und in eingehenden Aussprachen behandelt wurden. Mitte des Jahres wurde eine Konferenz sozialdemokratischer Wirtschaftsredakteure durchgeführt." (15)

In der Absicht, die eigenen Aktivitäten positiv herauszustellen, kommen die zitierten neuen „Mittel und Taktiken“ zu Tage. Statt der direkten Anweisung fanden nun Aussprachen statt, die die verbundene Presse auf die Vorstandslinie einschwören sollten. Bürgerliche Parteien benötigten diese Mechanismen nicht, denn ihre Zeitungen teilten fast automatisch die Interessen der nahestehenden Partei. In dem Maße aber, in dem die Opposition abweichende Ansichten gegenüber dem aufkeimenden bürgerlichen Staat vertrat, wurde die politische Durchsetzung der Parteilinie gegen die auftretende Eigendynamik der Parteipresse notwendig. Über das Instrument dieser Konferenzen und Aussprachen sicherte sich die SPD die — in heutiger Terminologie — Grundsatzkompetenz und über den Umweg der ihr verbundenen Chefredakteure auch die Richtlinienkompetenz, oder strebte beide zumindest an. Bei den gegebenen Abhängigkeiten wird dann natürlich die direkte Detailkompetenz überflüssig und Heine kann „stolz“ den Verdacht, die Partei würde „Anweisungen geben“ zurückweisen.

Eine alleinige Betrachtung der parteioffiziösen Stellungnahmen zum Funktionswandel der Parteipresse verlagert die Akzente zugunsten einer Initiativfunktion des Parteivorstandes, die in Wirklichkeit nicht existierte. Lange vor der Ideologisierung der Realität durch Heine, knapp zwei Monate nach der Zulassung der ersten SPD-Zeitung, entwickelte Johannes Richter, Chefredakteur des HAMBURGER ECHOS, die später akzeptierte Aufgabenstellung und die Gestaltungsrichtlinien der sozialdemokratischen Presse. (16) Da Reichweite und praktischer Einfluß dieses Vortrages auf einer Tagung sozialdemokratischer Verleger und Redakteure vom 10. Mai 1946 nicht überprüfbar sind, kann die programmatische Äußerung nur mit Einschränkungen als allgemeiner Konsens in den SPD-Verlagen gewertet werden.

Im Vergleich mit den euphorischen Einschätzungen Heines, bezieht Richter einen realistischen Standpunkt. Er betrachtet die zugesprochene Auflage nicht als berechtigten Verdienst, sondern als noch zu rechtfertigenden Vertrauensvorschuß und nimmt die später überhöhten Argumente von Heine gleichzeitig als Zielsetzung ansatzweise vorweg. Wenn der Konkurrenzkampf wieder einsetzt, so prognostiziert Richter,

„dann wird sich erweisen, ob wir mit unseren Zeitungen wirklich in einen engen Kontakt auch mit den Bevölkerungsschichten gekommen sind, die bisher noch nicht als sozialdemokratische Parteianhänger betrachtet werden konnten. In diese Schichten vorzudringen, sie als feste Bezieher unserer Zeitungen und treue Leser zu gewinnen, ist die große Aufgabe, die uns jetzt unmittelbar gestellt wird.“ (17)

„Es handelt sich dabei nicht nur um eine geschäftliche Angelegenheit — das ist sie natürlich auch, aber erst in zweiter Linie — sondern vielmehr um eine eminent politische Aufgabe.“ (18)

Richter formuliert drei Aufgaben für die sozialdemokratische Presse: starke Verbreitung „politisch kluge Haltung“ und „journalistisch geschickte Gestaltung“. (19) Aus der Sicht des erfahrenen Praktikers gilt Richters Funktionsbestimmung in erster Linie der pragmatischen Erhaltung der zugeteilten Auflagenhöhe; demgegenüber rangiert der politische Anspruch, auch bei ihm geschrumpft auf eine „kluge Haltung“, gleichberechtigt neben formaler Gestaltung und Wirtschaftlichkeit. Ausgehend von einer Einschätzung des Hugenbergkonzerns und dessen politischer Funktion, konstatiert Richter den Widerspruch zwischen linientreuem Parteiblatt mit Kleinstauflage und angepaßten Tendenzblatt mit Großauflage.

„Selbstverständlich kann die skrupellose Journalistik eines Hugenberg uns nicht als Vorbild dienen. Wohl aber müssen wir uns sehr ernsthaft mit der Frage beschäftigen, welches Gesicht wir unserer Parteipresse geben, um ihr den höchstmöglichen politischen und wirtschaftlichen Erfolg zu verschaffen.“ (20)

Doch trotz der konzidierten Schwierigkeiten glaubt Richter diese Dualität der Zielprojektion praktisch in Übereinstimmung bringen zu können. Politischer Anspruch und wirtschaftlicher Erfolg schließen sich seiner Meinung nach nicht aus. Für die grundsätzliche Haltung der sozialdemokratischen Presse, deren praktische Umsetzung den einzelnen Verlagen überlassen bleibt, postuliert er deshalb drei Grundsätze:

„1. Die neu zu entwickelnde Parteipresse soll und muß eine unbedingt sozialdemokratische Presse sein, d.h. sie hat die Politik der Sozialdemokratischen Partei zu vertreten, das sozialistische Ideengut zu verbreiten und für eine Umformung unseres gesamten öffentlichen und privaten Lebens im Sinne der sozialistischen Ideale zu wirken.

2. Die sozialdemokratische Zeitung soll jedoch nicht ein lediglich auf unmittelbare Parteiinteressen zugeschnittenes Parteiorgan sein, dessen Haltung nur bestimmt ist

von der Blickrichtung auf die organisierte Parteimitgliedschaft und die überzeugten sozialdemokratischen Anhänger bzw. Wähler, also gewissermaßen nur Vereinsorgan der Sozialdemokratischen Partei.

3. Die neue sozialdemokratische Presse muß vielmehr, soll sie ebenso in die Breite wie in die Tiefe wirken, eine Zeitung sein, die aus der selbstverständlich feststehenden sozialistischen Geisteshaltung heraus sich voraussetzungslos an alle Bevölkerungsschichten wendet, sie soll also in dem Leser nicht von vornherein den Sozialdemokraten oder einen Anhänger der sozialistischen Bewegung vermuten und dementsprechend anreden, sondern sowohl in der Auswahl, in der inhaltlichen, wie auch bildmäßigen und technischen Behandlung des Stoffes so gestaltet sein, daß sie sowohl den Gegner wie den Freund, vor allem aber den noch nach keiner Richtung hin festgelegten Leser anzusprechen, zu interessieren und zu packen vermag.“
(21)

Aus dem Widerspruch von erstrebter Massennähe einerseits und Erhaltung der für richtig erkannten sozialdemokratischen Parteilinie andererseits, gelangt auch Richter nicht heraus. Obwohl er weit differenzierter als Heine argumentiert, sozialistische Presse nicht nur als Parteisprachrohr begreift und die Umformung des gesamten Lebenszusammenhanges unter Punkt 1. zum Ziel erklärt, so trifft er sich doch mit Heine in der strukturellen Einschätzung, daß die sozialdemokratische Presse die Massen von außen pädagogisieren sollte. Ebenso wie der Parteivorstand setzt Richter Partei und sozialistische Bewegung identisch, deren gesellschaftlich gewachsene Trennung es dadurch zu überwinden gilt, daß durch das Instrument Presse die Massen wieder an die Partei herangeführt werden. Im Gegensatz zur rein basisbewahrenden Funktion früherer Jahre, stehen aufgrund der gegebenen Möglichkeiten, die Rückführung der unpolitischen oder an KPD oder NSDAP verlorenen Massen im Mittelpunkt.

Dieses Ziel jedoch verwässert die sozialistischen Ideale in Punkt 1. zum konkreten Anpassungsjournalismus für „alle Bevölkerungsschichten“ im Punkt 3. Das sozialistische Ideengut, das die klassenspezifische Einbeziehung der Kommunikation beinhaltet, wird aufgelöst zugunsten einer klassenunspezifischen „Werbung für die sozialistischen Ideen“ und damit negiert. (22) Auch Richter kann das grundsätzliche sozialdemokratische Dilemma nicht aufheben.

In der praktischen Konsequenz fordert Richter von der Presse unter Berufung auf die „eigentlichste und vornehmste Aufgabe“, „der sozialistischen Bewegung neue Anhänger zuzuführen“ (23), eine mehr taktische Distanz zur Partei zu halten. „Eine solche Haltung wird zweifellos einen stärkeren Eindruck hinterlassen, als wenn dem Leser das

Gefühl vermittelt wird, es spräche ein von der Partei beauftragter Funktionär zu ihm". (24). Die zuvor beschworenen sozialistischen Ideale verkehren sich in den praktischen Vorschlägen Richters zu plumper Manipulation, die er zuvor bei der Geschäftspresse verdammt hat. SPD-Mitglieder sollen nicht — so Richter — in der Berichterstattung als „Genosse“ tituliert werden, sondern durch die Verwendung ihrer Amtsbezeichnung in der neuen Verwaltung mit objektiver unparteilicher Autorität ausgestattet werden.

„Aber auch auf den Leser, der unserer Bewegung mit Sympathie gegenübersteht, wird eine bessere psychologische Wirkung erzielt, wenn er den Eindruck gewinnt, daß das jeweilige Urteil nicht von einem unmittelbar Beteiligten, sondern einer mehr neutralen Stelle abgegeben wird.“ (25)

Er folgert, daß

„sozialistische Forderungen und Erkenntnisse nicht in jedem Fall als sozialistische herauszustellen (seien), sondern vielmehr darzutun (sei), daß es sich um Forderungen des gesunden Menschenverstandes, um allgemeingültige Erkenntnisse handelt.“ „Demgemäß muß dem sogenannten unpolitischen Teil des Blattes ein gebührender Raum gewährt werden.“ (25)

Sport- und Lokalteil sowie Bild- und Gerichtsberichte „sind wesentliche, mit großer Sorgfalt und Liebe zu behandelnde Gebiete.“ Den Nachrichten gebührt soviel Raum wie möglich. Er schränkt allerdings ein: „Den Zug ins Sensationelle werden wir allerdings in dem Maße wie er in Amerika und England üblich ist, nicht mitmachen können.“ „Neuigkeiten, Aktualität, geschickte Aufmachung — ja, aber das Ganze darf nicht auf Kosten der Solidarität unserer politischen Arbeit gehen.“ Für die Gestaltung des Wirtschaftsteils schlägt Richter vor:

„Es muß unser Bestreben sein, den Wirtschaftsteil des sozialdemokratischen Blattes so zu gestalten, daß auch die privaten Wirtschaftskreise durch ihn so hinreichend informiert werden, daß sich das Abonnement einer bürgerlichen Zeitung zur Unter- richtung über den Ablauf der Wirtschaft erübrigt.“ (26)

Eine sozialistische Presse für Kapitaleigner! Auch wenn Richter wie Heine an eine mögliche Koexistenz subjektiv geglaubt haben mögen, diese praktischen Vorschläge zur Neugestaltung der sozialdemokratischen Presse entschleiern die sozialistischen Beteuerungen als aufgesetzt. Gegenüber der bürgerlichen Presse, die man durch Anpassung verdrängen wollte, bleibt als einziges Unterscheidungskriterium die sozialdemokratische Grundtendenz.

Die inhaltlich-formale Integration in das bürgerliche Pressesystem wird in den ersten Jahren der Lizenzzeit zum neuen theoretischen Bezugsrahmen von Partei und Parteizenträgern. Während sich politisch die Gesamtpartei noch als Arbeiterpartei verstand, marxistische Kategorien und Interessenvertretung der Arbeiterklasse noch das Selbstverständnis der SPD prägten, hatte sich in der Aufgabenstellung und theoretischen Zielsetzung die SPD-Presse im Einverständnis mit der Partei von diesen Idealen weit entfernt. Unter dem Zwang der Umstände, zugleich Chance zur Einflußerweiterung, sollte sich die SPD-Presse in ein vielfältiges System sozialdemokratischer Volkszeitungen wandeln, deren Funktion den allgemeinsten Zielen sozialdemokratischer Politik, der Erlangung der politischen Macht durch Wahlen, den günstigsten Boden verschaffen sollte. Für den Zweck der Machterringung im bürgerlichen Staat wurden pressepolitisch die Mittel des Gegners — der bürgerlichen Presse — übernommen. Man glaubte, den bürgerlichen „Feind“ mit seinen ureigensten Mitteln auf seinem Feld publizistisch schlagen zu können. Erstmalig wurde so nach 1945 durch die SPD das privatwirtschaftliche Pressesystem, wenn auch mit Einschränkungen, als publizistische Ausgangsbasis akzeptiert.

In seiner Einschätzung bestätigt auch Fischer diesen Funktionswandel, wertet aber die Bedeutung in positiver Richtung:

„Dieser prinzipielle Wandel in der Aufgabenstellung der SPD-Presse vom ideologisch-dogmatischen akzentuierten Parteiblatt der Weimarer Zeit — das in zahlreichen Punkten die vielfältigen Wünsche eines breiten Leserpublikums ignoriert hatte und somit fast niemals zu hohen Auflagen gelangen konnte — zum publikumswirksamen Grundhaltungsblatt muß als eines der hervorstechendsten Phänomene der neusten Pressegeschichte gewertet werden: die Loslösung von der Fiktion des unbedingten pädagogischen Wirkens der Parteipresse und die Hinwendung zum Pluralismus vom Inhalt und Gestaltung schuf einen zuvor unbekannten Typus sozialdemokratisch ausgerichteter Presse. (...) Der Schritt der SPD-Presse vom Quasi-Exklusivorgan für Parteimitglieder oder -Anhänger zum Publikumsblatt verpflichtete, den parteipolitischen Anliegen hinter allgemeinen publizistischen Forderungen der Zeit sekundäre Bedeutung einzuräumen, ohne indes parteipolitische Einwirkungsmöglichkeiten aus dem Blick zu verlieren.“ (27)

Aus der erstrebten Anpassung und der „sekundären Bedeutung“ der Parteipolitik jedoch den Schluß einer perfekt gelungenen Integration zu ziehen, wird vom tatsächlichen Ablauf der Geschichte der SPD-Zeitungen noch unter Lizenzbedingungen widerlegt. Anpassung implizierte keineswegs für sie den völligen Verzicht auf jegliche Form von Politik. In dem noch bestehenden dualistischen Spannungsbogen zwischen Anspruch und

Anpassung, wurde die allgemeine Anpassung im Konkreten durch politisches Engagement für die Ziele der SPD an der Oberfläche überlagert. Während die überparteilichen und bürgerlichen Blätter den weit verbreiteten Parteienüberdruß und die dahinterstehende scheinbar unpolitische Haltung förderten, und diese Form der unparteilichen Publizistik im Zuge der Rekapitalisierung Nachkriegsdeutschlands den ihnen verbundenen Parteien in Wählerstimmen zugute kam, gerieten SPD-Blätter bei der Propagierung des alternativen Kurses ihrer Partei deutlich in ein politisches Gewand. Bedingt durch den verbliebenen Rest eines politischen Anspruchs, die bewußte Vertretung der Politik der Sozialdemokratie, konnten die SPD-Zeitungen niemals vollständig ihr negatives Image von Parteizeitungen in der Bevölkerung verwischen. Von dem allgemeinen Trend in der Leserschaft, die aus den verschiedensten Gründen Parteizeitungen abgeneigt war — eine Gefahr, die Heine und Richter auch erkannt hatten — wurde, trotz bemühter Angleichung und Loslösung von der Partei die SPD-Presse getroffen. Bei der Umstellung auf eine Form von abgeschwächter Konkurrenz nach der Währungsreform, mußten die SPD-Zeitungen neben der KPD-Presse später die stärksten Verluste hinnehmen.

„Je deutlicher der Charakter einer ‚Parteizeitung‘ das Gesicht eines Blattes prägte, um so schneller sank die Auflage, um so deutlicher stellten sich wirtschaftliche Schwierigkeiten ein. (...) Je engagierter die Zeitungen sich seit ihrem Erscheinen gegeben hatten, um so eher waren sie als zu Schaden gekommen.“ (28)

Die hochfliegenden Pläne zur Schaffung marktbeherrschender sozialdemokratischer Volkszeitungen scheiterten somit schon in der Lizenzphase. Nicht personelle Unfähigkeit oder überstarke traditionelle Bindungen haben hierzu geführt. Das Bemühen, den letzten Rest eines sozialistischen politischen Anspruchs in der Presse wenigstens in Form einer akzentuierten politischen Tendenz zu retten, hat die Chance der ersten Lizenzjahre zerstört. Nicht ein „verspieltes Erbe“ ist der SPD zum Vorwurf zu machen, sondern daß sie mit dieser Erbmasse an den Würfeltisch der bürgerlichen Gesellschaft gesetzt hat, wo andere die Spielregeln bestimmten und den an die SPD-vergebenen Kredit zurückholten.

Das Beharren auf einer illusionären Zwitterstellung, weder Parteiblatt noch Geschäftspresse sein zu wollen, hat die SPD-Presse in beiden Funktionen von Beginn an in eine Randstellung manövriert.

„Die sonderbare Zwitterstellung zwischen bürgerlichen Zeitungen, wie die Zeitungswissenschaftler sie nennen, und reinen Parteizeitungen hat die Schwierigkeiten, welche die Presse ohnehin hat, für die SPD-Tageszeitungen noch einmal vergrößert.“ (29)

Der grundsätzliche Widerspruch sozialdemokratischer Politik, in der kapitalistischen Gesellschaft sozialistische Vorstellungen verwirklichen zu wollen, wiederholte sich in der parteiverbundenen Presse. Mit der Akzeptanz der bürgerlichen Gesellschaft als Herrschaftssystem wurde die SPD zum Teil dieses Systems und später zur staatstragenden Partei. Ihre Presse hat diesen Integrationsprozeß weit früher als die Parteiorganisation vollzogen. Vielleicht ist sie deshalb auch früher gescheitert.

1.5. „Antikommunismus“ als publizistisches Bezugssystem der SPD-Presse

Obwohl die SPD-Zeitungen schon frühzeitig die äußeren Gegebenheiten des Lizenzsystems akzeptierten und in eine neue Funktionsbestimmung ihrer Blätter umzusetzen versuchten, waren sie neben einigen überparteilichen Blättern in der US-Zone und der straff auf Parteikurs liegenden KPD-Presse doch deutlich politisch orientiert. Auch innerhalb des zurückgeschraubten Anspruch ergaben sich Notwendigkeiten zur politischen Stellungnahme durch die Situation der Gesamtpartei, die in heftiger Abgrenzung zur KPD und den bürgerlichen Parteien ihren politischen Wiederaufstieg vorzubereiten suchte. Eine sozialistische Grundhaltung der SPD-Blätter jedoch konnte — selbst wenn man dies subjektiv wollte — nicht publizistisch realisiert werden. Abstrakt forderten die Westalliierten zwar von der neuen deutschen Presse, einen erzieherischen Beitrag zur Demokratisierung und Politisierung der deutschen Bevölkerung zu leisten, doch die damit einhergehende Kritikfreiheit für die Presse wurde beschnitten.

Die in der Potsdamer Konferenz proklamierte Pressefreiheit, unter dem Vorbehalt der Erhaltung der militärischen Sicherheit gewährt, wurde mit der Kontrollratsdirektive Nr. 40 „Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse“ (1) weitgehend eingeschränkt. Die deutsche Presse mußte sich der Veröffentlichung und Wiedergabe von Artikeln enthalten, die

- „a) Gerüchte verbreiten, die zum Ziel haben, die Einheit der Alliierten zu untergraben, oder welche Mißtrauen oder Feindschaft des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte hervorrufen,
- b) Kritiken enthalten, welche gegen die Entscheidungen der Konferenz der Alliierten Mächte bezüglich Deutschlands oder gegen Entscheidungen des Kontrollrates gerichtet sind,

c) die Zonen treffen, aufreizen.“ (2)

Und in einer zusammenfassenden Anweisung der amerikanischen Behörden, die sinngemäß auch in der britischen Zone galt, hieß es

„c) Kritik an Richtlinien der Militärregierung

Die Verbreitung von Nachrichten, Mitteilungen oder Leitartikeln jeglicher Art, die einen böswilligen Angriff auf Richtlinien oder Personen der Militärregierung darstellen, eine Störung der Einigkeit der Alliierten bezwecken oder versuchen, Mißtrauen oder Feindseligkeiten des deutschen Volkes gegen eine der Besatzungsmächte zu erregen, ist verboten.“ (3)

Durch diese Bestimmungen, deren Auslegung allein den Lizenzbehörden zustand, wurden alle Zeitungen und somit auch die SPD-Presse in ihrer Kommentierung politischer Maßnahmen und der grundsätzlichen Stellungnahmen zur westalliierten Politik beschränkt. Da ein Verstoß die Lizenzentziehung nach sich ziehen konnte, bewirkten die Verordnungen eine übervorsichtige Selbstzensur der Lizenzblätter. Über die Verordnungen zur Verwendung des durch Presseoffiziere kontrollierten Nachrichtenagenturmaterials sicherten sich die Westalliierten eine fast perfekte Kontrolle des politischen Teils. Allein die Diskussion der sich rekonstituierenden deutschen Öffentlichkeit und die für die Überwindung der materiellen Schwierigkeiten notwendige Lokalberichterstattung verblieb in der Eigenverantwortung der Lizenzträger.

Für General Clay war

„der Tag, an dem man den Deutschen erlauben sollte, über die Alliierten zu sagen, was immer sie wollen, (...) innerhalb dieses Koordinierungsausschusses der schlimmste in der Beziehung der Vier Mächte untereinander.“ (4)

Von englischer Seite wurde entsprechend noch Mitte 1947 die Lizenzpresse durch versteckte Drohungen zum Sprachrohr der Besatzungspolitik degradiert.

„Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen eine Pflicht ins Gedächtnis zurückrufen, die noch wichtiger ist, als die Vermeidung von vorschriftswidrigen Veröffentlichungen. Das ist die Pflicht unablässig und in allgemein verständlicher Form ihren Lesern Tatsachen zu bringen über die Tätigkeit, die Entschlüsse und Ziele der britischen und alliierten Besatzungsmächte in Deutschland. (...) Wenn die Bevölkerung nicht lückenlos und beständig unterrichtet wird über britische Politik, über

alliierte Politik und Gedankengänge, wie sie in Erklärungen und Reden britischer Führer zum Ausdruck kommen, dann hat die Presse ihre Funktion nicht erfüllt, und würde die Besatzungsmacht vielleicht eine engere Kontrolle der Presse ins Auge fassen müssen. Wenn Sie glauben, der Weg zur Besserung der deutschen Sache führt über die Herstellung von Beziehungen des Vertrauens mit England, nicht nur als oberster Autorität, sondern auch als Nachbar, dann müssen sie einsehen, daß es ihre Pflicht gegenüber ihren Lesern ist, sie davon zu unterrichten, was britischerseits getan und gesagt wird." (5)

Nach außen als demokratische und freie Presse angepriesen, konnte die neue Presse inhaltlich ihre Existenz nur durch engste politische Anpassung an die „Gedankengänge“ der lizenzgebenden Besatzungsmacht sichern.

Entmutigt wurden die SPD-Lizenzträger durch die schon 1946 in der US-Zone anlaufenden Maßnahmen gegen progressive und sozialistische Lizenzinhaber sowie durch die verhängten Maßnahmen gegen die KPD-Presse in der britischen Zone. Die Vorgänge um die FRANKFURTER RUNDSCHAU machten deutlich, daß jede grundsätzliche Kritik ebenso wie alle Versuche, die Lizenzpresse sozialistisch zu organisieren, von der führenden Besatzungsmacht mit Lizenzentzug bestraft wurden. Emil Carlebach — KPD-Lizenzträger der FRANKFURTER RUNDSCHAU — wurde entlassen, weil „Ihm das Vertrauen in die Politik der amerikanischen Militärregierung fehlte“. W.K. Gerst, ehemals Zentrumspartei, mit dem Hinweis, er störe den Betriebsfrieden und trete autoritär gegen die Belegschaft auf, durch das SPD-Mitglied Karl Gerold ersetzt, obwohl Gerst im Großhessischen Zeitungsverlegerverein die Mitbestimmung der Betriebsräte durchzusetzen versucht hatte. Mit ähnlich fadenscheinigen Argumenten oder durch Diffamierung ihrer antifaschistischen Vergangenheit säuberten die US-Behörden 1946/47 die Verlage von progressiven Presseoffizieren und Lizenzträgern. (6)

In ihrem Abgrenzungsbemühen, zugleich ein Anbiederungsversuch um die Zulassung von Parteizeitungen in der US-Zone, scheute sich die SPD nicht, fortschrittliche und kommunistische Lizenzträger bei den Besatzungsbehörden zu denunzieren.

„Nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere Teile der Bevölkerung der amerikanischen Zone sehen mit Besorgnis den viel zu großen Einfluß, den die Kommunisten in den Zeitungen besitzen. Die Bevölkerung wünscht keine solchen Tendenzen in ihren Zeitungen. Die Kommunisten konzentrieren sich auf die politische Leitung dieser Zeitungen aller Parteien und propagieren in ihnen in verschlei-erter Form die Politik ihrer Partei. Besonders bemerkenswerte Fälle sind die Frank-

furter Rundschau und die Zeitungen in Heidelberg, Hof und Stuttgart. (...) Wir beabsichtigen nicht, diese Personen anzuklagen: Wir sind nur an einer grundsätzlichen Änderung der Zeitungssituation in der US-Zone entsprechend den politischen Gegebenheiten interessiert." (7)

Die Briten hatten ihrerseits die KPD-Presse, auch bei nichtigen Anlässen, durch befristetes Erscheinsungsverbot wirtschaftlich zermürbt. Mangelnde Berücksichtigung eines britischen Ministers reichte als Legitimationsgrundlage zum Vorgehen KP-Zeitungen aus. Oder eine andere Begründung:

„Sie müssen aufhören, über eine Bodenreform zu schreiben. Sie dürfen diesen Wunsch zum Ausdruck bringen, aber nichts fordern. (...) Auch sollten sie ihre Redakteure instruieren, nicht immer ehemalige Nazis anzugreifen. Sie geraten in Verdacht, Leute zu verfolgen.“ (8)

Solche Erfahrungen ermutigten die SPD-Journalisten kaum, ihre politische Meinung offener zu vertreten. Umgekehrt: auf allen Ebenen mußte sie sich anfangs gegen die Vorstöße der KPD-Presse, den Zusammenschluß mit der SPD auch in den Westzonen durchzusetzen, politisch wehren. Eine Solidarität war politisch nicht möglich, inhaltliche Ziele durften nicht mit der KPD geteilt werden.

Die verordnete politische Enthaltsamkeit in wesentlichen gesellschaftlichen Fragen und die daraus resultierende Selbstzensur der neuen Presse wurde über die ersten zwei Jahre von den Westalliierten unterschiedslos angewandt, d.h. diese Anweisungen umschlossen auch das Verbot von Kritik an der Sowjetunion. Gerade aber nach den Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht im Zusammenhang mit der Zwangsvereinigung zur SED in der SBZ bildete eine bedingungslose Abgrenzung gegen die KPD publizistisch ein Hauptanliegen der SPD.

Wie weit die respektierte Verinnerlichung der Vorschriften der Westalliierten bei der bürgerlichen und unpolitischen Presse damals reichte, beweist der heute unvorstellbare Vorwurf, sie würde die SPD nicht genügend im antikommunistischen Kampf unterstützen.

„Die sozialdemokratischen Zeitungen führen im Augenblick fast allein einen entscheidenden wichtigen Kampf in Deutschland. Abgesehen von einigen anderen Blättern sind es nur die sozialdemokratischen Zeitungen, die gegen die neuen Sozialistenverfolgungen, gegen die Lüge und gegen den Terror ihre Stimme erheben. Wir

bedauern, daß wir diesen Kampf fast allein, ohne die Presse der übrigen demokratischen Parteien und ohne die Mehrzahl der sogenannten überparteilichen Lizenzpresse führen müssen.“ (9)

Im Gesamtsystem der ersten Jahre befand sich die SPD-Presse damit objektiv in einer Sonderstellung. Ihr Dilemma lag darin, sich nicht einerseits durch überproportionelle Politisierung und sozialistische Tendenz von der Masse der bürgerlichen Zeitungen zu entfernen, um sich nicht ähnlichen Schwierigkeiten wie die KPD-Presse auszusetzen, die man andererseits als Hauptgegner beständig angriff. Dadurch aber setzte man sich gleichfalls — in der Kritik an der SBZ — dem Verdacht der Mißachtung von Lizenzvorschriften aus. Allein in Berlin war eine „freiere“ politische Publizistik im Sinne der Interessen der SPD erlaubt, während in Westdeutschland die Anbindung an die Lizenzvorschriften die politisch-publizistische Auseinandersetzung behinderte, denn die Militärverwaltungen sahen bei Angriffen auf die Sowjetunion zumindest tendenziell, wie in dem Clay-Statement angedeutet, ihre eigene Autorität gefährdet. In Nachwirkung der Kollektivschuldthese wurden die Deutschen als politisch unmündig betrachtet, denen jede Diskussionsbeteiligung zu Fragen der allgemeinen Politik der Siegermächte nicht zustand.

Bei allem Lavieren der SPD-Presse am Rande der Zulässigkeit ist jedoch kein Fall bekannt, in dem SPD-Zeitungen ernsthaft mit den Lizenzbestimmungen kollidierten. In ihrem noch allein getragenen antikommunistischen Kampf, nahm die SPD-Presse nicht offen gegen westliche Politik Stellung, sondern formulierte Positionen, die sich auch zunehmend bei den Westalliierten durchzusetzen begannen.

Trotzdem wurde noch im Herbst 1947 seitens der US-Behörden der SPD-nahen SÜD-DEUTSCHEN ZEITUNG ein Verweis wegen eines Anti-SBZ-Artikels erteilt und eindringlich die Verpflichtung für alle Presseoffiziere bestätigt, gegen antisowjetische Artikel vorzugehen. Für die Veröffentlichung eines Artikels aus dem sozialdemokratischen Pressedienst über die angebliche Wiedereinführung von Konzentrationslagern in der SBZ wurden die BADISCHEN NEUEN NACHRICHTEN ausdrücklich verwarnt. (10)

Solche Maßnahmen zur „Wahrung der Objektivität“ besaßen zu Beginn des Kalten Krieges im Selbstverständnis der Lizenzbehörden die doppelte Funktion, deutsche Journalisten einzuschüchtern, um andererseits gesamtpolitisch auf die strikte Einhaltung des Potsdamer Abkommens verweisen zu können. (11)

Kurz nach diesen Vorfällen, legitimiert als Reaktion auf sowjetische Übergriffe, verkün-

dete General Clay die „operation talk back“ als Antwort auf die sowjetische Propaganda, die den entscheidenden praktischen Umschwung der westalliierten Deutschlandpolitik ideologisch untermauern sollte. (12) Ein amtliches amerikanisches Dokument begründet diese Wende in einer negativen Abgrenzung:

„Die Vereinigten Staaten haben immer die Demokratisierung Deutschlands angestrebt, aber in den frühen Okkupationsjahren wurde zu viel Wert auf die Denazifizierung, die Bestrafung von Kriegsverbrechern, Ersetzung und Demilitarisierung gelegt. Auf dem Gebiet der Massenkommunikation wurde diese Politik umgesetzt in ein sorgfältiges und vorsichtiges Lizenzierungsprogramm, eine enge Aufsicht über die Lizenzinhaber und strikt einzuhaltende Anweisungen.“ (13) (Übersetzung durch den Verfasser)

Mit der Einleitung der Operation „talk back“ — publizistischer Ausdruck der Eindämmungspolitik — wurden endgültig die Kollektivschuldvorstellungen offiziell aufgegeben und durch die Einbeziehung der Deutschen als demokratisches Bollwerk gegen den Bolschewismus in das System der freien Welt ersetzt. General Clay verkündete folgende Ziele für die „Operation“:

„1. In der deutschen Bevölkerung noch entschiedener die Prinzipien der Demokratie zu verankern — hauptsächlich durch die Projektierung amerikanischer Ideale und durch Informationsmaterial, in dem die grundlegende Bedeutung der Menschenrechte herausgestellt wird.

2. Im deutschen Bewußtsein jeden totalitären Einfluß auszulöschen — sei es die ältere Lehre des Faschismus oder die zeitgenössische Philosophie eines Diktators oder Polizeistaats — und die Deutschen vor der Gefahr und den moralischen Schwächen des Kommunismus zu warnen.

3. Das deutsche Volk laufend zu informieren, damit es die Wahrheit aus erster Hand bekommt, die Vorzüge dieser Politik selbst beurteilen kann und nicht durch ungerechtfertigte, böartige Angriffe und durch die propagandistischen Unwahrheiten irregeführt wird, die von kommunistischen kontrollierten und/oder inspirierten Nachrichtenmedien gegen die Vereinigten Staaten vorgebracht werden.“ (14)

Keineswegs impliziert diese Umorientierung der führenden Besatzungsmacht die Aufhebung vorheriger Einschränkungen, sondern sie bedeutete den massiven, direkten Einsatz aller zur Verfügung stehenden subtilen Propagandamittel, die sozialwissenschaftlich vorbereitet, alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens entsprechend der neuen Direktiven beeinflussen sollten. Neben der äußerlich erkennbaren Dimension: die Gründung

von Amerikahäusern, der Einführung von Austauschprogrammen, die besonders geeigneten Journalisten zu längeren, kostenlosen Amerikaaufenthalten verhalf, den Ausbau von kulturellen Monatsschriften, umfaßte das Programm, gesteuert von einer personell umfangreichen Abteilung der amerikanischen Militärregierung, den Einsatz aller erdenklichen Mitteln der psychologischen Beeinflussung bis hin zur kontinuierlichen Umfrageforschung, die den Erfolg der Programme kontrollieren und eventuelle notwendige Korrekturen erforschen sollte. Es muß davon ausgegangen werden, daß sich kein Bereich der deutschen Gesellschaft, und schon gar nicht die Institutionen der Massenkommunikation dem Einfluß dieser Kampagne entziehen konnte. Antikommunismus, respektive die Verankerung amerikanischer Ideale wurde zum offiziellen Ziel der Besatzungspolitik. Wesentliche Informationseinrichtungen „verdanken dem Ausbruch des Kalten Krieges in Deutschland ihr Wachstum, ja sogar ihr Dasein.“ (15)

Finanziell bedeutend schlechter ausgestattet, aber politisch von den Amerikanern abhängig, schlossen sich die Engländer diesem Programm an. Weite Teile des Programmes der US-Dienststellen wurden für die britische Zone übernommen und von den Amerikanern durchgeführt. Durch verstärkte Schulung der Redakteure und Jungjournalisten in Fortbildungskursen setzten die Briten mit ihren beschränkten Mitteln die Indoktrination der neuen Linie allmählich in der Presse durch. Im Rahmen demokratischen Austausches beabsichtigten die Briten „ein Bild zu geben darüber, was die Briten denken (...)“. Wir beabsichtigen nicht, Leute zu beeinflussen. Aber wir beabsichtigen, unsere verschiedenen Standpunkte zu vertreten und zur Diskussion zu stellen.“ (16)

Für die SPD-Presse in ihrer zuvor autonomen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus sowjetischer Prägung, erbrachte diese Wende eine politische Genugtuung. Ihr Kampf gegen die SED ließ sich aber als linker Platzhalter des Antikommunismus nahtlos in das Programm der „operation talk back“ einordnen. Zugleich brachte die „Operation“ eine Verstärkung der Gefahr als möglicherweise „kommunistisch inspirierte Nachrichtenmedien“ in dem plötzlichen Umschwung, der pauschal jede Form des Sozialismus mit Kommunismus gleichsetzte, denunziert zu werden.

Aus den verschiedensten Gründen schloß sich die deutsche Presse generell nur zögernd dem neuen Programm an. Gerade sozialdemokratische und „andere deutsche Redakteure, die dem Kommunismus und dem sowjetischen Vorgehen kritisch gegenüberstanden, befürchteten, objektive Berichte über die Themen könnten jetzt nicht mehr glaubwürdig wirken“. (17)

Provoziert durch die Widersprüchlichkeit der amerikanischen Politik, deren Antifaschis-

mus der ersten Jahre als Nebenprodukt auch eine gewisse Skepsis gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft erzeugt hatte, die jetzt zum absoluten Ideal erhoben werden sollte, reagierten die Zeitungen anfangs mit Mißtrauen. Zudem traf die Operation das nationale Wiedervereinigungsverständnis. (18) In der längerfristigen Konsequenz blieb der Erfolg nicht aus, und die Einschwörung auf die bürgerliche Gesellschaft gelang perfekt, was gleichzeitig die Diffamierung aller sozialistisch-kommunistischen Tendenzen implizierte. Der Druck zur Anpassung für die SPD-Presse wurde erhöht.

Für die Sozialisten unter den Lizenzträgern wurde ihre Stellungnahme zur Nagelprobe für ihre sozialistischen Ideale. Arno Rudert, Lizenzträger der FR und vom Ausschluß aus der KPD bedroht, analysierte die Schwierigkeit in einem Leitartikel mit dem Titel: „Hier ist Rhodos, hier springe“, „Hic rhodus, hic salta.“ (19)

„General Clay hatte bereits vor einigen Monaten deutlich erklärt, daß die Amerikaner weder an Sozialismus noch an Marxismus glauben, und im Wortlaut der Richtlinien aus Washington für den amerikanischen Militärgouverneur, die wir im Sommer veröffentlicht haben, war es General Clay als Pflicht auferlegt, dem deutschen Volk die Möglichkeit zu geben, die Grundsätze und Vorteile einer freien Wirtschaft kennenzulernen... So haben wohl alle Sozialisten Ursache zum Nachdenken.“ (20)

Arno Rudert erleichterte sein Ausschluß aus der KPD den Sprung in die bürgerliche Gesellschaft. Es gelang ihm trotz erheblicher Vorbehalte seine Lizenz zu behalten.

Etwa ab Mitte 1947 bestand keine Chance mehr, in der Lizenzpresse für sozialistische Ziele konsequent einzutreten. Parallel zur Festigung der kapitalistischen Verlagsstruktur vollzog sich die grundsätzliche Festlegung aller Kulturbereiche auf die bürgerliche Gesellschaft.

Die retrospektive Diskussion der Frage, welche Möglichkeiten die SPD-Presse in diesem Zwiespalt hatte, scheint müßig. Ob die Parteiorganisation und die parteiverbundenen Journalisten die Chance hatten, durch konsequente Vertretung der parteiinternen noch erhaltenen sozialistischen Ideale auch die Idee des Sozialismus im Bewußtsein der Leser zu erhalten, ist wohl ebenso schwierig zu beantworten wie die Frage, ob sie nicht zumindest hätten verhindern müssen, daß der „Sozialismus“ mit dem „realen Sozialismus“ der SBZ stalinistischer Prägung identisch gesetzt werden konnte. So aber wurde dem Eindringen eines plumpen, wenn auch berechtigten, Antikommunismus, gleichgesetzt mit Antisozialismus, kaum Widerstand entgegengesetzt.

Mit der erfolgreichen Rekonstruktion des bürgerlich-kapitalistischen Herrschaftssystems auf der Ebene der materiellen Produktion war auch dem Kampf für eine sozialistische Alternative auf publizistischer Ebene die Basis entzogen. Initiativen in Richtung auf eine andere Gesellschaftsstruktur (z.B. die Volksabstimmung in Hessen zur Sozialisierung, Vorschläge zur Planwirtschaft von Viktor Agartz etc.) blieben ebenso aussichtslose Marginalien wie konsequente sozialistische Vorstellung und Inhalte im Medienbereich. Unter den gegebenen Machtverhältnissen blieb nur die erzwungene Anpassung in Verbindung mit der illusionären reformistischen Hoffnung, durch die Gewinnung der parlamentarischen Mehrheit eine Veränderung von oben herbeizuführen. So reduzierte sich die sozialistische Propaganda im klassischen Sinne in der SPD-Presse unter dem Druck der Verhältnisse auch objektiv auf die bloße Werbung um sozialdemokratische Wählerstimmen und die stellvertretende Auseinandersetzung mit der KPD/SED.

1.6. Die SPD-Presse am Ausgang der Lizenzphase

1.6.1. Währungsreform, freie Konkurrenz und der Übergang zum täglichen Erscheinen

Wenn im folgenden Abschnitt wieder die allgemeine Entwicklung der Lizenzpresse — speziell in der britischen Zone — bis zur Aufhebung der Lizenzpflicht analysiert wird, eine gesonderte Betrachtung der SPD-Presse dahinter zurücktritt, so findet dieses Vorgehen seine Berechtigung in zwei Punkten.

a) In den vorangegangenen Ausführungen ist die Integration der SPD-Presse zum Teil des bürgerlichen Pressesystems nachgezeichnet worden. Nur nach dem Kriterium der politischen Grundhaltung ist die SPD-Presse als spezielle Untergruppe ausgrenzbar.

b) Nach außen ist diese Einbeziehung dadurch berechtigt, daß zu dieser Phase die SPD-Presse auflagenmäßig ein Drittel der gesamten Presse in der britischen Zone beherrschte. Dieses nahtlose Hinüberwachsen dokumentiert sich zusätzlich in der führenden Stellung von SPD-Verlegern u.a. in den Standesorganisationen der Presse. (1)

Auf die Besonderheiten der Situation der SPD-Presse in der Übergangsphase wird im Rahmen der Gesamtentwicklung, unter die die SPD-Presse im Allgemeinen zu subsumieren ist, verwiesen.

Nach dreijähriger Vorbereitung — die Westalliierten sahen die Durchsetzung ihrer Vorstellungen von freier Presse weitgehend verwirklicht — wurde die Lizenzpresse im Zusammenhang mit der Währungsreform — soweit unter Besatzungsrecht möglich — aus dem behüteten „goldenen Käfig“ entlassen. Schritt für Schritt lockerten die Westalliierten die Voraussetzungen, die bisher der Lizenzpresse eine monopolartige Stellung relativ sorgenfreier wirtschaftlicher Existenz garantiert hatten. Die formale ökonomische Gleichheit aller Verlage, hergestellt durch Papierzuteilung, Gebietszuweisungen etc., wurde aufgelöst. Die immer wieder postulierte kapitalistische Wirtschaftlichkeit der neuen Verlage in Eigenverantwortung sollte sich jetzt bewähren. Jedoch entgegen den Erwartungen der britischen Kontrollbehörden war es erst 2 von 47 Verlagen bis zur Währungsreform gelungen, durch Gewinnakkumulation eigene Druckereibetriebe zu erwerben, der Rest blieb abhängig von Pachtverträgen mit den ungeliebten Altverlegern. (2) Aber nur diejenigen Verlage, denen es bis zur Währungsreform gelungen war, die angesammelten Mittel trotz des großen Umlaufkapitals im Zeitungsgeschäft wertbeständig anzulegen, besaßen nach der Währungsreform eine günstige Startposition. „Die Zeitungs- und Druckereibetriebe sahen sich plötzlich einer total veränderten Wirtschaftssituation gegenüber und es erforderte mehr und mehr die Anspannung aller Kräfte, um die Situation zu meistern“ (3), so resümierte die SPD in ihrem Jahrbuch. Gerade die SPD-Verlage, denen wie allen Betrieben aufgrund der günstigen GmbH-Bestimmungen etwa 25% des Gesamtertrages zur Bildung von Rücklagen zur Verfügung standen, die aber die Beträge in Hoffnung auf die Rückgabe der Druckereien an die Partei weitergeleitet hatten, unterstützten deshalb bereitwillig im Eigeninteresse die überzogenen Schilderungen des Zonenpresserates zur wirtschaftlichen Situation.

„Trotz gesunder Bilanz ist die Gefahr der Illiquidität gegeben. Gehälter, Honorare und Druckkosten sind jeweils laufend fällig, während Bezugsgeld und vor allem Inseratengebühr schleppend eingehen. Auch die Presse muß, wie die meisten Warenproduzenten heute den Abnehmer weitgehend finanzieren. Dabei ist ihr Betriebskapital durch die Währungsreform bis auf einen kleinen Rest vernichtet worden und muß aus laufenden Erträgen neu gebildet werden.“ (4)

Unter Berufung auf die öffentliche Funktion der Presse leiteten die Verleger daraus Forderungen nach Gewährung von Ausfallbürgschaften durch die Landesregierungen und die Bereitstellung langfristiger und niedrig verzinslicher Darlehen ab. (5) Schon zu diesem Zeitpunkt, wie heute, diente die Berufung auf die Grundrechte als Legitimation für die Durchsetzung wirtschaftlicher Vergünstigungen. Im Antagonismus von Presse- und Gewerbefreiheit schrumpften die bürgerlichen Presseideale zum taktischen Instrument für die Durchsetzung von Verlegerprivilegien.

Eine allerdings aus taktischen Gründen abgelehnte Petition — inzwischen war der Presserat in Verruf gekommen — kurz nach der Währungsreform verdeutlicht klassisch diesen Konnex. Unter Berufung auf ihre wirtschaftliche Lage nach der Währungsreform zielte der Antrag auf die pauschale Befreiung aller Verlage vom Lastenausgleich.

„Die bis zur Währungsreform ersparten Betriebsmittel, die fast durchweg nur in Geldform bestanden, sind durch die Währungsreform fast völlig verloren (...). Den durch die Währungsreform entstandenen Verlust des Betriebskapitals hat eine ganze Reihe von Unternehmen noch nicht überwinden können, d.h. sie sind weitgehend auch heute noch kreditbedürftig und müssen bei weiteren von ihnen noch verlangten Leistungen auf eine nicht erträgliche Zeit in Abhängigkeit von Kreditgebern und Interessengruppen geraten. Dies würde die notwendige Unabhängigkeit der Unternehmen gefährden, die sie dringend brauchen, um ihre öffentliche Funktion erfüllen zu können.“ (6)

Da der Presserat sich nicht dem Verdacht aussetzen wollte, man mache sich zum „Interessenvertreter der Verlage“ (7), wurde der Antrag abgelehnt. Wenn den Verlagen nicht die Befreiung vom Lastenausgleich gelang, so konnten sie doch auf dem Umweg über die britische Besatzungsmacht in der Verordnung 185 die Landesregierung auf die Sicherung ihrer Druckanlagen und materielle Erleichterungen verpflichten. (8)

Was den SPD-Tageszeitungen im Rahmen der Verlegerverbände nicht gelungen war, versuchten sie noch 1949 stattdessen über die Partei zu erreichen — die Befreiung vom Lastenausgleich als Privileg für die SPD-Blätter.

„Mit besonderem Nachdruck wurde noch darauf hingewiesen, daß trotz aller Wiedergutmachungsansprüche die Zeitungen zum Lastenausgleich herangezogen werden. Hier wird gefordert, die Presse der SPD so zu behandeln wie man Gewerkschaften und Genossenschaften behandelt, die hinsichtlich ihrer Stellung innerhalb des Wiedergutmachungs- und Lastenproblems gleichgeartet sind.“ (9)

Politisch motivierte Sonderinteressen der SPD-Presse kamen immer dann politisch zum tragen, wenn der Weg über die Durchsetzung der allgemeinen Verlegerinteressen ausgeschöpft war. In ähnlicher Weise argumentiert das Jahrbuch 1948/49, das die speziellen Interessen der SPD den allgemeinen Nöten der Presse unterordnet, die SPD-Presse nur noch als Teil des bürgerlichen Pressesystems begreift. (10)

Bei aller nach außen vorgetragenen Gemeinsamkeit setzte andererseits mit der Währungs-

reform die Konkurrenz der Einzelverlage untereinander ein. Auf Betreiben der Briten beschloß zum Sommer 1948 der Zonenpresserat die Aufhebung der Auflagen- und Gebietsbeschränkung. Gleichzeitig wurde die Papierzwangsbewirtschaftung aufgehoben, so daß die Lizenzzeitungen untereinander in einen freien Wettbewerb treten konnten. Aufgrund der sich abzeichnenden bevorstehenden Lizenzaufhebung wurden sie gezwungen, sowohl im aktuellen Wettbewerb mit der regionalen Konkurrenz der Lizenzpresse des jeweiligen politischen Gegners als auch vorbeugend gegen die potentiell auf den Markt drängenden Altverleger, ihre momentanen Drucker, ein weitmaschiges Netz von Bezirksausgaben herauszugeben, um keine Marktlücken zu lassen. Bis zum Stichtag der Lizenzaufhebung brachten die 71 Lizenzzeitungen der britischen Zone 379 Nebenausgaben heraus, davon 311 Bezirksausgaben und 68 Kopfblätter, im Durchschnitt 5,3 Nebenausgaben pro Zeitung. (11)

Besonders die in den industriellen Ballungsräumen entstandene SPD-Presse versuchte, mehr aus politischen Motiven, mit einer Vielzahl von Bezirksausgaben sich auf dem flachen Land (Westfalen, Niedersachsen, Holstein) auszubreiten.

Da aber die Lizenzpresse nun in der Lage war, ihr Vertriebsgebiet beliebig auszudehnen, verschärfte sich der Wettbewerb und damit der Kostendruck. Durch die gleichzeitige Aufhebung der Auflagenbeschränkung, Voraussetzung für die anvisierte Ausdehnung in Verbindung mit der Aufhebung der Papierbewirtschaftung, wuchsen nach der Währungsreform die Verlagskosten sprunghaft. Zwar gaben dadurch die Besatzungsmächte ein politisches Druckmittel gegenüber der Lizenzpresse auf — über die Papiervergabe Wohlverhalten zu erzwingen — doch durch die Heraufsetzung des Höchstumfangs von 8 auf 12 Seiten und die anziehenden freien Papierpreise ersetzten die Mechanismen des Marktes die direkten Anordnungen. (12)

Bestand zuvor bei der verordneten Preisfestsetzung für Zeitungsdruckpapier und dem chronischen Rohstoffmangel, eine eingeschränkte Papierproduktion, so kurbelten jetzt die Verlage aufgrund des Konkurrenzzwanges die Papierproduktion an. Der Preis stieg binnen kurzer Zeit von 395 DM auf knapp 600 DM pro Tonne. (13)

Diese erzwungenen Kostensteigerungen fanden keinen adäquaten Ausgleich in den Verkaufspreisen, die gehalten werden mußten. Auf Seiten der Zeitungskäufer, auf deren Kosten die Währungsreform sich vollzogen hatte, wurde notwendigerweise aber der Zeitungskauf eingeschränkt. Der Kauf mehrere Zeitungen, wie in Zeiten des Geldüberhangs, war weiten Kreisen der Bevölkerung finanziell nicht mehr möglich, eine Preissteigerung für die Verlage also existenzgefährdend. Nur durch Rationalisierung und Einsparungen

im redaktionellen Teil sowie den Ausbau des Anzeigenwesens konnten die Verlage ihr Defizit auffangen. Da aber durch die aufkommende Konkurrenz in der Praxis der Ausbau des redaktionellen Teils erforderlich war, bot nur ein intensiveres Anzeigengeschäft nach der Wiederherstellung des freien Marktes eine reale Profitchance. Konnten in den Jahren zuvor die Lizenzverlage sich noch eine Auswahl der reichlich angebotenen Anzeigen leisten, wurde jetzt das Anzeigengeschäft existenznotwendig.

„In diesem Jahre überholte der Leiter der Inseratenabteilung den Redakteur und selbst den Vertriebsleiter an Bedeutung und selbstverständlich auch an Wertschätzung bei seinem Verleger. Das Papier war noch immer knapp, aber die Inserate kamen...“ (14)

Hatten die neuen Verleger noch zuvor Kommerzialisierung und Anzeigenabhängigkeit als gefährliche Form der geschmähten Generalanzeigerpresse abgelehnt, durch die Steuerungsmechanismen der freien Konkurrenz stellte sich diese Abhängigkeit bei allen Verlagen perfekt her. Auch die SPD bildete keine Ausnahme, im Gegenteil. Die übertrieben optimistischen Angaben über die eigene Presse in der Außendarstellung (15) können als Angebote an die werbetreibende Industrie gewertet werden, die sich — ihrer neuen Macht bewußt — im Zentralverband der Werbewirtschaft zu einer Kontrollinstanz über die wirtschaftliche Entwicklung der neuen Presse aufschwang. (16) Im Jahrbuch 1948/49 preist die SPD ihre Tageszeitungen als die bessere Geschäftspresse an:

„Durch ihr Vordringen in früher nicht erreichte Kreise sind sozialdemokratische Zeitungen auch heute wirtschaftlich, insbesondere im Anzeigenwesen, ein maßgeblicher Faktor geworden und haben sich auf diesem Gebiet teilweise absolut führende Positionen erworben.“ (17)

Neben den Bezirksausgaben, einer veränderten Form des Materndienstes der Weimarer Zeit, übernahmen sukzessive die Lizenzzeitungen alle diejenigen wirtschaftlichen Charakteristika der Geschäftspresse, die nach dem erklärten Willen aller Beteiligten eigentlich hätte vermieden werden sollen. Von den Altverlegern unterschieden sich die Lizenzzeitungen allgemein und die SPD-Presse speziell nur durch eine andersartige politische Ideologie.

Wegen ihrer angespannten wirtschaftlichen Situation fürchteten deshalb die Lizenzträger die Konkurrenz der abwartenden Altverleger, die ihren Besitz nicht nur über die Währungsreform retten konnten, sondern auch durch die lukrativen Druckverträge noch erweitert hatten. Widerstrebend folgten die Verlage der verordneten Einsicht, zum täg-

lichen Erscheinen überzugehen. Während die britischen Behörden den Übergang zum täglichen Erscheinen im Rundfunk als Erweiterung der Pressefreiheit hervorhoben, betonte Emil Groß (SPD), daß diese Veränderung eine bioße Empfehlung darstelle und verband mit der Schilderung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten die erneute Aufforderung an die Regierungen, die Verlage materiell zu unterstützen. (18) Für seine Partei, die SPD, nutzte er nochmals die Möglichkeit, sich vehement für die Eigentumsrückgabe öffentlich einzusetzen. (19) Durch die lange bekämpfte, bevorstehende Lizenzfreigabe erzwungen, gingen die Lizenzverlage jedoch erst ab 1. Sept. 1948, also vier Wochen vor Lizenzfreigabe, geschlossen zum täglichen Erscheinen über. (20)

Aus der Sicht der SPD wurde diese erweiterte Möglichkeit zur Durchführung der öffentlichen Aufgabe nicht begrüßt, sondern als wirtschaftlich schädlich widerwillig akzeptiert.

„Diese Entwicklung wurde verstärkt durch den Übergang zum täglichen Erscheinen, der auf der einen Seite einen von vielen Ärmern als untragbar empfundene Preissteigerung zur Folge hatte, auf der anderen Seite sehr vielen Zeitungen ihre Existenzbasis erschwerte oder vernichtete, da die Verdoppelung der Erscheinungshäufigkeit und die durch den stärker werdenden Konkurrenzkampf erforderlich gewordene weitere Umfangsvermehrung durch die teilweise Preiserhöhung nicht ausgeglichen wurde. Erhöhung der Löhne und der Preise für Papier vertieften diese Tendenz.“ (21)

Zu welcher plötzlichen Wendung der Ursprungsvorstellungen die Verleger gemeinsam mit der materiell engagierten SPD bereit waren, weist die aus pragmatischen Eigeninteressen herrührende Bekämpfung der Lizenzfreigabe aus.

Noch gestützt auf die Achtung der Öffentlichkeit vor 1949 forderte der Zonenpresserat in der britischen Zone das vormals als kurzfristige Übergangslösung akzeptierte Lizenzverfahren in modifizierter Form auch nach dem Rückzug der Besatzungsmächte staatlich institutionalisiert beizubehalten. Der Zonenpresserat

„stellt fest, daß es erforderlich ist zu unterscheiden zwischen der für die Demokratie unverzichtbaren Freiheit zur Veröffentlichung von Nachrichten und Kommentaren (Publikationsfreiheit) und der Notwendigkeit, die Erlaubnis für die gewerbliche Herausgabe einer Zeitschrift an Bedingungen zu knüpfen. Diese sollte darin bestehen, daß neben der charakterlichen und beruflichen Eignung vor allem auch die politische Zuverlässigkeit der Verleger und Journalisten gewährleistet sein muß-

te, ehe eine Zeitung oder Zeitschrift herausgegeben werden kann.“ (22)

Etwas deutlicher erläutert Emil Groß (SPD) die Beweggründe für diese Entschließung. In der Resolution

„wird zum Ausdruck gebracht, daß die völlige Freiheit zur Herausgabe von Druckwerken aller Art in diesem Zeitpunkt nicht ohne großen Schaden für die demokratische Erziehung des deutschen Volkes und für die Entwicklung einer unabhängigen deutschen Presse gewährt werden könne.“ (23)

Und die wirtschaftliche Entwicklung ignorierend, greift Groß für seine Begründung auf die gesinnungsmäßige Ausrichtung der Presse zurück.

„Wir wünschen als erstes keine Geschäfts-, sondern eine Gesinnungspresse. Das muß nicht unbedingt eine Parteipresse sein.... Nach unserer Meinung sollten Zeitungen keine Waren im üblichen geschäftlichen Sinne sein. Wer keine Geschäfts- sondern eine Gesinnungspresse will, wird mir zustimmen, daß die Gründung und Führung einer Zeitung an bestimmte Voraussetzungen gebunden sein sollte, welche von denen der Gründung eines Warengeschäftes grundlegend abweichen.“ (24)

Lizenzverleger und ihre Anhänger erstrebten unter Berufung auf demokratische Ideale ein durch sie gesteuertes, selbstverwaltetes Konzessionssystem für die Presse, das ihnen als Gesamtgruppe ein Verlagsmonopol sichern sollte. (25) Was in ihrem Sinne gegen Altverleger und KPD gerichtet war, und dessen gesetzliche Verankerung sie anstrebten, ideologisierte die wirtschaftliche Angst der Lizenziaten um ihre errungenen Privilegien, deren sie um keinen Preis verlustig gehen wollten. Nach der wirtschaftlichen Krise der Währungsreform fühlten sich die Lizenzverlage durch die angekündigte absolute Pressefreiheit existenziell gefährdet.

Anmerkung

Leider kann im Rahmen dieser Arbeit, deren Darstellung zur Lizenzphase schon weit ausgedehnt wurde, nicht eine genauere Betrachtung der Zusammenhänge um die Lizenzaufhebung erfolgen. Da aber in der Publizistikwissenschaft die Kampagnen und Beschlüsse kaum beachtet werden, sei ein kurzer aktueller Hinweis gestattet. Die Resolutionen und Erläuterungen des britischen Zonenpresserats zum Thema Lizenzaufhebung sowie seine Entwürfe zu einem Bundespressegesetz lesen sich heute wie der vorweggenommene „Radikalerlaß“ auf pressepolitischem Gebiet. Da sich die neuen Verlagsherrn noch nicht der bürgerlichen Selektionsmechanismen sicher waren, erarbeiteten sie in Anlehnung an die abstrakten Argumente gegen die Lizenzaufhebung einen Pressegesetzentwurf aus, der ihre politischen Interessen sichern sollte. In Vorwegnahme des seit 1977 existierenden §130a und 131 StGB wird im Rahmen einer absoluten ständischen Presseselbstkontrolle vorgeschlagen:

Allein am entschiedenen Einspruch der Besatzungsmächte, die sich selbst endlich aus der inzwischen ungeliebten pressepolitischen Verantwortung entlassen wollten, scheiterten die ständischen Pläne der Lizenziaten, ihre Privilegien auf Dauer formal abzusichern. Noch verfügten die Verleger über nicht genügende Macht, um dem Staat ihre politischen Interessen aufzwingen zu können. Major Huijsman erteilte den Bestrebungen — als Privatperson — eine klare Absage.

„Besonders wenn man in der amerikanisch besetzten Zone von den Bestrebungen zur Schaffung eines Lizenzierungsgesetzes spricht, habe ich immer das Gefühl von Ansätzen zu einer neuen Tyrannei. Ich selbst glaubte immer, die Lizenzierung sei nur eine Phase für bestimmte Zwecke der Militärregierung. (...) Ich halte es daher für gefährlich, daß etwas, was nur für Kontrollzwecke der Militärregierung eingerichtet wurde, später einer Verwaltung übertragen wird, die eigentlich, so hoffen wir, nicht die Militärregierung fortsetzen soll. Darum möchte ich Sie (den Zonenpresserat, d. Verf.) bitten, wenn Sie in der britisch besetzten Zone diese Angele-

„Aufreizung zu strafbaren Handlungen.

Wer durch den Inhalt oder die Aufmachung einer Veröffentlichung mittelbar oder unmittelbar zu strafbaren Handlungen auffordert oder aufreizt, wird bestraft.

Verbreitung verwerflicher Gedanken.

Wer durch Inhalt oder Aufmachung, falsche oder einseitige Darstellung in einem Druckwerk gewaltpolitische Gedanken (nationalsozialistische und andere) militaristische und rassenhetzerische Gedanken verbreitet oder den Frieden gefährdet, wird wegen Friedensstörung bestraft.“ (26)

Als Strafmaß forderte der Entwurf neben der strafrechtlichen Verfolgung ein Berufsverbot für die betroffenen Journalisten. Mit einiger Gutwilligkeit könnte man diesen unberücksichtigt gebliebenen Entwurf hinnehmen, wenn man die zitierten Klauseln als Antifaschismus einordnet.

Von größerer Tragweite ist allerdings die Umsetzung dieser Ideen in das kodifizierte Rechtssystem, im Presserecht von Nordrhein-Westfalen. Im §4 des Gesetzes zur Berufsausübung von Verlegern, Verlagsleitern und Redakteuren vom 17.11.1949 heißt es:

„Die Landesregierung kann ferner Verlegern, Verlagsleitern und verantwortlichen Redakteuren die Berufsausübung untersagen, wenn sie ihre berufliche Tätigkeit gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, insbesondere zur Verbreitung nationalistischer, totalitärer, rassen- und völkerverhetzender Gedanken mißbrauchen oder mißbraucht haben.“ (27)

Erst in einer Entscheidung vom 6. Oktober 1959 durch das Bundesverfassungsgericht wurde dieser Passus für nichtig erklärt. (28) Nicht betroffen blieben die Bestimmungen des §3, der die Berufsausübung von Redakteuren verbot, die

„a) die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzen (...)

e) wegen Beleidigung, übler Nachrede, Verleumdung oder Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener rechtskräftig bestraft sind, sofern diese Tat in böswilliger Absicht und in Ausübung des Berufes begangen worden ist.“ (29)

Im Zusammenhang mit dem Adenauererlaß (vom 19.9.1956: Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung) betreffs KPD-Mitglieder im Staatsdienst dokumentieren diese gesetzlichen Bestimmungen, daß der bundesdeutsche Radikalerlaß und die freiheitliche demokratische Grundordnung als staaterhaltender Kampfbegriff auch auf dem Gebiet des Pressewesens in der BRD über eine langjährige Tradition verfügen und nicht erst ein Produkt der jüngsten Gegenwart darstellen.

genheit besprechen, nicht den Gedanken an ein Lizenzgesetz zu hegen, sondern sich vielmehr dafür einzusetzen, daß die Militärregierung schließlich einmal die Lizenzierung als Kontrollinstrument ganz abschafft.“ (30)

Nicht allein gegen die demokratische Institution Lizenzpresse mußten die Westmächte ihre Konzeption einer freien Presse durchsetzen, auch bei den deutschen Länderregierungen bestanden pressepolitisch autoritäre Vorstellungen, in den immer wieder zurückgewiesenen Vorlagen für die Landespressegesetze den Einfluß des Staates auf die Presse zu erweitern. Doch auch noch als die Gefahr durch die beharrliche Zurückweisung der Gesetzesentwürfe für die Lizenzträger gebannt war, diente der Verweis auf den notwendigen Schutz der Pressefreiheit gegen den Staat den Verlegern zur Begründung ihres ständigen Anspruchs auf Beibehaltung eines Lizenzierungssystems in Selbstverwaltung. (31)

Die allgemeine Generallizenz, erlassen im Gesetz Nr. 5 der drei westalliierten Hochkommissare, gültig ab 21. September 1949, eingeschränkt nur durch die alliierten Vorbehaltsrechte, erfolgte gegen den Willen der Mehrheit der damaligen deutschen Verleger. (32) Entgegen ihrer ursprünglichen Absichten konnten die Hochkommissare diese Generallizenz erst herausgeben als auch im letzten Bundesland eine in ihrem Sinne befriedigende Pressegesetzgebung erfolgt war. Deshalb fällt die Wiederherstellung des freien Marktes auf dem Pressesektor zeitlich nicht zusammen mit der Gründung der Bundesrepublik. Schon ab 1948 waren die Alliierten bereit gewesen, ihre einschränkenden Vollmachten aufzugeben; der Widerstand von Landesregierungen und Lizenzpresse gegen die Konzeptionen verhinderte eine frühere Freigabe.

Für die SPD brachte die Frage der Lizenzfreigabe ein regionales Dilemma, einerseits unterstützten die Partei und ihre Repräsentanten nach Kräften die Beibehaltung des Lizenzsystems in der britischen Zone, die der relativ etablierten SPD-Presse nur Vorteile bringen konnten, während für die amerikanische Zone die Partei nur durch Lizenzaufhebung hoffen konnte, in diesem Gebiet publizistisch Fuß zu fassen. Nach außen bezog die Partei keine klare Stellung, doch die verwendeten Vokabeln zur Lizenzaufhebung lassen auf eine mehr als reservierte Haltung gegenüber dieser Maßnahme schließen. Es wird vom „plötzlichen Fallenlassen der Lizenzierungsvorschriften seitens der Militärregierungen“ gesprochen oder geklagt: „In diese Situation platzte die Lizenzfreigabe hinein.“ (33) Nur mit verhaltener Genugtuung wird die Möglichkeit zur Wiedergründung von Parteizeitungen in der US-Zone konstatiert (34), während die Folgen der Freigabe für die parteieigene Presse der britischen Zone ausschließlich negativ beurteilt werden.

„Nicht gerechnet wurde aber damit, daß zum gleichen Zeitpunkt auch für die britische Zone die Lizenzbestimmungen aufgehoben wurden. Durch diese Maßnahmen wurde die Situation der Presse in der britischen Zone ziemlich ernst. Auch unsere Blätter mußten sich sehr gegen die neu entstandene Heimat- und Generalanzeigerpresse zur Wehr setzen. Und teilweise auch nicht unbeträchtliche Verluste in Kauf nehmen.“ (35)

In der Gesamttendenz betrachtete die SPD die Lizenzfreigabe also zumindest als überbittelt, wenn nicht indirekt eine Beibehaltung befürwortet wurde.

1.6.2. Die Stellung der SPD-Tageszeitungen am Ausgang der Lizenzphase

Diese plötzliche Zurückhaltung der SPD in der Frage der Lizenzaufhebung liegt wiederum in der Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung der SPD-Tageszeitungen begründet. Kurzfristig, etwa bis Herbst 1948, hatte sich für die SPD-Presse vorübergehend eine auflagenmäßige Verbesserung ihrer Situation ergeben. Auf eine Fragebogenaktion des Parteivorstands bei den SPD-Zeitungen gingen überwiegend positive Antworten ein: „Auf die Frage: ist durch die Währungsreform eine Veränderung der Auflage hervorgerufen worden? gab es elf bejahend und zwei verneinende Antworten.“ (1) Für die britische Zone erbrachte die Auswertung „durchschnittlich ein verhältnismäßig starkes Ansteigen der Auflagenziffer nach der Währungsreform..., im Gegensatz zur französischen Zone, die teilweise bis zu 50%ige Abnahmen der Gesamtauflagen zu verzeichnen hatte.“ (2) Während der Bericht für die rein ländlichen Gebiete einen Auflagenrückgang konstatierte, stellte die SPD erfreut einen Anstieg in stark industrialisierten Bezirken fest. (3) Der durchschnittliche Aufwuchs von 10% zwischen Juni und Herbst 1948 für die SPD-Zeitungen der britischen Zone, verleitete Heine auf dem Parteitag 1948 zu der optimistischen Einschätzung:

„Jetzt ein Vierteljahr danach, können wir mit Befriedigung feststellen, daß fast alle SPD nahestehenden Zeitungen in der britischen Zone die Bewährungsprobe nicht nur überstanden, sondern auch erfolgreich bestanden haben und in den meisten Fällen neue Leser hinzugewonnen haben.“ (4)

In seinem Optimismus übertrieb Heine, trotz der von ihm selbst errechneten Zahlen, wenn er ausführte, die Partei verfüge über 17 Zeitungen mit „über 2.600.000 Auflage“.

„Mehr als zehn Millionen lesen heute sozialdemokratische Zeitungen.“ (5) Die kurz zuvor erstellten Berechnungen des Parteivorstandes hatten nur rund 2,4 Mill. Exemplare ergeben. In seiner Rede für die Parteibasis, die den neuen Glanz der SPD-Presse allein retrospektiv aus dem Vergleich mit der Pressesituation vor 1933 erborgte, vergaß Heine, eine differenzierte Analyse der realen Situation vorzulegen. Denn:

1. Der vorübergehende Auflagenanstieg der SPD-Presse muß als kurzfristiges Phänomen nach der Gebietsfreigabe betrachtet werden, als alle Zeitungen mit erhöhten Auflagen in Gebiete der Konkurrenz einzubrechen versuchten. Dieser Auflagenerfolg bedeutete noch keine langfristige Absatzkonsolidierung.
2. Außer der NEUEN RUHR ZEITUNG konnte keine der SPD-Zeitungen bis zum Herbst 1948 eine nennenswerte Auflagensteigerung erreichen.
3. Dafür sind die Verluste der beiden SPD-Organen in Schleswig-Holstein schon zu diesem Zeitpunkt so gravierend (SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE VOLKSZEITUNG — 13,7%, LÜBECKER FREIE PRESSE — 37,5%), daß bei der geringen Ausgangsauflage ein Absinken unter die Existenzgrenze drohte.
4. In der französischen Zone betrug der Durchschnittsverlust der Parteizeitungen 30%. Am schwersten traf die Währungsreform die Berliner Blätter, die ein Auflagenminus von 30,09% hinnehmen mußten.
5. So konnte zwar in der britischen Zone ein Auflagenanstieg um 10% festgestellt werden, aber insgesamt sank die SPD-Presse in allen Zonen um 240.000 Exemplare (= 9,3%) auf 2.426.114 ab. (6)

Diese absolute Abnahme erhöht sich noch gemessen an der steigenden Gesamtauflage aller Lizenzzeitungen, die zwar mit ähnlichen Schwierigkeiten wie die SPD-Presse zu kämpfen hatten, aber wegen ihrer bürgerlichen Ausrichtung eher in der Lage waren, sich den veränderten Bedingungen des neuen Marktes anzupassen.

Mit einer gewissen Verzögerung offenbarte sich für die SPD-Presse und auch für den optimistischen Vorstand in Hannover die realen Folgen der Währungsreform erst im Verlauf des Jahres 1949. An der eigenen Fehleinschätzung vom 1948er-Parteitag festhaltend, gestand der Vorstand (Heine) die negative Entwicklung zu spät ein, ohne entsprechende Konsequenzen zu ziehen.

„Während man am Ende des Jahres 1948 feststellen konnte, daß die Mehrzahl der Lizenzzeitungen, und darunter auch fast alle sozialdemokratisch tendierenden Blätter, den großen Währungsschnitt gut überstanden hatten und sich zum Teil in einer Konsolidierungs- und Aufwärtsentwicklung befanden, so veränderte die 1949 sichtbar werdende Wirtschaftskrise das Bild erheblich.“ (7)

Doch statt die eigene Pressepolitik kritisch zu überprüfen, wurden die Ursachen in äußeren Faktoren, der verfrühten Lizenzaufhebung, dem Übergang zum täglichen Erscheinen und bei der allgemeinen Wirtschaftskrise gesucht, in der aber die bürgerliche Konkurrenz reüssierte. Trotz des bei allen Tageszeitungen der SPD sich deutlich abzeichnenden Auflagenrückgangs prognostizierte das Jahrbuch 1948/49 weiterhin eine günstige Entwicklung. Selbst der eingestandene massive Verlust der drei Parteizeitungen in der französischen Zone, Hauptgrund für die erzwungene Einstellung des WÜRTEMBERGERS (Reutlingen), der binnen eines Jahres von 48.000 auf 12.000 Exemplare abgesunken war, bildete für die Partei keinen Anlaß zu grundsätzlichen Reflektionen. (8)

Vereinzelte Warnungen an die Adresse des Parteivorstandes blieben unberücksichtigt. Günter Markscheffel (Mainz), wies den Vorstand darauf hin, daß „der publizistische Einfluß der SPD in Westdeutschland derartig rapide im Schwinden begriffen war, daß man sich ausrechnen könne, wann die überparteiliche Presse das absolute Publikationsmonopol haben wird“. Auch für Nordrhein-Westfalen wurden eine ähnliche Entwicklung beobachtet, wenngleich auch nicht in dieser krassen Form. Allerdings zeigte ein Vergleich der Auflagen zwischen den SPD- und CDU-Zeitungen ein Übergewicht der CDU-Presse von annähernd 150.000 Exemplaren. (9)

Analysiert man die in Tabelle 6 präsentierte Auflagenentwicklung über einen Zeitraum von knapp 1 1/2 Jahren, so zeichnet sich für die SPD-Tageszeitungen eine erschreckende Bilanz ab. Selbst bereinigt um die Zahlen von Oktober 1949, ein Monat nach Lizenzfreigabe, stürzte die SPD-Presse in ihrer Hochburg, der britischen Zone, im Vergleich zwischen Juni 1948 und Juni 1949 um knapp 20%, während im gleichen Zeitraum ein Anstieg der Gesamtauflage um 11,1% zu konstatieren ist. (10) Die kurz nach der Währungsreform erreichte Stabilisierung auf gleichem Niveau — nur gültig in der britischen Zone, während in den beiden übrigen Gebieten die Auflagen um rund ein Drittel absackten — konnte nicht mehr bis zur Lizenzfreigabe gehalten werden.

Einzig die NEUE RUHR ZEITUNG mit einem Verlust von 2,7% behauptete ihre Position vom Juni 1948 knapp im ersten Monat nach Lizenzfreigabe. Bei den übrigen SPD-Blättern lagen die Verluste sämtlich über einem Fünftel, wobei die britische Zone mit

Tabelle 6

Auflagenentwicklung der SPD-verbundenen Tageszeitungen
zwischen Juni 1948 und Oktober 1949

Titel	Juni 48	Juli 48	Okt.48	Veränderung Okt.48 zu Juni48 in Prozent	Jan.49	Juni 49	Okt.49	Veränderung Okt. 49 zu Juni 48 in
		in Tausend Exp.	Exp.			in Tausend Exp.	Exp.	
Britische Zone:								
Aachener Nachrichten	50	39	50	0	51	49	*	-
Freie Presse Bielefeld	142	152	156	+9,9	153	148	115	-19
Westfälische Rundschau	365	360	369	+1,0	352	247	275	-25
Rhein Echo Düsseldorf	152	150	152	0	144	138	80	-47
Neue Ruhr Zeitung Essen	113	137	142	+25,7	148	145	110	-2,7
Hamburger Echo	230	222	240	+4,3	187	152	130	-44
VZ Kiel	114	97	98	-14,1	84	78	53	-52
Rheinische Zeitung Köln	198	-	120	-39,4	119	122	70	-64
Hannoversche Presse	342	324	340	-0,6	350	302	260	-24
Lübecker Freie Presse	80	55	50	-37,5	39	31	27	-66
Nordwestdeutsche Rundschau Wilhelmshaven	100	99	100	0	99	87	62	-38
Britische Zone GESAMT	1.886	-	1.817	-0,8	1.726	1.499	1.128	-40
<u>Berlin, britischer Sektor:</u>								
Sozialdemokrat	101	-	91	-10,0	-	-	20	-80
Spandauer Volksblatt	60	-	50	-16,7	49	44	30	-50
Telegraf	550	-	350	-36,4	395	282	240	-54
Berlin GESAMT:	711	-	491	-31,0	ca444	ca326	300	-57
<u>Französische Zone:</u>								
Das Volk Freiburg	60	44	39	-35,0	29	24	20	-66
Die Freiheit Mainz	60	52	35	-41,6	41	38	34	-43
Der Württemberger	46	28	23	-50,0	12	12	eingestellt	-
Französische Zone GESAMT:	166	134	97	-41,6	82	74	54	-77,5
Alle Zonen, alle SPD-verbundenen Tageszei- tungen	2.763	-	2.405	-13,0	2.252	1.849	1.482	-46,4

Quellen:

SPD - Entwicklung der bezahlten Auflage der einzelnen SPD-zeitungen, Hannover (Herbst 1949). In: Fischer, Heinz-Dietrich
 Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. (Sammlung Heine) a.a.O. S. 272.
 Eigene Berechnungen

einem Gesamtverlust von durchschnittlich 40% im Vergleich noch am günstigsten abschneidet. Wenigstens sechs Zeitungen rutschten unter den von den Engländern gesetzten Wirtschaftlichkeits-Standard von 50.000 Exemplaren ab, sie waren existenziell bedroht. Nur dank der zuvor zugewiesenen Großauflagen konnten die übrigen Verlage trotz der immensen Verluste eine Mittelposition in der Größenklasse um 100.000 und mehr halten. Statt der von Heine noch 1948 als konsolidiert gepriesenen Gesamtauflage von 2,6 Millionen verblieb den SPD-Tageszeitungen der Lizenzphase binnen eines Jahres nur noch eine um mehr als eine Million geschrumpfte Auflage von knapp 1,5 Mill., ein Rückgang um rund die Hälfte.

Während die gesamte Presse eine spürbare Ausdehnung vornehmen konnten, stagnierten die SPD-Blätter in der Zeit nach der Währungsreform und gingen dann auflagenmäßig bis zur Lizenzaufhebung zurück. Die aus Zeiten des absoluten Monopols stammende Stellung konnte nicht über die Phase der eingeschränkten Konkurrenz in die Zeit nach der völligen Lizenzfreigabe hinübergerettet werden. Die erstrebte Absicht der Partei, die populäre sozialdemokratische Volkszeitung fest in der Leserschaft zu etablieren, mußte zumindest teilweise zurückgenommen werden.

1.6.3. Die Vorbereitungen der SPD für die Lizenzfreigabe

Obwohl angesichts dieser bedrohlichen Entwicklung für die gesamte SPD-Presse direkte Maßnahmen zur Konsolidierung unbedingt erforderlich gewesen wären, konzentrierte man sich äußerlich mehr auf die Kompensation der Verluste durch die bevorstehende Einrichtung von Parteizeitungen in der amerikanischen Zone. Entgegen der Einschätzung von Fischer, brachte die mit konventionellen Mitteln betriebene Kampagne um Neuabonnenten für die britische Zone, durch die traditionelle Institution des Zeitungsträgers eingeleitet, keine spürbare finanzielle Verbesserung. (1) Obwohl parteiöffentliche Analysen vorlagen, die die Möglichkeiten für die Konkurrenzfähigkeit neuer Parteizeitungen in der US-Zone skeptisch beurteilten, wurden trotzdem Vorbereitungen zur Wiedergründung getroffen. Wahrscheinlich auf Druck der süddeutschen Bezirke sollten in Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Heilbronn, Nürnberg und München neue Parteizeitungen eingerichtet werden.

Noch im Oktober 1948 hatte Heine die Wettbewerbsnachteile für die amerikanische Zone konstatiert:

„Es stimmt zwar im Prinzip, daß jeder unter der künftigen Zeitungsgewerbefreiheit Zeitungen herausgeben kann, und daß dadurch auch die Parteien die Möglichkeit dazu erhalten. Das ist jedoch nur Theorie. Die Praxis ist anders. Die gegenwärtig bestehende Gemeinschaftspresse ist eingeführt und bei der traditionsgebundenen deutschen Leserschaft wird sie nur durch geistig leichtere Kost und größeren Aufwand an Propaganda und Ausstattung eines Teils ihrer Leser verlustig gehen. Daß kann erfolgreich nur mit großem Kapitaleinsatz und unter Verzicht auf erzieherische Aufgaben erfolgen. An einer Geschäftspresse dieser Art ist nur der Geschäftsmann aus Industrie oder Handel interessiert und nur er kann eine solche Geschäftspresse finanzieren. Die Parteien haben weder die in die Hunderttausende, wenn nicht in die Millionen gehenden Mittel zur Finanzierung einer solchen Presse, noch können sie es als ihre Aufgabe ansehen, den Typ Generalanzeiger wieder einzuführen. Ihre Aufgabe ist es, volkstümliche Zeitungen zu schaffen, die den Leser politisch informieren, ohne daß dabei verdeckt wird, welcher politische Standpunkt hinter dieser Information steht.“ (2)

Und gleichfalls noch 1948 hatte Erna Büssing im NEUEN VORWÄRTS prophezeit:

„Diese Zeitungsgründungen werden mit unendlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Zeitungen, die während des Geldüberhangs gegründet wurden, konnten das Geld wertbeständig anlegen.“ (3)

Doch entgegen dieser Erkenntnisse, die eigentlich in ihrer Konsequenz die Gründung neuer Parteizeitungen hätte verhindern müssen und trotz der angespannten wirtschaftlichen Lage der SPD-Tageszeitungen in den übrigen Zonen, wurden die Vorbereitungen für die Wiedergründungen unvermindert vorangetrieben. Aus der Gesamtkonstellation lassen sich drei vermutliche Gründe für diese wirtschaftlich fast völlig aussichtslosen Experimente anführen:

1. Nach langem Ringen hatte die SPD 1948/49 mehrere Druckbetriebe in der US-Zone zurückerhalten, die jetzt auch im Sinne der Partei für die Parteipresse genutzt werden sollten. (4)
2. Aus politischen Prestige Gründen gegenüber der Besatzungsmacht und gegenüber der Parteibasis war es für die SPD undenkbar, nachdem man fast vier Jahre auf den verschiedensten Ebenen um die Zulassung von Parteizeitungen gekämpft hatte, jetzt nach Lizenzfreigabe freiwillig aus finanziellen Gründen zu verzichten.

3. Der pressepolitische Anspruch der Sozialdemokratie, überall mit Parteizeitungen bei der Wählerschaft präsent zu sein, in allen Gebieten eine Alternative gegen die bürgerliche Presse zu errichten, die pauschal als „direkt oder indirekt gegen die Sozialdemokratie gerichtet“ (5) betrachtet wurde, dieser Dienst am Wähler = Leser zwang die Sozialdemokratie in ihrem Selbstverständnis, jede Chance in der amerikanischen Zone wahrzunehmen.

Im Gegensatz zum allmählichen Hinüberwachsen in das pragmatisch-wirtschaftlich orientierte Pressesystem der britischen Zone dominierten bei der Wiedergründung im süddeutschen Raum die politischen Motive. Gegen die anerkannten ökonomischen Schwierigkeiten glaubte man durch gemeinsame politische Anstrengungen, die privatwirtschaftlichen Zwangsmechanismen, die man schon lange akzeptiert hatte, unterlaufen zu können.

„Aber wir wissen, daß wir diese neuzeitliche Presse nicht deshalb schaffen werden, weil wir die Unterstützung durch eine verständige Pressepolitik der Besatzungsmacht hätten — sondern daß wir sie trotz der Pressepolitik der Besatzungsmacht schaffen werden — weil wir uns auf unsere eigene Kraft verlassen können.“ (6)

Gestützt wurde diese unberechtigte Hoffnung auf die Annahme, daß die Lizenzzeitungen wegen der noch nicht erworbenen eigenen Druckanlagen in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten könnten, die den Produktionsmittelbesitzern, also auch der SPD, eine Chance im Wettbewerb eröffnen würden:

„Während wir in der US-Zone die Mehrzahl der von den Nazis geraubten technischen Betriebe 1948/49 zurückerhielten, konnten wir Zeitungen erst herausbringen, als die Zeitungsherausgabe auch den ehemals gleichgeschalteten Verlegern gestattet wurde und die amerikanischen Lizenzierungsorgane offenbar annahmen, daß die Position der von ihr geschaffenen Lizenzpresse unanfechtbar geworden sei. Diese Erwartung erwies sich jedoch in einer Reihe von Fällen als irrig, da die amerikanischen Behörden trotz unserer und der Warnungen der Lizenzpresse vielfach nicht die wirtschaftlichen und technischen Sicherungen ermöglicht hatten, um der gesamten Lizenzpresse die Chance eines echten Vorsprungs zu geben. Die Besitzer der Produktions- und Geldmittel (vielfach identisch mit reaktionären Altverlegern) hatten die besseren Chancen.“ (7)

In der Hoffnung auf einen Rückgang der Lizenzpresse gründeten die Sozialdemokraten 1949 in den ersten Monaten nach Lizenzaufhebung sechs Tageszeitungen in der amerikanischen Zone. (Tabelle 7)

Mit solchen Kleinstauflagen, die zudem noch über größere Regionen streuten, bildeten diese fast im Sinne der Weimarer SPD-Presse traditionell zu nennenden SPD-Kleinstzeitungen von Beginn an keine ernsthafte Konkurrenz für die großen Lizenzblätter. Trotz gegenteiliger Beteuerungen bestand für diese Nachgründungen von Beginn an keine „bessere Chance“. Ihre Auflagen verdeutlichen, daß sie im Pressegesamtsystem kaum überleben konnten, und finanzielle Mittel zur redaktionellen Förderung konnte die Partei auch nicht aufbringen.

Ein freiwilliger Verzicht auf Parteizeitungen in Süddeutschland oder eine Beschränkung auf mehrere Wochenzeitungen bei gleichzeitiger Konzentration auf den Ausbau der etablierten Parteitageszeitungen in der britischen Zone wäre für die SPD-Parteipolitik in der Situation der Lizenzaufhebung von Vorteil gewesen. Durch den Versuch, überall in der BRD präsent sein zu wollen, die Heterogenität der verschiedenen Objekte und ohne klare Konzeption hat die SPD 1948 - 49 eine entscheidende Möglichkeit zur langfristigen Sicherstellung ihrer pressepolitischen Interesse nicht wahrgenommen.

Tabelle 7Neugründungen von SPD-Tageszeitungen in der amerikanischen Zone
nach Lizenzfreigabe im Oktober 1949

Erscheinungsort	Titel	Startauflage
Heilbronn	Neckar-Echo	4000
Hof/Saale	Oberfränkische Volkszeitung	22000
Karlsruhe	AZ-Badische Abendzeitung	5000
Mannheim	AZ-Badisch-Pfälzische Abendzeitung	15000
Nürnberg	Fränkische Tagespost	22000
Stuttgart	AZ-Württembergische Abendzeitung	6000
Gesamtauflage in der ehemaligen US.-Zone:		74000

Quelle:

SPD- Entwicklung der bezahlten Auflage der einzelnen SPD-Zeitungen. Hannover (Herbst 1949. IN. Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. (Sammlung Heine). a.a.O. S.272

2. Die SPD-Tageszeitungen 1949 bis 1953 in der Phase der ersten Pressekonzentrationswelle

2.0.1. Vorbemerkung — Zur Quellenlage

Jede konkret historische Analyse trifft in ihrem geschichtlichen Abriß auf das Problem einer qualitativ unterschiedlichen Quellenlage. Manche Phasen sind mit überreichem Material belegt, während andere Abschnitte kaum mit fundierten Quellen nachvollziehbar sind oder nur eine bloß quantitativ stattliche Zahl von Primärmaterialien existiert. In der Wissenschaft neigt man nur allzu gern dazu, entweder diese Schwächen zu überdecken oder das wenige Material zu sporadischen Problemen über Gebühr zu bewerten, d.h. die wenigen Quellen in extenso auszuschöpfen, um so ein äußerliches Gleichgewicht zwischen den einzelnen Phasen vorzuspiegeln.

Diese Problematik stellt sich bei der SPD-Tageszeitungen im Ablauf der bundesrepublikanischen Pressegeschichte. Während die zugänglichen Materialien zur Lizenzphase auch qualitativ noch längst nicht vollständig analysiert wurden, versiegen die Quellen nach 1949 — trotz weit besser ausgebauter Kommunikationsmittel — über die Presse zu einem qualitativ recht dünnen Fundus — äußerlich als breiter Strom von Nachrichten sich darbietend. Grundsätzliche und kontroverse Fragen werden mit dem Anwachsen der BRD im reziproken Maßstab weniger öffentlich diskutiert. Gerade die Primärmaterialien über die SPD-Tageszeitungen und ihr Umfeld versiegen im Verlauf der 50er Jahre fast vollständig. Hieraus kann nicht gefolgert werden, daß keinerlei Aktivitäten und Strukturdebatten stattgefunden hätten. Vielmehr wurden diese Auseinandersetzungen in den Arkanbereich der Partei und des Privat-Verlages zurückgenommen, der sich nach Einführung des Tendenzschutzparagraphen der verschiedenen Fassungen des Betriebsverfassungsgesetzes auch lückenlos gegen die eigenen Belegschaftsvertreter abschottete.

Während noch in der Lizenzphase und kurz danach eine direkte Konkurrenz zwischen den divergierenden Interessengruppen und Institutionen im Pressesektor (Lizenzverlage, Altverleger, Parteien, Besatzungsbehörden, Staat) öffentlich stattfand, weil jede Gruppe in dem noch offenen Rahmen ihre Vorstellungen durchzusetzen versuchte, waren zu Beginn der 50er Jahre die Verhältnisse so festgeschrieben, die Interessen aller Beteiligten wieder vereinheitlicht (Zusammenschluß der Lizenz- und Altverleger), daß aus ihrer Sicht keine Veranlassung für einen auch nach außen getragenen Streit mehr bestand.

Die Ausblendung der Pressefragen aus dem öffentlichen Interesse, begünstigt durch wachsende Stabilität, findet ihren Niederschlag in den Materialien, die zwar quantitativ zunehmen, inhaltlich jedoch nicht einmal mehr das Bestehende apologetisch verteidigen, sondern nur noch pragmatisch-technokratisch den oberflächlichsten Entwicklungen Rechnung tragen. Ähnlich den politischen oder parteipolitischen Gesamtdarstellungen der Geschichte der BRD bildet auch pressegeschichtlich die „Adenauerära“ einen, wenn auch kaum eingestandenen, „weißen Felck“, aus dem allein einige prägnante Schlaglichter (Wiederbewaffnung, KPD-Verbot, Godesberger Parteitag der SPD) in der kritischen Analyse herausragen. Unter der Dunstglocke dieser tendenziell obrigkeitsstaatlichen Zeit des heraufdämmernden Wirtschaftswunders, gedeckt durch die oktroyierte politische Apathie, fanden politische Ereignisse kaum noch öffentlich statt. Erst in den ausgehenden sechziger Jahren brachen die Gegensätze wieder erkennbar durch und erzwangen so eine breitere öffentliche Diskussion.

Mit dieser pauschalen Legitimation soll nicht nur mangelnde Archivarbeit entschuldigt, sondern auf objektive Schwierigkeiten in der Erforschung dieser Phase verwiesen werden. Umgekehrt soll dem Eindruck vorgebeugt werden, daß die scheinbar systematische Darstellung auch nur ansatzweise die tatsächliche Totalität, allein auf dem Pressesektor, erfassen könnte. Der kontinuierliche Zusammenhang wird mehr aus bruchstückhaften Einzelteilen rekonstruiert, wobei entscheidende Punkte mangels Zugang ausgespart bleiben. Gerade im Pressesektor, verstanden als Wirtschaftssektor, senkte sich nach der BRD-Gründung wie selbstverständlich ein Schleier der Geheimhaltung über das scheinbar Private, nicht „Öffentliche“. Schon 1951 erkannte der bayerische (!) Journalistenverband die sich abzeichnende Entwicklung:

„Wenn auch glücklicherweise noch kein eiserner Vorhang, so hat sich doch bereits ein undurchsichtiger Vorhang vor die inneren Verhältnisse der westdeutschen Presse gesenkt, um sie den Augen der Öffentlichkeit und nicht zuletzt jenen der amerikanischen Beobachter zu entziehen. Diese Verdunkelung hat ihren Grund in dem Wunsche, eine Entwicklung zu verschleiern, die die ursprünglich gehegten Erwartungen nicht erfüllt, weil zu viele mit einer hohen Aufgabe betrauten Verleger den gestellten Anforderungen nicht entsprochen haben...“ (1)

Die zur Verhinderung dieser Verschleierung notwendige gesellschaftliche Gegenbewegung war zu schwach, um die Verleger zur Offenlegung ihrer Verhältnisse zu zwingen oder sie auch nur unter Legitimationsdruck zu setzen. Die SPD, obwohl als parlamentarische Opposition dazu berufen, gehörte selbst zu den Kräften, die aus Eigeninteressen an einer Verschleierung interessiert waren.

2.1. Die Rückkehr der Altverleger / Zeitungsneugründungen

Mit der Generallizenz vom Herbst 1949 fand rechtlich die „goldene Käfig“-Periode (2) der Lizenzphase für die Presse ihr Ende. Formal und juristisch wurde die freie Konkurrenz im Pressesektor wiederhergestellt. Nach der selbstgesetzten Ideologie der Besatzungsmächte und der publizistischen Vertreter der freien Marktwirtschaft wurde erst jetzt die Pressefreiheit in Nachkriegsdeutschland wieder vollständig hergestellt. Sie setzten Gewerbefreiheit und Pressefreiheit identisch und gingen von der These aus, „daß von echter Pressefreiheit erst dann die Rede sein dürfe, wenn der Wind des freien Wettbewerbs durch den Blätterwald fahre. Erst mit dem Hinsinken des Monopols beginne der Kampf der Leistung.“ (3)

Jedoch nicht die ehemaligen Lizenzträger vertraten diese Theorie, sondern anfänglich fast ausschließlich die wieder zugelassenen „Altverleger“, die Besitzer der vormals gleichgeschalteten Verlage. Hatten sie vorher gegen die Lizenzpresse als „Besatzungspresse“ polemisiert, somit zugleich die Tendenz zur feudalistischen Überhöhung des zugesprochenen Privilegs auf Lizenzträgerseite provoziert, konnten sie jetzt endlich die Auseinandersetzung auch praktisch aufnehmen. „In den Formulierungen der Altverleger erhielt der Begriff Lizenzpresse mit dem auf die Herkunft der Blätter als Quasisprachrohre der Alliierten verwiesen wurde, eine zunehmend diskreditierende Bedeutung.“ (4) Von den neuen Konkurrenten wurde der vormals positiv stilisierte Begriff, den objektiven Tatbestand der westalliierten Abhängigkeit aufgreifend, im reaktionären Sinne umgedeutet, indem die vormals faschistischen, gleichgeschalteten Verleger ihre Rückkehr mit der Wiedereinführung demokratischer Presseverhältnisse gleichsetzten. Diese aus Konkurrenzgründen notwendige überscharfe Abgrenzungsideologie durch die publizistischen „New-comer“ im Nachkriegspressengeschäft zielte auf die apolitischen, traditionalistischen Leserkreise der ehemaligen Generalanzeigerpresse, an die die Altverleger anknüpfen wollten. Die mehr regionale Struktur der großen Lizenzzeitungen öffnete ihnen eine scheinbare Marktlücke im lokalen heimatverbundenen Bereich.

Im Gründungsrausch der ersten Monate nach Lizenzfreigabe änderte sich das Bild der Nachkriegspresse radikal: Existierten im Gesamtgebiet der BRD am 30. August 1949 149 Zeitungen mit 580 Bezirksausgaben und 151 Kopfblättern so waren es am 15. Dezember 1949 schon 568 Tageszeitungen mit 491 Bezirksausgaben und 234 Kopfblättern und im Februar 1950 (knapp 5 Monate nach Lizenzfreigabe) 1041 Zeitungen (187 Lizenzzeitungen) mit 286 Kopfblättern. Nach der Bereinigung um Doppelzählungen und abzüglich der Lizenzzeitungen ergibt sich, daß innerhalb dieses Zeitraumes 568 „lizenz-

freie“ Zeitungen gegründet wurden. (5) Zahlenmäßig vollzog sich innerhalb eines halben Jahres ein quantitativer Umschwung zugunsten der Generalanzeigerpresse von 4:1 Zeitungstiteln. Allerdings blieb auflagenmäßig die Vormachtstellung der gesamten Lizenzpresse mit 5:1 erhalten. (6)

Unter Ausnutzung des während der Lizenzphase als Druckereieigentümer angesammelten Kapitals eröffneten die Altverleger gegen die Lizenzpresse einen ruinösen Wettbewerb mit allen verfügbaren Werbemitteln. Ausgehend von ihren alten Stammgebieten, die sich entsprechend der vofaschistischen Zeitungsstruktur auf einzelne Städte oder Kreise beschränkten, versuchten sie den marktbeherrschenden Lizenzzeitungen, unabhängig von ihrem politischen Standort, das Geschäft abzujagen. Mit über Monaten verteilten Freiabonnements, ermäßigten Abopreisen und Geschenken in der vielfältigsten Form bemühten sich die Altverleger, ihre traditionellen Blätter wieder bei dem alten Stammpublikum einzuführen.

Dieser überharte Konkurrenzkampf zwang die Lizenzpresse zu entsprechenden Gegenmaßnahmen und prägte entscheidend die Gesamtstruktur der westdeutschen Presse. In Abwehr der materiellen und ideologischen Angriffe der Generalanzeigerpresse mußten alle Lizenzzeitungen gleichfalls die Zahl ihrer Nebenausgaben und Kopfblätter erhöhen, die lokale Berichterstattung gegenüber dem politischen Teil verstärkt ausbauen sowie ihren politischen Anspruch, soweit noch dezidiert erkennbar, zugunsten einer vermeintlichen Anpassung aus Konkurrenzgründen zurückschrauben. (7) Das Wiederauftauchen der apolitisch-reaktionären Generalanzeigerpresse drückte das ohnehin eingeschränkte politische Niveau weiter nach unten. Aus der Situation des vormaligen Nachfrageüberhangs der ersten Nachkriegsjahre entwickelte sich eine Anbieterkonkurrenz, die eine Anpassung an den vermeintlichen Lesergeschmack nach sich zog.

Pauschale Angriffe gegen die Besatzungspresse — die Lizenzpresse — provozierte zwangsläufig ein ideologisches Zusammenrücken der ehemals konkurrierenden Lizenzzeitungsgruppen. Die Unterschiede zwischen den „überparteilichen“ Lizenzblättern und den Parteiblättern verwischten sich. Bestand zuvor ein gewisser Dualismus, der die überparteilichen Blätter tendenziell in eine unpolitische, rechte Position rutschen ließ, so ergab sich nun eine „unheilige Trinität“, bei der die zwei Lizenzgruppen zwar einer neuen Konkurrenz gegenüberstanden, die überparteilichen Blätter aber eine günstigere Mittelposition einnahmen. Die Parteizeitungen sahen sich als Teil einer diskreditierten „Weltanschauungspresse“ an den Rand gedrängt. Wollten die Parteizeitungen im verschärften Wettbewerb überstehen, mußten sie die Abgrenzung gegen die überparteilichen Lizenzzeitungen weitgehend aufgeben und dort, wo sie in direkter Konkurrenz zu den ver-

schiedenen Generalanzeigern standen, sich zumindest den publizistischen Strukturen der überparteilichen Presse anpassen. Eine Schwenkung zugunsten einer verstärkten Politisierung und zugunsten der nun nicht mehr länger unstatthaften parteipolitischen Ausrichtung hätte, um den Preis eines starken Auflagenverlustes, eine klare Polarisierung erbracht, den konkurrierenden Altverlegern die Wiedergewinnung des nach 1945 verlorenen Marktes aber kampfflos erleichtert.

Gerade für die SPD-Presse galt dies, wollte sie nicht in die Randposition der Weimarer Republik zurückfallen. Sie mußte den politischen Anspruch weiter zugunsten der integrationistischen Momente aufgeben.

Diese, durch die kurzfristige Rückkehr der Altverleger erzwungene politische Nivellierung im Pressewesen — kurzfristig deshalb, weil sich dieser Vorgang der Neugründung innerhalb eines halben Jahres vollzog und einer Lizenzzeitung durchschnittlich Konkurrenz durch rund drei Neugründungen binnen weniger Monate erwuchs (8) — erbrachte gleichfalls eine prägende dualistische Struktur auf wirtschaftlichem Gebiet.

Schon nach der Währungsreform und dem Übergang zum täglichen Erscheinen war der Markt aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Leser als weitgehend gesättigt zu betrachten und nur in geringen Maßen expansiv, was die absolute Erhöhung der Zeitungsgesamtauflage anbelangte. Die Gesamtauflage dehnte sich nur langsam, wenn auch stetig, aus. Für die um 1950 existierenden mehr als 1000 Tageszeitungen entwickelte sich ein verschärfter Verteilungskampf um einen relativ konstanten Markt schon aus der Lizenzzeit, der zudem mit 200 Verlagsunternehmen weitgehend abgedeckt war. Bei dieser relativ starren Struktur konnte die überholte Form der Konkurrenz, eine Vielzahl von Kleinunternehmen gegen eine Gruppe von Mittelunternehmen nur um den Preis der wechselseitigen, vollständigen Verdrängung geführt werden. Für 1000 selbständige Verlagsunternehmen bot 1950 der Zeitungsmarkt der Bundesrepublik keinen Platz. Ein rascher, natürlicher Konzentrationsprozeß mußte die Folge sein. Dieser Konzentrationsprozeß, dessen letzte Spätfolgen noch heute in der Presse nachwirken, provozierte aber gleichzeitig das Anknüpfen an den Kooperationsformen der Zeit vor 1933. Neben dem direkten Verkauf der unterlegenen Zeitungen, entwickelten sich wieder die Zwischenformen der unselbständigen Kopfblätter, Materndienste etc. Erst 1963 hatte sich in etwa die Zahl der Tageszeitungen in der BRD des Ausgangsjahres 1949, wenn auch auf anderer Stufe bei höherer Gesamtauflage, wiederhergestellt. (9)

Die Rückkehr der Altverleger durchsetzte die positiven Ansätze der Struktur der Lizenzpresse mit Elementen der Pressestruktur aus der Vergangenheit. Eine dualistische Zu-

sammensetzung entstand, die weder dem ökonomischen noch dem politischen Stand der bundesrepublikanischen Gesellschaft entsprach. Wirtschaftlich erbrachte die Rückkehr eine Überkonkurrenz, die erst allmählich durch Verdrängung ausgeglichen werden konnte. Mit äußerer Pressevielfalt und Pressefreiheit steht diese Entwicklung höchstens in einem sekundären Zusammenhang.

Auf der Vorstandsebene der SPD wurden die veränderten Umstände weder in ihrer wirtschaftlichen Bedeutung adäquat erfaßt noch die publizistischen Folgen konsequent abgeleitet. Schon einen Monat nach Lizenzaufhebung, im November 1949 — die Hauptmasse der Neugründungen befand sich noch nicht auf dem Markt — erklärte die Konzentration GmbH die Krise für überwunden.

„Die anfangs bedrohlich erscheinende Tendenz des Abonnentenrückgangs, die sich — bedingt durch die mit täglichem Erscheinen zwangsläufig erfolgte Preisherabsetzung und bedingt durch die stärkere Konkurrenz der neu erscheinenden Zeitungen — überall zeigte, scheint überwunden zu sein. Die inzwischen erreichte Stabilität muß gesichert werden durch weitgehende Rationalisierung, die ebenso der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Zeitungen wie dem Ausbau ihres Inhaltes dient.“ (10)

Kurz darauf, im Jahrbuch 1948/49, erstellt Anfang 1950, glaubt man, daß das Frühjahr 1950 „eine Konsolidierung der Lage bringen (wird), und wir glauben berechtigten Grund zu der Annahme zu haben, daß unsere Presse gefestigt aus diesem Kampfe hervorgehen wird.“ (11) Auf dem Parteitag im Mai 1950 in Hamburg konstatierte Heine zwar, daß die deutsche Presse sich momentan in einem Strukturwandel befinde, den die ausländische Presse schon von 20 - 30 Jahren abgeschlossen habe (12), bezüglich der SPD-Presse setzte er aber die optimistische Fehlprognose fort:

„Das erfolgreiche Sichbehaupten der parteinahen Zeitungen gegenüber einer kapitalkräftigen und Produktionsstätten besitzenden Heimatpresse und Generalanzeigerpresse ist vor allem auf die Stabilität fast aller der Zeitungen zurückzuführen, die der SPD nahestehen — obwohl wir im vorigen Herbst, wie fast alle Zeitungen, erhebliche Verluste hinnehmen mußten.“ (13)

Zum wiederholten Male brachte Heine den auflagenmäßigen Vergleich zur Lage der SPD-Presse in der Weimarer Republik, betonte, daß jetzt jedes 6. Zeitungsexemplar (vor 1933 jedes 25.) aus den Rotationsmaschinen sozialdemokratischer Verlage stammt. (14) Dieser äußeren Überbewertung einer Gesamtauflage von rund 2 Mill. Exemplaren standen aber die internen Berechnungen gegenüber, die schon für den Herbst 1949 nur

noch eine Zahl von knapp 1,65 Mill. Exemplaren auswiesen. Nach vierjähriger sozialdemokratischer Pressepraxis in der Nachkriegszeit ist auch der Vergleich mit „Weimar“ nicht länger statthaft, der selbst in der ungünstigsten Situation immer positiv ausfallen mußte, wenn andererseits ein Rückgang von fast 10% im Verlauf der letzten Jahre gleichzeitig unberücksichtigt blieb.

Die aufgeführte zweispaltige Situation der SPD-Presse, Verteidigerin angestammter Positionen im norddeutschen Raum, hier kam als einzige Neugründung allein die HAMBURGER MORGENPOST Anfang 1950 auf den Markt, und wirtschaftlich den Heimatzeitungen vergleichbarer „Newcomer“ gegen die Lizenzpresse in Süddeutschland, ließ die SPD wenigstens parteioffiziös zu keiner dezidierten Stellungnahme kommen. Zwar wird die Produktionsstättenrückgabe als Plus unerwähnt gelassen, doch die Sympathien gelten eindeutig den Großverlagen der ehemals britischen Zone. Wenn in pauschalen Darstellungen, die Nachgründungen als unnötig charakterisiert werden, so sind eigentlich auch immer die süddeutschen Gründungen mitgemeint und wenn beruhigend auf die auflagenmäßige Schwäche der Heimatpresse verwiesen wird, die im Durchschnitt nur knapp über 2000 verkaufte Exemplare verfüge, so müßte diese Abwertung auch Konsequenzen für diese sechs Parteizeitungen im Süden beinhalten, die ebenfalls nur knapp über diesem Durchschnittswert lagen. (15) Doch die Mechanismen, die für die parteinahen Zeitungen, also die Lizenzpresse in Norddeutschland akzeptiert wurden, wo deren Abwehrkampf als Eigenverdienst der Sozialdemokratie hervorgehoben wurde, die gleichen Mechanismen wurden für Süddeutschland nicht mehr akzeptiert. Der sozialdemokratische Anspruch sollte hier wirtschaftliche Berge versetzen können. Auch die publizistische Funktion des wiederhergestellten freien Marktes wurde zwar ansatzweise erkannt, in ihrer Bedeutung auf die SPD-Presse aber negiert.

„Der bedeutsame Nachteil der durch die planlose sogenannte Liberalisierung entstanden ist und für den die Besatzungsmächte die Verantwortung tragen, ist, daß infolge der sinnlos überhöhten Konkurrenz die Mehrzahl der Zeitungen erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten haben — was wiederum recht entscheidend auf ihren Willen und ihre Fähigkeit drückt, sich aktiver in der politischen Willensbildung im Sinne der Demokratisierung zu betätigen.“ (16)

Doch dies, so machte Heine deutlich, galt nur für die anderen Tageszeitungen, nicht aber für die SPD-Presse, die sich „erfolgreich behaupten konnte“ und in Fragen der wirtschaftlichen „Stabilität“ beispielhaft war. Allein die bürgerlichen Parteizeitungen — so die SPD — und die überparteilichen Blätter unterlagen auf allen Gebieten hoffnungslos der reaktionären Kampagne der ersten Regierung Adenauer. (17)

Dank der Vermögensrückgabe konnte die Konzentration GmbH zwar im Herbst 1950 eine Kapitalumstellung von 1:1 vornehmen (18), somit die Belastungen der Währungsreform ausgleichen, aber die wirtschaftliche Gesamtentwicklung der einzelnen Mitgliedsverlage erbrachte der SPD-Tagespresse für die erste Konzentrationswelle eine ungünstige Ausgangslage.

2.2. Erste Pressekonzentrationswelle

Spätestens Ende 1951 zeigten sich die direkten Folgen des nach Lizenzaufhebung eingeleiteten ruinösen Verdrängungswettbewerbs. Waren anfangs die finanzschwachen Kleinstzeitungen der Altverleger relativ schnell wieder aus dem Markt verschwunden, hatte sich im Mittelfeld erst nach zwei Jahren die Spreu vom Weizen der Neugründungen getrennt, aber zugleich in diesem Gesamtprozess die ehemaligen Lizenzzeitungen in Mitleidenschaft gezogen. Auch ehemalige Lizenzverlage mußten fusionieren oder sogar Konkurs anmelden. (1) Verdreifachte Papierpreise, die allgemeine wirtschaftliche Krise vor dem Aufschwung im Koreakrieg bei einer Arbeitslosenrate von fast 10% traf die Presse in Zeiten verschärfter Konkurrenz existenzbedrohend.

Zudem gelang es den Lizenzverlagen nicht, ihre Rücklagen in der angespannten Lage in eigene Druckereianlagen zu investieren. Diese Mittel mußten kurzfristig im Wettbewerb eingesetzt werden. Erhebliche finanzielle Mittel gingen auch u.a. zur persönlichen Abfindung ausscheidender Herausgeber, ehemaliger Lizenzträger, verloren. Für viele Verlage wurde die Krise noch weiter verschärft durch die Tatsache, daß die Zwangs- oder sonstigen Pachtverträge mit den Druckereibesitzern ausliefen oder durch Gerichtsurteile aufgelöst wurden. (2)

Den erzwungenen erhöhten Leistungen (Übergang zum siebenmaligen Erscheinen im Ruhrgebiet) standen nicht im gleichen Umfang zusätzliche Erträge gegenüber. In deutlicher Offenheit formulierte das Altverlegerorgan „Zeitungsverlag“ die Situation im Pressewesen:

„Auf der Strecke bleiben werden aller Voraussicht nach die ganz Großen, denen es in den wenigsten Fällen gelingt, ihren überbesetzten Apparat abzubauen, ferner die Parteizeitungen infolge des schwindenden Interesses des in den letzten 12 Jahren mißtrauisch gewordenen Lesepublikums als auch die ganz kleinen Blätter, die

sich nicht zu gemeinschaftlichen redaktionellen Zusammenschlüssen überwinden und entscheiden können.“ (3)

Da aber im harten Wettbewerb die Rücknahme der äußeren Leistung kaum möglich war, konnte nur die Rationalisierung und Standardisierung des publizistischen Teils auf Kosten der Qualität vorangetrieben werden. Die bürgerlichen Parteizeitungen gaben entsprechend den Gegebenheiten ihre Parteibindungen praktisch fast vollständig auf. Und die Frage der wirtschaftlichen Zusammenschlüsse stellte sich auch für die größeren Lizenzzeitungen, nachdem alle Mittel ausgeschöpft waren, während gleichzeitig die Pachtverträge ausliefen. In dieser wirtschaftlich prekären Lage für die noch sich kurz zuvor bekämpfenden Parteien von Lizenzverlegern und Altverlegern stellte sich rasch in weiterblickenden Kreisen ein neuer Konsens her. Die Druckereibesitzer, die mit ihren Neugründungen nicht reüssieren konnten, kauften sich anteilig beim vormal geschmähten Feind ein oder schlossen sich mit anderen Heimatverlegern zu Zeitungsringen zusammen. Gemeinsam bemühten sich die Kontrahenten bei den verschiedensten staatlichen Institutionen um Subventionen oder andere Formen von Unterstützung. (4)

Hatte die SPD noch 1950 die drohenden Gefahren erheblich unterschätzt, so erkannte sie rückblickend, daß die Ursachen der Zeitungskrise aus dem Jahre 1949 stammten, die erst 1951 voll zum tragen kamen:

„Die sich immer mehr verschärfende Wirtschaftskrise belastete die Tätigkeit der Konzentration GmbH und unserer sozialdemokratischen Verlags- und Druckereibetriebe während der Jahre 1950/51 aufs schwerste. Es bedurfte aller Anstrengungen, um unsere Unternehmungen ungefährdet durch das allgemeine Wirtschaftschaos zu bringen.“ (5)

Wiederum die eigene Perspektivlosigkeit verschleiern wird die Schuld der „Reaktion“ und der verfehlten Wirtschaftspolitik der Bundesregierung angelastet; die Sonderstellung der SPD-Presse gegen die „Front der bürgerlichen Publizistik“ beschworen, aber gleichzeitig eine verstärkte Integration propagiert. (6) Der geschilderten Tatsache, daß bei 90% der Abbestellungen von SPD-Blättern allein finanzielle Schwierigkeiten den Ausschlag gaben, wird nicht durch eine Orientierung an diesen veränderten Bedürfnissen Rechnung getragen. (7)

Daß die Krise SPD und Konzentration GmbH nicht ohne Warnung traf, sondern die Anzeichen der Strukturschwäche der heterogenen Genossenschaft schon frühzeitig deutlich wurden, beweisen die Unterlagen beim Parteivorstand. In einem Rahmenentwurf

für die Zusammenlegung der SPD-Blätter im Rhein-Main Gebiet betonten die Verfasser, daß die SPD in diesem Gebiet gegenwärtig über keinen nennenswerten Einfluß verfügte. (8) Während die FREIHEIT in Mainz „wegen Mangel an genügend Betriebskapital und wegen des Nichtvorhandenseins einer technischen Ausrüstung einen aussichtslosen Kampf gegen die Konkurrenz focht“ (9), verfügte die Mannheimer AZ über eine leistungsfähige Druckerei, jedoch keine nennenswerte Auflage. Und in Frankfurt wiederum fehlte es der SPD bei vorhandener Druckerei an dem Stammkapital für ein aussichtsreiches Zeitungsobjekt.

„Keiner der drei Betriebe ist in der Lage, eine wirkungsvolle isolierte Aktion zur Eroberung des bereits von der überparteilichen Presse beherrschten Marktes durchzuführen. Die drei Betriebe zusammen könnten ein großes Blatt schaffen, das mit Lokal- und Länderausgaben die sozialdemokratische Publizistik in den Vordergrund rücken dürfte.“ (10)

Dieser Plan vom November 1949 wurde wieder verworfen, als sich eine geringfügige Verbesserung für die Mainzer FREIHEIT ergab. (11)

Daß die Hoffnungen des Entwurfes wahrscheinlich mehr als illusorisch waren, verdeutlicht sich in dem zwei Jahre (1951) später unumgänglichen Zusammenschluß der SPD-Blätter von Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart und Heilbronn, was als „Koordinierungsmaßnahme“ beschrieben wird, da „die Betriebe zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit ein enges Zusammenarbeitsverhältnis eingehen mußten“ (12), war die Rettung vor der anstehenden Pleite. Dieses Regionalorgan konnte nicht über die Aufлагengrenze von 30.000 im Höchstfall inclusive aller Nebenausgaben hinausgelangen, somit niemals den Charakter ernsthafter Konkurrenz zu den regionalen Lizenzverlagen annehmen. Zweitens griff die Sanierungsmaßnahme, die allein die kränkenden Blätter in Stuttgart und Karlsruhe auf Kosten der AZ Mannheim vor dem Konkurs bewahrte (13) zu kurz, da die technisch-finanziell ungenügend ausgerüstete FREIHEIT in Mainz ausgespart blieb und nicht zum täglichen Erscheinen übergehen konnte. Bis zur Einstellung 1967 erschien die FREIHEIT drei Mal wöchentlich. Damit aber blieb die Aussicht auf ein „in den Vordergrundrücken sozialdemokratischer Publizistik“, geschweige denn eine „erfolgreiche Eroberung des Marktes“ im südwestdeutschen Raum von Beginn an illusorisch. Was die Partei für die Presse der ehemals britischen Zone als Vorteil erkannt hatte, nämlich die Wirtschaftlichkeit von Verlagen zumindest mittlerer Größenklasse, war sie nicht in der Lage, konsequent in ihrer Praxis im süddeutschen Raum anzuwenden oder daraus die schmerzlichen Konsequenzen zu ziehen, nämlich die Beschränkung auf Wochenzeitungen oder ein Landesorgan durchzusetzen.

In Berlin — hier galten noch bis 1955 eingeschränkt die Lizenzbestimmungen — hatte die Partei die ungünstigen Aussichten für ihre Parteipresse schneller erkannt und verändert. Die kleinere der letztlich miteinander konkurrierenden Parteiblätter DER SOZIAL-DEMOKRAT wurde in BERLINER STADTBLATT umbenannt und kurz darauf in die parteiinterne Wochenzeitung BERLINER STIMME umgewandelt. (14) Somit konnte sich der TELEGRAF, ohnehin nur noch von den Resten seiner Höchstauflage von 500.000 Exemplare (1948) zehrend, zunehmend partei-unabhängig geben.

Gegenüber der angekündigten Konkurrenz der traditionsreichen Zeitungen des Hauses Ullstein, BZ und MORGENPOST, noch ein Wettbewerbsvorteil, den der TELEGRAF unter der Führung von Arno Scholz jedoch zu halten vermochte.

Selbst in den als stabil bezeichneten Gebieten der britischen Zone drohten wirtschaftlich die SPD-Blätter zwischen den bürgerlichen, ehemaligen CDU-Blättern und den finanzstarken Altverlegern dieser Region zerrieben zu werden. Für die beiden SPD-Zeitungen, die schon Ende 1949 die Aufлагengrenze von 100.000 unterschritten hatten, führten der weitere Auflagenrückgang 1950 und 1951 zu einer existenziellen Bedrohung. RHEIN-ECHO, Düsseldorf, und RHEINISCHE ZEITUNG, Köln, sackten auf die Rentabilitätsschwelle von 50.000 Exemplaren.

	Juni 48	Okt. 49	1/50	1/51
RHEIN-ECHO	152.000	80.000	58.000	51.000
RHEINISCHE ZEITUNG	198.000	70.000	51.000	49.000

(15)

Zum 1. Januar 1952 stellten beide Zeitungen ihr Erscheinen ein. Ihr Gebiet wurde von der NEUEN-RUHR-ZEITUNG übernommen, die unter dem Titel WESTDEUTSCHE NEUE PRESSE Bezirksausgaben in dem Großraum Köln-Düsseldorf für den Stamm der sozialdemokratischen Leser herausbrachte. Finanziell ein unrentables Zusatzgeschäft, das der NEUEN RUHR ZEITUNG aufgebürdet wurde, denn die Übernahme änderte nichts an der Tatsache, daß auch die neue sozialdemokratische Tageszeitung im Rheinland weiterhin nur den zweiten oder gar dritten Platz am Ort einnahm.

Zwei Fragen stellen sich bei diesem Vorgang:

1. Hätte die Beschränkung der NRZ auf ihr Kerngebiet Ruhr und Oberrhein ihr langfristig eine stabilere, wirtschaftlichere Situation gesichert?

2. Wurden RHEIN-ECHO und RHEINISCHE ZEITUNG aus wirtschaftlicher Einsicht eingestellt oder weil ihnen keine Mittel aus den Garioa-Krediten gewährt wurden (siehe nächstes Kapitel)? Fiel die Einstellungsentscheidung vor Antragstellung oder verzichtete man freiwillig auf einen Kreditantrag zugunsten der anderen, gefährdeten SPD-Blätter?

Aus der Schilderung der realen Entwicklung der SPD-Presse bis Ende 1951 wird erkenntlich, daß von einem „erfolgreichen sich behaupten“ der SPD-Presse, wie von Heine 1950 optimistisch prognostiziert, weder zu diesem Zeitpunkt noch im Verlauf der nächsten Jahre die Rede sein kann. Vielleicht noch stärker als die anderen Verlagsgruppen waren die SPD-Verlage aufgrund fehlender oder abgezwogener Eigenmittel nicht mehr in der Lage, die notwendige Finanzierung zur erfolgreichen Entwicklung aufzubringen. Die SPD und die gesamte Branche drängten auf Unterstützung für die notleidende Presse.

Mit Genugtuung konstatierten die Altverleger, daß wenigstens ihre parteilich ausgerichtete Konkurrenz zusammen mit den Kleinzeitungen am stärksten von der Konzentrationswelle betroffen war.

„Auffallend, wenn auch nicht von früheren Erfahrungen abweichend, ist das Sterben der parteimäßig abgestempelten Blätter, denen gegenüber die in der US-Zone lizenzierten Blätter sich als weitgehend krisenfester erwiesen.“ (16)

Neben anderen Faktoren machte das Altverlegerorgan die Abneigung des apolitischen Lesers gegen allzu stark politisch oder religiös gebundene Blätter für die aus seiner Sicht erfreuliche Entwicklung verantwortlich. (17)

2.2.1. Die Vergabe der GARIOA-Kredite

„GARIOA, Abk. für Government Appropriations for Relief in Occupied Areas, US Armee-fonds zur Seuchen- und Unruhenbekämpfung in besetzten Gebieten; aus dem Fonds werden vor allem Nahrungsmittel für Notgebiete, Mittel für das amerikanische Jugendhilfswerk, für kulturelle Zwecke und Notstandsarbeiten (Berlin) zur Verfügung gestellt.“

Erklärung in:

dtv-Lexikon. Ein Lexikon in 20 Bänden. Band 7: Frau - Gold. München 1980, S. 108 f.

Auf der Suche nach möglichen Kreditgebern für die Presse befand sich die Verlegerschaft in einem ideologischen Dilemma. Weil man zuvor öffentlich eine finanzielle Abhängigkeit von Kapitalgebern vehement als Gefahr für die eigene Unabhängigkeit abgelehnt hatte, kam eine direkte Kreditaufnahme nicht in Frage. Deshalb wandten sich die Verleger als geschlossene Gruppe an staatliche Institutionen, von denen zudem ein der „öffentlichen Aufgabe“ angemessener Zinssatz zu erwarten war. Ursprünglich planten die in einem gemeinsamen Ausschuß erstmals vereinten Alt- und Lizenzverlage über das ERP-Ministerium (European-Recovery-Program, entspricht dem Marshallplan) in einer innerdeutschen Angelegenheit angesammelte Gemeinschaftsrücklagen der Lizenzpresse unter sich zu verteilen. Über die WIGO (Wirtschafts-genossenschaft für den Wiederaufbau) sollte die 1946 - 48 entrichtete 20%-Gewinnabgabe wieder zur Verfügung gestellt werden. (1)

Diese Pläne wurden jedoch überlagert durch die Vorstellungen des amerikanischen Hochkommissars, der sich in die geplante Stützungsaktion einschaltete, denn — so die Einschätzung eines amerikanischen Historikers — „nach der Beendigung der Lizenzierung hatten die Vereinigten Staaten keinesfalls ihr Interesse an der deutschen Presse verloren.“ (2) Auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges kam es für die USA darauf an, nicht nur ihren propagandistischen Zulieferungsapparat für die Massenkommunikationsmittel auszubauen, sondern auch den durch die Lizenzfreigabe und den durch die Neugründungen von ihnen unabhängigen Zeitungen materiellen Einfluß auf die deutsche Presse er-

neut abzusichern. Da die WIGO-Rücklagen durch die Währungsreform auf 2,35 Mill. DM zusammengeschmolzen waren, erhöhten die amerikanischen Stellen den Kredit auf 15 Mill. DM und beanspruchten zugleich ein direktes Mitspracherecht bei der Vergabe. (3)

Zuvor, auf einer ersten Besprechung im Herbst 1950 hatte die Bundesregierung ihre Bedingungen klargestellt, die sie an eine Gewährung von Krediten unter ihrer Verantwortung bei einem Zinssatz von 7% knüpfen wollte. (4) Es sollte sich um echte Investitionskredite für die Anschaffung neuer Anlagen handeln, die nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten vergeben werden sollten, aber die Beteiligung von Personen, „die nicht auf dem Boden unserer freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen (Kommunisten und Rechtsradikale)“ ausschloß. (5)

Die nicht abgeschlossenen Einigungsverhandlungen zwischen Lizenz- und Altverlegerverband bewirkten eine Verzögerung, die den amerikanischen Stellen Gelegenheit bot, mit verschärften Vergabekriterien einzugreifen. Vom amerikanischen Hochkommissar wurden der deutschen Verlegerdelegation wesentlich günstigere Bedingungen offeriert, da in dem direkten Geschäft die Haftung der Bundesregierung entfiel. (6) Dafür beanspruchten die amerikanischen Vertreter ein Mitspracherecht im Vergabeausschuß. Für die Verleger überraschend, lehnte der Hohe Kommissar die von deutscher Seite zugeleitete Bewerberliste ab und brachte eine eigene Liste ins Spiel.

In aller Offenheit legte der Pressereferent des US-Hochkommissars Leiser die amerikanischen Kriterien dar:

„McCloy's Büro habe mitgeteilt, daß mit der Anleihe keinerlei politische Bedingungen verknüpft seien. Damit meint er, daß jede Zeitung, die eine nicht-kommunistische und nicht-nazistische Partei repräsentiert in Frage kommt. Die Mitarbeiter des Hochkommissars haben jedoch keinen Zweifel daran gelassen, daß nur denjenigen Blättern eine Anleihe gewährt wird, die eine ausgeprägt pro-westliche Meinung vertreten haben. Man darf daher erwarten, daß all jene Zeitungen, die in letzter Zeit mit steigender Heftigkeit und Lautstärke gegen die Alliierten gewettert haben, eine höfliche Absage erhalten werden.“ (7)

Da die Organe, die in ihrer Linie pro-alliierte oder zumindest nicht anti-alliiert waren an „allen zehn Fingern abgezählt werden können“, so Leiser, sollte diesen Zeitungen, der „freien und sauberen Presse“ finanziell geholfen werden, damit sie „wirksam mit den Ruhestörern konkurrieren können.“ (8)

Die 15 Mill. DM stammten aus dem Fonds der ECA (European Economic Cooperation Administration) , die im propagandistischen Bereich in der BRD die Amerikahäuser, die Nachrichtendienste sowie Austauschprogramme organisierte, durch die allein 1951 1050 Deutsche, darunter mehr als 100 Journalisten in den Genuß eines mehrwöchigen kostenlosen Amerikaufenthalts gelangten. (9) Über die Funktion dieser Programme, die Kreditaktion muß als Teil betrachtet werden, gibt ein amerikanisches Kongreßprotokoll Auskunft:

„Was gedenkt die Regierung als Gegenleistung zu erhalten? Antwort: Was wir für unsere Dollars erhalten, ist eine geistige Bereitschaft und Überzeugung. Wir beschaffen uns kein Gewehr, aber wir sorgen für eine Mentalität, die die Leute dazu bringen wird, das Gewehr in die Hand zu nehmen, wenn es notwendig wird.

Frage: Was ist getan worden, um diese Leute zu kontrollieren, in die wir unser Geld investieren?“

„Wir geben jetzt schon für all diese Personen und Intellektuellen bis zu 10.000 Dollar pro Stück aus.“ (10)

Wenn diese Kreditvergabe allgemein als unbedeutend heruntergespielt wird, so muß sie doch als oberflächliches Signal für die Konditionierung der westdeutschen Presse, zumindest der fünfziger Jahre, in Richtung auf einen anti-kommunistischen Kurs gewertet werden. Die direkte Abhängigkeit vom amerikanischen Kreditgeber in Verbindung mit den eindeutigen Kriterien der Amerikaner, unabhängig von der Größe des Kredites, ließen die herausgestellte Unabhängigkeit der westdeutschen Presse zu einer subjektiven Scheinfreiheit verkommen.

Einzig von den Journalistenverbänden und der ausgeschalteten KPD kam Protest gegen dies Kreditverfahren. In einem offenen Brief des bayerischen Journalistenverbandes wurde die Forderung erhoben, die zusätzliche Bedingung einer minimalen Mitbestimmung an die Vergabe zu knüpfen, sowie endlich die immer wieder durchbrochene Einhaltung des Tarifvertrages zu sichern. (11) Nach Auffassung der Journalisten waren die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Lizenzverlage auch auf die Unfähigkeit der Lizenzträger zurückzuführen. Wenn die Lizenzverlage in der Lage seien, ausscheidenden Lizenzträgern Abfindungen bis zur Höhe von 1 Million DM zu zahlen, andererseits aber die Redaktion aller Rechte beraubten und jetzt noch unter fragwürdigen Bedingungen die selbst verschuldete wirtschaftliche Lage durch die GARIOA-Kredite beheben wollten, so führte H. Cron diese Entwicklung darauf zurück, „daß Lizenz-Dilletanten mit Hilfe ihres politischen Papiers nach wenigen Jahren zu großen Privatvermögen gekommen sind. Diese Art der Kommerzialisierung ist das Traurigste, was es je in der deutschen Presse gege-

ben hat.“ (12)

Jedoch alle aus diesen Analysen abgeleiteten Forderungen der Journalisten, die stillschweigende Umwandlung der Lizenz in Eigentum zu überprüfen und die Überführung der Lizenzverlage in Stiftungen zu diskutieren, wurden sowohl von der britischen als auch der amerikanischen Besatzungsmacht ignoriert. (13)

2.2.1.1. Die Stellung der SPD zu den GARIOA-Krediten

Um die Stellung der SPD in dem Kreditverfahren und ihrer politische Haltung hier zu charakterisieren zu können, war eine Erläuterung der Funktion dieses Verfahrens notwendig, zumal dieser Vorgang in den relevanten Veröffentlichungen zumeist heruntergespielt oder auch von kritischen Autoren als sekundäre Erscheinung begriffen wird. Gewiß bedeuteten die Kredite nicht die „feste Verankerung der absoluten Vorherrschaft der großkapitalistischen Pläne des US-Imperialismus“, wie Emil Carlebach meint (14), sie waren aber auch nicht eine etwas fragwürdige Stützungskation für die demokratische Presse, wie es Fischer anklagen läßt. (15) Ökonomisch betrachtet kann man Pritzkoileit zustimmen, der meint, es handelte sich hierbei um kaum mehr als einen „Tropfen auf den heißen Stein.“ (16)

Aber daß diese Kreditaktion so reibungslos durchgeführt werden konnte — der immanente, ständisch orientierte Widerstand der Journalisten darf nicht überschätzt werden — signalisiert doch für die Gesamtheit der Verlage, daß sie politisch die Verinnerlichung des erwünschten Antikommunismus und wirtschaftlich die Integration in das bürgerliche Pressesystem vollständig vollzogen hatten. Einzig der eher liberale Verleger der FULDAER VOLKSZEITUNG, Heinrich Kierzek, verweigerte die Annahme eines Kredits. (17) Von der hierzu berufenen Seite der SPD erfolgte umgekehrt eine positive Unterstützung. Ein Unterschied gegenüber der überparteilichen Geschäftspresse ist für die SPD-Tageszeitungen in dieser Angelegenheit nicht erkennbar. Angesichts der wirtschaftlichen Krise warfen SPD-Blätter wie unabhängige Presse die beschworene finanzielle Unabhängigkeit, im Abstrakten auch das Ideal amerikanischer Lizenzpolitik wie des britischen Zonenpresserates in der Vergangenheit, als ideologischen Ballast über Bord. Eine grundsätzliche Ablehnung der Kreditaktion stand für keine der nutznießenden Gruppen je zur Debatte. Dies obwohl die deutschen Zeitungsverleger in

„ihrer überwiegenden Mehrheit seit jeher den Standpunkt vertreten, daß eine Zeitung möglichst kein Geld von einer politischen oder anders wie interessierten Stelle nehmen solle. Eine solche Unabhängigkeit sollte sich selbst die einer Partei nahestehende Zeitung erhalten, wenn sie wahrhaft ein Anwalt der Öffentlichkeit sein will — und das muß doch der Wunsch und das Ziel jeder aufrechten Zeitung sein.“ (18)

Der Verfasser dieses Artikels zog später seine Meinung als Mißverständnis zurück. (19)

Solche moralischen Bedenken trafen weder Parteivorstand noch Parteiverleger, zumal Emil Groß — Mitglied des PV — in seiner Funktion als Vorsitzender des Lizenzverlegerverbandes dem dreiköpfigen deutschen Prioritätenausschuß angehörte.

In einer Bundestagssitzung fragte der KPD-Abgeordnete Müller den „Kollegen Henßler“, Oberbürgermeister von Essen, Lizenzträger der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU, SPD-MdB und SPD-PV-Mitglied,

„ob er sich dessen nicht erinnert, wie sich ein August Bebel und ein Wilhelm Liebknecht mit aller Leidenschaft gegen die Versuche gewehrt haben, durch solche Korruptions- und Bestechungsgelder die Arbeiterpresse zu beeinflussen. Es war beim Aufbau der Arbeiterzeitung insbesondere die eiserne überwachte Linie von Bebel und Liebknecht, diesen Aufbau aus Arbeiter Groschen zu sichern und damit die Unabhängigkeit der Arbeiterpresse zu garantieren. Ich glaube, Sie und die sozialdemokratischen Leser werden sich wahrscheinlich zu überlegen haben, ob und wie weit es ihrem eigenen Interesse dient, wenn aus diesem amerikanischen Reptilienfonds jene 600.000 DM dieser sozialdemokratischen Zeitung zur Verfügung gestellt werden.“ (20)

Für die KPD war die Kreditaktion der Aufbau eines Bismarckschen Reptilienfonds, „um Zeitungen zu korrumpieren und zu kaufen.“ Um den amerikanischen „Korruptionsfonds“ zu unterlaufen, stellte die KPD den Antrag, das alle geförderten Zeitungen einen diesbezüglichen Vermerk im Titel führen sollten.

Mit dem scheinbar formalen Hinweis, es handele sich um einen normalen Kredit zu 7% Zinsen, der wie jedes Darlehen zurückgezahlt werden müsse, erreichte Schoettle, Vorstandsmitglied der SPD, MdB und Lizenzträger der STUTTGARTER NACHRICHTEN die Absetzung des KPD-Antrags von der Tagesordnung des Bundestags. (21)

Für diese politische Verharmlosung und als Folge der publizistischen Ausrichtung ihrer Blätter wurde die SPD relativ reichlich belohnt. Knapp ein Sechstel der in Westdeutschland (ohne Berlin) verteilten Kredite von ca. 12 Millionen DM flossen SPD-Zeitungen zu. Zwar erhielten nur die FRANKFURTER RUNDSCHAU und DIE WELT Beträge von über einer Million, aber die SPD-Blätter erhielten mit zusammen 1,8 Millionen DM den größten Anteil aller beteiligten Verlagsgruppen. Im einzelnen wurde den folgenden Zeitungen der SPD Kredite gewährt:

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU (Dortmund)	250.000 DM	
HAMBURGER MORGENPOST (Hamburg)	450.000 DM	
HANNOVERSCHE PRESSE (Hannover)	400.000 DM	
FREIE PRESSE (Bielefeld)	250.000 DM	
NEUE RUHR ZEITUNG (Essen)	250.000 DM	
DAS VOLK (Freiburg)	150.000 DM	
DIE FREIHEIT (Mainz)	100.000 DM	(22)

Zumindest bei den fünf norddeutschen Zeitungen erscheint die Vermutung von Pritzko-
leit tendenziell berechtigt, daß entgegen der ursprünglichen Absicht, mehr die Großver-
lage voller „praller Gesundheit und robuster Vitalität“ von den Amerikanern bedacht
wurden „die, wenn überhaupt, nur deshalb Geld brauchen konnten, um den Aufbau ih-
res Produktions- und Verteilungsapparates zu beschleunigen oder höher- durch niedrige-
re verzinsliche Investitionskredite abzulösen.“ (23)

Die wirtschaftliche Unterstützung besaß auch für die SPD sekundäre Bedeutung, als sie
nochmals vehement im Jahrbuch 1951 die Kreditannahme politisch verteidigte. Aus
der Sicht des Parteivorstandes liest sich der Vorgang so:

„Die Krise im Zeitungswesen hat eine gewisse Milderung durch die Gewährung
von GARIOA-Krediten an mehrere Dutzend der wichtigsten demokratischen Zei-
tungen in den Westzonen, darunter auch einige uns nahestehende erfahren. Diese
Kredite, die vorher im viel größeren Umfang an die deutsche Industrie gegeben
wurden, sind von neofaschistischen und kommunistischen Elementen benutzt wor-
den, um eine angebliche Abhängigkeit der Zeitungen an eine Besatzungsmacht zu
unterstellen. Wir können nur für den Bereich der uns nahestehenden Zeitungen
sprechen: Es ist selbstverständlich, daß diese Zeitungen niemals und unter keinen
Umständen bereit waren, ihre politische und sonstige Haltung durch Kredite beein-
flussen zu lassen. Es sind von Seiten der Besatzungsmacht im übrigen auch nicht
die geringsten Versuche dieser Art gemacht worden. Bei den Krediten handelt es

sich um normale wirtschaftliche Vorgänge, die allgemein wirtschaftlich üblich sind.“ (24)

Im Stil eines liberalen Unternehmers trennt das Jahrbuch materielle Abhängigkeiten von persönlicher Redlichkeit und verwirft die Möglichkeit einer Beeinflussung durch die ungenannte Besatzungsmacht mit dem Hinweis auf die eigene moralische Stärke. Die gesamte Argumentation baut auf der Unwissenheit der Leser (= Parteimitglieder) um die Hintergründe der Kreditvergabe; ein Verfahren, daß im krassen Widerspruch zur ansatzweise materialistischen Begründung der subtilen CDU-Abhängigkeit anderer Verlage im gleichen Bericht steht.

Unbezweifelbar entsprach diese Argumentation den persönlichen Überzeugungen im Parteivorstand und bei den Kreditempfängern. Wenn aber tatsächlich keine spürbaren Konflikte und Eingriffe der Besatzungsmacht im Gefolge der Kredite aufgetreten sein sollten, wie es das Jahrbuch versichert, so belegt dies nur, daß die Tageszeitungen der SPD die geforderten Richtlinien der kreditgebenden Amerikaner schon zuvor aus eigenem Entschluß voll vertreten haben.

Die relativ bescheidene Summe der GARIOA-Kredite darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Aktion von amerikanischer Seite als klassischer Reptilienfonds mit explizit antisozialistischer Richtung konzipiert war, der den US-Einfluß auf wesentliche Teile der bundesdeutschen Presse für absehbare Zeit festigen sollte. Es handelte sich keineswegs, wie Fischer behauptet, um eine wirtschaftliche Hilfsmaßnahme, die unversehens zum Politikum aufgebauscht wurde. Der weitverbreiteten Ansicht, die Zeitungen hätten sich mit der Annahme erneut in Abhängigkeit von den Amerikanern begeben, die Fischer zu zerstreuen sucht, trifft zu. (25) Wie weit dieser Einfluß ging, und wie lange und intensiv diese Abhängigkeit währte, sodaß von einer Fortsetzung der Besatzungspresse in veränderter Form gesprochen werden könnte, kann nicht exakt festgestellt werden.

Entscheidend, zumal für die SPD-Tageszeitungen, bleibt, daß der publizistische Spielraum weiter eingeengt wurde, die Nivellierung zwischen den verschiedenen Zeitungstypen beschleunigt wurde. Und gleichzeitig, so darf unterstellt werden, bedeutete die Kreditgewährung durch die führende Besatzungsmacht den Erhalt eines allgemein akzeptierten Gütesiegel, was das Ansehen der SPD-Verlage bei den wieder in der BRD herrschenden konservativen Kreisen nur steigern konnte. Mit den Ansprüchen einer sozialistischen Presse, wie sie in den ersten Lizenzjahren offiziös von der SPD-Führung formuliert worden waren, war die Annahme der Kredite unvereinbar.

2.3. Die Lage der SPD-Tageszeitungen nach Abschluß der Konzentrationsphase

Das Jahr 1953 kann deshalb für eine resümierende Betrachtung über den Stand der SPD-Tagespresse herangezogen werden, weil sich jetzt eine ruhige, kontinuierliche Entwicklung abzeichnen begann. Die erfolgreiche Rückkehr der Heimatpresse hatte nicht stattgefunden. „Die Mehrzahl der Heimatzeitungen oder vielmehr ihrer Verlage ist also das geblieben, was sie schon früher waren: bescheidene Druckereien, die allenfalls einen Lokalredakteur beschäftigten“ (1) oder als Kopfblatt einer größeren Regional-Zeitung ihr Dasein fristeten. Allerdings konnten sich größere, traditionsreiche Blätter des Generalanzeigertyps in industriellen Ballungsgebieten erfolgreich etablieren und auf Kosten von Lizenzzeitungen alte Positionen zurückerobern. Jedoch in der Gesamttendenz blieb die marktbeherrschende Position der Lizenzblätter im regionalen Bereich weitgehend erhalten. Konkurrenz drohte mehr von Neugründungen überregionaler Straßenverkaufszeitungen und von anderen Lizenzblättern, wenn sich die Verbreitungsgebiete überschnitten. Konsequenterweise erbrachte eine solche Entwicklung die Beilegung der Differenzen zwischen Alt- und Lizenzverlegerverband, die ihren Abschluß in dem 1954 gegründeten gemeinsamen Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger fand. (2) Für die Struktur des Pressewesens bedeutete jedoch die weitgehend abgewehrte Rückkehr der Altverleger eine einschneidende Veränderung. Abweichend von der ursprünglichen westalliierten Konzeption, starke Regionalverlage mit Großauflage, fand eine Vermischung mit der Neuauflage des in viele Kleinverlage zersplitterten Pressewesens der Weimarer Republik statt, an das die Altverleger anknüpften.

Hatte noch 1949 der Schwerpunkt in der Verteilung nach Auflagengrößenklassen mit 80% bei der Gruppe der Blätter über 50.000 Exemplare gelegen, verschob er sich bis 1952 zugunsten der Kleinverlage mit Auflagen bis zu 20.000 Exemplaren, die jetzt wieder knapp 60% stellten. Jedoch im Gegensatz zu der eindeutigen Dominanz der Kleinverlage in der Weimarer Republik verhinderte die Lizenzierungspolitik die Durchsetzung des Kleinstbetriebes als strukturprägendes Element. Der Orientierungsmaßstab für die Wirtschaftlichkeit blieb bei den 88 Verlagen in der Größenklasse über 50.000 (= 12,3% aller Verlage, 1932 = 41 Verlage = 1,4%). (3) Natürlich kann die Auflagenhöhe nicht zum alleinigen Indikator für den Stand der Produktivkräfte und die daraus resultierende Ertragslage herangezogen werden. Gerade der Umstand, daß die Lizenzverlage anfang der fünfziger Jahre unterkapitalisiert waren und zudem große Verbreitungsgebiete abdeckten, hatte ja die Neugründungen angelockt. Ihre Chance lag darin, in einem kleinen Verbreitungsgebiet mit geringen Lohnkosten und unter Auslastung der vorhandenen Akzidenzdruckereien, trotz geringer Auflage profitabel wirtschaften zu können. Und

umgekehrt implizierten hohe Auflagen, im Lohndruck erstellt, mit großen Vertriebskosten nicht notwendigerweise eine günstige Gewinnlage. Aber die noch nicht in dem heutigen Ausmaß vorhandene Abhängigkeit von Anzeigenerlösen sicherte doch über die Konstanz der Vertriebserlöse den Verlagen mit größeren Auflagen zumindest, auch wenn Strukturschwächen vorhanden waren, eine mittlere Gewinnerwartung.

Für die wirtschaftliche Situation im Pressesektor der fünfziger Jahre als mögliche Erklärung für die relative Konsolidierung der SPD-Presse erscheint diese ökonomische These plausibel. Zudem wird dadurch verständlich, daß die Altverleger nicht ausschließlich aus politischen Erwägungen oder zur Ausnutzung ihrer Anlagen ihre Rückkehr betrieben, sondern auch im Markt der Lizenzverlage durchaus auf einen Ausgleich und Umverteilung gegenwärtiger und zukünftiger Profite hoffen konnten, d.h. der Markt ermöglichte 1949 - 53 noch die Aufnahme zusätzlicher Unternehmen.

Der Grad der Zersplitterung wiederholte sich zwar nicht, aber es bildeten sich zwei Pole: Kleinverlage auf der einen Seite und eine Gruppe starker mittlerer Unternehmen auf der anderen Seite. Die schon vor der Lizenzfreigabe einsetzende Konkurrenz der Mittelverlage untereinander entfiel im Zuge der ersten Konzentrationsphase zugunsten einer gruppenmäßigen Konkurrenz gegen die angrenzenden oder im Verbreitungsgebiet noch arbeitenden Kleinverlage. Der Konzentrationsprozeß wurde auf ein niederes Niveau gedrückt, die Strukturschwächen innerhalb der Mittelverlage kamen in den 50er Jahren noch nicht zum tragen.

Ökonomisch ausgedrückt: Im Vergleich der einzelnen Verlagskapitale untereinander, wurde der Durchschnittsprofit durch die auf unterer Produktionsstufe arbeitenden neuen Kleinverlage gesenkt. Der durch die Rückkehr der Altverleger erst einmal stagnierende durchschnittliche Stand der Produktivkräfte in der Pressebranche erlaubt den mittleren Verlagen, wenn sie den ersten Ansturm überstanden hatten, Extraprofite anzusammeln, also profitabler zu wirtschaften. Erst mit der sukzessiven Ausschaltung der konkurrierenden Kleinverlage reproduzierte sich wiederum die Konkurrenz der mittleren Betriebe untereinander, der ursprünglich vorhandene Stand wurde auf neuer Stufe wiederhergestellt. Dies war aber wahrscheinlich erst wieder Mitte der 60er Jahre der Fall und hat dann die 2. Pressekonzentrationswelle in Gang gesetzt. Eine Lizenzzeitung, die vor 1949 mit einer Auflage von 80.000 Exemplaren am unteren Rand der Wirtschaftlichkeit gelegen hatte, rückte mit gleicher Auflage in den fünfziger Jahren in das Mittelfeld auf, ohne daß die Profitmasse entscheidend ausgedehnt wurde.

Ob eine Übertragung der abstrakten allgemeinen Bestimmungen des polit-ökonomischen

Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate in diesem historischen Zusammenhang überhaupt angewendet werden darf, und ob die „reinen“ Begriffe überhaupt die speziellen Bedingungen im Pressesektor zu jener Zeit erfassen, erscheint fraglich. (4) Ich verwende diese Darstellung, um die folgenden empirisch überprüfbaren Thesen transparenter zu machen:

1. Nach Abschluß der ersten Konzentrationsphase ging die Pressewirtschaft, auch dank des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, in eine Phase relativer Stabilität über. Konzentrationsmaßnahmen in vertikaler Richtung betrafen allein die Kleinstverlage.
2. Aufgrund ihrer auflagenmäßigen Ausgangsposition und in Verbindung mit den Vorteilen durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß in der Konzentration GmbH stabilisierte sich gleichfalls die Situation der bestehenden SPD-Tageszeitungen, die ihre Stellung in den 50er Jahren scheinbar halten konnten.

Die Polarisierung erbrachte einen Konzentrationsprozeß, der automatisch die weit unter dem Durchschnittsprofit liegenden Kleinverlage entweder zu Zusammenschlüssen in Materndiensten etc. (Horizontale Konzentration) (5) zwang oder einen Anschluß als Kopfblätter an größere Verlageinheiten herbeiführte (Vertikale Konzentration). Primär die unteren Auflagenklassen wurden in der Konsolidierungsphase von den Konzentrationsmaßnahmen betroffen.

Diese Vermischung der Lizenzpresse und/oder der wiedererstarkten Generalanzeigerpresse mit den allein nicht existenzfähigen Heimatzeitungen bewirkte nicht nur wirtschaftliche Strukturveränderungen, indem ein Konzentrationsprozeß auf höherer Stufe verhindert wurde, sondern zeitigte auch nach außen publizistische, funktionale Konsequenzen. Inhaltliche Nivellierung als Folge des ökonomisch sich herstellenden Konzentrationsprozesses führte zur Bildung einer politisierenden Generalanzeigerpresse neuen Typs, die in sich die Vorteile der Standortverbundenheit der früheren Presseform mit den demokratischen Ansprüchen der Lizenzpresse vereinte. Die sich durchsetzende Aufhebung der ökonomischen Polarisierung hatte die Auflösung politischer Differenzierung zur Voraussetzung und Folge. Erst die Aufgabe dezidierter politischer Positionen zugunsten einer allgemeinen Politisierung ermöglichte eine für beide Seiten vertretbares Zusammengehen auf wirtschaftlichem Gebiet bei gleichzeitiger Erschließung eines erweiterten Leserpotentials. (6)

Gemessen an der sprunghaft gestiegenen Zahl der Zeitungstitel nach Lizenzaufhebung,

auch unter Berücksichtigung der in der Konzentrationswelle wieder aufgegebenen Kleinstzeitungen, sank der Anteil der SPD-Verlage jedoch bedeutend ab. Betrug der Anteil 1949 noch 13% auf der Basis von 139 Zeitungen bei Dovifats Zahlung, so waren es 1952 nur noch 2,7% von 732 Tageszeitungstiteln, die aus SPD-Verlagen stammten. (7).

Diese Zahlen, ähnlich wie in anderen Berechnungsversuchen, täuschen aber über die realen Verhältnisse. (8) Einzig verlässlicher Maßstab für die anteilmäßige Stellung der SPD-Tagespresse sind die tatsächlich verkauften Auflagenziffern. Während bei Wahrung der äußeren Selbständigkeit in den mit der SPD konkurrierenden Verlagsgruppen durch die vertikale Konzentration die Zahl der Kopfblätter, die von einem Verlag herausgebracht wurden, anwuchs oder durch den Zusammenschluß in Zeitungsringen die äußere Vielfalt der Zeitungstitel ein schiefes Bild ergab — erst aufgehoben durch die 1954 entwickelte Zahlung nach publizistischen Einheiten (9) —, blieb die Titelzahl der SPD-Tageszeitungen relativ konstant. Die angestrebte politische Selbständigkeit der SPD-Verlage einerseits und die von den Mitbewerbern eingeschätzte publizistische Randstellung der SPD-Presse im Gesamtspektrum andererseits gestattete es nicht, daß die SPD-Verlage ihre regionale Ausbreitung über den Ankauf von Lokalzeitungen als Kopfblätter bewerkstelligen konnte. Stattdessen verfolgten die Parteizeitungen einen Weg, über die Gründung von Bezirksausgaben die Leserinteressen im Lokalbereich abzudecken. Als Kopfblätter gelten in der Darstellung selbständige Verlage, die den politischen Teil und die überregionale Berichterstattung in Abhängigkeit von einem anderen Verlagsunternehmen und dessen Redaktion beziehen. Sie produzieren nur ihren Lokalteil selbst. Als Verlagsunternehmen sind sie aber unabhängig. Auch die SPD-Zeitungen verwendeten für ihre Bezirksausgaben Untertitel oder Traditionsbezeichnungen. Diese Kopfblätter oder Ausgaben erschienen jedoch drucktechnisch und redaktionell in einem Verlag. Eine ökonomische und rechtliche Selbständigkeit der Kopfblätter/Nebenausgaben war bei den SPD-Tageszeitungen nicht gegeben.

Es ergibt sich, daß ähnlich der Entwicklung bei der ehemaligen CDU-Presse die SPD-Blätter 1954 über eine signifikant nach oben abweichende Zahl von Nebenausgaben verfügten. Als krasses Beispiel kann die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU genannt werden, die 1950 24 Bezirksausgaben herausgab (10) und 1954 die absolute Spitzenposition mit 31 verschiedenen Ausgaben innehatte. (11) Dahinter folgte die HANNOVERSCHE PRESSE, die es auf ca. 20 Ausgaben brachte, und fast über die gesamte Fläche Niedersachsens mit Ausnahme Frieslands streute. Dort erschien die NORDWESTDEUTSCHE RUNDSCHAU für die SPD mit immerhin acht Ausgaben. (12) Im Durchschnitt brachten die SPD-Blätter 1954 13,35 Nebenausgaben pro Hauptredaktion heraus, die CDU verbundene Presse kam auf knapp 11 Ausgaben, während die sonstige Presse im Schnitt

auf ein Verhältnis von 1:6,08 Haupt- zu Nebenausgaben kam und für die gesamte Presse die Richtzahl von 6,67 galt. (13) Diese Zahlen sind natürlich insofern verzerrend, als in der Kategorie sonstige Presse die Vielzahl der noch existierenden kleinen Altverlegerzei- tungen enthalten sind, während bei den Parteiblättern eindeutig die Großverlage mit ihrem Bezirkszeitungssystem dominierten.

Auflagenmäßig hatte die SPD-Presse bereits bis 1949 ihre ursprüngliche Größe von ca. 2,5 Millionen Exemplaren verloren und auch den von Heine 1950 angegebenen 15%-Anteil an der Gesamtauflage nicht halten können. (14) Die absolute Auflage von 1,63 Mill. im Herbst 1949 ging in der Pressekonzentrationswelle weiter zurück, aber durch die Zeitungsneugründungen und die bis 1953 erfolgreiche Entwicklung der HAMBURGER MORGENPOST konnte ein Absinken unter die Millionengrenze bei schwachem Anstieg der Gesamtauflage aller Tageszeitungen verhindert werden.

Im I. Quartal 1953 gaben die SPD-Tageszeitungen, die der Konzentration GmbH angeschlossen waren, eine tägliche Gesamtauflage von 1.218.352 Millionen Exemplaren heraus. Bei einer Gesamtauflage von rund 11 Millionen in der BRD und Westberlin entsprach dies einem Anteil von 11,04 %. Jedes 10. Zeitungsexemplar stammte aus einem sozialdemokratischen Verlag. Nach Auflagengrößengruppen ergibt sich für 1953 folgendes Bild (siehe Tabelle 8):

Deutlich unterscheidbar bildeten sich bis 1953 drei Gruppen von SPD-Zeitungen. Die erste Gruppe umfaßt die Kleinstzeitungen bis 20.000 Exemplare, die standortmäßig sowohl in Süddeutschland (DAS VOLK, FRÄNKISCHE VOLKSZEITUNG) als auch in den norddeutschen Randgebieten mit starkem CDU-Einfluß bei den ehemaligen Lizenzzeitungen (FREIE PRESSE LÜBECK und NORDWESTDEUTSCHE RUNDSCHAU, Wilhelmshafen) zu finden waren. Zur mittleren Gruppe (20 - 50.000 Exemplare) zählen die Zeitungen in den Industriezentren Südwestdeutschlands (FREIHEIT, AZ) und die VOLKSZEITUNG in Kiel. Als selbständige Boulevardausgabe des TELEGRAF nimmt die NACHTDEPESCHE in dieser Gruppe eine Sonderstellung ein, das HAMBURGER ECHO kann keiner Gruppe zugeordnet werden. Zählt man die FREIE PRESSE (Bielefeld) zur Spitzengruppe über 100.000, so umfaßt diese alle ehemaligen Lizenzverlage in NRW und die beiden Großstadtblätter MORGENPOST (Hamburg) und HANNOVERSCHE PRESSE im norddeutschen Raum.

In der prozentualen Darstellung tritt die krasse Polarität zwischen den verschiedenen Gruppen der Konzentration GmbH noch deutlicher hervor. 3,2% der Gesamtauflage kommen aus den vier kleinsten Verlagen. Von den fünf großen stammen 73%. Schlägt

Die SPD-verbundenen Tageszeitungen im I.Quartal 1953, geordnet nach Auflagengrößenklassen

Titel	Auflage	
<u>bis 20.000</u>		
Das Volk, Freiburg	9720	
Oberfränkische Volkszeitung Hof	7059	
Lübecker Freie Presse	9944	
Nordwestdeutsche Rundschau (Wilhelm.)	11950	
Zwischensumme :	38673 = 3,2%	
<u>20.000 bis 50.000</u>		
Die Freiheit Mainz	23392	234.662 = 19%
AZ Mannheim	30860	
VZ Kiel	45477	329.994 = 27%
nachtdepesche Berlin	26000	
Zwischensumme :	125729 = 10,3%	
<u>50.000 bis 100.000</u>		
Hamburger Echo	70260	
Freie Presse Bielefeld	95332	
Zwischensumme :	165592 = 13,6%	
<u>100.000 und mehr</u>		
Hamburger Morgenpost	161687	
Neue Ruhr Zeitung Essen	204582	
Hannoversche Presse	161104	986.054 = 81%
Westfälische Rundschau	245349	
Telegraf Berlin	118000	
Zwischensumme :	890722 = 73%	
Gesamtauflage der erfassten SPD-verbundenen Tageszeitungen:	1.218352 = 100%	
Gesamtauflage aller Tageszeitungen in der BRD zur Auflage der erfassten SPD-verbundenen Tageszeitungen:		
11.038.813 :	1.218.352	
100 :	11,04	
Keine Angaben zur Auflage von:		
Südpst München		
Schwäbische Volkszeitung Augsburg		
Durchschnittsauflage aller erfassten SPD-verbundenen Tageszeitungen:	81.223	

Quelle:
IVW-Auflagenliste für das I.Quartal 1953
Eigene Berechnungen

man die FREIE PRESSE der Spitzengruppe zu, so ergibt sich eine Verteilung, bei der 9 Verlage 19% und 6 Verlage 81% der Gesamtauflage aller SPD-Tageszeitungen produzierten. Zwar erscheint die Durchschnittsauflage von 81.223 für alle Zeitungen sehr günstig, aber dieses Ergebnis täuscht über die Auflagenheterogenität hinweg. Splittet man wieder nach den beiden Gruppen, so verfügt die untere Klasse über eine Durchschnittsauflage von knapp 26.000 und die obere Gruppe von über 164.000. Trotz der scheinbaren Heterogenität lassen sich also klar zwei Gruppen von SPD-Zeitungen 1953 unterscheiden:

1. auflagenstarke Blätter in den norddeutschen Ballungsgebieten,
2. kaum lebensfähige Kleinzeitungen im süddeutschen Raum und den industriellen Randgebieten.

Trotz gegenteiliger Behauptungen konnten die Blätter unter 10.000 Auflage und mit zunehmender Konzentrationsdauer auch die Zeitungen in den mittleren Klassen, selbst bei gleichbleibender Auflage, keine gesunde wirtschaftliche Basis gewinnen. Objektiv sind sie als unrentable Zuschußbetriebe (zumal bei teilweise nur 3-bis 4maligen wöchentlichen Erscheinen) zu kennzeichnen. Ausschließlich die Vergünstigungen und Verbindungen über die Konzentration GmbH sicherten ihren Fortbestand.

Unter dem Punkt „Tätigkeit der Konzentration GmbH“ vermerkt das Jahrbuch 1952/53:

„In vielen Fällen konnte auf Empfehlung von Parteivorstand und Konzentration durch Zusammenlegung bzw. die Errichtung von Organschaften eine Stärkung schwacher und kleinerer Unternehmen herbeigeführt werden. Zusammenfassend kann gesagt werden, daß es gelungen ist, trotz zeitbedingter Schwierigkeiten, der Mehrzahl unserer Unternehmen eine gesunde wirtschaftliche Basis zu geben.“ (15)

Welche Unternehmen nicht zu „der Mehrzahl mit gesunder wirtschaftlicher Basis“ gehörten, spricht das Jahrbuch nicht aus, gemeint sind aber die Kleinverlage. Das wird an anderer Stelle klarer benannt:

„Während in der britisch besetzten Zone unsere Presse, von einigen durch die besonderen Verhältnisse bedingten Ausnahmen abgesehen, eine zufriedenstellende Entwicklung genommen hat, ist die Situation in Süddeutschland, sowohl in den amerikanisch als auch französisch besetzten Gebieten, noch keinesfalls befriedigend. Durch die besondere Form der Lizenzierung in der amerikanischen Zone — es wurden hier keine Parteizeitungen zugelassen — und die plötzliche Aufhebung der Lizenzbestimmungen im Sommer 1949 wurde unserer Presse hier schwer benachteiligt.“ (16)

„Die Benachteiligung die unsere Presse hier seinerzeit durch die Besatzungsmächte erfahren hat, ist kaum mehr zu korrigieren und wird sich auch noch lange Zeit zu unserem Nachteil auswirken.“ (17)

Obwohl die pessimistischen Einschätzungen vom Herbst 1948 sich durch die reale Entwicklung und die Auflagenzahlen 1953 voll bestätigten, die Situation 1953 als kaum mehr korrigierbar bezeichnet wird, zog die SPD aus dieser Einsicht keine Konsequenzen. Stattdessen wird eine allgemein gesunde wirtschaftliche Basis pauschal angegeben und die Verbesserung als Problem moralischen Wollens, wie schon in den Vorstandsberichten der Vergangenheit, wenn auch weniger euphorisch, in Aussicht gestellt. Das Jahrbuch spricht davon, daß die Probleme zu lösen sind, „wenn auf dem begonnenen Weg folgerichtig weiter gegangen wird“ (18) und betont, „daß es langer und zäher Arbeit bedarf, um auch hier das gesteckte Ziel zu erreichen.“ (19) Ob die Kleinstverlage schon 1953 nur durch indirekte Stützungen aus der Parteikasse oder Umlagen der Großverlage aus ihren Profiten über die Konzentration GmbH erhalten werden konnten, entzieht sich einer Überprüfung, ist aber zu vermuten. In jedem Fall stellten die unrentablen Kleinverlage eine Belastung für die Gesamtheit der SPD-Verlage da, die ihre kleinen Verlags-Genossen solidarisch unterstützen mußten.

Während in Süddeutschland und den norddeutschen Randgebieten die Konkurrenzfähigkeit der Parteiblätter 1953 gegenüber bürgerlichen Blättern kaum mehr vorhanden waren, stellten die Spitzengruppe mit Schwerpunkt in NRW immer noch eine einflußreiche Gruppierung. Unter den 30 Tageszeitungen mit Auflagen über 100.000 im III. Quartal 1952, rangierten SPD-Zeitungen auf den Plätzen 3, 6, 13, 14 und 20. Mit einem Rückstand von nur knapp 18.000 Exemplaren hatte die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU den dritten Platz hinter der WESTDEUTSCHEN ALLGEMEINEN inne. Das Ergebnis der Stellung im Pressegefüge für die SPD-Presse 1953 bedeutete eine Verdreifachung ihres Marktanteils gegenüber der Weimarer Republik. (20) Wenn auch die Zahlen der Lizenzphase nicht gehalten werden konnten, so sicherte doch ein Auflagenanteil von 11% der SPD-Presse eine akzeptable Position.

3.0. Der „sogenannte“ Publikumsgeschmack

Umfrageergebnisse zur Einschätzung der Parteipresse in der Bevölkerung

Unüberprüfte Prämisse aller Untersuchungen über den Rückgang einer klassischen Parteipresse in der Nachkriegszeit ist der Hinweis auf die Wandlungen des allgemeinen Publikumsgeschmacks. Von interessierter Seite in Politik und Publizistik immer wieder insistierend dargestellt und schließlich auch von den Presseexperten der SPD übernommen, schien sich äußerlich zu bestätigen, daß die Zeiten einer kämpferischen, engagierten Parteipresse in der bundesrepublikanischen Gesellschaft vorbei waren. Der faktische Rückgang der Parteipresse aller Richtungen gab den Vertretern dieser These recht und bewegte sicherlich auch Heine, die Hinwendung zur Sensationspresse apodiktisch aufzugreifen. (1) Ohne zureichende historische Analyse wurde allgemein unter Verwendung fragwürdiger Phänomene eine Wandlung im breiten Publikumsgeschmack konstatiert und in eine entsprechende Gestaltung der Presse umgesetzt.

Trotz aller skeptischen Vorbehalte kann gerade in der Auseinandersetzung mit den Veränderungen der SPD-Presse diese Prämisse nicht ignoriert oder als bloße Ideologisierung kapitalistischer Interessen in der Massenkommunikation abgelehnt werden. Allein äußerlich ergibt sich bereits ein prägnanter Unterschied zwischen der Dominanz der Meinungspresse in der Weimarer Republik und der relativen Bedeutungslosigkeit dieses Pressetyps in den Anfangsjahren der BRD, der einer Erklärung bedarf.

Zwar könnte nur eine Analyse der Bewußtseinsentwicklung nach 1945 ansatzweise einen verläßlichen Aufschluß über die daraus resultierende Kommunikationsbedürfnisse erbringen. Das vorhandene Instrumentarium und Material reichen hierzu aber nicht aus. Die folgenden Ausführungen sind deshalb nur als Thesen zum Verständnis der präsentierten Umfrageergebnisse gedacht. Zur ergänzenden Aufhellung der allgemeinen Presseentwicklung, in deren Rahmen sich der Funktionswandel der SPD-Presse vollzog, bieten sie nutzbringendes Hintergrundmaterial.

1. Der klassenunspezifisch vorgetragene Entideologisierungs- und Entpolitisierungseffekt, gleichzeitig ein Anti-Parteieneffekt, gründet sich objektiv auf der Entwicklung der bundesrepublikanischen Gesellschaft. Nach der Zerschlagung auch der kleinsten sozialistischen, kaum destruktiven Erneuerungsversuche folgte die Restauration einer modernen bürgerlichen Gesellschaft nach anglo-amerikanischem Vorbild. Weitgehend wurden die gesellschaftlichen Widersprüche negiert, die vormals die politische Auseinandersetzung in Deutschland vor 1933 geprägt hatten. Im Anschluß an die gemeinsamen Wieder-

aufbauleistung aller Schichten verhinderte der kontinuierliche wirtschaftliche Wiederaufstieg der BRD die Entfaltung größerer Klassenkämpfe. Unter den Schlagworten der „sozialen Marktwirtschaft“ und später der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ konnte sich eine integrierende Staatsideologie entfalten, die kaum durch Konfrontation mit einer gegenläufigen Realität behindert wurde.

2. Im Sektor der Massenkommunikation wurden diese Harmonisierungstendenzen gestützt durch die gelungene Durchsetzung amerikanischer Vorstellungen in allen Bereichen. Neben der pluralistischen Organisation des Rundfunks bildete die Einführung der überparteilichen, objektiven Berichterstattung verpflichteten Regionalzeitungen einen Grundpfeiler amerikanischer Kommunikationsvorstellungen. Aufgrund ihrer auflagenmäßigen Größe und daraus folgend der Heterogenität der Leserschaft wurden die neuen Zeitungen auf allgemeine politische Überparteilichkeit und Verankerung im lokalen Bereich festgelegt. Die regionale Begrenzung ließ keine Expansion nur durch die Erschließung neuer Leserschichten zu.

In Abgrenzung gegen die Meinungspressen früherer Zeiten, deren pädagogisch-propagandistischer Anspruch als manipulativ und zutiefst undemokratisch abgewertet wurde, entstand deshalb die pluralistische Publikumsorientierung als neues Leitziel. Von amerikanischer Seite propagiert und in den deutschen Massenkommunikationsmitteln verinnerlicht entwickelte sich eine oberflächlich berechnete Gleichsetzung von demokratischer Pressestruktur und unbedingtem Eingehen auf die Wünsche der unterschiedlichen Lesergruppen. Diesem Ideal gegenüber schwand die ethische Existenzberechtigung einer pädagogischen Meinungspressen, die sich nicht äußerlich als Sprachrohr der Leser sondern als Sprachrohr einer Organisation mit erzieherischem Anspruch verstand. Ihre Zielgruppe fand die Parteipresse ausschließlich bei den politisch interessierten Lesern. Bei lokaler Verbreitung blieb so die Auflage begrenzt. Die neu geschaffenen Regionalzeitungen sahen sich aber vor die Aufgabe gestellt, den verschiedensten Zielgruppen gerecht zu werden. Die parteipolitisch Interessierten waren hierunter nur eine Minderheit.

Korrespondierend damit wurde der Erfolg am Markt und nicht die inhaltliche Ausrichtung zum Maßstab des Erfolges. Wurden früher die Zeitungen auch unter finanziellen Verlusten betrieben, da sie von ihren Trägern ohne Rücksicht auf die Leserschaft als Ausdruck und Artikulationsinstrument der politischen Auseinandersetzung begriffen wurden, so wurden jetzt solche Tendenzen praktisch-ökonomisch und damit politisch verdrängt.

Durch die reale Integration der Presse in das kapitalistische Wirtschaftssystem, herbei-

geführt durch die Lizenzpolitik der Westmächte, wurde der Grad der möglichen Politisierung von der Anerkennung bei allen Leserschichten abhängig gemacht.

Zwei weitere Faktoren haben die Marktorientierung und damit den Verfall der Parteipresse beschleunigt: a) der politisierende Generalanzeiger als dominantem Pressetyp; b) die zunehmende Anzeigenabhängigkeit.

3. Mit der Rückkehr der Altverleger, deren vormalige Heimatzeitungen von ähnlichen Überlegungen zur Einbeziehung der Leser ausgegangen waren, in ihrer Richtung allerdings unpolitisch-reaktionär ausgerichtet blieben, vergrößerten sich im verschärften Konkurrenzkampf die Anpassungstendenzen. Als Ergebnis bildete sich der politisierende Generalanzeiger als strukturprägender Typ der Nachkriegspresse. Er vereinte die leserorientierte Lokalausrichtung der alten Heimatpresse mit verhaltener, objektiver und überparteilicher Berichterstattung im politischen Teil und übernahm gleichzeitig die verkaufsfördernden Merkmale der angloamerikanischen Presse durch den Ausbau der human-interest Berichte. (2) Durch diese in einer Zeitung vereinte Vielfalt, die früher nur in verschiedenen Zeitungstypen nebeneinander existierte, gruben die neuen Generalanzeiger sowohl der konservativen, rein lokal orientierten Heimatpresse und auch der dezidierten Meinungspresse, also der Parteipresse, das Wasser ab.

4. Betriebswirtschaftlich gefördert wurde diese Entwicklung durch die zunehmende Bedeutung der Werbung für die Erlösstrukturen. Mit dem Anwachsen der Werbeerlöse proportional zum Rückgang der Vertriebslöse ging die primär marktwirtschaftliche Orientierung der Presse Hand in Hand. (3) Abhängig von den Werbeeinnahmen verlor gleichzeitig die publizistische Zielsetzung zunehmend an Bedeutung. Verkäuflichkeit, Resonanz beim Publikum und daraus resultierend der wirtschaftliche Erfolg bildeten die Zielpunkte der Pressewirtschaft und nicht allein der politische Einfluß.

Zudem verhinderte die auferlegte strikte finanzielle Unabhängigkeit ein direktes Engagement gesellschaftlicher Interessengruppen in der Presse, die wirtschaftlich auf die Entfaltung der eigenen Möglichkeiten angewiesen blieb. Allein die FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, finanziell getragen von der Fazit-Stiftung, bildet eine gewisse Ausnahme. Allerdings ist auch bei der FAZ nur sehr vermittelt und indirekt, sozusagen der „ideelle Gesamtkapitalist“, am Verlag beteiligt.

5. Dieses neue Selbstverständnis innerhalb der Presse führte historisch erstmalig auch zu einer ausgebauten Untersuchung der „Leserbedürfnisse“. Aus der Rolle des politischen Adressaten der Meinungspresse wandelte sich der Leser strukturell in einen passiven Konsumenten und Käufer, dessen produktbezogene Bedürfnisse in inhaltlicher Hinsicht stärkere Berücksichtigung fanden. In umfangreichen Maße von den Amerikanern für ih-

re Deutschland und Pressepolitik instrumentalisiert, gewann die politische Meinungsforschung als Orientierungsmaßstab einer pragmatischen Politik an Relevanz. Benutzten die Amerikaner die Repräsentativbefragungen, die sie in der BRD noch bis Mitte der fünfziger Jahre intensiv betrieben, als Kontrollinstanz für den langfristigen Erfolg ihrer Deutschlandpolitik und legten ihre Umfragen weitgreifender an, änderte sich dies mit der Institutionalisierung der kommerziellen Meinungsforschung deutscherseits. Mit dem wachsenden Einfluß der werbetreibenden Industrie, der zur Gründung verschiedenster Interessengruppen führte, wuchs auch die Bedeutung der kommerziellen Leserschaftsforschung. Da diese jedoch sich primär an den Interessen der Leser als Konsumenten der Presse und der Werbung orientierte, die publizistischen Inhalte zu einer Funktion der werblichen Umfeldes einzuschmelzen begannen, wertete diese Art der Leserschaftsforschung die individuellen Bedürfnisse des Lesers auf und drängte seine gesellschaftlich emanzipatorischen Interessen in den Hintergrund oder interpretierte sie im Sinne der wachsenden Konsumgesellschaft um. Scheindemokratisch durch das Eingehen auf die versteckten Bedürfnisse der Bevölkerung legitimiert, wurden die Publikumsinteressen zur Richtschnur der Publizistik. Ihren prägnantesten Ausdruck fand diese Entwicklung in der Gründung der BILD-Zeitung, deren unaufhaltsamer Erfolg in der ersten Jahren die gesamte Presse nachhaltig beeinflusste.

In der von Negt/Kluge entfalteten Begrifflichkeit kann die eingeleitete Hinwendung zum Publikumsgeschmack theoretisch als unbewußte Realisierung von notwendigen herrschaftsstabilisierenden Techniken aufgefaßt werden. Freigesetzte unangebundene Phantasien der Massen werden durch Aufnahme ihrer äußeren Erscheinungen in domestizierenden Form wieder in die Gesellschaft eingebracht. (4)

Hierzu gegenläufige Konzepte bei politisch gleicher Zielsetzung, nämlich Sicherung des kapitalistischen Systems, drängten die offene Meinungs- und Parteipresse aufgrund einer andersartigen Einstellung gegenüber dem Leser, respektive wegen einer Vernachlässigung der verkaufsfördernden Präsentationsformen an den Rand des Pressespektrums. Langfristig schwanden mit zunehmender Dominanz der verkaufsorientierten Publikumspresse die Marktchancen der zu diesem System konträr orientierten Presse. Zumal einer pädagogisch angelegten SPD-Presse, die aufklärerisch auf die rationale Einsicht der Leser zielte, bot sich in der formierenden Konsumgesellschaft, politisch gesteuert durch bürgerliche Parteien, als Alternative nur die Aufgabe ihrer Position an.

Zum Teil kann so die Entpolitisierung und auf Unterhaltung orientierte Wandlung des Publikumsgeschmacks als langfristiges Produkt der inneren Veränderung der Pressestrukturen bezeichnet werden. Die Bedürfnisse des Publikumsgeschmacks in Richtung

auf Sensation, Unterhaltung und human-interests-Aspekte der Politik hat die Nachkriegs-
presse selbst mitgefördert oder zumindest begünstigt. Diese subjektiven Partikularinter-
essen sind m.A. nicht erst zu dieser Zeit entstanden, sondern wurden im Bereich der Mas-
senkommunikation erstmalig systematisch aufgedeckt und im kapitalistischen Sinne ver-
wertet.

6. Der Antiparteieneffekt besitzt aber auch eine spezifisch subjektive Ursache. Die sub-
tile bürgerliche Propaganda über die Ursachen des Faschismus sowie die langfristigen
Erfolge der amerikanischen Umerziehungspolitik zur Verschleierung der Klassengesell-
schaft konnten an ein reales Unbehagen anknüpfen. Enttäuscht von dem materiellen
Niedergang in der Weimarer Republik, der als Ergebnis des Parteienzwistes verkauft
wurde, und deprimiert durch die Konsequenzen des Faschismus, sank das Ansehen
der Parteien in der Bevölkerung rapide. Gerade die Totalitätsansprüche der sozialisti-
schen Parteien konnten die privaten Glückserwartungen der Einzelnen nicht mehr be-
friedigen und in politische Aktivität umwandeln. Zumal die im Nationalsozialismus mo-
bilisierte und dann pervertierte Hoffnung auf Veränderungen schlug in ein Mißtrauen
gegen alle politischen Versprechungen um, die von den politischen Parteien nicht auf-
gefangen werden konnten. Privater Erfolg und Befriedigung individuellen Glücks als
Leitlinien der pragmatischen Harmonisierungstendenzen, angelegt in der Politik der
Westmächte und konsequent fortgesetzt durch die ersten bürgerlichen Koalitionsregie-
rungen, trafen, begünstigt durch die wirtschaftliche Entwicklung, auf einen günstigen
Resonanzboden. Das politische Feindbild und das Aggressionspotential konnte von den
Strukturen der eigenen Gesellschaft ab und auf den inneren Feind, die DDR, umgelenkt
werden. Antikommunismus als politischer Bestimmungsfaktor dieser Epoche verfestig-
te auf der anderen Seite die bürgerlichen Freiheiten als positives Ideal. Das historische
Unbehagen gegenüber Weimarer Republik und Faschismus, gekoppelt mit dem aktuel-
len Mißtrauen gegen den Kommunismus, warf die politischen Ambitionen des Einzelnen
auf seine Privatsphäre zurück, wo die Scheinfreiheit ihm überschaubare Erfolge ermög-
lichte.

Entideologisierung als konstituierendes Moment der Stabilisierung bürgerlicher Herr-
schaft begünstigte die CDU und drängte die SPD mit ihren politischen Ambitionen in
die Oppositionsrolle. Selbst die Reste sozialistischer Zielvorstellungen und ideologischer
Ansprüche, die die SPD noch gegenüber ihren Wählern hochhielt, verlangten einen Ver-
trauenskredit, den die Mehrheit der Bevölkerung nicht mehr zu geben bereit war. Die
Stellvertreterpolitik einer parlamentarischen Ausrichtung von Politik, die zudem die
Realisierung abstrakter Ideale in die Zukunft verlegte, darin konnte sich, historisch be-
dingt, der Einzelne gegenwärtig kaum noch wiederfinden. Weder die SPD, geschweige

denn die KPD, haben es in der Nachkriegsentwicklung verstanden, die individuellen Bedürfnisse zum Ausgangspunkt ihrer Politik zu machen und sich dadurch potentiell zu qualifizieren. Gerade bei der SPD beschränkte sich die Politisierung zunehmend auf den Wahlvorgang.

Eine Parteipresse, die weiterhin in traditionellen Formen und abstrakten Kategorien ihre Leser anzusprechen hoffte, ohne die individuellen Strukturen und Erwartungen zu berücksichtigen, war gegenüber den emotional mobilisierenden Formen der bürgerlichen Presse im Hintertreffen. Mit einer SPD-Presse, die sich als parlamentarische Opposition begriff, konnte sich auch der traditionell sozialdemokratische Arbeiter mit seinen täglichen Bedürfnissen nicht identifizieren.

Abgehoben von dem eigenen Interessenbereich und in seinem berechtigten Mißtrauen gegen politische Fremdbestimmung historisch bestärkt, wurde für ihn jede aufgesetzte Politik und entsprechende Pressepropaganda suspekt.

Den Alltag und seine konkret sinnlichen Erfahrungen als Ausgangspunkt aller Interessen kamen die Formen der Berücksichtigung des sogenannten Publikumsgeschmacks durch die Geschäftspresse und den überparteilichen Generalanzeiger entgegen. Die konkreten alltäglichen Bedürfnisse aufgegriffen und thematisiert zu haben, darin liegt der Erfolg der Sensationspresse und in der Negierung dieser Entwicklung die Ursachen des Rückgangs einer Parteipresse. Antiparteieneffekt und Entpolitisierung stellen nur die auf die politische Eben übertragenen Konsequenzen aus dieser Veränderung dar, die im Wesentlichen einen erzwungenen und akzeptierten Rückzug weiter Bevölkerungsteile bis in die Arbeiterschaft hinein vom Gesellschaftlichen auf das Persönliche, Private signalisiert. Dieser Entwicklung hat die Parteipresse und speziell die SPD-Presse nicht ausreichend Rechnung getragen und sah sich deshalb mit den Ergebnissen dieses Prozesses konfrontiert.

Auf diesem Hintergrund sind die Daten der Repräsentativbefragungen zu verstehen, in denen zumeist im Auftrag amerikanischer Dienststellen die Einstellung der Bevölkerung zu den Massenmedien getestet werden sollte. Neben dem Rundfunk besaß allein das Massenkommunikationsmittel Presse eine Informationsfunktion. Gemessen an der Reichweite, konnte die Tagespresse eine signifikante Einflußsteigerung verzeichnen. Von 55% (Basis US-Zone) stieg der Anteil der regelmäßigen Zeitungsleser über 67% (Basis Bundesrepublik) auf 72% an. Dabei las jeder 5. Bundesbürger mehr als eine Tageszeitung. (5) Dementsprechend ging der Anteil der unregelmäßigen und Nichtzeitungsleser zurück.

Das Bewußtsein von einer Neustrukturierung der deutschen Presse blieb aber trotz massiver Aufklärung relativ gering. Zwar konnten sich 1952 noch 61% an die Lizenzierungspflicht erinnern, aber nur 36% wußten von der Lizenzaufhebung 1949. Und während 22% an ein Fortbestehen der Lizenzpflicht glaubten, konnten sich 44% unter dieser Frage nichts vorstellen. Eine eindeutige Mehrheit der Bevölkerung, glaubte 1952 immer noch (56%), daß die Besatzungsmächte eine inhaltliche Kontrolle über die Presse ausübten. (6) Wenn auch diese Vermutung nicht mehr den juristischen Tatsachen entsprach, zeugt diese Auffassung doch von einem latenten Mißtrauen gegen die oktroyierte neue Herrschaftsform. Der von den Altverlegern mitinitiierte Vorwurf an die Lizenzpresse als Besatzungspresse traf auf eine positive Einstellung in der Bevölkerung. Ein Image, von dem sich die Lizenzpresse erst durch verstärkte Anstrengungen lösen mußte.

Ähnlich zwiespältig stellt sich auch die Einschätzung der Wirkung der Lizenzpflicht und die Einschätzung der hieraus resultierenden Kritikfreudigkeit an der jeweiligen Besatzungsmacht dar.

	US-Zone %	Westdeutschland %	West-Berlin %
Die Lizenzierungspflicht der Westmächte hat den deutschen Zeitungen...			
eher genutzt	18	17	50
eher geschadet	25	26	21
weder/noch	13	12	11
keine Meinung	44	45	18
	100	100	100

(7)

Üben unsere Zeitungen an den Amerikanern/Engländern/Franzosen heute so viel Kritik, wie sie wollen?

	West- deutsch- land %	West- Berlin %	US-Zone „betr. die Amerikaner“ %	Brit. Zone „betr. die Engländer“ %	Franz. Zone „betr. die Franzosen“ %
Ja, sie tun es	35	58	37	34	35
Zweifele, daß sie es tun	32	33	34	30	32
Weiß nicht	33	9	29	36	33
	100	100	100	100	100

(8)

Abweichend von der ambivalenten Einstellung der westdeutschen Bevölkerung, deren hoher Anteil an Meinungslosen als Desinteresse interpretiert werden kann, zeigen sich für die Westberliner Bevölkerung signifikante Unterschiede. Die Erhöhung der positiven Einschätzung der Presseentwicklung auf Kosten der Meinungslosen beweist, daß die reale Erfahrung politischer Konflikte in Verbindung mit einer intensiven Propaganda das Kommunikationsbewußtsein auch weiterer Bevölkerungsteile schärfte, die in Westdeutschland kaum Interesse an dieser Problematik zeigten.

Stark polarisierende Einschätzungen über die Gesamtqualität der Zeitungen kommen in den Untersuchungen kaum vor. Von der Mehrheit werden die Zeitungen im Verlauf der Untersuchungen als „gut“ bis „mittel“ eingeordnet, dezidierte Positionen blieben unbedeutend. (9) Inhaltlich zeigen die nach Sparten aufgefächerten Leserinteressen, daß der Lokalbezug eindeutige Priorität genoß. Im Februar 1952 lasen regelmäßig:

Lokalnachrichten	68%
Nachrichten über Unfälle und Verbrechen	48%
Anzeigenteil	43%
Politische Nachrichten über Deutschland	40%
Politische Nachrichten über die Welt	36%
Leitartikel	33%
Unterhaltungsteil, Fortsetzungsroman	33%
Sportnachrichten	31%
Kulturteil	28%

(10)

Hierauf stützen sich die Behauptungen des zum „Sensationsjournalismus“ tendierenden Publikumsgeschmacks. Von amerikanischer Seite wurden diese Ergebnisse als eindeutige Neigung der Bevölkerung zum Populärjournalismus interpretiert.

„Die Populärjournalistik und Konsumenteninteressen der Leser hatten also eindeutig Vorrang vor der politischen Nachrichtenvermittlung, die in der Pressepolitik der Anglo-Amerikaner dominierte. Bestimmte traditionelle Charakteristika der deutschen Presse, die ihr geistigen Anspruch (Leitartikel, Kulturteil) oder auch den Charakter einer volkstümlichen Zeitschrift verliehen, wurden noch seltener gelesen als die politischen und wirtschaftlichen Nachrichten. Allerdings ist diese Rangordnung keinesfalls partikulär kulturbestimmt, sondern weitgehend typisch für die Interessen der Leser einer Massenpresse.“ (11)

Geistig-politische Interessen wurden so allein dem politischen Meinungsteil zugeordnet, die dominierende Lokalausrichtung im Zusammenhang mit der Unterhaltungsfunktion unpolitisch ausgedeutet. Aus anderer Sicht lassen sich aber diese Ergebnisse auch so interpretieren, daß der Bereich eigener, überschaubarer, das heißt lokaler Erfahrung und die Sphäre des human-interests gegenüber einer abstrakten, allgemeinen Politik Vorrang genossen. So betrachtet, schneiden die Bereiche Innen- und Außenpolitik sowie der Meinungsteil mit einem Leserinteresse von durchschnittlich über einem Drittel der Befragten noch günstig ab. Für die Presse jedoch, die sich nicht allein auf diese „politischen“ Gruppen stützen konnte, bedeuteten diese Ergebnisse einen Ausbau ihres Lokal- und Unterhaltungsteils auf Kosten allgemeiner Politik. Zumal die mittleren und großen Zeitungsobjekte (25.000 Auflage und mehr), die eine Reichweite von 43% erzielten, sahen sich veranlaßt, ihre Konzeption nach den bevorzugten Sparten auszurichten. (12) Eine exaktere Segmentierung der Zielgruppen und damit einhergehend eine Diversifikation der Presseerzeugnisse war auf dem begrenzten regionalen Markt nicht möglich und auch noch nicht anerkanntes Marketingkonzept.

Die gezielte Förderung einer unabhängigen, überparteilichen Presse durch die Amerikaner als Qualitätsmerkmal für objektive Information wurde zwar von der Bevölkerung allgemein akzeptiert, aber in der Konkretion nicht anerkannt. Im Vergleich zum Hörfunk schneidet die Presse in Beziehung auf Vertrauenswürdigkeit und Anerkennung der Informationsfunktion weit schlechter ab. Das staatliche Image des Rundfunks und andererseits die Erinnerung an die Propagandafunktion der Presse in der Vergangenheit trugen sicherlich dazu bei, die Informationsansprüche, soweit vorhanden, durch Rundfunkhören abzudecken. Aus dieser, erst vehement in der BRD aufkommenden funktionalen Konkurrenz von Presse und Rundfunk und der stärkeren Akzeptanz von Rundfunknachrichten erklärt sich der lokal bezogene Unterhaltungsanspruch gegenüber der Presse, die zumindest in der Lokalberichterstattung ein mediales Monopol besaß. Jedoch gegenüber der Weimarer Republik besaß die Presse kein politisches Informationsmonopol mehr.

Die Informationsmedien (Mai 1955: 1251 Befragte)

	ist am verläß- lichsten	kann sich am ehesten leisten: die Redierung zu kritisieren	seine Meinung zu sagen	bringt am umfassend- sten Welt- nach- richten	bringt am meisten Propa- ganda	informiert am anspre- chendsten
	%	%	%	%	%	%
Radio	62	16	29	41	15	62
Presse	19	46	35	40	39	19
Andere Publikationen	2	16	17	8	28	2
Keine Meinung	17	22	19	11	18	17
	100	100	100	100	100	100

(13)

In diesem globalen Einstellungszusammenhang einer abnehmenden Informationsfunktion der Tagespresse müssen auch die Umfragen zur Akzeptanz der Parteipresse betrachtet werden. Geprägt durch die normative Kraft der faktischen Entwicklung konnten sich Antworten über die Parteipresse nicht auf direkte Erfahrungen beziehen. Da im süddeutschen Raum eine Parteipresse sich nicht etablieren durfte und in Norddeutschland die englische Form der Parteizeitung, eingeschränkt durch die Verpflichtung auf umfassende Berichterstattung, nur vermittelt als Parteipresse nach außen erkennbar war, bezogen sich die Einschätzungen sicher zum Teil mit auf vergangene Erfahrungen. Bei einer Repräsentativbefragung im November 1948 votierten die Befragten wie folgt:

für Parteizeitungen	8,8%	
für parteiunabhängige Zeitungen	38,1%	
für beide Typen nebeneinander	27,8%	
ohne Meinung	25,3%	(14)

Nach einer Polarisierung der Fragestellung — die Mittelposition entfiel als Antwortmöglichkeit — bei einer Wiederholung im November 1949 konnte die Parteipresse kaum Befürworter aus der Mittelgruppe gewinnen.

Für Parteizeitungen	12,0%	
für parteiunabhängige Zeitungen	81,7%	
ohne Meinung	5,4%	(15)

Der geringe Anteil der Befragten ohne Meinung und die deutliche Mehrheit in der ersten sowie die 4/5 Mehrheit bei veränderter Antwortmöglichkeit zeigen, daß die parteiunabhängige Presse ganz eindeutig bevorzugt wurde. Eine Parteipresse blieb ohne Anhänger. Allerdings wird angesichts der unklaren Kenntnis der Gesamtbevölkerung über die Pressestruktur die subjektive Definition der Kategorie „Parteizeitung“ und „parteiunabhängig“ problematisch und relativiert die scheinbar eindeutige Aussage. Auch wenn zu vermuten ist, daß vielleicht häufig Parteipresse mit dem faschistischen Propagandaapparat assoziiert wurde und parteiunabhängig als frei im unterschiedlichsten Sinne verstanden werden konnte, weisen die Ergebnisse doch zumindest auf eine Ablehnung von Parteipresse im weitesten Sinne hin.

In ihrer Tendenz werden diese Ergebnisse bestätigt durch Umfragen aus den Jahren 1952 und 1955. Durch eine entschärfte Fragestellung, die krasse Polarisierung wurde hier zugunsten einer subjektiven Einschätzung aufgelöst, differenzierten sich zwar die Einstellungen, aber die Ablehnung einer Presse, die dezidierte Parteistandpunkte vertritt, bleibt

als Meinung mehrheitlich erhalten. Eine Parteipresse blieb auch hier ohne große, überzeugte Anhängerschaft.

Würden Sie persönlich es für gut oder schlecht halten, wenn Zeitungen die Standpunkte bestimmter Gruppen oder Parteien vertreten würden?

Februar 1952: (Nur Zeitungsleser)

	US-Zone	Britische Zone	Französ. Zone	West-Berlin	Westdeutschland Februar 1952	Mai 1955
	%	%	%	%	%	%
gut	10	21	17	31	17	12
schlecht	62	44	61	46	53	33
weder/noch	8	14	5	9	10	37
keine Meinung	20	21	17	14	20	18
Anzahl der Befragten	100	100	100	100	100 (1024)	100 (1116) ⁽¹⁶⁾

Nachhaltig bestätigen die zonalen Unterschiede die langfristige Wirkung der unterschiedlichen Lizenzkonzeptionen. Die amerikanische Propaganda für die parteiunabhängigen Zeitungen, die sich in der praktischen Nichtlizenzierung von Parteiblättern ausdrückte, also faktisch die Behinderung realer Vergleichsmöglichkeiten, erbrachte weitgehend den gewünschten Erfolg. Wenn auch die positive Einschätzung im Vergleich zum Bundesdurchschnitt nur um 7% verringert werden konnte, so konnte zugleich die Zahl der Ablehnungen signifikant gesteigert werden. In der Differenz von 10% Pro- zu 62% Gegenstimmen zeigt sich deutlich, daß in der ehemaligen US-Zone ein Meinungsklima geschaffen worden war, in der eine Parteipresse auf negative Affekte stieß und sie nur auf eine kaum tragfähige Randgruppe von Befürwortern rekurrieren konnte. Ein solch klares Bild der Einstellung kam in der britischen Zone nicht zustande. Zwar wird auch hier eine Parteipresse von fast der Hälfte der Befragten abgelehnt, aber die Zahl der Befürworter und der ambivalenten Einstellungen besitzt doch noch einen solchen Umfang, daß keine klare Dominanz der Antiparteipresse-Gruppe konstatiert werden kann. Vielmehr besaß in der britischen Zone die Parteipresse noch eine relativ große Anhängerschaft, die ihr die Chance eröffnete in den Zielgruppen der Unentschiedenen, ein Potential von 35%, neue Leserschichten zu erschließen. Doch die Randposition einer Presse mit Parteistandpunkt bleibt auch in der ehemals britischen Zone erhalten.

Für die französische Zone ergibt sich wahrscheinlich die hohe Zahl der Ablehner aus den Schwankungen der Besatzungspolitik, die die Erwartungen an eine Parteipresse enttäuschte. Das gute Abschneiden der Parteizeitungen in Berlin erklärt sich aus dem poli-

tischen Klima der Stadt und der Tatsache, daß bei verlängerter Lizenzierungspflicht erst im Verlauf der Jahre 1952/53 verstärkt eine unabhängige Presse zugelassen wurde. (17)

Der Rückgang der dezidierten Gegner der Parteipresse um 20% in der Vergleichsuntersuchung von 1955 auf Kosten einer jetzt führenden weder/noch Einstellung ging nicht mit einer Aufwertung des Ansehens der Parteipresse einher. Das Verblässen der alliierten Propaganda führte zu einer Einebnung kommunikationspolitischer Interessen. Nach Abschluß der offenen Auseinandersetzung der konkurrierenden Zeitungstypen und der zunehmend nivellierenden Konsolidierung des Marktes wuchs sicher auch ein Unbehagen an der „standpunktlosen“ Presse, was in dem Rückgang eindeutiger Aussagen seinen Ausdruck fand.

Die unzureichende Aufspaltung der Untersuchungsergebnisse läßt kaum schichtspezifische Rückschlüsse zu. Die Ergebnisse bleiben undifferenziert pauschal. Ersichtlich wird jedoch, daß die Parteipresse der verschiedensten Richtungen sich eine verhältnismäßig kleine Gruppe von Stammlesern teilen mußte. Nur 12% der Gesamtbevölkerung erwarteten persönlich die Darlegung parteipolitischer Standpunkte. Diese Zahl entspricht knapp dem Auflagenanteil der SPD-Presse an der westdeutschen Gesamtauflage 1953, aber die zu vermutende Splitterung dieser Interessen nach verschiedenen Richtungen und die schwerpunktmäßige Ballung der Blätter in bestimmten Regionen, macht eine solche Gleichsetzung unzulässig.

Vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß nur ein Bruchteil der Leser von Parteizeitungen auch parteipolitische Informationen von ihrer abonnierten Zeitung erwartete; die Mehrzahl jedoch die unterschiedlichsten Ansprüche stellte.

Andere speziellere Untersuchungen zu dieser Frage relativieren die allgemeinen Zahlen der amerikanischen Umfragen, bestätigen aber letztlich die Grundtendenz. Bei einer Zeitungsleserbefragung der Universität Münster im nordrhein-westfälischen Ballungsgebiet, den auflagenmäßigen Hochburgen der Parteipresse, ergab sich 1951 folgendes Bild: Entscheidendes Kriterium für die Wahl einer Zeitung war die Parteizugehörigkeit allein für 17,5% der Befragten. Mit 32,4% stand die positive Beurteilung des Lokalteils jedoch eindeutig an der Spitze der Auswahlargumente. „Innerhalb der guten Lokalzeitungen“, so ergab die Untersuchung, „befanden sich zahlreiche Lokalausgaben von parteinahen Zeitungen, sodaß dieser Typus sich auch im gewöhnlich neutral aufgemachten Lokalteil ein gewissen Beliebtheit erfreute.“ (18)

In dieser Untersuchung machten zwar noch 85% richtige Angaben über den objektiven

Standort der von ihnen gelesenen Blätter, aber trotz des anteilmäßigen Übergewichts von Parteizeitungen in dem untersuchten Raum (60% Reichweite) wird die parteipolitische Bindung der Zeitungen nicht entsprechend ihrer Verbreitung geschätzt.

„Die Auskunft darüber, ob die Zeitungen in der Politik einen festen Standort beziehen sollten, bejahten 57%; bei der Nachfrage allerdings, ob diese Zeitungen den Standpunkt einer politischen Partei vertreten sollten, befürworteten dies nur 20,9% der Befragten.“ (19)

Die historisch gewachsenen lokalen Bindungen an die jeweiligen Blätter und nicht deren parteipolitische Ausrichtung überwogen als Motive für die Lektüre eines Blattes.

Eine unbedingte oder überwiegende Übereinstimmung mit der politischen Richtung der abonnierten Zeitung war nicht vorhanden. Im Gegenteil: in anderen Untersuchungen wurden 1952 ermittelt, daß zwei Fünftel der Leser von Parteizeitungen nicht den entsprechenden, sondern anderen Parteien nahestanden. (20) Bezogen auf die gesamte Presse gingen nur 10% völlig mit den Meinungsäußerungen ihres Blattes konform, während 46% nicht mit der Meinung ihres Blattes übereinstimmten. Andererseits „meinten fast 40% aller Zeitungsleser auf die Frage, ob sie mit dem Standpunkt ihrer Zeitung über die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Fragen übereinstimmten, eigentlich hätten sie nicht bemerkt, daß ihre Zeitungen einen Standpunkt verträten.“ (21)

Das primär auf Lokalberichterstattung und Unterhaltung orientierte Leserinteresse schloß die Kenntnisnahme des Meinungsteils nicht aus. Daß ein großer Teil der Befragten über sein politisches Interesse im Vergleich zur gelesenen Zeitung Aussagen machen konnte und die Konstatierung von Standpunktlosigkeit auch als Kritik interpretiert werden kann, signalisiert nicht zwingend die von Verlegerseite interpretierte Wandlung zum unpolitischen Publikumsgeschmack. Die notwendige Orientierung aufgrund der gegebenen Größenklasse erbrachte vielmehr umgekehrt die Hinwendung zu den breitesten Interessen der Gesamtleserschaft. Die pluralistische Zusammensetzung der Leserschaft nach wirtschaftlichen Verbreitungsgebieten, die die Strukturierung nach politischer Gruppierung ablöste, erbrachte die inhaltliche Nivellierung einer vermeintlich objektiven Zeitungsgestaltung.

In dem allgemeinen Trend der Lesererwartung und der erweiterten und damit unpolitischen Pressefunktion, wurde die parteipolitisch orientierte Presse insgesamt zu einer Anpassung gezwungen. Besonders für die regionalen Blätter der ehemals britischen Zone galt, daß die überwiegenden Interessen des erworbenen, heterogenen Publikums nicht

der nur einen Teil ansprechenden einseitigen parteipolitischen Ausrichtung entsprachen. Hieraus folgte für die Parteipresse allgemein eine publizistische Verschleierung ihres Standpunktes und die verstärkte Darstellung einer Unabhängigkeit nach außen. Die Unterschiede zwischen den Parteizeitungen und der „unabhängigen“ Presse wurden nicht mehr von allen Lesern wahrgenommen

Westdeutsche Zeitungsleser

	Subjektiver Eindruck*		Objektive Klassifizierung**	
	Februar 1952 %	Mai 1955 %	Februar 1952 %	Mai 1955 %
Die gelesenen Zeitungen sind...				
unabhängig	65	60	65	78
CDU/CSU-orientiert	11	12	14	13
SPD-orientiert	7	7	15	9
Extrem rechts oder links orientiert	6	5		
Parteipolitisch anders			4	—
Keine Meinung	11	16	—	—
Anzahl der Befragten	100 (1024)	100 (1116)	100 (1024)	100 (1116)

1952 wurden nach dieser Klassifizierung die Zuordnungen noch fast ohne signifikante Abweichungen adäquat vorgenommen. 1955 wächst die Unsicherheit, die Differenz zwischen subjektivem Eindruck und objektivem Standort steigt deutlich auch für die „unabhängige“ Presse. Die Zahl der Unsicheren ohne Meinung nimmt zu. Und während die Zuordnungen der CDU-Presse weitgehend stimmen, besteht eine klare Diskrepanz für die SPD-Presse. Die wahrgenommene Ausrichtung der SPD-Zeitungen bleibt mit nur 7% weit hinter ihrer tatsächlichen Reichweite — nach dieser Klassifizierung (23) — zurück. Nur die Hälfte der SPD-Zeitungen Lesenden haben 1952 die inhaltliche Bindung des Blattes auch bewußt wahrgenommen. In der parteipolitischen Wirkung auf ihre Leser blieb die SPD-Presse hinter ihrer tatsächlichen Verbreitung zurück.

Noch deutlicher wird diese Diskrepanz zwischen der Parteibindung der SPD-Presse und der wahrnehmbaren Außendarstellung in der folgenden Tabelle:

* Wortlaut der Frage (aus dem Englischen rückübersetzt): Haben Sie den Eindruck, daß die Zeitung(en), die Sie lesen, den Standpunkt einer bestimmten Gruppe oder Partei vertritt, oder haben Sie diesen Eindruck nicht?

** Der Maßstab dieser Klassifizierung der Press Division, Office of Public Affairs, HICOG, waren die bekannten politischen Bindungen bzw. Orientierung der Herausgeber, Chefredakteure, politischen Ressortleiter und eine Inhaltsanalyse der Leitartikel.

Nach der HICOG-Klassifizierung

	SPD- Richtungs- zeitungen	CDU- Richtungs- zeitungen	Unabhängige Zeitungen
	%	%	%
Lesermeinungen über die Parteiorientierung der gelesenen Zeitungen:			
Die Zeitung vertritt keinen Partei-Standpunkt	42	34	61
Der Standpunkt ist der der gleichen Partei wie klassifiziert	26	32	10 ^{CDU 7} SPD 3
Andere Parteiorientierung	5	8	5
Nicht klassifizierbar	6	10	6
Keine Meinung	21	16	18
	100	100	100
Anzahl der Befragten	(150)	(143)	(731) (24)

Zieht man die Kategorie „ohne Parteistandpunkt“ und „nicht klassifizierbar“ zusammen, so war für die Hälfte der SPD-Zeitungsleser der Standpunkt ihrer Zeitung nicht zu erkennen. Nur 26%, also weniger als ein Drittel der Befragten waren sich über die SPD-Orientierung ihres Blattes im Klaren. Und selbst bei den Falschzuordnungen der „unabhängigen Blätter, fanden kaum Verschätzungen zugunsten der SPD statt.

Hurwitz kommentiert diese Ergebnisse so:

„Hieraus folgte auch, daß Leser den politischen Standort von CDU- und SPD-orientierten Blättern nicht wahrnahmen. 1952 traf dies für sehr viele Leser der SPD-orientierten Presse zu. Bemerkenswert ist infolgedessen der deutliche Rückgang der Leser bei der SPD-orientierten Presse bis 1955. All dies deutete auf einen Prozeß der politischen Anpassung, Verflachung und Neutralisierung der Presse in Westdeutschland während der fünfziger Jahre hin.

Die Tatsache, daß die politische Orientierung der Parteirichtungszeitungen schon 1952 ihren Lesern meistens nicht bewußt war — vor allem nicht, wenn sie SPD-nahe Zeitungen lasen —, spiegelt vermutlich die Interessenlage einer Leserschaft wider, für die politische Nachrichten und Kommentare nicht so wichtig waren.“

(25)

Diese Auflösung der erkennbaren politischen Unterschiede zwischen den einzelnen Zeitungstypen wurde herbeigeführt durch die Verlagerung der Leserinteressen auf die scheinbar unpolitische Lokalberichterstattung. Die allein auf den politischen Meinungsteil, die Domäne der Parteipresse alten Typs, beschränkte differenzierte Ausrichtung wurde von der Mehrheit der Leser nicht nachvollzogen und honoriert.

Unter diesen Bedingungen, pluralistische Leserszusammensetzung und entsprechende Ausrichtung einerseits und Leserbedürfnissen, die nicht auf allgemeine Politik ausgerichtet waren, blieben die Möglichkeiten einer Parteipresse beschränkt. Die Zielgruppe derjenigen, bei denen eine eindeutige Parteipresse auf positive Resonanz hoffen konnte, blieb auf eine, wenn auch große Randgruppe, beschränkt. Die privatkapitalistische Ausrichtung aller Presseunternehmen machte eine Begrenzung auf diese Gruppe jedoch zu einem existenzgefährdenden Geschäft. Das an einer Parteipresse weiterhin interessierte Leserpotential, zumal es sich in die verschiedensten Richtungen spaltete, bot keine ausreichende Grundlage zum Betreiben regionaler Zeitungen mittlerer Größe. Nicht ein gewandelter Publikumsgeschmack, sondern die Verlagsgröße aus der eine pluralistische Leserszusammensetzung folgte und die Kommunikationspolitik haben zu einem Rückgang der Parteipresse geführt, die unter diesen Bedingungen nur schwer konkurrenzfähig bleiben konnte.

3.1. Die Bestimmung des sozialdemokratischen GENERALANZEIGERS

Im Anschluß an den auflagenmäßigen Rückgang der sozialdemokratischen Presse nach der Lizenzaufhebung reduzierte sich auch der überzogene selbstherrliche Anspruch der Partei auf dem Pressesektor. In den ersten Jahren war man, wenn nicht sogar von einer überlegenen, so doch zumindest gleichberechtigten Stellung der Parteipresse ausgegangen. Partiiell spekulierte man auf einen Zuwachs.

Mit der sich abzeichnenden Niederlage auf parlamentarischer Ebene und dem Aufkommen der totgeglaubten Generalanzeigerpresse in neuer Form schwanden auch die illusionären Hoffnungen, zur prägenden Kraft auf dem Pressesektor zu werden. Nach Auf-
lage und Einfluß bestimmte die überparteiliche Presse, wenn auch politischer als vor 1933, die Presselandschaft. Dieser Zeitungstyp, von der SPD anfangs für den demokratischen Wiederaufbau für ungeeignet erachtet, verdrängte die ausgesprochenen Parteiblätter. Besonders die sozialdemokratischen Zeitungen sahen sich wirtschaftlich und publi-

zistisch rasch in die Defensive gedrängt. (1)

Bereits im Herbst 1948 zur Gründung des NEUEN VORWÄRTS nahm Schumacher selbst den vermessenen Alleinvertretungsanspruch der Parteipresse wieder weitgehend zurück. Er bestritt den überparteilichen Blättern nicht länger ihre Existenzberechtigung.

„Man kann den großen Aufgaben der Presse nicht allein mit Parteizeitungen Genüge tun. Bei dem tollen Durcheinander der politisierenden Publizistik ist es gut, wenn auch Parteizeitungen da sind.“ (2)

Und auch Heine gab die vormals hochfliegenden Pläne zur Gewinnung der öffentlichen Meinung zugunsten einer defensiven Absicherung der erreichten Stellung der sozialdemokratischen Presse auf. Nach der Wahlniederlage zum 1. Bundestag und der sich abzeichnenden Etablierung der bürgerlichen Parteien unter Führung von Adenauer sah sich die SPD politisch und publizistisch wieder in der Isolation, die sie noch kurz zuvor in ihrem offensiven Optimismus meinte überwunden zu haben. Wie in der Politik, so fühlte die SPD sich auch publizistisch von lauter Feinden umgeben.

Ausgangsthese war: die überwiegende Mehrheit der Presse

„ist direkt oder indirekt gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Wir Sozialdemokraten verfügen auch heute, wie seit Beginn der Arbeiterbewegung, nur über einen Bruchteil der Tagespresse. Für je eine Zeitung, die als überzeugte politische Gegnerin gegen uns auftritt, gibt es stets mehrere ‚neutrale‘ andere Blätter, die trotz der Absicht oder der Maske der Objektivität nicht darüber hinwegtäuschen können, daß sie den Standpunkt der bürgerlichen Gesellschaftsordnung vertreten und der ist nun einmal dem unseren genau entgegengesetzt.“ (3)

Klassenkämpferisch und verbalradikal spricht Heine zwar ein äußerlich zutreffendes Phänomen an, analysierte aber nicht dessen Entstehungsbedingungen. Zwar soll die Schuld nicht allein bei den „bösen Nachbarn“ liegen (4), aber sie wird doch letztlich bei den Gegnern auf allen Seiten und nicht auch in der eigenen Parteipolitik gesucht. „Die terroristische Unterdrückungspolitik im Osten auf der einen Seite, der besitzbürgerliche Klassenkampf auf der anderen Seite waren auf den einen Hauptfeind: Die Sozialdemokratie gerichtet.“ (5) Äußere Umstände behinderten den Start sozialdemokratischer Zeitungen und haben „bedauerliche Rückwirkungen auf die Entwicklung demokratischer Lebensformen und Institutionen“ gehabt. (6) Mit dieser entschuldigenden Legendenbildung wartet die SPD bereits 1956 als Erklärung für den Rückgang der

Parteipresse auf.

In der Konsequenz aus dieser Einschätzung propagierte Heine 1949 die Aufgabe des Anspruchs, in neue Leserschichten einzudringen und forderte die Konsolidierung bei Stammlesern, Parteimitgliedern und Sympathisanten. Statt der erhofften Gewinnung der Öffentlichen Meinung und der breiten Masse schrumpft die Funktion der Parteipresse wieder auf den traditionellen Vorsatz, den Zusammenhalt der SPD-Wähler herzustellen. Anknüpfend an dem alten Grundsatz, alle Wähler als Abonnenten zu gewinnen, ruft Heine die Mitglieder zu verstärkter Werbung auf, denn die sozialdemokratische Presse „ist die einzige Zeitung, von der man mit Recht sagen kann, daß sie es wert ist und daß sie ihre Interessen (der Sozialdemokraten) vertritt.“ (7)

Solche Auffassungen, wie in diesem Artikel von Heine vorgetragen entsprachen nicht der faktischen Situation der SPD-Blätter und der allgemeinen pressepolitischen Linie. Für die Parteiverlage hatte die Zeitungskrise um 1951 neben dem Auflagschwund eine inhaltlich-funktionale Verunsicherung gebracht, der nicht mit der Rückbesinnung auf traditionelle Werte zu begegnen war. Der Widerspruch zwischen den sozialdemokratischen Idealen und den pragmatischen Erfordernissen der Pressepraxis drängte auf eine annehmbare Lösung, die nur — wollte man die Auflage halten — mit der Rücknahme des politischen Anspruchs enden konnte. Diese ohnmächtige Übernahme von äußeren Gesetzmäßigkeiten wird auch in sozialdemokratischen Publikationen zugestanden. „Mehr dem Zwang der Verhältnisse als dem eigenen Triebe gehorchend hat die wiedererstandene Sozialdemokratie diese Entwicklung bewußt gefördert.“ (8)

Selbst die bürgerliche Zeitungsforschung zu jener Zeit unterstellt der sozialdemokratischen Presse zwar immer noch ein beharrliches Eintreten für eine sozialistische Wirtschaftsordnung, konzidiert aber schon eine Veränderung, wenn sie feststellt, daß führende SPD-Blätter eine Loslösung von alten Agitationszeiten vollzogen haben. (9) Parteioffiziell fand die Befriedung der Widersprüchlichkeiten ihren Ausdruck in der Neudefinition der Funktion sozialdemokratischer Presse durch Fritz Heine. In einem Beitrag unter dem Titel: „Sozialistische Presse gestern und heute“ propagiert Heine ein pluralistisches Nebeneinander verschiedener Pressetypen, der die Realitäten rechtfertigt, zugleich aber noch die Widersprüchlichkeiten von Anspruch und Wirklichkeit widerspiegelt. (10) In den meisten Darstellungen wird dieser programmatische Artikel einseitig als Ausdruck eines bewußten Funktionswandels interpretiert, darüber aber das Unbehagen und die Hilflosigkeit, von Parteiseite, unterschlagen.

In Umkehr der Forderungen von 1949 konstatierte Heine, daß die Presse sich primär zu

einem Unterhaltungsmittel gewandelt hat, dem erst sekundär eine Informationsfunktion zukäme. „Für die sozialistische Arbeiterbewegung bedeutete (und bedeutet) diese Wandlung des Zeitungsscharakters mehr und Schlechteres als für irgendeine andere Gruppe von Zeitungsherausgebern.“ (11) Ausgehend von der These, daß in früheren Phasen die Meinungspressen als dominanter Typ für die Presse bestimmend war, allerdings wirtschaftlich gekoppelt mit kleinen Verlagen, habe sich — so Heine — heute die Sensations- und Unterhaltungspressen strukturprägend durchgesetzt. „Die Herrschaft der Meinungspressen ist vorbei, es droht das Monopol der reinen Profitpressen.“ (12) Aus Angriffspositionen sei die sozialistische Meinungspressen in eine Verteidigungsposition geraten. Auf welche gesellschaftlichen und politischen Ursachen diese Entwicklung zurückzuführen ist, wird nicht analysiert, das Ergebnis als Voraussetzung der Analyse gesetzt.

„Die Blätter der Arbeiterbewegung aller Länder haben sich dieser Entwicklung, die vielleicht eine Entartung ist, anpassen müssen. Es gab für sie nur die Wahl zwischen Anpassung und Verzicht auf Massenbasis und Weiterexistenz, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Die Angleichung an die Technik und Methodik der Geschäftspressen vollzog sich nur widerstrebend und nachträglich, sie ist auch heute noch nicht abgeschlossen.“ (13)

Geschickt, aber unbewiesen, setzte Heine das unterstellte Dilemma als international und geschichtlich zwangsläufig voraus, um dadurch die Notwendigkeit der Wahl zwischen Anpassung und Aufgabe begründen zu können. Die gegebene Situation wird zwar noch befragt, aber nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Ein direktes Konkurrenzverhältnis zur bürgerlichen Pressen wird angenommen sowie Massenbasis und profitables Wirtschaften als Zielvorstellung für die eigene Pressen bejaht. Außerhalb des akzeptierten Systems werden keine möglichen Alternativen gesucht.

„Wie nun kann — und da stellt sich für die sozialistische Pressen der Gegenwart das große Problem — angesichts der kategorischen Ablehnung der Meinungspressen alten Stils durch die Masse der Leser ein Zeitungstyp entwickelt werden, der die politische Nützlichkeit des Gesinnungsblattes so mit der geschäftlichen Notwendigkeit des Sensationsblattes vereint, daß Leser und Herausgeber zugleich befriedigt sind. Schließt nicht notwendigerweise das eine das andere aus? Bedeutet ein Kompromiß nicht, sich von vornherein in eine ungünstigere Ausgangsposition gegenüber der hemmungsloseren Konkurrenz der reinen Geschäftspressen zu begeben? Diskreditiert man nicht seine Ideale, desavouiert man nicht seine Freunde und Förderer, akzeptiert man nicht die unethische Ausgangsposition des Gegners, wenn man sich anpaßt? Ist Anpassung nicht Selbstaufgabe?“ (14)

Die abstrakten Ideale einer sozialdemokratischen Presse, nämlich Bannerträger des Sozialismus zu sein mit der Aufgabe, „die sozialistischen Auffassungen zu verbreitern“ (16), wurde von Heine weiterhin befürwortet. Einschränkungen erfuhren die Ideale nicht durch eine Wandlung der Partei, sondern durch objektive Faktoren, die geschäftliche Notwendigkeit und die „Ablehnung der Meinungspresse alten Stils“. In verhängnisvolle Selbstüberschätzung setzte die SPD ihre Parteilinie mit den objektiven Interessen der Leser identisch. Die Abkehr von der Meinungspresse wurde nicht zugleich als Kritik an der sozialdemokratischen Politik begriffen. Formal auf die Frage der Vermittlung beschränkt, einen inneren Zusammenhang zwischen SPD-Politik und Desinteresse an der Parteipresse verleugnend, blieb der Zusammenhang von Partei/Presse und Lesern/Wählern unberücksichtigt. Allein Fremdeinflüsse und gesamtgesellschaftliche Veränderungen führten nach Heine zu dem Rückgang der Meinungspresse. An dem Ideal der anleitenden Pädagogik nach dem Motto „Wissen ist Macht“ wurde festgehalten und unterhalb dieser Vorstellung nach neuen Formen gesucht.

In diesem Verständnis konnten die veränderten subjektiven und objektiven Bedürfnisse der Leserschaft nur als bedauerliche Verirrung des breiten Publikumsgeschmacks begriffen werden, als ein Absinken auf das niedere Niveau von Unterhaltung, Zerstreuung und Sensation, die dem aufklärerischen Eigen-Anspruch entgegensteht. Gegenüber der belehrenden Informationsfunktion der politischen Aufklärung, auch hier wiederum beschränkt auf allgemeine Politik und Parlamentarismus, erscheinen die scheinbar neuen Bedürfnisstrukturen als Substanzverlust und unpolitische Entwicklungen. Nicht die eigenen Formen der Politik und die daraus resultierenden Kommunikationsstrukturen wurden hinterfragt, diese wurden weiterhin als per se richtig vorausgesetzt, sondern das Desinteresse der Leser = Wähler an dieser Form von Politik beklagt, die persönlichen Bedürfnisse nach Zerstreuung und Unterhaltung als negative Entwicklung eingestuft. Eine positive Aufnahme der persönlichen Bedürfnisse wird nicht in Erwägung gezogen.

Unausgesprochen steht hinter diesen Vorstellungen ein Kommunikationsschema, welches die hierarchische Bestimmung der bürgerlichen Presse übernimmt. Zwischen den politisch bewußten Meinungsträgern als Presseproduzenten und ihren Lesern, die indirekt als unbewußte Objekte eingestuft werden, verläuft ein einseitiger Kommunikationsfluß, in dem der Leser gebildet werden soll, aber nicht beteiligt wird. Eine Rückkopplung erfolgt einzig über die Zugeständnisse an die vage Kategorie des Publikumsgeschmacks.

In der rhetorischen Schärfe der Fragestellung — Selbstaufgabe oder Existenzverlust — öffnet sich durch die kritische Auseinandersetzung mit den beiden Extremen für Heine

die Möglichkeit, einen vertretbaren Kompromiß herauszuarbeiten.

„Vielleicht sind wir in Teilen Deutschlands, möglicherweise mehr unter dem Zwang der Verhältnisse als dem der Erkenntnis, einer Kompromißlösung näher als in anderen Ländern. Die Pressepolitik der Sozialdemokratischen Partei hat sich im Prinzip für die Entwicklung von drei Zeitungstypen entschieden, die nebeneinander existierend, sich ergänzen und unterstützen sollen.“ (15)

Heine unterscheidet drei Gruppen.

- „1. Die ausgesprochene Meinungszeitung, die dem Funktionär und anderen politisch stark Interessierten unter Verzicht auf Sensation und reine Unterhaltung in Kommentar und Nachrichten das benötigte Schulungsmaterial und Informationsmaterial liefern soll.
2. Die sogenannte parteinahe Zeitung, die unter Berücksichtigung des Publikumsgeschmacks die äußere Gestaltung des Sensationsblattes für sich übernimmt, ohne die Aufgaben der politischen Meinungsbildung zu sehr in den Hintergrund zu drängen.
3. Die reine Geschäftspresse, die ohne erkennbare politische Beeinflussung hauptsächlich als Finanzierungsquelle und Abwehr gegnerischer Konkurrenz zu dienen hat.“ (16)

Bei genauerer Betrachtung reduziert sich der angepriesene Kompromiß in zweierlei Hinsicht. In der absteigenden Rangfolge bleibt die Absicht der Vermittlung sozialistischer Auffassungen allein noch dem Typ 1 vorbehalten. Jedoch schrumpft schon hier die Wissensvermittlung auf einen einseitigen Schulungs- und Informationsprozeß, der eine rückkoppelnde Diskussion und damit den Einbezug der Leser ausklammert.

Die gleichberechtigte Reihung der drei Zeitungstypen suggeriert ebenfalls ein Gleichgewicht in der Zahl der einbezogenen Zeitungen, die eine wechselseitige Unterstützung und Ergänzung vorspiegeln, sodaß die sozialdemokratische Presse tatsächlich als gelungener, pluralistischer Kompromiß zu betrachten wäre.

Tatsächlich runden zahlen- und auflagenmäßig die beiden Randtypen das Bild der SPD-Presse nur ab, dessen eindeutiges Schwergewicht schon zum Zeitpunkt des Artikels auf den Zeitungen vom Typ 2 lag. In Übereinstimmung mit anderen Einordnungen nach der Typologie von Heine (17) umfaßt die Gruppe der Meinungszeitungen die wöchentlichen Parteimitteilungsblätter verschiedener Regionen und das Zentralorgan NEUER

VORWÄRTS und zum Typ 3 der reinen Geschäftspresse können die Hamburger MORGENPOST und die Berliner NACHTDEPESCHE gerechnet werden. Zur Gruppe 2 der parteinahen Presse gehören alle regionalen Tageszeitungen der Konzentration GmbH, die auflagenmäßig etwa 85% der SPD-Tagespresse repräsentieren. (17) Bedingt durch die andersartige Funktion der Mitgliederunterrichtung und ihr wöchentliches Erscheinen auf einem anderen Markt, entfällt die Gruppe 1 als Vergleichstyp für die Tagespresse. Zu keinem Zeitpunkt verfügte die SPD über eine ausgesprochene, täglich erscheinende Meinungszeitung. Zwar blieben die beiden Boulevardzeitungen auflagenmäßig nicht ohne Bedeutung und besaßen neben den von Heine zugewiesenen Funktionen auch die Aufgabe, die am gleichen Ort verbreiteten parteinahen Abonnementszeitungen zu ergänzen, aber in der Gesamttendenz konzentrierte sich die SPD-Tagespresse auf den Typ der parteinahen Zeitung, sie war der Hauptträger der SPD-Publizistik.

Der Mischtyp der „sogenannten parteinahen Zeitung“ bleibt in der Heinischen Definition im Gegensatz zu der klaren Funktionsbestimmung der anderen Organe verschwommen. Wie weit die Berücksichtigung des Publikumsgeschmacks gehen soll, ohne zur reinen Geschäftspresse, das heißt Sensationspresse, zu werden und welche Aufgaben der politischen Meinungsbildung in welcher Form der parteinahen Presse verblieben, diese konkreten Fragen werden nicht ausgeführt. Die Definition lebt von der negativen Abgrenzung gegenüber den anderen Formen, zwischen denen sie angesiedelt wird. Die Qualität des Kompromisses „parteinahe Zeitung“ bleibt unklar.

Der von Heine entwickelte Funktionswandel bedeutet das parteioffizielle Plazet für die realen Verhältnisse und die politische Rechtfertigung des entstandenen „sozialdemokratischen Generalanzeigers“ (18), dessen Konzeption später deutlicher ausgesprochen wurde.

„An die Stelle des früheren Bekenntnisblattes, das von der ersten bis zur letzten Zeile von sozialdemokratischem Geist durchtränkt war, trat die sogenannte parteinahe Zeitung, die in der politischen Nachrichtengebung und Kommentierung zwar mehr oder minder entschieden den sozialdemokratischen Standpunkt zum Ausdruck bringt, die sich aber in ihrem übrigen Inhalt von der bürgerlichen Presse nicht unterscheidet und ... dem Geschmack des politisch indifferenten Lesers weitgehend Rechnung trägt.“ (19)

Sozialdemokratische Pressekonzeption wurde zurückgenommen auf die politische Richtung des Meinungsteils, während gleichzeitig in den übrigen Teilen nicht allein die äußere Gestaltung, sondern auch die Inhalte der bürgerlichen Presse übernommen wurden.

Diese schon in dem Richter-Referat von 1946 angelegte Konzeption der Akzeptierung bürgerlicher Presseformen, die sich in der Praxis durchgesetzt hatten, wurden mit dem Heine-Beitrag parteioffiziell festgeschrieben.

Wenn auch diese Äußerungen nicht als grundsätzliche Neuorientierung aufgefaßt werden dürfen, signalisieren sie doch den Abschluß des Integrationsprozesses der sozialdemokratischen Presse der Nachkriegszeit in das bürgerliche Pressesystem und die weitgehende Loslösung auf theoretischer Ebene von den traditionellen Pressevorstellungen. Ausgehend von diesem Verständnis, das nach Heine innerparteilich umstritten, aber von der Mehrheit akzeptiert wurde und bestärkt durch den Aufwuchs im Vergleich zur vorfaschistischen Zeit, wurde erneut das Ziel anvisiert, mit dieser Konzeption „die sozialistische Presse zur führenden des Landes zu machen.“ (20)

Die innenpolitische Entwicklung nach 1949, die die Sozialdemokratie beständig in eine wachsende isolierte Oppositionsstellung zwang, hat sicherlich neben den ökonomischen Interessen der Verlage mit dazu beigetragen, der sozialdemokratischen Presse nicht nur die Funktion der Informationsvermittlung gegenüber den eigenen Anhängern zuzuweisen. Publizistisch reichte die eigene Anhängerschaft nicht aus, um die Auflagen der norddeutschen parteinahen Verlage zu sichern, geschweige denn auszubauen. Politisch genügten die Wähler der SPD nicht, um die parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik zu erringen. Bei dieser ambivalenten Interessenidentität von Partei und Parteiverlagen lag es nahe, über die parteinahe Presse in neue Wählerschichten vorzudringen. Voraussetzung hierfür bot die Lösung von allen Resten sozialistischer Pressepolitik und die in gegenseitigem Einverständnis entwickelte Pressekonzeption, wie sie in dem Heine-referat dargelegt wurde. Mit der parteioffiziell geförderten Abkehr von einer akzentuierten sozialdemokratischen Presse für sozialdemokratische Leser — in der Realität hatte eine solche Parteipresse der SPD nach 1945 niemals bestanden — wurde die zwiespältig betrachtete Anpassung zu einem positiven Moment uminterpretiert.

Geht man von einer tendenziell einheitlichen Anpassungstendenz der sozialdemokratischen Tagespresse aus, bleibt die endgültige Durchsetzung dieser Konzeption von der entscheidenden Frage abhängig, ob sich diese Gestaltung in der Praxis bewährte. In Verknüpfung der Entwicklung des gesamten Pressewesens, schien äußerlich der gebremste Auflagenrückgang der SPD-Blätter nach der 1. Konzentrationswelle und die relative Konsolidierung den Pragmatikern, die diese Integration förderten, recht zu geben. Mehrheitlich die Blätter, die für eine Distanzierung von der Form einer direkten Parteizeitung eintraten, die die Integration so weit vertretbar vollzogen hatten, bildeten das Rückgrat der Konzentration GmbH. Sie waren identisch mit den großen Lizenzblättern in NRW

und Niedersachsen. Im Gegensatz zu ihnen konnten die süddeutschen Nachgründungen mit stärkerer Parteiausrichtung nicht ihre auflagenmäßige Begrenzung überwinden. Einschränkung muß zu diesem relativen Erfolg angemerkt werden, daß die großen Blätter nur ihren Auflagenrückgang zum Stehen bringen konnten, aber keine nennenswerten Steigerungsraten erzielten. Sie zehrten von den Pfunden, die ihnen die Lizenzphase in überreichem Maße beschert hatte. Letztlich blieb aber trotz der gewonnenen Konsolidierung der gesamten SPD-Presse die nur längerfristige überprüfbare Frage nach der Überlegenheit der hemmungsloseren vollständig integrierten bürgerlicheren Konkurrenz noch nicht beantwortbar. Mit der Konzeption der Anpassung hatte sie die SPD-Presse zwar aus der noch 1949 beschworenen feindlichen Position gegenüber den übrigen Organen in eine Randposition im bürgerlichen Pressespektrum begeben, was aber noch lange nicht eine allgemeine Anerkennung bedeutete oder Erfolg garantierte, zumal man sich gleichzeitig bewußt den Zwangsmechanismen bürgerlicher Konkurrenz aussetzte.

Zwar erbrachte die Integration ein Heranrücken an die vormals feindlichen Organe, aber die defensive Stellung wurde damit noch lange nicht aufgehoben. Der immer wieder zitierte Vergleich mit der Lage der Parteipresse in der Weimarer Republik, in fast jedem Jahrbuch der SPD und auf jedem Parteitag der frühen fünfziger Jahre in ähnlichen Formulierungen von Heine vorgetragen, ließ den gegenwärtigen Stand als ungeheuren Erfolg erscheinen. Dadurch wurden aber die Rückschläge in der Nachkriegsentwicklung ausgeblendet. Deshalb war eigentlich auch kein Anlaß zu pressepolitischem Optimismus gegeben. Die Anpassung war mehr opportunistische Selbsterhaltung denn offensive selbstsichere Planung. Trotz und obwohl die Wahlniederlage von 1953 die SPD noch weiter in die politische Isolation trieb, versuchte die Partei die Niederlage u.a. durch eine neue Offensive auf pressepolitischem Gebiet auszugleichen. Wieder wurden spektakuläre Pläne entworfen, die zwar durch die integrativen Gesamttendenzen begünstigt wurden, aber gesellschaftlich keine realistische Basis besaßen.

Heine entwickelte die Leitlinien für eine Pressereform, die unter fünf Grundsätzen erfolgen sollte:

- „1. Ausdehnung der Einflußsphäre der bestehenden, uns nahestehenden Zeitungen.
2. Steigerung des SPD-Einflusses durch Schaffung neuer Publikationen oder den Erwerb bestehender.
3. Steigerung des sozialdemokratischen Einflusses auf die bestehende Publizistik im weitesten Sinne.
4. Schaffung eines sozialdemokratischen Gegenstücks zur FRANKFURTER ALLGEMEINEN ZEITUNG und WELT!

5. Schaffung eines sozialdemokratischen Gegenstücks zu RHEINISCHER MERKUR, ZEIT usw.“ (21)

Mit diesen langfristigen Reformvorschlägen auf der Basis der parteinahen Tagespresse sollte die absolute zahlen- und auflagenmäßige Vorherrschaft der übrigen Presse, die pauschal als antisozialdemokratisch galt, gebrochen werden. Doch die hierzu notwendigen umfangreichen finanziellen Mittel standen der Partei, besonders nach dem verlorenen kostspieligen Wahlkampf weder kurzfristig zur Verfügung, noch war langfristig mit einer realistischen Umsetzungsmöglichkeit der idealistischen Pläne zu rechnen.

3.1.1. Parteiinterne Kritik

Innerparteilich blieb die sich durchsetzende Pressekonzeption des Vorstandes weitgehend unumstritten. Erörterungen der praktischen Pressepolitik und die Entwicklung der Parteizeitungen nahmen im Rahmen der Diskussionen über die Tätigkeit des Referates „Presse und Propaganda“ (1) nur einen geringen Raum ein. Zudem wurden partielle Auseinandersetzungen zumeist zwischen den Betroffenen, das heißt Fritz Heine und Vertretern der SPD-Presse, inoffiziell geführt. Trotzdem blieb die Pressekonzeption nicht vollständig unkritisiert. Vereinfacht können drei Strömungen unterschieden werden, die, wenn auch keine grundsätzlich abweichende, so doch graduell andere Standpunkte vertraten:

- eine traditionalistische Strömung, die eine explizite Parteipresse alten Stils unter Kontrolle der Partei erhalten wollte,
- eine sozialistische Kritik von links, die die pluralistische Konzeption kritisierte,
- eine diffuse Richtung, die im Rahmen einer allgemeinen Propagandafunktion eine verbesserte Werbung unter Anwendung sozialwissenschaftlicher Methoden forderte.

Die Traditionalisten, vor allem im süddeutschen Raum, stützten sich auf eine Parteipresse alten Stils, die nach innen das Parteigeschehen darstellen und die Parteilinien nach außen vermitteln sollte.

Im Gesellschaftsvertrag der Konzentration GmbH war im §17 die Gründung von Pressekommissionen zur Kontrolle der inhaltlichen Richtlinien verankert. (2) Eine tatsächliche Bildung dieser Kommissionen fand jedoch nicht statt, da es sich nicht um einen Be-

standteil der Parteisatzung, sondern um einen internen Gesellschaftervertrag handelte. Allein beim Parteivorstand wurde 1949 ein Ausschuß für Pressefragen gebildet, der in etwa die Funktionen einer Pressekommission übernahm. Ihm gehörten ausschließlich Mitglieder des Parteivorstandes, in ihrer Mehrzahl zugleich Herausgeber von SPD-Zeitungen, an. (3) Seine Funktion wurde auf beratende Vorschläge beschränkt, so daß aufgrund mangelnder Kompetenz keinerlei Wirkung von diesem Gremium ausging.

Politisch war somit der inhaltliche Kontrollanspruch der Traditionalisten Genüge getan, indem der Vorstand diese Kompetenzen an sich zog. In den Unterbezirken konnte nur ein moralischer Kontrollanspruch erhoben werden. Da zwischen den lokalen Parteioorganisationen und den jeweiligen Parteiblättern im Gegensatz zur Weimarer Republik keinerlei juristische oder finanzielle Beziehung bestand, blieb der Bildung lokaler Pressekommissionen der materielle Boden entzogen.

Wiederum auf dem Hintergrund der speziellen Situation in Süddeutschland berichten zwar immer wieder die dortigen Parteizeitungen über direkte Eingriffsversuche oder inhaltlichen Unmut der Leser, aber zu parteioffiziellen Aktionen fehlte die Basis. Einzig bekannt ist, daß 1951 in Hof der SPD-Ortsverein versuchte, einen SPD-Lizenzträger wegen ungenügender pressemäßiger Unterstützung der SPD-Politik aus der Partei auszuschließen. Ihm wurde vorgeworfen, sein Versprechen, die Lizenz im Interesse der SPD zu verwalten, nicht erfüllt zu haben und stattdessen sein Blatt, die FRANKENPOST, aus schnöder Gewinnsucht gegen die Linie der Partei zu steuern. (4)

In dieser direkten Konfrontation drückt sich die aufgestaute Enttäuschung aus, aber zugleich auch die Ohnmacht, da keinerlei Druckmittel zur Durchsetzung inhaltlicher Forderungen den einzelnen Unterorganisationen gegenüber SPD-Verlegern zur Verfügung standen.

Auf den Parteitag der frühen fünfziger Jahren hat sich die traditionalistische Richtung, deren Anhänger sicher in der unteren Funktionärsschicht zu vermuten waren, nicht direkt geäußert. Vielmehr wurde diese Ausrichtung, vage beschrieben, zur positiven Abgrenzung der parteioffiziellen Linie oftmals erwähnt, um die Fortschrittlichkeit der neuen Pressepolitik zu kontrastieren. Wenn überhaupt eine Stärkung der Parteibindung sowie eine offenere Parteihaltung nach außen gefordert wurde, geschah dies zumeist in pragmatischen Absichten ohne strukturelle Hintergründe. So verlangte Markscheffel (Mainz) 1954 einen Ausbau der Planungskommission für Pressefragen beim Vorstand und die Erteilung größerer Kompetenzen. Dies zielte jedoch auf eine verbesserte Kooperation und einen „parteiinternen Lastenausgleich“ zwischen den „reichen“ Großverla-

gen im Norden und den „armen“ Verlagen in Süddeutschland. (5)

Es ging Markscheffel dabei um eine größere Effizienz der eingesetzten Mittel, nicht um eine veränderte politische Kontrollstruktur.

Klare Bestrebungen auf der Ebene der Gesamtpartei, traditionelle Formen der direkten Parteibindung wieder aufzurichten und eine engere inhaltliche Bindung herzustellen, blieben somit fast unbedeutend und sind höchstens als unterschwellige Strömungen feststellbar.

Wesentlich grundsätzlicher die Funktion einer veränderten Pressekonzeption angehend, sind die Kritiken von Hiller und Gleissberg. In ihnen artikulierte sich pressepolitisch die konsequent sozialistische Linie innerhalb der SPD, die über keinen nennenswerten Einfluß auf die Gesamtpartei mehr verfügte. Deshalb blieben diese Warnungen ohne Echo, ihr Stellenwert reduziert sich auf punktuelle Briefwechsel oder Artikel in linken Parteiorganen.

Kurt Hiller, ehemaliger Mitarbeiter der WELTBÜHNE schrieb 1954 an Heine aus London:

„Solange die SPD glaubt, eine Presse von Niveau dürfe nicht gewagt werden, weil sonst Massen absprängen, schließt sie sich selber von der gestalterischen Herrschaft im Staate aus. Besonders nach der tiefgreifenden Umgestaltung der Gesellschaftsstruktur in Deutschland, durch Krieg I / Inflation / Hitler / Krieg II / Inflation des Landes durch mittellose Flüchtlinge, würden die Lücken, die das Abspringen der durch Geist Verärgerten hervorriefe, rasch gefüllt werden durch die Begeisterung proletarischer Gebildeter, die heute, selbst falls sie vom sozialistischen Gedanken bereits gewonnen sind, vom Zahlabendhaft-Arnoscholz-Kleingeistigen des Großteils Eurer Presse derart abgestoßen werden, daß sie das Abonnement knuspriger Bourgeoisieblätter vorziehen. Übrigens weiß ich, daß es Hunderttausende, wenn nicht Millionen richtiger Arbeiter, richtiger kleiner Angestellter gibt, die das Niveau, die Geistigkeit, das hochgestufte intellektuelle Temperament lieben und es sich als Leser wünschen und denen es gar nichts ausmacht, manchmal dieses oder jenes Fremdwort, diese oder jene geschichtliche Anspielung nicht zu verstehen. Auch schließen Geistigkeit und ein beträchtliches Maß an ‚Volkstümlichkeit‘, an Gemeinverständlichkeit des Schreibens einander gar nicht aus. Wir in der alten ‚Weltbühne‘, besonders Tucholsky, schrieben ungleich gemeinverständlicher und volksnäher, als z.B. die Kirchenväter des Marxismus es taten. Wäre nach Bebels

Tod statt des verdammten F. Ebert ein Mann vom Range Kurt Schumachers an die Spitze der Partei getreten und wäre der ‚Vorwärts‘ tendenzlich plus stilistisch-temperamentuell eine Art ‚Weltbühne‘ geworden, dann wäre zwar vielleicht der Krieg nicht vermieden worden, wohl aber die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung, zumindest nach dem Kriege das tolle Wachstum der KPD, wahrscheinlich das Entstehen der Nazipartei, mindestens ihr ja noch gigantischeres Anschwellen, und am Ende der Weltkrieg II mit seinen Folgen. Ihr sollt nicht aufhören, eine Arbeiterpartei zu sein; im Gegenteil! Ihr sollt den massenbewußtesten, rebellischsten, den sozialrevolutionärsten und zugleich freiheitsliebendsten Arbeitern (und Proleten anderer Berufszweige) Hort, Trost, Führung, Herzensausdruck, Willenswerkzeug sein und also keine zielverwachsene, hindenbürgerliche ‚Volkspartei‘... Macht Eure Presse zur Literatur (die alte ‚Leipziger Volkszeitung‘ und auch die ‚Neue Zeit‘ waren Literatur!): und Ihr werdet den kampflustigen, geistgewillten, besten, wichtigsten Teil des Proletariats auf Eurer Seite haben und zugleich attraktiv werden für Hunderttausende aus der soziologischen Nachbarschaft... Es geht nicht ohne Literatur, will sagen ohne eine Presse von Niveau... Unterhalb der Spitze ist... eine Presse (Tagespresse und Zeitschriftenpresse) von unübertrefflicher Geisteskraft und blitzender Lebendigkeit erforderlich. Ohne sie kein Sieg.“ (6)

Mit aufklärerisch moralischem Impetus spricht Hiller Punkte an, deren Lösung innerhalb der SPD-Presse nicht diskutiert worden war. Die aufgeworfenen Fragen erscheinen zwar in ihrer idealistischen Form als weltfremd, eine vermeintlich positive Tradition vor 1933 glorifizierend, aber in ihrem realen Kern von der pragmatischen Ausrichtung unbeantwortet.

Hiller versucht einen Zusammenhang von sozialdemokratischer Politik und den verbreiteten Inhalten herzustellen, der den Determinismus von Massengewinnung und Aufgabe von dezidierten Positionen nicht unterstellt. Die mangelnde Attraktivität der Parteipresse sieht Hiller in der langweiligen Konformität zu den bürgerlichen Blättern. Der Hinweis auf das „Zahlabendhaft-Arnoscholzig-Kleingeistige“ (7) der sozialdemokratischen Presse läßt nach Hiller die kampflustigen Elemente verkommen. Erst diese inhaltliche Nivellierung führt zu der direkten Konkurrenz mit den bürgerlichen Blättern, die den SPD-Zeitungen auf diesem Gebiet überlegen sind und dann auch für politische Interessierte größere Attraktivität besitzen.

Die Verwechslung von Parteilinie mit politischer Meinungspressen und von Volksnähe mit Verzicht auf dezidierte Meinung wird von Hiller als zentrale Problematik der SPD-Presse angesprochen. Die voluntaristische Gesamttendenz seines Briefes, der zudem von

einem noch vorhandenen sozialrevolutionären Bewußtsein innerhalb der Arbeiterschaft ausgeht, trifft nicht die gewachsene soziale Realität. Seine Mahnung, nicht den Weg hin zur „verwaschenen hindenbürgerlichen Volkspartei“ einzuschlagen, war durch die praktische Politik der SPD schon lange obsolet geworden.

Deshalb fiel es auch den Adressaten Heine leicht unter Verwendung harter wirtschaftlicher Fakten, die Schwierigkeiten der SPD-Presse im Gegensatz zu den idealistischen Vorstellungen Hillers glaubwürdig darzulegen und eine Niveauanhebung wegen der damit verbundenen Existenzgefährdung auszuschließen. Unter Hinweis auf die erreichte Auflage wies er die grundsätzliche Kritik von Hiller zurück, obwohl er einschränkte: „Aber dies ist viel mehr eine Frage der Quantität und nicht der Qualität, dessen bin ich mir bewußt.“ (8)

Hillers Kritik kam zu spät und entsprach nicht dem realen Stand, zumal sich die SPD nicht nur publizistisch, sondern auch schon politisch als Volkspartei verstand. (9)

Politische Differenzen über die sich abzeichnende neue sozialdemokratische Programmatik, führten dazu, daß Gerhard Gleissberg, Chefredakteur des NEUEN VORWÄRTS seit seiner Neugründung 1948, 1955 ausschied und noch anfänglich toleriert von der SPD eine unabhängige, mehr sozialistisch orientierte Gegenpublikation, die ANDERE ZEITUNG gründete. Prädestiniert durch seine siebenjährigen Insidererfahrungen kritisierte er die Pressepolitik aus eigener Anschauung:

„Die SPD hat sich nach 1948 nicht entscheiden können, ob sie an die Tradition ihrer früheren Parteipresse anknüpfen oder an ihre Stelle etwas Neues setzen solle. Die Folge war das Entstehen jener Halbheiten, die man den Mitgliedern und Freunden der SPD als ‚parteinahen Zeitungen‘ empfahl, die sich aber nach außen hin als ‚unabhängig‘ ausgaben. Ihre Verleger verfochten die Ansicht, daß eine um so höhere Auflage (und ein um so besseres Inseratengeschäft) zu erzielen sei, je ‚unparteiischer‘ und ‚unpolitischer‘ ihre Zeitungen seien, die deshalb auch meist das Gesicht eines ‚Generalanzeigers‘ annahmen, von dem niemand mehr sagen konnte, daß er für die Politik der Sozialdemokratie werbe, vöndem aber oft genug festzustellen war, daß er mit den ‚echten‘, mit journalistischem Raffinement für den Geschmack des Kleinbürgerpublikums geschriebenen und bebilderten ‚Generalanzeigern‘ der nicht-sozialdemokratischen Verlage nicht konkurrieren konnte. So kam es, daß sich die anfängliche Hoffnung des SPD-Vorstandes, mit Hilfe dieser ‚parteinahen‘ Zeitungen in ‚breiteren‘ Schichten für seine Politik werben zu können, ebenso wenig erfüllte, wie die zusätzliche Hoffnung, mit Hilfe ertragreicher Zeitungen die

Kasse der Partei füllen zu können. Was die Mitgliedschaft der Partei anbetrifft, so hat sich ihre Kritik an der ‚Neutralität‘ und der ‚Substanzlosigkeit‘ der ‚parteinahe‘ Zeitungen im Laufe der Jahr nicht vermindert, sondern verstärkt, und was die an den ‚parteinahen‘ Zeitungen tätigen Redakteure (die in manchen Fällen nicht einmal Mitglieder der SPD sind) betrifft, so klagen sie beweglich über die Schwierigkeit, Zeitungen zu redigieren, die weder ganz unabhängig von der Einflußnahme des SPD-Vorstandes und der Kritik der Partei-Funktionäre und Mitglieder noch unabhängigen vom Wettlauf um Auflage und Inseraten sein sollen, und die sich jeder Kritik an der SPD enthalten, aber doch so wenig ‚oppositionell‘ wie möglich wirken sollen.“ (10)

Gleissberg zitiert den Chefredakteur der HANNOVERSCHEN PRESSE, Wilhelm Korpeter, der nach neunjähriger Tätigkeit bei seinem Ausscheiden ausführte:

„Die Quadratur des Zirkels in einer journalistischen Aufgabe vermag ich allerdings nicht zu lösen. Wenn ein Ausbruch ins Freie gemacht werden soll, und wir wissen alle um unsere Schwierigkeiten, so ginge dieser Weg nur über einen weiteren Abstand von der Parteizeitung alten Stils, das heißt: über die Entwicklung der parteinahen Zeitung zu einer parteiunabhängigen demokratischen Links-Zeitung.“ (11)

Dem Glück der „hp“ bei ihrer Entwicklung zur „anderen“, bürgerlichen Zeitung aber wolle er nicht länger im Wege stehen.

„Was hier als Quadratur des Zirkels bezeichnet wird, ist das unerfüllbare Verlangen, eine andere als die parteinahe Zeitung, aber weder eine Parteizeitung noch eine von der Partei unabhängige Zeitung haben zu wollen.“ (12) Die Schwäche der SPD-Presse führte Gleissberg aus, liege aber auch „in der allzu kostspieligen Praxis ihrer Verlagsmanager und Freunde“. (13)

Die aus interner Kenntnis gewonnene Kritik leidet bei Gleissberg darunter, daß als Konsequenz die Lektüre der ANDEREN ZEITUNG angepriesen wird. Trotzdem bleibt die Gleissbergsche Beschreibung die wohl treffendste Einschätzung des tatsächlichen Dilemmas der SPD-Presse in den 50er Jahren. Sie faßt die Schwierigkeiten und Unzulänglichkeiten bei dem eingeschlagenen Weg prägnant zusammen.

Politisch zeigt die Gleissbergkritik, daß innerhalb der SPD durchaus Einschätzungen artikuliert wurden, die über die reine Apologetik von Parteivorstand und Verlagen hinaus, eine umfassendere Diskussion der Pressekonzeption intendierten. Da aber die ANDERE

ZEITUNG innerhalb der Partei kaum Einfluß erringen konnte, etwas später sogar Gleissberg wegen Linksabweichung und Zusammenarbeit mit Kommunisten aus der Partei ausgeschlossen wurde, bestand für den SPD-Vorstand kein Anlaß, sich ernsthaft mit der Kritik auseinanderzusetzen.

Im Vergleich zu der dominierenden Übereinstimmung mit der Vorstandskonzeption stellten die kritischen Positionen Randerscheinungen ohne Anhang in der SPD dar. Die oberflächlich gefestigte Stellung der Parteipresse bot auch keinen Anlaß für eine ausführlichere Beschäftigung mit der Struktur der Parteipresse. Umgekehrt erschien die Linie des Vorstandes in Beziehung auf Presse und Propaganda Teilen der Partei eher zu konservativ und traditionsverbunden, die Anpassung nicht ausgeprägt genug oder — anders ausgedrückt — das Festhalten an der Propaganda noch zu stark. Von verschiedenster Seite, intensiv immer nach verlorenen Wahlen, wurde die Verwendung sozialwissenschaftlicher Meinungsforschung und eine subtilere Werbung gefordert. Zugleich wurden die Parteiblätter von rechts wegen ihrer mangelhaften Imagewerbung für die Sozialdemokratie angegriffen und ihnen ein Beharren auf überholten Vorstellungen unterstellt.

„Ich glaube, von wenigen Ausnahmen abgesehen, daß die Werbung und die Propaganda unsrer Partei innerhalb der politischen Parteien der westdeutschen Bundesrepublik eine der konservativsten Methoden geblieben ist... Ich will damit nicht sagen, daß das Referat Presse und Publizistik im Wahlkampf 1953 verloren hat...“

Die parteinahen Zeitungen sind „in vielfacher Hinsicht die schlechtesten Propagandisten für die Auswertung der politischen Arbeit der Bundes- und Landtagsfraktionen gewesen“ (14), weil, so ergibt sich aus dem Beitrag, sie nur mangelhafte Marktanalysen vorgenommen haben und zu sehr von parteipolitischen Vorstellungen ausgegangen sind.

Auf dem Parteitag 1954 rügten andere Delegierte, daß mangelnde psychologische Analysen und Unkenntnis moderner Werbung die Außendarstellung der SPD beeinträchtigen. Entsprechend wurde eine Marktorientierung von der Parteipresse gefordert, die bisher nur unzulänglich erfolgt sei.

Demgegenüber stand der Vorstand mit seiner Ansicht, daß eine wechselseitige Unterstützung von Partei und Presse stattzufinden habe und daß nicht alle Methoden der modernen, bürgerlichen Werbung aus politischen Gründen einbezogen werden dürften. (15)

Die rechte Kritik, die auf ein zuwenig an Werbung und ein zuviel an Propaganda zielte, erlangte jedoch zunehmende Bedeutung und wurde auch ernsthaft von Vorstandsseite

berücksichtigt. Im Durchschnitt präsentierte die von Heine geprägte Vorstandslinie jedoch den allgemeinen parteiinternen Konsens, dessen theoretische Begründung adäquat zur Ausrichtung der Gesamtpartei war. Davon abweichende Meinungen konnten nicht auf relevante Unterstützung rechnen, zumal das allgemeine Problembewußtsein innerhalb der Sozialdemokratie über Fragen der praktischen Pressepolitik, d.h. die Aufgaben der Parteipresse, rapide im Schwinden begriffen war. Ausführungen und Beiträge zu diesem Thema in Jahrbüchern wurden immer kürzer.

3.1.2. Die integrativen Tendenzen innerhalb der Verlage

Forciert vorangetrieben wurde die Entwicklung zum sozialdemokratischen Generalanzeiger durch die Interessen der auflagenstarken Verlage. Sowohl durch ihre personelle Verbindung mit dem Parteivorstand als auch durch ihr anteilmäßiges Gewicht innerhalb der Konzentration-GmbH, beeinflussten sie maßgeblich die pressepolitische Gesamtkonzeption der Partei.

Bei den größeren Verlagen wuchs frühzeitig die Ansicht, daß durch offen sozialdemokratische Ausrichtung die Erhaltung der erreichten Auflage zumindest erschwert wurde. Bereits 1949 mußte Heine feststellen, daß sich „bei der ‚NRZ‘ starke Kräfte in Richtung auf Loslösung von Partei und Hinführung zum Generalanzeiger bemerkbar“ machten. (1) Klaus Besser, Chefredakteur des Blattes, äußerte 1955:

„Die NRZ erachtete ihre Aufgabe zunächst als Informationsblatt, vertrete dabei jedoch den Standpunkt der SPD viel geschickter und oft wirkungsvoller als die meisten übrigen SPD-nahen Zeitungen. Trotz aller Auflockerungen des Blattes und der mehr unterschwellig vertretenen SPD-Tendenz sei es für die Zeitung dennoch schwer, als Linksblatt und der Opposition nahestehenden Zeitung, die Auflage zu steigern.“ (2)

Konsequent äußerlich alle Bindungen an die Partei lösend bezeichnete sich die NRZ im Untertitel als „Unabhängige Tageszeitung für Rhein und Ruhr.“ Nach dem Absinken der NRZ-Auflage zu Beginn der fünfziger Jahre auf knapp 100.000 Exemplare versuchte das Blatt nach außen alle Verbindungen zur Partei abzubauen und fühlte sich im Selbstverständnis seit 1953 nicht mehr an die Konzentration GmbH gebunden. Dies obwohl der NRZ-Verlag weiterhin Gesellschafter der Konzentration GmbH blieb. (3)

Entscheidender Grund für die zwiespältige, widersprüchliche Lösung von der Partei war für die NRZ die Zurückweisung eines inhaltlichen Parteieinflusses auf allen Ebenen. Der Beteiligung an der Konzentration wurde über die Jahre hinweg nur „symbolischer Charakter“ beigemessen. (4) „Die Zeitungsarbeit ausschließlich unter die Gesetze des modernen engagierten Zeitungsmachen zu stellen“ gilt der NRZ retrospektiv als positive Leistung ihrer Geschichte. (5) Das „Gängelband der Parteifunktionäre“ abzuschütteln und stattdessen Publikumsnähe und Popularität (auf Basis der Lokalberichterstattung) zu suchen, betrachtete die NRZ in den 50er Jahren als ihre politische Funktion.

Mit einer ähnlichen Begründung schieden die AACHENER NACHRICHTEN formal aus der Konzentration GmbH nach Lizenzaufhebung aus. (6) Von Parteiseite faßte man diesen Vorgang jedoch ausschließlich als Brückierung auf und unterstellte den AACHENER NACHRICHTEN ein bewußtes Überwechseln in das gegnerische Lager der Heimatpresse. (7)

Der Wunsch nach größerer Unabhängigkeit gegenüber der Partei entwickelte sich auch bei der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU. Privatwirtschaftliche Zwänge innerhalb des Verlagsgeschäfts kollidierten für die Herausgeber mit den parteipolitischen Ansprüchen des Vorstandes an die Zeitung. Unter Akzeptierung der kapitalistischen Geschäftsbasis als Priorität forderte deshalb die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU eine stärkere Selbständigkeit gegenüber der SPD. 1953 schrieb Paul Sattler an Fritz Heine:

„Der Sinn für geschäftliche Zwecke ist bei uns ausgeprägt. Wie anders wäre es möglich, die hiesigen Unternehmen in einer Form zu führen, die nicht zuletzt... für die gesamte Bewegung eine finanzielle Bedeutung von nicht geringem Ausmaß hat... Die Westfälische Rundschau wird als parteinahe Zeitung gestaltet. Das erfordert außerordentlich viel Fingerspitzengefühl und Sorgfalt.“ (8)

Die Festlegung auf den publizistischen Erfolg spiegelte sich auch in einem weiteren Schreiben der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU an Heine:

„Die Interessen der Partei decken sich nicht immer mit den Interessen der Zeitung, aber als Redakteure haben wir doch wohl die Pflicht... in erster Linie an unsere Zeitung und deren Aufgabe zu denken. Ich brauche wohl nicht zu versichern... daß wir uns nach Kräften bemühen, die Politik der Partei durch unsere Zeitung zu unterstützen.“ (9)

Die Abkehr von einer unbedingten Vertretung der Parteipolitik zugunsten einer sich

aus der Presseform ergebenden Eigendynamik, die – soweit möglich – die Parteilinie berücksichtigte, wird so auch für die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU deutlich.

Auflagenmäßige Konsolidierung und wirtschaftliche Stabilität, von der die Partei über die Werbeeinnahmen mitprofitierte, begünstigten die Durchsetzung der eingeleiteten Distanzierung. Im Gegensatz zur NRZ blieb die WR durch die engen Beziehungen ihrer Herausgeber zum Parteivorstand in stärkerer Parteilaffinität.

Gebremst wurde dieser von den auflagenstarken Verlagen eingeleitete Weg der Integration durch die mehr traditionelle Ausrichtung der kleinen süddeutschen Blätter. Ihre finanziell wesentlich engere Bindung an den Parteivorstand und die fast ausschließliche Verankerung bei SPD-nahen Kreisen brachte eine nähere Ausrichtung an eine offene Parteipresse mit sich. Das verzögerte Erscheinen nach 1945 im süddeutschen Raum führte notwendig zu einer publizistischen Konzentration auf die Minderheit der sozialdemokratischen Leser, die erst einen Einstieg in den Markt ermöglichten, zugleich aber eine Erweiterung des Leserkreises gegenüber der überparteilichen Presse erschwerten.

Nach innen gerichtete Unterrichtung über die Parteilinie sah die Mainzer FREIHEIT mit Stolz als ihre publizistische Hauptaufgabe an. In Abgrenzung gegen die norddeutschen Blätter formulierte Markscheffel:

„Wir geben hier eine Parteizeitung heraus, die, anders als die übrigen sozialdemokratischen Zeitungen in Westdeutschland, unsere Genossen sehr ausführlich über die Grundhaltung der Partei unterrichtet.“ (10)

Andererseits wurde von den süddeutschen Verlagen diese Parteiausrichtung als Mitursache für die geringe Verbreitung selbstkritisch erkannt. Die AZ-Stuttgart stellte in einer Eigenanalyse 1954 fest, „ihre äußere Aufmachung sei noch zu parteipolitisch aufgemacht. Die politischen Überschriften in der Regel noch zu sehr in Pro/Kontra herausgestellt.“ Damit entspräche man „zwar dem Geschmack der Parteifunktionäre“ könne aber keine neuen Leser erreichen. (11) Die FRÄNKISCHE TAGESPOST befürwortete, die „Kaschierung einer allzu deutlichen Parteisprache“, geriet damit aber „in Konflikt mit den Erwartungen der auf parteiinterne Berichterstattung ausgerichteten Stammlerschaft.“ (12) Wie bei den norddeutschen Blättern erzwangen die materiellen Bedingungen der süddeutschen Blätter eine entsprechende Konzeption. Während aber die auflagenstarken ihre gewonnene Größe durch pluralistische Integration verteidigten, boten sich für die übrigen Kleinverlage nur geringe Möglichkeiten, die faktische Begrenzung zu überwinden.

Einheitlich bemühten sich alle Blätter die äußeren Merkmale ihrer Parteibindung abzubauen. Zielgruppenansprüche im Untertitel wurden weitgehend fallengelassen. Noch weit vor ihrer Verschmelzung mit der NRZ hatte die RHEINISCHE ZEITUNG (Köln) schon ihre Bestimmung „Tageszeitung für die Schaffenden am Rhein“ aufgegeben. (13)

Bereits 1951 konstatierte Bitter, obwohl Verfechter der Heimatpresse, eine inhaltliche Umstellung der sozialdemokratischen Presse. Neben einer Abwendung von materialistischen, marxistischen Grundsätzen glaubte er eine Hinwendung zu bürgerlichen Schichten festzustellen. Für Bitter war die sozialdemokratische Presse der Nachkriegszeit „dadurch charakterisiert, daß sie bestrebt ist, alte Zeiten der Agitation zu überwinden, die allerdings zu Zeiten des Wahlkampfes immer wieder durchkommen.“ (14)

Die Aufgabe offener sozialdemokratischer Positionen, bestärkt durch die scheinbare Konsolidierung, führte sogar zu Versuchen, der bürgerlichen Boulevardpresse direkte Konkurrenz zu machen. Wohl inspiriert durch die hochfliegenden 5 Punkte Reformvorschläge Heines startete der Verlag der HANNOVERSCHEN PRESSE in grenzenloser Naivität eine unzureichende Konkurrenz zur BILD-Zeitung. Nur fünf Monate konnte sich BLITZ im Regionalmarkt Hannover halten.

„Die Tageszeitung BLITZ, eine Imitation der Bildzeitung schlug fehl, weil diese Publikation mit wenig Politik und viel Sex und Crime in zu scharfen Kontrast zu den erzieherischen Zielen der deutschen Sozialdemokratie stand. BLITZ erschien vom 3. Nov. 1953 bis zum 16. März 1954 und verschwand dann, ohne von seinen Lesern Abschied zu nehmen.“ (15)

Nur mit Spott schildert Braune, Chefredakteur der zweiten SPD-Boulevardzeitung HAMBURGER MORGENPOST den Dilettantismus dieses schmähhlichen Versuches, den SPD-Einfluß durch Schaffung neuer Publikationen zu steigern.

„Es ist zweifellos nicht damit getan, wie es ein renommierter Verlag der deutschen Parteipresse vor drei Jahren glaubte, so etwas mit der linken Hand machen zu können. Er gründete ein Boulevardblatt, setzte groß den Groschenpreis auf den Kopf. Seine Redaktion klebte ein paar Sexbomben auf die erste Seite, fischte ein paar Nachrichten aus dem Fernschreiberdienst, hängte eine zweitrangige illustrierte Sensationsreportage daran, Preisrätsel, Quizfragen und Tageshoroskope.

Es nützte dem Verlag auch nichts, daß er seinen Verkäuferinnen eine schicke Stewardmütze auf die Locken setzte und einen leuchtendroten Umhang um die Schulter hing, bereits nach einem Vierteljahr soll dieses Experiment — wenn ich richtig

unterrichtet bin — dem Haus vorübergehend ernste Liquidationssorgen bereitet haben. Die Ursache liegt auf der Hand: Der Verleger hatte seinen Redakteuren geglaubt, daß ein paar — wie sie meinten — charakteristische Äußerlichkeiten die Gründe des Erfolgs der Massenzeitung wären, während sie in Wirklichkeit das Wesen einer Massenzeitung überhaupt nicht begriffen hatten. Denn die Anpassung der Massenpresse an das Massenbedürfnis bedient sich viel subtilerer Methoden.“

(16)

Verlauf und Ergebnis dieses Fehlschlages werden in allen parteioffiziellen Publikationen nicht erwähnt, das Thema BLITZ scheint tabu. Selbst in der akribischen Darstellung von Fischer, der auch über das interne Parteimaterial verfügte, wird dieses Experiment mit keinem Wort erwähnt. (17)

Auf eine direkte Kritik des Delegierten von Boljahn (Bremen) auf dem Parteitag 1954 erhielt dieser keine Antwort. Boljahn hatte den Verantwortlichen mangelnde Kalkulation und eine fehlende Analyse des Marktes vorgeworfen. Ohne ausreichende Vorbereitung könne man heute kein Boulevardblatt mehr starten. (18)

Das Fehlexperiment BLITZ dokumentiert, wie weit man bei einzelnen Verlagen zur Anpassung bereit war und sich andererseits als integrierter Bestandteil der Gesamtpresse fühlte.

Die Negation sozialdemokratischer Ausrichtung ging selbst einigen ehemaligen Befürwortern dieser Konzeption zu weit. Fritz Sänger ermahnte die SPD-Zeitungen 1956, sich mehr als bisher zur Haltungs- und Gesinnungspresse zu entwickeln. „Die Politik sei aus dem Abstrakten zu lösen und die Betrachtung der Vorgänge des Alltags müsse unter dem Gesichtspunkt erfolgen, der Wahrheit zu dienen und das Gute immer besonders zu betonen.“ (19)

Die zumindest praktisch unterschiedlichen Erwartungen von Partei und den Konzentrations-Verlagen kristallisieren sich in der Festschrift zum 10-jährigen Bestehen der Gesellschaft. (20) In den Geleitworten betonen Parteivorstandsmitglieder die Propagandafunktion der angeschlossenen Unternehmen. Ollenhauer verweist nachdrücklich die positiven Funktionen bei der Verbreitung des Gedankengutes des demokratischen Sozialismus und stellt die politische Funktion der Parteipresse heraus. Für Carl Storbeck als Geschäftsführer geht es pragmatischer um die Sicherung und den Ausbau des Geschaffenen. (21)

Im Textteil der Festschrift von Walter G. Oschilewski aber wird nochmals ausführlich der Gesichtspunkt der Verlage und ihre Lösung von offenen parteipolitischen Standpunkten legitimiert. Über den bedauerlichen Publikumsgeschmack, dem die SPD-Presse nicht nachlaufen könne, führt Oschilewski aus, daß man ihn aber auch nicht mit apodiktisch vorgetragenen Meinungen schockieren dürfe. (22) Nicht politische Ansichten sondern die „Vorlieben“ des Lesers sollte sich die SPD-Presse zur Richtschnur nehmen, wenn sie ihrer allgemeinen Aufgabe, Vertrauen zu wecken, erfüllen wolle.

„Der heutige Leser ist zweifellos müde einer ‚Politik‘, die darauf aus ist, ihn in goldene Fesseln zu schlagen — ‚gebranntes Kind scheut das Feuer‘. Sicher gibt es keinen eindeutigen Lesertyp, der nach diesem und nicht nach jenem verlangt. Aber soviel ist doch symptomatisch, daß der Leser von der Zeitung mehr verlangt als nur parteiamtliche Verlautbarungen und Rechtfertigungen. Er will auch davon erfahren, aber nicht in einer Form, die bei ihm das Gefühl aufkommen läßt, das Parteibüro gleich welcher Couleur halte sich für den Nabel der Welt. Das Leben, in das der Mensch hineingeboren ist, wird nun einmal nicht nur von politischen Parteien, sondern auch von anderen gesellschaftlichen Kräften bestimmt, das Leben erscheint ihm ungleich vielfältiger und differenzierter — dem muß auch die Presse Rechnung tragen.“ (23)

Zutreffend kritisiert Oschilewski die abstrakte Abgehobenheit einer Parteipresse, doch die beschworenen vielfältigen und differenzierten Interessen individueller Totalität bleiben in ihrer Konkretion unpräzise. Welche Momente die SPD-Presse von der abgelehnten Sensationspresse noch trennen, diese Punkte führte er nicht aus. Die Welt „in ihrer Vielfalt und Unausschöpfbarkeit zu erfahren“ (24), nach Oschilewski ein „Kennzeichen der gegenwärtigen Mentalität des Lesers“, heißt doch die unspezifische Bedürfnisstruktur zu adaptieren.

Unter dem Motto: „Dem Menschen dienen“ zieht Oschilewski die Folgerungen aus dieser Einschätzung.

„Die der SPD nahestehenden Zeitungen wenden sich in Anerkenntnis dieser neuen Grundsituation an alle Bevölkerungsschichten. Auch der gesinnungsmäßig nicht gefestigte Leser soll und muß in seinem eigenen Interesse angesprochen werden. Die Bewegung des demokratischen Sozialismus ist keine Kaderpartei — sie ist zu einer Volksbewegung geworden. Sozialistische Forderungen und Erkenntnisse sind längst Forderungen des gesunden Menschenverstandes und allgemein sittliche Erkenntnisse.“ (25)

In einem Analogieschluß wird Erweiterung der SPD-Presse durch die Ausdehnung des demokratischen Sozialismus gerechtfertigt. Wenn die sozialistischen Ziele zu natürlichen, allgemeinen Erkenntnissen schlechthin geworden sind, fließt der sozialistische Anspruch einer am Leser orientierten Presse auf dem Umweg über die Publikumsbedürfnisse automatisch wieder zu. Die demagogische Gegenüberstellung von Kaderpartei und gesundem Menschenverstand ermöglicht es, die Einbeziehung aller Schichten zur sozialdemokratisch adäquaten Form der Pressepolitik zu stilisieren.

Immerhin in einer offiziellen Festschrift artikuliert Oschilewski die Ansicht der Verlage, eine Trennung zur Partei einzuleiten. Nicht mehr in Anlehnung an die Partei suchen die Verlage ihre Funktionsbestimmung, das gewachsene Selbstbewußtsein drängt auf eine eigenständige Stellung neben der Partei. Gegen die Parteiinteressen werden die Geschäftsnöten und Eigendynamik ins Feld geführt. Das Unbehagen über den Einfluß sachfremder „Funktionäre“ schlägt bei den Verlagen auf die Inhalte der vertretenen Politik zurück, die förmlich zusammen mit dem direkten Parteieinfluß aus den Organen gedrängt werden soll.

Noch krasser formuliert Heinrich Braune diese Sichtweise des Wechselverhältnisses von Presse und Leser. Vom Standpunkt der Parteiverleger, Braune hatte zu diesem Zeitpunkt den Chefredakteursposten bei der HAMBURGER MORGENPOST inne, versuchte er eine Kontinuität von Marktbeobachtung und sozialistischer Pressepolitik herzustellen. Er glaubte, daß die Folgerungen, die sich aus einer Marktanalyse ergeben, „von selber die fruchtbaren und erfolgversprechenden Ansätze für eine sozialistische Pressepolitik immer wieder erkennen lassen.“ (26) Da die Presse zu einer Ware geworden ist, wird ihre Qualität durch den Erfolg am Markt ermittelt. „Die Verkaufsauflage ist also ein täglicher Volksentscheid für oder gegen die Zeitung. Diese Zahlen berichten, ob die Zeitung... marktkonform oder marktinkonform ist.“ (27)

Unter dieser Prämisse erklärt Braune den Rückgang der Meinungspresse, d.h. ihre Unverkäuflichkeit auf dem Markt mit drei Argumenten. Das autonome, aufgeklärte Individuum als Zielobjekt der wissenvermittelnden Meinungspresse entspricht nicht mehr der politischen Realität. Aus der unausweichlichen gesellschaftlichen Entwicklung folgt, daß „der' Wähler von heute weder die Übersicht, Zeit noch die seelische Kraft hat, sich ein eigenes politisches Urteil zu bilden, um aus eigenem Wissen und Gewissen seine politische Entscheidung zu treffen.“ (28) Die entstandene Verbrauchergesellschaft macht den Leser zu einem passiven, rezeptiven Konsumenten.

Daraus ergibt sich für Braune bezüglich der Massenkommunikation einzig eine konkre-

te Frage: „Wie sieht das Anpassungsbild der Presse in der Periode des sozialen Konformismus aus?“ (29) Optische Attraktivität, Produktion von Erregungswerten und systematischer Ausbau des Anteils von Identifizierungsfaktoren innerhalb der Berichterstattung sollen die Presse zu einem spezifischen Markenartikel machen. Nur einer systematischen Gestaltung in dieser Form, so Braune, kann die Kontaktfähigkeit der Presse zu ihren Lesern erhalten. Sie bildet die Voraussetzung, daß eine verantwortliche Massenpresse ihre Konsumenten zu den „echten Lebensfragen“ überhaupt hinlenken kann. Für Braune beschränken sich die politischen Ambitionen auf die Auswahlmöglichkeit zwischen verschiedenen vorgefertigten Meinungen. Denn der Leser nimmt auf jeden Fall „die freie Konsumwahl für sich in Anspruch.“ Im Grunde genommen ist seine Beziehung zur Demokratie auf diese Tatsache reduziert.“ (30)

Schlußfolgernd führte Braune in seinem Referat auf einer Tagung der Internationalen Föderation der sozialistischen und demokratischen Presse aus:

„Bei unserer Untersuchung mußten wir feststellen, daß sich die Presse dabei, wenn sie in ihrer Kontaktsphäre Autoritätsanspruch gewinnen will, den Spielregeln unserer konformistischen Gesellschaft zu unterwerfen hat. Diese Anpassung bedeutet schmerzlichen Abschied von mancher lieb gewordenen journalistischen Gewohnheit. Aber sie bietet auch die kaum noch erwartete Chance, unter Anerkennung neuer und schwieriger publizistischer Bedingungen wieder zum Sprecher und Herald von Millionen zu werden.“ (31)

Die allgemein sich abzeichnenden Anpassungstendenzen innerhalb der Verlage bringt Braune erstmalig ohne politische Verschleierungen auf den Begriff. Politische Ansprüche, wenn überhaupt noch vertreten, erscheinen als bloße Bezugnahme auf „echte Lebensfragen“. Unterschiede zu der als direkte Konkurrenz empfundenen BILD-Zeitung sind nur noch bezüglich einer graduell unterscheidbaren Skrupellosigkeit auszumachen. Erfolgversprechende Ansätze für eine sozialistische Pressekonzeption sind nicht einmal mehr verbal erkennbar. Selbst die bewußte Manipulation der Nachricht „mit dem Ziel, ihre Erregungswerte zu steigern, ohne dabei ihren Sinn zu verfälschen“ bezieht Braune als brauchbare Methode zur „Regie der öffentlichen Meinung“ in seine Konzeption der Massenpresse mit ein. (32)

„Ich will hier keineswegs die Methoden der Manipulation moralisch bewerten. Irgendwo heiligt der Zweck zwar immer die Mittel, besonders wenn, wie in diesem Fall, die charakterliche Sauberkeit eines Redaktionsteams, für das jede Verfälschung eine Sünde wider den Geist ist, vorausgesetzt wird... In solchem Fall bietet

sich die Möglichkeit der nachträglichen Anreicherung mit Identifikationsfaktoren zur Verbesserung der Wertskala für die Konsumanpassung.“ (33)

Vertrauen zu wecken, bei Oschilewski noch eine politische Aufgabe, strebt auch Braune an, aber die Funktion beschränkt sich auf die Schaffung einer intensiven, emotionalen Leser-Blatt-Bindung um jeden Preis.

Mit zynisch anmutender Bewußtheit fordert Braune die perfekte Integration einer SPD-Massenpresse, deren sozialistische Zielsetzung er auch innerhalb dieser Anpassung erhalten zu können glaubt. Es wäre jedoch falsch, diese Konzeption symptomatisch für die Gesamtheit der größeren SPD-Verlage charakterisieren zu wollen. Wie das Referat von Richter aus dem Jahre 1946 stellen auch die Ausführungen von Braune mehr projektive Vorschläge dar, deren Umsetzung erst später oder zu spät sich durchsetzen konnte, zur Zeit aber von einer anderen Praxis noch immer abwich. Die regionale Abonnementsform der überwiegenden Mehrheit der SPD-Blätter wies der HAMBURGER MORGENPOST eine Sonderstellung zu, die nicht als typisch gewertet werden kann. Das Braune-Referat präsentiert eine überspitzte Tendenz, deren gemäßigte Ausformungen auch in der konzeptionellen Ausrichtung an deren Blättern in unterschiedlicher Intensivität zu beobachten sind. Eine vollständige Durchsetzung bürgerlicher Pressepraxis bei gleichzeitiger Negation aller Reste sozialdemokratischer Ansprüche konnte sich zu keinem Zeitpunkt herstellen. Gegenströmungen in Verbindung mit den gewachsenen Parteibindungen haben eine hundertprozentige Integration, wie sie in Teilen der Verlage diskutiert wurde, in den 50er Jahren noch verhindert.

3.1.3. Die realen Parteibindungen

Qualitative Veränderungen im faktischen Verhältnis SPD zu SPD-Verlage gegenüber der Lizenzphase ergaben sich in den 50er Jahren nicht. Die sich wandelnde Einschätzung der Sozialdemokratie, die ihre Presse zunehmend als neben der Partei publizistisch wirkendes Hilfsinstrument verstand und die nach äußerer Unabhängigkeit strebenden Vorstellungen innerhalb der Verlage fanden keinen Niederschlag in einer tatsächlichen Trennung. Die vielfältige verschachtelte Verquickung zwischen SPD und SPD-Zeitungen, wie sie sich in der Lizenzphase ergeben hatten, wurden ausgebaut, die theoretische konzeptionelle Zuordnung nur zweckrational den Gegebenheiten angepaßt.

Unterhalb der streng juristischen und ökonomischen Trennung existierten Verflechtungen, die sich in der finanziellen und personellen Unterstützung der SPD durch die Blätter der Konzentration GmbH umsetzte. Die Bindungen fanden auch ihren Niederschlag in politisch motivierten wirtschaftlichen Zugeständnissen der SPD-Zeitungen, die langfristig Wettbewerbsnachteile mit sich brachten.

Die der englischen Besatzungsmacht abgetrotzte Regelung, daß über Werbebeiträge eine indirekte Subventionierung der Parteikasse durch die Gewinne der Verlage statthaft sei, wurde nach der BRD-Gründung beibehalten. Im Parteistatut wurde verankert,:

„Zur Deckung der Werbeunkosten zentraler Einrichtungen haben alle Parteiunternehmen geschäftlicher Art einen monatlich an die Kasse des Parteivorstandes abzuführenden Werbebeitrag zu leisten, dessen Höhe jährlich vom Parteivorstand festgesetzt wird.“ (1)

Entgegen der juristischen Unabhängigkeit der Verlage behandelte sie die Partei organisatorisch als „Förderverbände“, die wie Parteiunternehmen angesehen wurden. Ungeachtet der publizistischen Zugeständnisse und der Unabhängigkeitsbestrebungen der Verlage rechnete die SPD die Verlage geschäftlich zur Partei. Daß ausschließlich die Verlagsunternehmen mit dieser Abgabeklausel gemeint waren, ist weitgehend unumstritten. (2) Wichtiger und zugleich unklarer ist die Frage nach den Abhängigkeitsverhältnissen, die diese Beziehung ermöglichten. Da eine direkte wirtschaftliche Beteiligung durch Vertreter des Parteivorstandes anfänglich nur bei wenigen Verlagen gegeben war, kann sich die Akzeptierung dieser Bedingungen entweder nur auf die subjektive Solidarität und Freiwilligkeit der Verlagsinhaber oder auf vermutete, aber nicht beweisbare Geheimabreden stützen. (3) Die diskrete Behandlung dieses Themas durch den Parteivorstand und der Umstand, daß kein Verleger gegen diese Praxis öffentlich Protest erhob, verweisen auf „fugendichte“ Abmachungen, die mehr als diskret ohne Kontrolle von Parteibasis und Öffentlichkeit getroffen wurden. Durch die Zwischenschaltung der unabhängigen Konzentration GmbH wurde gewährleistet, daß der Austausch innerhalb eines privatwirtschaftlich geschützten Arkanbereichs stattfinden konnte.

Finanzielle Mittel, die der Konzentration GmbH aus der Wiedergutmachung zufließen, verschafften ihr Einflußmöglichkeiten, die die ursprüngliche, genossenschaftliche Struktur überstiegen. Da die Konzentration GmbH als Rechtsnachfolgerin der Konzentration AG fungierte, kamen ihr direkt die erstrittenen Entschädigungen zu. Erst über diesen Weg gelangten die Mittel wieder an die Partei und in Form von Krediten u.a. an die be-

teiligten Verlage. Wenn man von der Annahme ausgeht, daß die Konzentration GmbH mehrheitlich von Mitgliedern des Parteivorstandes kontrolliert wurde, ergab sich für sie, trotz formeller Unabhängigkeit der Einzelverlage, die Möglichkeit, über Kredite und andere Formen finanzieller Unterstützung die selbständigen Verlage materiell an die Partei zu binden. Nach der 1. Konzentrationswelle und bei den notwendigen Neuinvestitionen konnte die Konzentration GmbH die Verlage aus Eigenmitteln finanzieren oder zurückgegebene Druckanlagen aus ihrem Besitz zur Verfügung stellen. Im Jahrbuch 1954/55 wird vermerkt: „Im Rahmen ihres Betreuungsverhältnisses ging daher die Konzentration GmbH aus organisatorischen Gründen mit befreundeten Verlagen Organschaftsverhältnisse ein“ (4), deren Bedeutung aber verschwiegen wird. Ökonomisch bedeuten Organschaftsverträge eine Vorstufe zur Konzernbildung, ermöglichen zumindest eine weitgehende Kontrolle der angeschlossenen Unternehmen, deren Selbständigkeit nur nach außen juristisch gewahrt bleibt. Organschaftsverträge lohnen sich dann steuerrechtlich, wenn die Obergesellschaft, in diesem Fall also die Konzentration GmbH über 75% der Anteile beim Vertragspartner, also den angeschlossenen Verlagen, verfügt. Wenn auch über diesen Transaktionen der Mantel des Geschäftsgeheimnisses liegt, so bleibt doch die erhärtete Vermutung, daß auf diesem Weg die Konzentration GmbH, d.h. der SPD-Vorstand, einen gewissen Teil der Verlage (und wohl vor allem der Druckereien) wieder in faktisches Parteieigentum überführen konnte.

Sehr wahrscheinlich trifft diese Vermutung auf die kleinen, ohnehin von der Partei finanzierten, süddeutschen Verlage zu. Bei den großen Verlagen wurde zumindest eine gewisse Kreditabhängigkeit erzielt oder bei Besitzveränderungen und Kapitalaufstockungen eine Beteiligung von PV-Mitgliedern als Privatpersonen oder über parteinahe Strohleute erreicht. Auf „Einladung der Verlage“ gelangten Alfred Nau und Fritz Heine als besoldete Parteivorstandsmitglieder in den Besitz von Anteilen an den Verlagen, niemals aber die Partei als juristische Person. (5)

Auf diesem Weg sicherte sich die sozialdemokratische Partei eine materielle Loyalität der an die Konzentration GmbH angeschlossenen Verlage.

Dieses undurchschaubare Finanzgebaren im Pressesektor, das sich auf die nicht vorhandene Publizitätspflicht nach den GmbH-Bestimmungen stützen konnte — sowohl Konzentration als auch Verlage waren ja als GmbHs organisiert, realisiert sich in den aufgeführten Werbebeiträgen aus Verlagsgewinnen in der Parteibilanz. Im Bericht der Parteienrechtskommission aus dem Jahre 1957 wird darauf hingewiesen,

„daß hier trotz schienbarer Offenheit der SPD in ihrer Rechenschaftslegung Unklarheiten bestehen. Während die privatwirtschaftlichen Unternehmungen, die in der Rechtsform einer GmbH betrieben werden, zunehmend über die gesetzliche Publizitätspflicht hinausgehen, hält sich die SPD streng an die Mindestpublizität — sieht man davon ab, daß ungefähre Umsatzzahlen angegeben werden.“ (6)

In den ersten Jahren der BRD war die Erschließung aller verfügbaren Finanzierungsquellen für die SPD von existenzieller Bedeutung. Aus den Werbebeiträgen der Verlage und den Wiedergutmachungszahlungen, teilweise von sozialdemokratischen Landesregierungen im voraus kreditiert (7), bestritt die SPD einen Großteil der laufenden Ausgaben sowie die immer kostspieliger werdenden Wahlkämpfe.

Für den Zeitraum 1950 - 59 ergibt sich in der offiziellen SPD-Bilanz folgendes Bild über die Höhe und den Anteil der Werbebeiträge an den Gesamteinnahmen der Partei (Tabelle 9):

Tabelle 9

Die Entwicklung der Werbebeiträge an den Gesamteinnahmen der SPD zwischen 1950 und 1959

Jahr	Werbebeiträge in DM	Index 1950=100	Gesamteinnahmen in DM	Index 1950=100	Werbebeiträge in Prozent der Gesamtein- nahmen
1950	601.346	100	2.029.783	100	30
1951	593.108	99	1.843.826	90	32
1952	532.601	89	2.237.787	110	24
1953*	475.923	79	2.915.822	143	16
1954	666.724	110	2.799.174	138	23
1955	510.175	85	2.787.919	137	18
1956	532.677	89	3.171.971	156	16
1957*	504.697	84	6.755.607	333	7
1958	536.962	89	3.426.309	168	15
1959	718.067	119	4.387.922	216	16
* = Bundestagswahlen					

Quelle:
Jahrbücher der SPD 1950-1959.

Während die Höhe der Werbebeiträge relativ konstant über die Jahre hinweg gehalten wurde, sinkt ihre Bedeutung für die Gesamteinnahmen. Von einem 1/3-Anteil der Einnahmen nimmt die Abhängigkeit der Vorstandskasse auf circa 1/6 ab. Die anfängliche Relevanz dieser Werbebeiträge, d.h. der Gewinnabschöpfung aus den Verlagen für die Finanzierung der Partei verliert zunehmend an Gewicht. In dem Maße, in dem die SPD von dieser Finanzierungsquelle unabhängiger wurde, wuchs sowohl die Selbständigkeit der Verlage und sank das Partei- (bzw. Vorstands-) Interesse an den Presseunternehmen. Andererseits band diese Abhängigkeit die sozialdemokratische Partei doch direkt an den wirtschaftlichen Erfolg der Parteipresse, deren Gewinn sofort zugunsten der Parteikasse zu Buche schlug. Deshalb begünstigte die Partei positive Auflagenentwicklungen und inhaltliche Anpassung.

Die unter der Rubrik Werbebeiträge der Gesamtpartei zufließende Summe repräsentiert aber nur die Spitze der Subventionierung. Nach Angaben des SPIEGELS wurde u.a. mit einer Wahlspende der Parteiverlage in Höhe von 1.000.000 DM der Bundestagswahlkampf 1953 bestritten. (8) Diese Angaben verlieren aber an Glaubwürdigkeit, da als Spender auch die niemals der Konzentration GmbH angehörende WESTDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG und eine nicht existierende NEUE FREIE PRESSE, die wohl mit der NRZ oder der FREIEN PRESSE (Bielefeld) identisch ist, aufgeführt werden. Solche einmaligen Zahlungen neben den offiziellen Werbebeiträgen sind sicherlich verwendet worden und erklären die relative Konstanz der Werbebeiträge. Zur Verschleierung der wechselseitigen materiellen Unterstützung, die zugleich die Bindungen vergrößerte, standen beiden Seiten die vielfältigsten Möglichkeiten zur Verfügung. Als Clearingsinstanz fungierte die Parteipresse zwischen Partei und nahestehenden Kreisen. Neben den tatsächlichen Gewinnabgaben existierten die Subventionswege, durch Spenden Unterbezirke und Ortsvereine zu unterstützen oder direkte Projekte im Umfeld der Partei zu finanzieren und umgekehrt auf dem Umweg über Repräsentations-Inserate in Parteiblättern von sozialdemokratisch regierten Kommunen und Länderinstitutionen die Parteikasse indirekt aufzufüllen. (9) Solche Mittel kamen dann offiziellen Parteipublikationen (Protokolle, Jahrbücher etc.) zugute, die zudem selbstverständlich in SPD-Betrieben zu günstigen Bedingungen hergestellt wurden. (10) In diesem Kreislauf von Kreditvergabe und Beteiligung einerseits und Gewinnabführung andererseits stützten sich Partei und Verlagsunternehmen gegenseitig, sodaß die angestrebte Unabhängigkeit rein formal auf oberflächliche Erscheinungen beschränkt blieb.

Zusätzlich blockierten den nach außen zur Schau gestellten Ablösungsprozeß die bestehenden personellen Beziehungen zwischen Parteiapparat und Verlagsmitarbeitern. Diese Verquickung von Parteifunktionären und Presse bestand nicht allein auf Herausgeber-

ebene. Mehrere Eigentümer oder Chefredakteure gehörten entweder dem unbesoldeten Parteivorstand oder der Bundestagsfraktion an. Klassisches Beispiel für die Verflechtung von Parteiapparat und Zeitungsbesitz ist wohl die WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU: Fritz Steinhoff, ehemaliger Ministerpräsident von NRW, SPD-Bundestagsabgeordneter in den fünfziger Jahren, Heinrich Sträter, IG Metall-Funktionär, SPD-MdB und ehemaliger Minister im Kabinett Steinhoff und Ernst Sattler, Vorsitzender des Unterbezirks Dortmund der SPD, Stadtrat von Dortmund teilten sich die Anteile am Verlag der WESTFÄLISCHEN RUNDSCHAU. In den verschiedensten Formen war die Mehrheit der Eigentümer oder führenden Verlagsvertreter mit dem Parteiapparat verbunden. Ebenso existierte eine enge Verquickung auf Redakteursebene, wo zumindest die Mitarbeit bei einem SPD-Verlag als Sprungbrett oder materielle Absicherung einer Parteikarriere diente. Herbert Wehner, Willy Brandt, Helmut Kalbitzer arbeiteten vorübergehend in den Anfangsjahren als Journalisten beim HAMBURGER ECHO, Heinz Kühn als Redakteur der RHEINISCHEN ZEITUNG und Egon Franke, zugleich deren Herausgeber stand auf der Gehaltsliste der HANNOVERSCHEN PRESSE. Diese personelle Verflechtung von Parteipresse und Parteifunktionären auf Bundesebene setzte sich fort auf regionaler und kommunaler Ebene.

In ihrer gesamten Tragweite ist die Anlehnung an die Parteiapparate und umgekehrt die materielle Stützungsfunktion der Parteifunktionäre nicht nachvollziehbar. Aber von kenntnisreichen Kritikern, wenn auch überbewertet, wird die Behauptung, daß die Blätter „zur Unterbringung unfähiger Freunde“ benutzt wurden sowie positiv als Sprungbrett für Parteifreunde dienten, immer wieder als mitentscheidende Ursache für die späteren Wettbewerbsnachteile der SPD-Presse ins Feld geführt. (11) Exakter wissenschaftlicher Überprüfung hält die These von der „Unfähigkeit des Managements der SPD-Presse“, die in den fünfziger Jahren durch Postenverschiebung eingesetzt haben soll, nicht stand. Doch obwohl die theoretische Einschätzung von einem Nebeneinander ausging, wurde sicher in der Praxis die Pressearbeit als Teil der Parteiarbeit begriffen und dementsprechend versucht, leitende Positionen mit Personen des Vertrauens zu besetzen. „In einer Partei, in der man immer über die politische Arbeit sehr stark Chancen hatte, eine berufliche Karriere zu erreichen, wurde auch diese Art von Frage eben nicht rein unter fachlichen Gesichtspunkten gesehen.“ (12) Eine Karriere innerhalb der Parteipresse eröffnete politische Aufstiegsmöglichkeiten und umgekehrt. Zudem hatte die Lizenzpolitik mehr nach politischen Gesichtspunkten ausgewählten Personen Eigentum an Verlagen verschafft.

„Solche Menschen dann später, besonders wenn sie politisch sehr exponiert waren, in den Hintergrund zu drängen, ist natürlich sehr schwierig, insbesondere dann,

wenn es parteigenössische Bindungen untereinander gab, enge Freundschaften, Kampfgenossenschaften, alles das spielt hier oft eine irrationale Rolle.“ (13)

Wie tiefgehend diese Kontakte in ihren Einzelheiten waren, bleibt unüberprüfbar. Die allgemeinen konzeptionellen Absichten, eine gewisse Selbständigkeit der Presse neben der Partei zu entwickeln, wurde in der Praxis durch die Kontinuität der ausgedehnten finanziellen Bindungen und die personellen Beziehungen unterlaufen.

In ihren Konsequenzen führte dies zu publizistischen Auswirkungen, die dem Postulat der Gewinnmaximierung zuwiderliefen. Denn die jeweils einflußreiche Parteigruppierung, versuchte ihren Parteistandpunkt in „ihrer“ Zeitung umzusetzen. Dies darf nicht verwechselt werden mit einer parteiinternen Basiskontrolle, sondern umfaßt mehr die nicht institutionalisierten Beziehungen innerhalb der Parteihierarchie. Ob Oberbürgermeister, Unterbezirksvorstand, Minister einer Landesregierung oder Parteivorstandsmitglied, alle waren bestrebt, ihre politischen und parteipolitischen Aktivitäten in den von ihnen kontrollierten Blättern möglichst günstig erscheinen zu lassen. In ihrer Summe führten die impliziten Selbstdarstellungswünsche der Besitzer oder leitenden Mitarbeiter, die ihre eigene Politik und damit auch die Politik der SPD gegenüber Mitgliedern und Wählern verkaufen wollten, zur Erhaltung der publizistischen SPD-Bindung, die man im allgemeinen gerade aufheben wollte. Der Versuchung, die kontrollierte Zeitung in Wahlkämpfen für massive Propaganda einzusetzen, war nur schwer zu widerstehen. Einem solchen politischen Klima mußten sich auch die redaktionellen Mitarbeiter unterordnen. Hieraus entstanden die journalistischen Schwierigkeiten, die Korpeter als unmögliche „Quadratur des Kreises“ bezeichnete. Dem formulierten Anspruch, allein der inneren Gesetzmäßigkeit am Markt orientierter Zeitungsproduktion folgen zu wollen, standen die vehementen parteipolitischen Interessen der dominierenden Kräfte entgegen, denen eine wirkliche Selbständigkeit nicht entsprach. Sozialdemokratische Interessen hinter geschäftliche Notwendigkeiten zu stellen, widersprach den publizistischen Motivationen der Verantwortlichen in den SPD-Verlagen. Primär wurde die Presse als Sprachrohr zur Darstellung der sozialdemokratischen Politik begriffen, nicht als Generalanzeiger mit sozialdemokratischer Tendenz, wie angestrebt. Der intendierten Imageänderung nach außen folgte nicht im gleichen Maße eine Umsetzung in den entscheidenden Sparten: Politik und Lokales blieben bei aller pluralistischen Öffnung auf eine positive, unkritische Darstellung der SPD-Aktivitäten fixiert.

Die konsequente Durchsetzung der reinen Geschäftsinteressen wurde zudem an einem entscheidenden Punkt ignoriert, dessen Nichtbeachtung ausschließlich parteipolitische Gründe besaß. Da sich die Sozialdemokratie wie die sozialdemokratische Presse bei aller

Integration, parlamentarisch-politisch in direkter Konfrontation mit den bürgerlichen Parteien, respektive der nicht-sozialdemokratischen Presse fühlte, galt ihr Bestreben dem Ziel, alle ihre Wähler an allen Orten in ihrem Sinne zu informieren. Wirtschaftlich nicht vertretbare politische Überlegungen hatten bereits, trotz vorhandener Einsichten, zur Gründung der süddeutschen Parteizeitungen nach 1949 geführt. Und die gegenüber den Wählern empfundene Pflicht zur publizistischen Präsenz in allen Gebieten verhin- derte auch, daß die südwestdeutschen Verlage auf Kerngebiete beschränkt wurden als ihre Selbständigkeit nicht erhalten werden konnte. Statt der notwendigen Einstellung unrentabler Ausgaben, wurden diese vielmehr nur bei den noch kräftigeren Verlagen zusammengefaßt, was deren Wirtschaftlichkeit ohne meßbare Einsparungen reduzierte. Prinzip blieb während der fünfziger Jahre, selbst mit kleinsten Auflagen in allen Gebie- ten präsent zu sein. Doch nicht nur bei den Kleinverlagen unter direktem Parteieinfluß galt diese Maxime, auch bei den norddeutschen Großverlagen genoß die politisch moti- vierte Verbreitung gegenüber wirtschaftlichen Erwägungen Vorrang.

„Unsere Zeitungen müssen im Gegensatz zu bürgerlichen Blättern auch die Gebie- te ihres Bereichs mit Bezirksausgaben belegen, in denen sie unmöglich rentable Be- zirksausgaben herstellen können. Die gegnerische Zeitung, die ihr Verhalten vom Geschäft bestimmen läßt, stellt unrentable Bezirksausgaben einfach ein, unsere kann das aus politischen Gründen nicht. Wie weit das geht, zeigt die Tatsache, daß eine unserer Zeitungen 20 Ausgaben hat, von denen nur die Stadtausgabe gewinn- bringend ist, während alle anderen 19 Ausgaben Verluste verursachen, aber von der Stadtausgabe mitgeschleppt werden müssen. Tun wir es nicht, geht der ohnehin geringe Halt auf dem flachen Land, wo der einzelne Leser sowieso schon in einer feindlichen Umwelt lebt, gänzlich verloren... (Für Norddeutschland und auch für Süddeutschland mit Ausnahm des Ruhrgebietes gilt das. Die konservative und re- aktionäre Welle auf dem Land steigt stetig und Sozialdemokraten, freiheitliche Linke und ähnliche werden auf Groß- und Mittelstädte zurückgedrängt, die wie In- seln herausragen. Am deutlichsten sichtbar ist das in Niedersachsen.)“ (14)

So Fritz Heine 1954. Noch zehn Jahre später formulierte Nau:

„Zu bedenken ist lediglich, daß wir aus Gründen einer gleichmäßigen staatsbürger- lichen Betreuung der Bundesbürger darauf verzichten müssen, bei der Streuung un- serer Zeitungen und Druckaufträge ausschließlich nach wirtschaftlichen Gesichts- punkten zu handeln.“ (15)

In diese apodiktische Forderungen, bei Nau staatsbürgerlich verbrämt, geht der sozial-

demokratische Anspruch ein, in allen Teilen Westdeutschlands allen potentiellen Lesern eine sozialdemokratische, regionale Tageszeitung anzubieten. Aus wahlstrategischen Gründen wurde in Partei und Verlagen an diesem Prinzip festgehalten. Auf die akzeptierte Konkurrenzsituation in den fünfziger Jahren „hat man nicht mit ökonomischen Erkenntnissen reagiert, sondern mit dem politischen Willen, überall präsent zu sein, dem Wähler also ständig seine politische Meinung sagen zu können. Und daraus ergab sich eigentlich das ökonomische Dilemma.“ (16)

Die ideale Zielvorstellung, mit den Blättern der Konzentration GmbH möglichst die gesamte Bundesrepublik abzudecken, wurde ohne Rücksicht auf die langfristigen ökonomischen Auswirkungen in der Phase der wirtschaftlichen Stabilität durchgeführt. Hatte man aber in Süddeutschland neben den kränkelnden Parteiblättern bei einigen ehemaligen Lizenzverlagen politische Sympathisanten, die zwar zu solchen Zugeständnissen bei den mangelnden Einflußmöglichkeiten nicht zu bewegen waren, aber publizistische die Partei im Rahmen ihrer Eigeninteressen unterstützten (FR, STUTTGARTER NACHRICHTEN, RHEIN-NECKAR-ZEITUNG), so blieb in der ehemaligen britischen Zone diese Aufgabe ausschließlich den Parteiblättern vorbehalten. Die Mehrzahl der unabhängigen Blätter tendierte zur CDU oder war aus Lizenzen bürgerlicher Parteien hervorgegangen. Hier konnte die SPD auf keinerlei indirekte Unterstützung hoffen. Deshalb versuchte sie mit den kurzfristig ausreichenden Mitteln der größeren SPD-Blätter, das gesamte Gebiet von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Schleswig-Holstein abzudecken. Während sich die gegnerische Konkurrenz, nach Zahl der Verlage und Höhe der Gesamtauflage weit überlegen, ohne direkte politische Ambitionen auf Kernverbreitungsgebiete konzentrieren konnte und trotzdem in allen Regionen dominierend war, verzetelten sich die SPD-Blätter. Aus der Zahl der Bezirksausgaben kann nicht direkt auf eine unrentable Streuung geschlossen werden, jedoch signalisieren sie eine Verbreitung über den angestammten Kernverbreitungsbereich. 1956 gaben

WESTFÄLISCHE RUNDSCHAU	28
FREIE PRESSE BIELEFELD	15
NEUE RHEIN/RUHR ZEITUNG	12
HANNOVERSCHE PRESSE	14

Bezirksausgaben heraus. Die Verbreitungsgebiete umfaßten zumindest einen Regierungs-

bezirk. Nahtlos aneinander anknüpfend versorgte die NRZ weite Gebiete des Mittel- und Niederrheins und den westlichen Teil des Ruhrgebietes, von Köln/Düsseldorf bis zur holländischen Grenze und von Aachen bis Essen. Die WESTFÄLISCHE RUND-SCHAU reichte von Arnsberg bis zur nördlichen Grenze nach Niedersachsen und östlich davon schloß sich das Verbreitungsgebiet der FREIEN PRESSE Bielefeld an. Abgesehen von dem Gebiet der NORDWESTPRESSE Wilhelmshafen streute die HANNOVERSCHE PRESSE über ganz Niedersachsen von Göttingen bis Cuxhaven, von Braunschweig bis Minden. Die SCHLESWIG HOLSTEINISCHE VOLKSZEITUNG (Kiel) in Redaktionsgemeinschaft mit der LÜBECKER FREIEN PRESSE versorgte alle Teile Schleswig-Holsteins. Nur die Hamburger Blätter beschränkten sich eng auf ihren regionalen Raum. Mit 7 Verlagen (ohne Hamburg), auf die durchschnittlich circa 12 Bezirksausgaben entfielen, versuchte die SPD-Presse fast den gesamten Norddeutschen Raum abzudecken. (17)

Ungünstige Andrucktermine, lange Vertriebswege, kostspielige Vertriebskosten bei geringer Auflage in ländlichen Bezirken machten diese Bezirksausgaben zu teuren Experimenten. Aus den Erträgen der städtischen Auflage mußten so großenteils die Verlust der ländlichen Ausgaben finanziert werden.

„Die Zeitungen wurden unrentabel in Verbreitungsgebieten, die sehr starke bürgerliche politische Gruppen repräsentierten und man hat vermieden, in diesen Kreisen rechtzeitig ökonomische, das heißt Konsequenzen im Hinblick auf Einstellung von Nebenausgaben zu ziehen oder vielleicht zu versuchen, schwächere, bürgerliche Konkurrenzblätter aufzukaufen. Das war in den 50er Jahre jedenfalls politisch undenkbar, weil sozialdemokratische Pressepolitiker eben die Pressearbeit als eine vornehmlich politische Aufgabe sahen...“ (18)

Langfristig mußte diese Praxis, den sozialdemokratischen Leser in der Provinz nicht im Stich zu lassen, die vorhandene wirtschaftliche Substanz der Unternehmen schmälern, die diese politische Aufgabe nicht auf Dauer von den Erträgen ihrer Hauptausgaben finanzieren konnten. Die fehlende sozialdemokratische, überregionale Tageszeitung und die kurzfristige Hoffnung, nach gewonnenen Wahlen günstigere Bedingungen vorzufinden, haben eine planende Konzeption verhindert. Die stolzen Auflagenhöhen der großen SPD-Zeitungen in den 50er Jahren täuschen darüber hinweg, daß sie durch die Addition einer Großzahl von Kleinstauflagen plus einer lokalen Hauptausgabe zustande kamen und eine wirtschaftliche Stärke zweifelhafter Qualität repräsentieren.

Daraus folgte eine mangelnde Attraktivität als Werbemedium. Zumindest die breite

Streuung ebenso wie die Relikte sozialdemokratischer Berichterstattung machten die SPD-Presse zu einem uninteressanten Werbeträger. Die Streuverluste waren zu hoch. Unter der antikommunistischen Dunstglocke der Adenauerära besaß für die Großindustrie eine SPD-Zeitung als Werbeträger keinen politischen Sinn. In ihrer Rolle als intransigente Opposition wurde die SPD von kapitalistischen Kreisen politisch ignoriert. Behrlich bemerkte 1950 dazu: „Auf der anderen Seite nehmen uns die Inserenten unsere politische Stellungnahme übel, und die Großindustrie, die bei uns bisher beachtliche Druckaufträge erledigen ließ, läßt uns im Stich, weil sie merkt, daß wir die Druckerei der SPD sind.“ (19) Und Heine beklagte 1954:

„Unsere Zeitungen stehen in der kapitalistischen Umwelt im härtesten Konkurrenzkampf mit der gegnerischen Presse. Aber sie stehen in diesem Kampf unter ungleichen Bedingungen. Von der Einnahmenseite her, weil ihnen viele Anzeigen, die lebensnotwendig sind, von den entsprechenden wirtschaftlichen Unternehmungen mehr und mehr bewußt aus politischen Gründen vorenthalten werden.“ (20)

Nicht ein totaler Anzeigenboykott, der Markt lokaler Kleinanzeigen organisierte sich unabhängig von politischen Interessen, vielmehr die bevorzugte Belegung „gegnerischer Blätter“ mit lukrativen Anzeigen und Markenartikelwerbung, verschlechterte die Erlösstruktur der SPD-Presse.

Über die konkrete Entwicklung des Anzeigenaufkommens und seine Verteilung bei den einzelnen SPD-Blättern liegen keine exakten Angaben vor. Den im Verein „Waage“ organisierten Interessen des Großkapitals, das explizit eine publizistische Unterstützung der CDU anstrebte, hatte die SPD damals nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen. (21)

„Wirtschaftlicher Druck durch industrielle und Gleichschaltungsbestrebungen durch politische Kräfte spiegeln die Schwierigkeiten wider, unter denen die Zeitungen wirken müssen. Um so größere Anerkennung gebührt den zahlreichen Journalisten und Schriftstellern die einen leidenschaftlichen Kampf um die Freiheit des Wortes führen.“ (22)

Entgegen der erklärten Absicht, durch Volksnähe und Aufgabe der offenen Parteibindungen eine weitgehende Integration zu erzielen, zwangen in der Praxis die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen die SPD-Presse dazu, im Parteieinfluß zu verharren. Trotz gegenläufiger Tendenzen verblieb die SPD-Presse in ihrer Gesamtheit in einer isolierten Ghettostellung am Rande des Pressespektrums.

3.2. EXKURS:

Zur verfassungsrechtlichen Stellung der Parteipresse

Ihre Ursachen hat die verwirrende Widersprüchlichkeit im Verhältnis Partei — Parteipresse auch durch eine gewisse Rechtsunsicherheit. In der für die SPD-Presse relevanten englischen Lizenzpolitik angelegte Unklarheiten, Partei und Parteipresse politisch als Einheit zu behandeln aber organisatorisch-juristisch zu trennen, konnten später nicht aufgehoben werden. Mit der verfassungsrechtlichen Verankerung der Parteien im Grundgesetz Art. 21 und der allgemeinen Pressefreiheit nach Art. 5 Grundgesetz geriet die Parteipresse in eine rechtliche Grauzone. Aus der Einbindung der Parteien in die staatliche Willensbildung, dessen Kehrseite die Einschwörung auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung implizierte, kam den Parteien eine privilegierte Sonderstellung zu. Andererseits unterwarf das sogenannte „Parteienprivileg“ die politischen Organisationen einer Kontrolle in allen Tätigkeitsbereichen, deren Definition erst im Verlauf der westdeutschen Geschichte durch Rechtssprechung und einfache Gesetzgebung geregelt wurde. Die Festlegung von Funktion und Aufgabenbereich einer Partei wurde im Art. 21 GG nicht ausgeführt, sondern gesetzgeberischer Ausformung überlassen. Damit befanden sich die Parteien in den Anfängen ihrer Tätigkeit in der BRD noch in einem rechtsfreien Raum, der erst im Zuge der Konkretisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse gefüllt wurde. Für eine Parteipresse ergaben sich daraus Konsequenzen:

„Die auf der Basis des Grundgesetzes in den Verbotsurteilen des Bundesverfassungsgerichtes gegen SRP (1952) und KPD (1956) ausgesprochene Identifizierung von Partei und Presse und der daraus resultierenden gleichen Rechtsfolgen ließen sowohl Parteien als auch parteiische Presseorgane gleichermaßen darauf bestehen, eine rechtliche Trennung beider Pole vorzunehmen. Hierin dürfte einer der Gründe zu erblicken sein, weshalb sich in der Bundesrepublik eine wirkliche Parteipresse nur rudimentär entwickeln konnte.“ (1)

In seinem Urteil gegen die KPD hatte das Bundesverfassungsgericht die „Gesamtten-
denz einer Partei an ihren Presseerzeugnissen gemessen, ein Stil, der in der gesamten Parteipresse wiederkehrt und damit Partei und Parteipresse als organische Gesamtheit gewertet.“ (2) Andererseits blieb die Gleichbehandlung aber auf diejenigen Unternehmungen beschränkt, die in direkter juristischer Beziehung zur Partei standen, bei dessen Fehlen eine parteinahe Zeitung in gesonderten Verfahren als „Tarnorganisation“ nachträglich verboten werden konnte.

Positiv bedeutete eine abhängige Parteipresse — verstanden als Unterorganisation einer Partei — die Teilhabe am Parteienprivileg, seiner Schutz- und Bestandgarantie sowie eine eine günstigere steuerliche Stellung. Für die Partei ermöglichte eine Parteipresse als Unterorganisation die Durchsetzung direkter inhaltlicher Kontrolle und Einflußnahme mit allen Nachteilen in der Beurteilung durch die Öffentlichkeit.

Für die das Verhältnis SPD zu SPD-Presse ergab sich aus der Rechtslage im Zusammenhang mit den Vorbereitungen eines Parteiengesetzes durch die Parteienrechtskommission eine komplizierte Situation. Einerseits erstrebte die SPD eine Kontrolle über die sozialdemokratischen Presseunternehmen, um sie in ihrem Sinne global lenken zu können. Eine direkte juristische Bindung verbot sich aber für die SPD aus verschiedenen Gründen:

1. Nach den Bestimmungen des Parteienprivilegs mußte jeder Teil einer Partei demokratisch organisiert sein und über seine Finanzierung öffentlich Rechenschaft ablegen. Die Vorteile des Tendenzschutzparagraphen 81 (altes Betriebsverfassungsgesetz) besaßen zwar auch Gültigkeit für Parteiunternehmen, aber die Vorteile privatwirtschaftlicher Organisation, die Möglichkeiten des GmbH-Rechts und die hierarchische Struktur der Verlage hätte potentiell angetastet werden können.
2. Die gewachsenen Eigentumsverhältnisse liefen einer direkten Beteiligung der Partei zuwider, da die persönlichen Interessen der Herausgeber nicht immer mit den wirtschaftlichen Interessen der Gesamtpartei identisch sein mußten.
3. In der rechtlich ungeklärten Situation vor der Verabschiedung eines Parteiengesetzes war eine enge Verknüpfung von SPD und Presse politisch unopportun, da die juristische Entwicklung innerhalb einer bürgerlichen Regierung und einer konservativen Rechtsprechung nicht einflußbar waren. Eine faktische Einheit von SPD und SPD-Presse schuf langfristig ein unüberschaubares potentielles juristisches Risiko, dessen Konsequenzen nicht absehbar waren. Wenn auch eine solche Risikoeinschätzung aus heutiger Sicht unbegründet erscheint, besitzt sie doch eine reale historische Tradition. Aus den Erfahrungen ihrer wechselvollen Geschichte, besonders um die Zeit der Sozialistengesetze, hatte die SPD gelernt, daß eine Trennung zwischen juristischen Eigentümern von Parteieinrichtungen und ihren Nutznießern günstig ist. Ein Angriff auf den Parteivorstand traf dann nicht sogleich alle Parteiunternehmen und ein Verbot einer Parteizeitung konnte nicht direkt auf die Gesamtpartei zurückgeführt werden. Die rechtliche Verantwortung blieb weit gestreut.

4. In dem allgemeinen Klima, dominiert von einer unabhängigen Geschäftspresse und beeinflusst von bürgerlichen Ideologien, hätte eine offene juristische Bindung politisch in der bürgerlichen Öffentlichkeit schwerwiegende Nachteile nach sich gezogen. Nach dem offiziellen Verbot der KPD und damit auch der KPD-Presse, die direkt der Partei verbunden war, wäre eine juristisch unselbständige SPD-Presse, unabhängig von ihrer inhaltlich-publizistischen Gestaltung, als einzige offizielle Partei-Tagespresse in der Bundesrepublik verblieben. Sie wäre unter diesen Bedingungen allzu leicht mit der negativen Besetzung jeglicher Parteipresse, vor allem aber der KPD-Presse, assoziiert worden. Die integrativen Zielvorstellungen wären so in der politischen Öffentlichkeit noch stärker erschwert worden. Da die bürgerlichen Parteien (CDU/CSU, FDP, BHE) im Rahmen der für sie günstigen gesellschaftspolitischen Umstände leicht auf eine tägliche Parteipresse verzichten konnten — sie hielten sich nur wöchentlich erscheinende Zeitschriften — ohne deshalb an publizistischem Einfluß zu verlieren, hätte eine juristisch deutlich abhängige SPD-Tagespresse diese in eine ideologische und kommunikationspolitische Sonderstellung gehoben.

Alle diese Überlegungen haben nur rein hypothetischen Charakter, da eine gerichtliche Klärung des rechtlichen Verhältnisses SPD - SPD-Presse nie stattgefunden hat. Deshalb wird auch in der juristischen Literatur eine unterschiedliche Zuordnung vorgenommen. Dagtuoglou begreift die parteiverbundene Presse im Gegensatz zur parteigebundenen Presse als Nebenorganisation der Partei, die nicht den geltenden Grundsätzen des Art. 21 unterworfen ist, jedoch allein dadurch von der parteigebundenen Presse unterschieden, daß sie kein „wesentlicher“ Bestandteil der Partei ist.

„Sie ist zwar kein Organ, kein Glied und kein Teil der Partei, sie ist auch rechtlich immer selbständig. Sie wird aber durch die Partei organisatorisch oder/und finanziell wesentlich und dauernd beeinflusst, ohne daß ihre Zielsetzungen sich mit denen der Partei vollkommen decken. Die parteiverbundene Presse wird derart redigiert, daß sie nicht nur Mitglieder der Partei ansprechen kann. Infolgedessen zählt sie zu ihrem Publikum einen erheblichen Teil von Lesern, die keine Anhänger der Partei sind.“ (4)

Trotzdem muß sie der Partei zugezählt werden und kann nicht als nur nahestehend oder unabhängig gelten.

Eine juristische Dissertation von Oerter faßt explizit die Konzentration GmbH als Teil der Partei auf. Sie wird unter der Bezeichnung Sachmittelverband den Sonderorganisa-

tionen der SPD zugeschlagen und wie folgt definiert:

„Eine Sonderorganisation ist eine Organisation mit besonderen Aufgaben innerhalb der Partei, der sie derart eingegliedert ist, daß sie nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse — Mitgliedschaft, wirtschaftliche, finanzielle und organisatorische Abhängigkeit — als deren Teil erscheint.“ (5)

Nach Ansicht von Oerter werden die Sonderorganisationen vom Art. 21 GG erfaßt und haben Teil am Parteienprivileg. (6)

Diese widersprüchliche Kommentierung klärt die Stellung der Konzentration GmbH nicht ausreichend, macht aber eindeutig klar, daß sie nicht wirklich getrennt oder faktisch neben der SPD eingeordnet werden darf.

In der ursprünglich widerwillig akzeptierten Form der Konzentration GmbH bot sich der SPD ein ideales Instrument, um den aufgezeigten Schwierigkeiten zu begegnen. Explizit allein der NEUE VORWÄRTS wurde als Parteieigentum deklariert und als Teil der Parteiorganisation ausgewiesen. Durch die genossenschaftliche Form und die faktische juristische Unabhängigkeit bewahrte sich die Konzentration GmbH eine äußere Selbständigkeit, die eine formale Identifizierung von SPD und Presseunternehmen nach außen nicht zuließ. Die einschlägigen Passagen früher parteioffizieller Publikationen und die Zuordnung der Konzentration GmbH unter den Vorstandsbereich Presse und Propaganda verdeutlichen jedoch, daß parteiintern nicht von einer wirklichen Unabhängigkeit ausgegangen wurde. Organschaftsverträge, Treuhänderschaften einzelner Eigentümer gegenüber der SPD und die Beteiligung von Vorstandsmitgliedern als natürliche Personen an der Konzentration GmbH verkehrten die oberflächlich genossenschaftliche Struktur und machten die Verlage faktisch zu einem Teil der Parteiorganisation. Noch 1956 wurde offiziös die Auffassung formuliert, daß die Gesellschafter ihre Funktion nur als Treuhänder von SPD-Vermögen, nicht als Privatpersonen erfüllen. (3) Wenn auch die formalen Kriterien nicht erfüllt wurden, die eine Einheit im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes konstituierten, so blieb die Verbindung jenseits juristischer Kategorien faktisch evident.

Wenn der erreichte Grad der politischen Kontrolle für eine Beeinflussung im Sinne des Parteivorstandes ausreichte, besaß die rechtlich vollständige Übernahme der Verlage für die Sozialdemokratie keine praktische Relevanz mehr. Umgekehrt bot die gegebene Konstruktion weitreichende Vorteile:

1. Die politisch negativen Folgen einer Gleichstellung von Partei und Parteipresse wurden vermieden.
2. Die Parteiverlage wurden der demokratischen Kontrolle der Gesamtpartei und der Betriebsangehörigen entzogen und konnten betriebsintern nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben werden. Die GmbH-Form mit geringster Publizitätspflicht konnte beibehalten werden.
3. Gegenüber der Öffentlichkeit konnten Partei und Einzelverlage auf ihre juristische Unabhängigkeit pochen. Negative Folgen einer offenen Parteibindung nach außen wurden verhindert.
4. Die von der Partei als notwendig angesehene Bindung und damit die Möglichkeit der Gewinnabschöpfung blieb gewährleistet.

Inwieweit die juristische Zwischenstellung der SPD-Parteipresse Ergebnis der politischen Gesamtlage war oder unabhängig davon eine natürlich sich durchsetzende Entwicklung darstellt, kann nicht überprüft werden.

In den gegebenen gesetzlichen Bestimmungen bleiben die traditionellen Definitionen von Parteipresse oberflächlich, weil sie den veränderten Möglichkeiten nicht gerecht werden.

Alle Versuche durch operationalisierbare Definitionen eine Parteipresse äußerlich zu kennzeichnen oder allein im Sinne der Rechtssprechung definieren zu wollen, gehen an der Wirklichkeit vorbei. Wenn Fischer eine „ausdrücklich manifestierte bzw. willensmäßig bekundete permanente parteiadäquate Ausrichtung“ (7) zur Bedingung macht, so erscheint die SPD-Presse nur als parteinahe Presse, deren Bindungen allein aus freiwilligen Zugeständnissen entspringen und deren nicht permanente parteipolitische Ausrichtung sie aus der Parteipresse ausgrenzt. Damit aber werden die differenzierten Abhängigkeiten, wie sie bei der SPD-Presse der fünfziger Jahre aus publizistisch-pragmatischen Erwägungen erwachsen sowie die unterlegten, wesentlichen Abhängigkeiten unterschlagen.

Die in der Konzentration GmbH zusammengeschlossenen Zeitungen sind als Presseunternehmen der SPD zu verstehen, da sie in Abhängigkeit und einem speziellen Verhältnis zur Partei operierten. Äußere Merkmale sind demgegenüber sekundär und lösen die Beziehung nicht auf.

4.1. Zusammenfassung

Rückblickend scheint die Entwicklung der SPD-Presse im Nachkriegsdeutschland bis Ende der 50er Jahre — betrachtet man das Ergebnis aus heutiger Sicht — relativ deutlich als Fehlentwicklung einer um Integration bemühten Randgruppe charakterisierbar. Eine solche Einschätzung setzt jedoch die Kenntnis des Ergebnisses voraus, während in dieser Zeit selbst eine solche Tendenz nicht unbedingt absehbar war. Gesamtgesellschaftliche Bedingungen, die interne Entwicklung der SPD und die Entfaltung des privatwirtschaftlichen Pressewesens waren zu diesen Zeiten gerade in ihrer widersprüchlichen Entfaltung. Erst später verfestigte sich das bundesrepublikanische Gesellschaftssystem, fand die SPD ihren Platz im Parteiensystem der Bundesrepublik und konstituierte sich endgültig das bundesdeutsche Pressesystem.

Die Entwicklung der SPD-Tagespresse, wenn überhaupt angesichts der heterogenen Vielfalt von einer solchen gesprochen werden kann, geschah damals nicht geplant und koordiniert, sondern eher in Anpassung an die sich verändernden realen äußeren Zwänge und parallel zur Entwicklung der Partei. Andererseits hat es eine außerhalb des privatwirtschaftlichen Marktes stehende, inhaltlich dezidierte sozialistische Presse der Sozialdemokratie in dieser Phase nicht gegeben. Über das Medium Tagespresse ein Bewußtsein von der Möglichkeit einer sozialistisch-demokratischen Alternative in der Bevölkerung oder der Arbeiterschaft zu propagieren oder zumindest wachzuhalten, entsprach weder der ökonomischen Situation des Großteils der neuen SPD-Presse nach 1945 noch der allgemeinen politischen Haupttendenz in der Partei. Im Gegenteil: Partei und Presse bemühten sich zunehmend, die negatorische Oppositionsrolle zu verlassen. In dem Umfang, in dem innerparteilich materialistisch-marxistische Ansätze zurückgedrängt wurden, sozialistische Ansprüche sich auf Begriffe reduzierten, in dem Maße verlor auch eine ausgewiesene Einschätzung und Konzeption des parteiverbundenen Pressesektors an Bedeutung. Eine Diskussion über die Parteipresse wurde innerparteilich nur rudimentär begonnen und dann verdrängt.

Der politischen Fixierung der Partei auf parlamentarische Mehrheiten zur Erringung der Macht im Staat (ein Ziel, daß die SPD bedingt endlich 1969 erreichte) entsprach die publizistische Absicht, auch pressepolitisch werbend in weiteste Leserkreise einzudringen (eine Zielvorgabe, die 1969 mangels Presse-Masse obsolet war). Emanzipatorisch-sozialistische Strömungen besaßen letztlich weder in der Partei noch in der Parteipresse eine Basis oder gar eine Chance.

Deshalb haben sich SPD und SPD-Presse in harmonischer Kongruenz in die gesamtgesellschaftliche Entwicklung eingepaßt und die Suche nach Alternativen aufgegeben. Daß die SPD-Presse scheiterte, während die Partei Ende der 60er Jahre reüssierte, ist sowohl der Härte des Pressemarktes als auch strategisch-taktischen Fehlern der Verantwortlichen zuzuschreiben. Doch vielleicht hat die SPD-Tagespresse in ihrem Untergang langfristig der Partei den Weg zur Macht geebnet.

Vom politischen Standort des Betrachters hängt wohl auch deshalb die zusammenfassende Einschätzung der Entwicklung der SPD-Presse in dieser Phase ab. Was von der einen Seite als bahnbrechende Vorreiterfunktion emphatisch gelobt wird, erscheint aus anderer Perspektive als opportunistische Anpassung.

Fischer unterstellt eine Pionierfunktion der SPD-Presse, die die Hinwendung zur Volkspartei auf dem Godesberger Parteitag frühzeitig vorbereitet habe. Er berücksichtigt dabei aber nicht, daß die praktische Einbindung der SPD-Blätter in die kurzfristige Politik der SPD nur schwer mit den langfristigen Vorstellungen der SPD identisch gesetzt werden kann. Die Festschreibung einer pragmatischen Linie im Godesberger Programm trägt nur einer Entwicklung offiziell Rechnung, die auf lokaler und regionaler Ebene und im Pressesektor sich naturwüchsig entfaltet hatte. Von einer bewußt geplanten Entwicklung kann kaum die Rede sein.

„Die Parteipresse war nach 1945 schon eher zu einer Volkspresse geworden als die SPD zu einer Volkspartei. Aus dieser Diskrepanz zwischen Partei- und Presseentwicklung ergaben sich Spannungen, bei denen der SPD-Presse oftmals vorgeworfen wurde, zu sehr auf eine breite Leserschicht zu spekulieren und die parteipolitischen Anschauungen zu wenig zur Geltung zu bringen. Deshalb muß die sozialdemokratische Presse in gewisser Weise als Pionier jener Hinwendung der Partei über die Arbeiterschaft hinaus zu allen sozialen Gruppen angesehen werden.“ (1)

Hier wird der SPD-Presse eine Selbständigkeit und ein Einfluß zugesprochen, der ihr höchstens als Sprachrohr dominierenden Parteigruppierungen zukam, aber keinesfalls ihr eigenes Verdienst repräsentiert.

Völlig konträr beurteilt die DDR-Publizistikwissenschaft den Prozeß der SPD-Presse. Ausgehend von der Absichtserklärung, daß die SPD-Presse nach 1950, „die Idee einer Agitations- und Kampfpresse über Bord geworfen hat und sich unumwunden zu einer Profitpresse bekennt“, unterstellt ihr Knipping eine imperialistische Ausrichtung. (2) Doch trotz dieser ideologischen Pauschalierung sind seine analytischen Einschätzungen

bedingt zutreffend: „Weder in der Aufmachung noch in der Art des veröffentlichten Materials unterscheiden sich die SPD-Blätter merklich von den vorgeblich ‚unabhängigen‘ Organen der Monopolpresse.“ (3) Knipping macht dies an den Punkten fest:

„In ihrem zusammengeschrumpften politischen Teil vertreten sie sowohl in den meinungsbildenden Beiträgen als auch in der Nachrichtenauswahl mehr oder minder betont einen sozialdemokratischen Standpunkt. Dieser ist zumeist identisch mit der tonangebenden Wehner-Erler-Gruppe in der Parteiführung.

Die Konkurrenz der CDU-nahen oder überparteilichen Blätter im jeweiligen Verbreitungsgebiet veranlaßt die SPD-nahen Zeitungen besonders in innenpolitischen Fragen, zu einer eigenen Note. Ein Verzicht darauf käme den Konkurrenzblättern zugute.

(...)

Tatsache ist, daß sich die sozialdemokratisch orientierte Journalistik in Westdeutschland im Vergleich zur Weimarer Republik ein größeres Terrain erobert hat. Dies geschah um den Preis der Aufgabe einstiger Prinzipien und Traditionen, allzu oft unter Verzicht auf eine nur vorgetäuschte Interessenvertretung der werktätigen Bevölkerung.“ (4)

Fischer, 1969, und Knipping, 1964, eint die oberflächliche Konstatierung einer gewissen Stabilität der SPD-Tagespresse. Beide gehen von einer gesicherten Position aus, die sie der SPD-Tagespresse in dieser Phase zusprechen. Beide übersehen aber auch, daß die bei differenzierterer Analyse erkennbare ökonomische und publizistisch-politische Randposition der letztlich nur noch partei-verbundenen oder partei-nahen SPD-Presse ausreichend war, um ihren späteren Mißerfolg, allgemein als plötzlicher Untergang apostrophiert, zu begründen. Bereits in der Nachkriegsphase bis Ende der 50er Jahre war der spätere Untergang der SPD-Presse deutlich angelegt.

4.2. Thesen

1. Der Funktionswandel der sozialdemokratischen Presse in den 50er Jahren bedeutete primär die Festschreibung des historisch gewachsenen Zustandes, der schon weitgehend in der pragmatischen Konzeption und inhaltlichen Ausrichtung der Lizenzphase angelegt war. Ein echter Funktionswandel im Sinne einer wesentlichen Änderung hat in der Nachkriegszeit nicht stattgefunden.

2. Die parteiintern anerkannte Pluralität und Heterogenität der Parteipresse legitimierte den erreichten Zustand der mittelgroßen, norddeutschen Verlage und traf nur in abgeschwächter Form auf die süddeutschen Kleinverlage zu.

3. Soweit überhaupt entwickelt haben sich die Ansätze einer Pressekonzeption unsystematisch von unten nach oben hergestellt. Sie waren erzwungene Rationalisierungen ohne langfristige Perspektive. Von einem einheitlichen Konzept, daß ausdiskutiert und bewußt von oben nach unten, oder umgekehrt, bei den Verlagen der Konzentration GmbH durchgesetzt wurde, kann keine Rede sein. Unterschiede und Widerstände spiegeln nur die Schwankungen um die sich durchsetzende allgemeine Tendenz.

4. Die Pressekonzeption ließ sich auf zwei Kernpunkte reduzieren:

- a) Abkehr von einer expliziten sozialdemokratischen Gesinnungszeitung. Die parteipolitische Ausrichtung wurde zunehmend auf den Meinungsteil beschränkt. Formal und inhaltlich wurde für die übrigen Teile eine Angleichung an die bürgerliche Presse erstrebt.
- b) Aufgabe des aufklärerisch-pädagogischen Anspruchs und bewußte Hinwendung zum vermeintlichen Publikumsgeschmack, um dadurch neue Leser und Wähler für die SPD zu gewinnen. Eine Ausrichtung auf die Arbeiterschaft wurde abgelehnt.

5. Der sozialdemokratische Generalanzeiger, „am Leser orientierte“ Regionalzeitung mit sozialdemokratischer Grundtendenz wurde zum akzeptierten Leittyp der sozialdemokratischen Presse.

6. Grundsätzliche Diskussionen um Charakter und Organisationsform einer sozialistischen respektive sozialdemokratischen Presse wurden in Partei und Presse nicht mehr geführt. Das privatkapitalistische Wirtschaftsprinzip wurde für die Parteipresse akzeptiert. Damit begab sich die SPD-Presse unter die Zwänge der Konkurrenz auf dem Presse-sektor und orientierte ihren Erfolg an der Durchsetzung auf dem Markt.

7. Die hierzu notwendige „Unabhängigkeit“ der Verlage stellte sich aus parteipolitischen Interessen nicht her. Die Ausrichtung an reinen Geschäftsnotwendigkeiten wurde blockiert durch die wirtschaftlichen und organisatorisch-personellen Bindungen an die SPD.
8. Aus parteipolitischen Erwägungen wurden finanzielle und verlegerische Zugeständnisse gemacht, die die angestrebte privatwirtschaftliche Rentabilität immer wieder unterliefen und langfristig Wettbewerbsnachteile nach sich zogen.
9. Objektiv blieb die SPD-Presse als Parteipresse mit veränderter publizistischer Linie bestehen. Dieses Unterscheidungsmerkmal verschaffte der SPD-Presse, strukturell in das bürgerliche Pressesystem integriert, innerhalb des Gesamtspektrums eine Randstellung.
10. Diese ambivalente Doppelfunktion, Geschäftspresse und zugleich Parteipresse sein zu wollen, bewährte sich langfristig weder am Markt noch bei der Leserschaft.
11. Die parteiverbundene Tagespresse der Sozialdemokratische Partei Deutschlands scheiterte somit bereits im ersten Nachkriegsjahrzehnt. Die Pressepolitik der SPD in den späteren Jahren ist nur eine Folge der vorangegangenen Fehlentwicklungen.
12. Die gesamtgesellschaftlichen und pressepolitischen Wandlungen in der Bundesrepublik haben in Übereinstimmung mit der politischen Veränderung der SPD ihren entsprechenden Ausdruck in den Veränderungen der SPD-Presse gefunden.
13. Als Vermutung sollte die These diskutiert werden, ob nicht die langfristige publizistische Leistung der heute nicht mehr existenten SPD-Presse u.a. der SPD als Partei ihren politischen Erfolg in den siebziger Jahren beschert hat. Dann wäre aus funktionaler Sicht der Partei der Untergang einer eigenen Parteipresse mittelfristig nicht zu bedauern.

LISTE DER SCHAUBILDER UND TABELLEN

	Seite
Schaubild 1: Modell der Beziehungen im Lizenzsystem	22
Tabelle 1: Gliederung der Lizenzträger in der US.-Zone nach Parteirichtung	40
Tabelle 2: Verteilung der Lizenzzeitungen nach Parteibindung und Ländern in der britischen Zone	62
Tabelle 3: Verteilung von Wählerstimmen und Auflagenhöhe der Parteipresse in der französischen Zone 1947	66
Tabelle 4: SPD-Verbundene Tageszeitungen in der britischen Zone zu Beginn der Lizenzphase	79
Tabelle 5: Auflagenänderungen der SPD-verbundenen Tageszei- tungen in der britischen Zone in den Jahren 1946/1947	91
Tabelle 6: Auflagenentwicklung der SPD-verbundenen Tages- zeitungen zwischen Juni 1948 und Oktober 1949	142
Tabelle 7: Neugründungen von SPD-Tageszeitungen in der amerikanischen Zone nach Lizenzfreigabe im Oktober 1949	147
Tabelle 8: Die SPD-verbundenen Tageszeitungen im I.Quartal 1953, geordnet nach Auflagengrößeklassen	172
Tabelle 9: Die Entwicklung der Werbebeiträge an den Gesamt- einnahmen der SPD zwischen 1950 und 1959	218

ANMERKUNGEN

=====

ANMERKUNGEN

(Geordnet nach Kapiteln)

1.1.1.

- 1) Vgl. SCHMIDT, Ute; FICHTER, Tilman:
Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948.
Berlin 1971.
Autorenkollektiv PRESSE:
Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit und Profit.
Reinbek 1972.
- 2) Vgl. SCHMIDT, Ute; FICHTER, Tilman:
a.a.O. S. 117 ff.
- 3) Gesetz Nr. 191 der Militärregierung Deutschland, bestätigt und aus-
gegeben am 14.11.1944, abgeändert am 12.5.1945.
In: Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in
Deutschland. Autorisierter Nachdruck des Amtsblattes der Militärre-
gierung Deutschland, amerikanische Zone, ISSUE A, 1. Juni 1946, S.52.
- 4) Zitiert nach GREUNER, Reinhart:
Lizenzpresse. Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962. Anhang, S.262 f.
- 5) Begriff von Hurwitz. in: HURWITZ, Harold:
Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik
in Deutschland 1945-1949. Köln 1972.

1.1.2.

- 1) Diese vier großen D-s werden bereits in der Geheimdirektive 1067 be-
schrieben und auf der Potsdamer Konferenz als gemeinsame Ziele aller
Siegermächte bekräftigt.
Vgl. BITTEL, Karl: Das Potsdamer Abkommen. Berlin (DDR) 1957.
- 2) Vgl. SCHMIDT, Eberhard:
Die verhinderte Neuordnung. Frankfurt 1970.
- 3) Potsdamer Abkommen, Abschnitt A II. Abgedruckt in:
BITTEL, Karl: a.a.O. S. 72.
- 4) ICS Direktive 1067. Abgedruckt in:
GREUNER, Reinhart: a.a.O., S. 259f.
- 5) SCHMIDT, Ute; FICHTER, Tilman: a.a.O., S. 117.
- 6) ebenda S.137.
- 7) Autorenkollektiv PRESSE: a.a.O., S.39.
- 8) Vgl. hierzu die Arbeiten von Harold Hurwitz, in deren Titeln eine Ver-
schiebung erkennbar ist. Ursprüngliche Erfolge der amerikanischen
Politik wandelten sich später in einen eigenständigen Beitrag zur Demo-
kratisierung.
HURWITZ, Harold: Military Government and German Press. An Experiment in
Cross- Cultural Change. Manuskript. Columbia 1954.
HURWITZ, Harold: Die Pressepolitik der Alliierten. In:
PROSS, Harry: Deutsche Presse seit 1945. München 1965.
HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O.

1.1.3.

- 1) Vgl. HABE, Hans: Im Jahre Null. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen
Presse. München 1966.

- 2) Vgl. MANUAL for the Control of German Information Services.
Hrsg.: SHAEF vom 12.5.1945. Ohne Ort (Paris).
- 3) NACHRICHTENKONTROLLVORSCHRIFT Nr.1. In:
Gesetzliche Bestimmungen der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. a.a.O., S. 54.
- 4) Lizenzierungsgesetz über die Genehmigung von Zeitungen und Zeitschriften.
In: DIE ZEITUNG. Augsburg Nr.1, Jahrgang 1, S.6, § 6.
- 5) Vgl. MANUAL for the Control of German Information Services. a.a.O.,
Appendix A, S. 163 ff.
- 6) Autorenkollektiv PRESSE: Wie links können Journalisten sein? a.a.O.,
S. 43.
- 7) LIZENZURKUNDE für die amerikanische Besatzungszone, Abschnitt D.In:
Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in
Deutschland. a.a.O., S.56.
- 8) WAWRETZKO, Herbert: Die rechtliche Bedeutung der Lizenz. In:
Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage 1949. Berlin 1949, S.XV.
- 9) LIZENZURKUNDE für die amerikanische Besatzungszone. a.a.O.
- 10) Vgl. BETRIEBSANWEISUNG für die Presse Nr.1. a.a.O.
Die Betriebsanweisung enthält detaillierte Vorschriften zur Ver-
wendung von Nachrichtenagenturen und über die redaktionelle Bearbei-
tung von Meldungen.
- 11) Press-Control DURCHFÜHRUNGSANWEISUNG Nr.1 für lizenzierte Zeitungs-
-Unternehmen. Erlassen von der amerikanischen Militärregierung am 7.2.
1946. Abgedruckt in:
GREUNER, Reinhart: a.a.O., S. 276.
- 12) RICHTLINIEN für alle Lizenzträger im deutschen Nachrichtenwesen Nr.3,
erlassen von der amerikanischen Militärregierung am 30.9.1946. Abge-
druckt in:
GREUNER, Reinhart: a.a.O., S.276.
- 13) BETRIEBSANWEISUNG für die Presse Nr.1. a.a.O.
- 14) Vgl. PRESS-CONTROL Durchführungsanweisung Nr.1. für lizenzierte Zei-
tungsu-Unternehmen. a.a.O., S.273.
- 15) Die Rechtsstellung der Lizenzträger und Registranten auf dem Gebiet des
Nachrichtenkontrollwesens. In:
DER BETRIEBSBERATER. Heidelberg, September 1947 (ohne Seitenzahl)
- 16) PRITZKOLEIT, Kurt: Wem gehört Deutschland. München 1956, S.159.
- 17) CREUNER, Reinhart: a.a.O., S.124.
- 18) Zu diesem Zwecke wurde die "Wirtschaftliche Genossenschaft der Presse"
gegründet, die als Reservefonds 20 Prozent der Profite aller Lizenz-
zeitungen sammelte und dieses Geld zusammen mit weiteren Mitteln wieder
als Kredite an die Verlage zurückfließen ließ.
- 19) FRANKENFELD, Alfred: Die Verteidigung der Pressefreiheit gegen wirtschaft-
liche und politische Gefahren. In:
Der Journalist, Jg. 4, Nr.12 (1954), S.5.

1.1.4.

- 1) LANGENSCHIEDT Enzyklopädisches Wörterbuch. Englisch-Deutsch, Band I/1.
Berlin 1974.
- 2) Brockhaus ENZYKLOPÄDIE. Band 11. Wiesbaden 1970.
- 3) Vgl. KOGON, Eugen: Vom Elend unserer Presse. In: Frankfurter Hefte.

- Nr.86, 1948, S.615f.
KIESLICH, Günter: Zum Aufbau des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. In: Publizistik. Jg.8, Nr.4, S.274ff.
- 4) BRANDT, Helmut: Lizenz und Presse. In: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1947. Berlin 1947, S.XI.
 - 5) ebenda
 - 6) WAWRETSKO, Herbert: Die rechtliche Bedeutung der Lizenz. a.a.O., S.XV.
 - 7) ebenda
 - 8) Diesen Vorgang berichtet A. KIERZEK, Lizenzträger in Fulda in Beantwortung eines Fragebogens. In: ESSER, Ruprecht: Die Lizenzpresse in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-49. Magisterarbeit am Institut für Publizistik Berlin. Manuskript. Anhang.
 - 9) WAWRETSKO, Herbert: a.a.O., S.XV.
 - 10) KOGON, Egon: a.a.O., S.616.
 - 11) Zitiert nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O., S.175.
 - 12) MOSBERG, Paul Otto: Die Lizenzpresse in der US-Zone 1945-1949. Phil. Diss. Erlangen 1952, S.75.
 - 13) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S. 362.
Vgl. zum gesamten Abschnitt:
ELIAS, Norbert: Über der Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Frankfurt 1976.

1.2.

- 1) Vgl. FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit. 1945. Bremen 1971, S.40-73.

1.2.1.1.

- 1) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.154.
- 2) Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1948, S.8.
- 3) Vgl. Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr. 3, 1948, S.8.
- 4) The GERMAN PRESS in the US-occupied Area. Special Report of the Military Governor. November 1948, S. 4.
- 5) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O.
- 6) Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.4., 1947, S.9.
- 7) 77 Prozent bevorzugen die überparteiliche Presse. In: Die Zeitung Nr.2., 1946, S.12f.
- 8) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O., S.157.
- 9) Grundlegende Antworten General Clays. In: Die Deutsche Zeitung. Nr.3, 1948, S.8f.
- 10) Die Deutsche Zeitung. Nr.3, 1948, S.9.
- 11) Angaben nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O., S. 157ff.
- 12) ebenda S.156.

- 13)ebenda
 - 14)Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3., 1948, S.8.
 - 15)Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ)Nr.7., 1953, S.3.
General McClure soll diesen Ausspruch bei der Überreichung der Lizenzurkunde an die Lizenzträger der Frankfurter Neuen Presse getan haben, die als bewußte Gegengründung zur linkslastigen Frankfurter Rundschau ins Leben gerufen wurde.
 - 16)Deshalb zollen auch die wissenschaftlichen Apologeten der Altverleger den Bemühungen der Parteien für die Zulassung von Parteizeitungen großen Respekt, da sie sich von den demokratischen Parteien eine Vorreiterfunktion für ihre eigenen Interessen versprochen.
Vgl. BECHTLE, Friedrich R.:Die nordwürttembergische politische Presse 1930 bis 1949 unter Berücksichtigung allgemeiner Vorgänge im deutschen Pressewesen. Phil. Diss. München 1952.
(Bechtle ist der Sohn des Altverlegers der Esslinger Zeitung)
WURSTBAUER, Heinrich:Lizenzzeitung und Heimatpresse in Bayern. Phil. Diss. München 1952.
 - 17)Fritz HEINE auf dem SPD-Parteitag 1947. Zitiert nach:
Protokoller Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Ohne Ort, ohne Jahr (Hamburg 1948) S.99.
 - 18)ACKERMANN, Karl: Was heißt unabhängige Presse?. In: Die Zeitung, Nr.1, 1948, S.7.
Ackermann, Lizenzträger des Mannheimer Morgens, galt als SPD-Sympathisant und war führendes Mitglied im Verband Südwestdeutscher Zeitungsverleger.
 - 19)ebenda
 - 20)HARZENDORF, Fritz: Um die Zukunft einer unabhängigen Presse. In: Die Zeitung, Nr.2., 1947, S.1.
 - 21)ebenda
 - 22)HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O., S.156.
 - 23)General Clay zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3., 1948,S.8.
 - 24) CLAY, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland. Frankfurt 1950. S.322.
- 1.2.1.2.
- 1)Vgl. KONZENTRATION GmbH (Hrsg.): Der Stand unserer Unternehmen. Hannover, 1946, S.4.
 - 2)Fritz Heine auf einer Beiratssitzung der SPD-Presse am 17.4.1946. in Hannover. Zitiert nach Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.250.
 - 3) Jahrbuch der SPD 1947. (Hannover 1948) S. 58.
 - 4) Fritz HEINE auf dem Parteitag 1947. Zitiert nach: Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947 in Nürnberg. Hamburg 1948 S.101.
 - 5) Thomas DEHLER in einem Rundfunkbeitrag vom Juli 1948. Zitiert nach: PRITZKOLEIT, Kurt: a.a.O. S.166.
 - 6) Protokolle der Verhandlungen des SPD-Parteitages 1948 in Düsseldorf. (Hannover 1949) S.208.
 - 7)Brief von Fritz HEINE am Willy Brandt vom Februar 1948. Zitiert nach Fischer, Heinz-Dietrich: a.a.O. S. 264.

- 8) ebenda
- 9) Vgl. GREUNER, Reinhart: a.a.O. S.135.
- 10)ebenda Anhang.
- 11)Anfrage des Landtagspräsidenten Klein von Württemberg bei General Clay. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3,1948, S.8-9.
- 12)ebenda
- 13)Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947 in Nürnberg. (Hannover 1948) S.100f.
- 14) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: a.a.O. S.268.
- 15) Angaben nach: EISENHRADT,Rudolf: Betriebsanalyse - Betriebsvergleich. Bad Godesberg, 1967,S.55.
- 16)Vgl. BECHTLE, Friedrich R.:a.a.O., S. 263-264.
- 17)HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse.a.a.O.,S.159.

1.2.1.3.

- 1)Angaben nach GREUNER, Reinhart: a.a.O. S. 67, Anmerkung.
- 2)Militärregierung Deutschland. BETRIEBSANWEISUNG für die Presse Nr.1. Abgedruckt in: GREUNER, Reinhart: a.a.O. S. 271.
- 3) Vgl. Autorenkollektiv PRESSE: a.a.O. S.49ff.
Hier wird ausführlich die Ausschaltung der linken und kommunistischen Lizenzträger beschrieben.
- 4) Militärregierung Deutschlands. RICHTLINIEN für alle Lizenzträger im deutschen Nachrichtenwesen Nr. 3, Abschnitt 3.
Abgedruckt in: GREUNER, Reinhart: a.a.O., S. 277ff.
- 5) Eigenangaben der Verlage in:HNADBUCH der Lizenzen deutscher Verlage. Berlin 1947.
- 6) Ein großer Teil führender Nachkriegspolitiker waren ehemalige Lizenzträger; so z.B. Theodor Heuss, Lizenzträger der Rhein-Neckar-Zeitung Heidelberg.
- 7) Zitiert nach: Fischer, Heinz-Dietrich: a.a.O., S.263.
- 8) ebenda S.264.
- 9) ebenda
- 10)JAHRBUCH der SPD 1947. a.a.O. S. 268.
- 11) HURWITZ, Harold:Die Stunde Nuell der deutschen Presse. a.a.O., S.153.
- 12)Teilweise werden bei diesen Klassifizierungen die Zeitungen auch falsch zugeordnet. So in einigen Fällen bei :
BITTER, Georg:Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Phil. Diss. München 1951.
- 13) HURWITZ, Harold:Die Stunde Null der deutschen Presse a.a.O. S.152.

1.2.2.1.

- 1) Vgl. SCHMIDT, Ute;FICHTER, Tilman: a.a.O.; S.155.
- 2) HABE, Hans: Im Jahre Null. a.a.O.; S. 41f.
- 3) Vgl. Die Erklärung von Major HUIJSMAN, Leiter der Presseabteilung ISD, vor dem sich konstituierenden Landespresseausschuß der britischen Zone.
In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.6., 1948, S.1f.
- 4) Vgl. GROSS, Emil: Pressepolitik und Pressefreiheit. In:

Die Deutsche Zeitung (DDZ)Nr.6., 1947, S.4.

- 5) HEILE, Paul: Publikum, Parteien und Presse. In:
Die Deutsche Zeitung (DDZ), Nr.6, 1947, S 4.ff
- 6) ebenda
- 7) ebenda
- 8) Vgl. Selbsteinschätzung von Major HUIJSMAN auf der Verlegertagung
1947. In: Mitteilungen des nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Ver-
eins e.V. Nr3.,1947, S.39.
- 9) Vgl. HÄDLER, Christian: Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit
Zeitungsdruckpapier. Rer. pol. Diss. Nürnberg 1961, S.124ff.
Nach den Angaben von Hädler entfiel knapp die Hälfte der Auflage und
mehr als die Hälfte der Verlage auf das Gebiet des späteren Bundeslandes
Nordrhein-Westfalen.
- 10) Richtlinien für die Pressebeiräte der Länder. In:
LIZENZEN-HANDBUCH deutscher Verlage 1949. Berlin 1949, S. XI.

1.2.2.2.

- 11)Angaben nach Fischer, Heinz-Dietrich:a.a.O. S.55f.
- 12)vgl. Auflagenänderungen westfälischer Zeitungen. In:
Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.6, 1947, S.21.
- 13)Vgl. RICHTLINIEN für die Pressebeiräte der Länder. a.a.O., S.XI.
- 14)Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: a.a.O. S.60.
- 15)HANDBUCH DER LIZENZEN deutscher Verlage, Berlin 1947, S.8.
- 16) HEILE, Paul: Publikum, Parteien und Presse. a.a.O.,S.5.
- 17)Vogel erhielt anfänglich eine Nebenlizenz für die Rheinische Post,
Düsseldorf, er erwarb dann zusätzlich eine Hauptlizenz für das Han-
delsblatt. Später zog er sich aus der Rheinischen Post zurück.
- 18)VOGEL, Friedrich: Das neue Presserecht. In:
Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1947, S.6.
- 19)VOGEL, Friedrich: Presserecht und Pressefreiheit. In:
Nordwestdeutscher Zeitungsverlegerverband (Hrsg.):HANDBUCH Deutsche
Presse. Bielefeld, 1947, S.49.
- 20)Alle Lizenzträger waren in der Nachkriegsphase potentielle Anwärter
für politische Positionen in der neuen Verwaltung.
- 21)PRITZKOLEIT, Kurt:Wem gehört Deutschland. a.a.O. S.160.
- 22)Vgl. die verschiedenen Handbücher der Lizenzen deutscher Verlage.
- 23)Vgl die Darstellung des Konfliktes um die FDP-nahe Zeitung
"Westdeutsches Tageblatt", Dortmund. In:
FISCHER, Heinz-Dietrich: a.a.O., S. 57 f.
- 24)HEILE, Paul: Publikum, Parteien und Presse. a.a.O. S.5
- 25) ebenda
- 26)Zitiert nach KOPPER, Gerd.G.:Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in
der Region.Düsseldorf 1972, S.120.
- 27)Nach Negt/Kluge umfaßt dieser Begriff den einheitlichen ideologisch-
politischen Zusammenhang, in dem sich alle Parteimitglieder und Anhänger
bewegen.
Vgl. NEG, Oskar;KLUGE, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Frank-
furt 1972.

- 28) KONZENTRATION GmbH (Hrsg.): Der Stand unserer Unternehmen. Hannover 1947
- 29) Vgl. JAHRBUCH der SPD 1947. Hannover 1948., S. 59.
- 30) Vgl. hierzu die Jahrbücher und Parteitageprotokolle der SPD ab 1948.
- 31) PRITZKOLEIT, Kurt: a.a.O. S. 159.
- 32) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O., S.60.
- 33) Schreiben des Zivilgouverneurs von Nordrhein-Westfalen, ASBURY, vom Mai 1947. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ), Nr.3., 1947, S.7.
- 34) Vgl. GREUNER, Reinhart: a.a.O., S.74.
- 35) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: a.a.O., S.58 und Anmerkung 126
- 36) Vgl. RICHTLINIEN für alle Lizenzträger im deutschen Nachrichtenwesen. Abschnitt 4. Abgedruckt in: Greuner, Reinhart: a.a.O. S. 278. Inhaltlich galten ähnliche Bestimmungen für die britische Zone.
- 37) Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.1-2, 1947, S.15.
- 38) So war z.B. Friedrich Vogel gleichzeitig CDU-Lizenzträger und erster Vorsitzender der nordrhein-westfälischen Journalistenverbandes, während Dietrich Oppenberg, SPD-Lizenzträger, zum ersten Vorsitzenden des Nordrhein-westfälischen Verlegerverbandes gewählt wurde.
- 39) Leitsätze zur Stellung des Redakteurs. Verabschiedet vom Verband hessisches Berufsjournalisten. Wiedergegeben in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1948., S.25.
- 40) Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1948, S.25.
- 41) BETZ, Anton: Der neue Verleger. In: Nordwestdeutscher Zeitungsverleger verband (Hrsg.) Handbuch Deutsche Presse. Bielefeld 1947, S.82.
- 42) FUNKE, Klaus Detlef: Innere Pressefreiheit. Pullach 1973. S.45ff.
- 43) BETZ, Anton: Der neue Verleger. a.a.O. S.83.

1.2.2.3.

- 1) Äußerung von Major Huijsman zur Bedeutung der Verordnung 108. Zitiert in: KOPPER, Gerd.G.: a.a.O. S. 73.
- 2) Militärregierung Deutschland, britisches Kontrollgebiet: Verordnung Nr. 108. Abgedruckt in: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1949. a.a.O., S. VIII-X.
- 3) Militärregierung Deutschland, britisches Kontrollgebiet: Verordnung 108 , Artikel Ia. ebenda
- 4) RICHTLINIEN für die Pressebeiträge der Länder. Abgedruckt in: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage. a.a.O. S. XI-XIV.
- 5) Vgl. ebenda
- 6) Äußerung des britischen Zivilgouverneurs bei der Gründungsversammlung des Zonenpresseausschusses am 20.1.1948. Zitiert nach: Kopper, Gerd.G.: a.a.O. S.77.
- 7) ebenda

- 8) HENNESEN, Gisbert: Monopole. Eine Antwort an Eugen Kogon. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.8, 1948, S.22.
 - 9) ebenda
 - 10) Neue Aufgaben für die Presse der britischen Zone. Konstituierung von beratenden Länderausschüssen und einem Zonenausschuß. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.6, 1948, S.1-3.
 - 11) VOGEL, Friedrich: Presserecht und Pressefreiheit. a.a.O. S.48.
 - 12) Vgl. STOMMEN, Alfred: Lizenzen und Lizenzverfahren. In Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1949. a.a.O., S.VII.
 - 13) Eigene Berechnungen nach den Handbüchern der Lizenzen deutscher Verlage 1947 ff.
 - 14) Vgl. KOPPER, Gerd.G.: a.a.O.; S.79.
 - 15) Zitiert nach KOPPER, Gerd G.: a.a.O., S.79
 - 16) Zitiert nach PRITZKOLEIT, Kurt. a.a.O., S.197.
 - 17) Vgl. Erklärungen des Presserates und des Ministerpräsidenten Arnold vom Dezember 1948. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.2, 1949, S.2.
 - 18) Kopper, Gerd. G. a.a.O. S.106.
 - 19) Vgl. Pritzkolet, Kurt. a.a.O. S. 165ff.
 - 20) ebenda
 - 21) Erklärungen des Presserates und des Ministerpräsidenten Arnold. a.a.O., S.2.
 - 22) ebenda
 - 23) Vgl. Verordnung 108, Artikel VIII. a.a.O.
 - 24) Vgl. Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1949. a.a.O.
 - 25) Die Tabelle folgt den Angaben bei Bitter, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O., S.112.
 - 26) Vgl. DOVIFAT, Emil: Eine erste Pressestatistik. In: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1949. a.a.O., S.XXVI f.
- 1.2.3.
- 1) Vgl. FISCHER, Heinz Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S.67.
 - 2) DAS VOLK, SPD, Freiburg; UNSER TAG, KPD, Offenburg; SÜDWESTDEUTSCHE VOLKSZEITUNG, CDU, Freiburg; DAS NEUE BADEN, FDP, Freiburg.
 - 3) So wurde die SCHWÄBISCHE ZEITUNG, Leutkirch, zwangsweise zum CDU-Organ erklärt. Sie löste diese Verbindung sofort nach Lizenzfreigabe 1949. Vgl. HÄDLER, Christian. a.a.O. S. 121.
 - 4) ROMBACH, Heinrich: Die neue deutsche Presse in der französischen Zone. In: Die Deutsche Zeitung. (DDZ) Nr.5, 1947, S.15.
 - 5) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O. S.70.
 - 3) Angaben nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S. 219.
 - 6) Vgl. HÄDLER, Christian. a.a.O. S. 121.
 - 8) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.125.

Viele ehenalige Mitarbeiter der Wochenzeitung "Das Reich", dessen Aufgabe die Auslandsdarstellung des Dritten Reiches gewesen war, konnten in der Lizenzphase bei der Allgemeinen Zeitung in Mainz als Journalisten unterkommen, um dann 1949 zusammen mit führenden Wirtschaftsvertretern die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu gründen.

9) Angaben nach HÄDLER, Christian. a.a.O., S.122f.

10)ebenda

11)DOVIFAT, Emil: Die neue deutsche Presse. In: Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1949. a.a.O.; S. XXIII.

12)Angaben nach HÄDLER, Christian. a.a.O. S. 121.

13)DOMBROWSKI, Erich. Zitiert nach: Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O. S. 72.

14)DOVIFAT, Emil: Die neue deutsche Presse. a.a.O., S. XXII.

1.2.4.

1) Vgl. zu dem gesamten Abschnitt:

HERMANN, Elisabeth M.: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn, 1957.

NOELLE- NEUMANN, Elisabeth; SCHULZ, Winfried (Hrsg.):Fischer- Lexikon Publizistik. Stichwort: DDR-Presse. Frankfurt 1971.

Vorstand der SPD: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone. Bonn, 1954.

FISCHER, Heinz-Dietrich:Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O.

BAERNS, Barbara:Ost und West - Eine Zeitschrift zwischen den Fronten. Zur politischen Funktion einer literarischen Zeitschrift in der Besatzungszeit. Münster 1968.

GRANSOW, Volker:Kulturpolitik in der DDR. Berlin 1975.

KNIPPING, Franz: Monopole und Massenmedien. Berlin (DDR) 1969.

2) ULBRICHT, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Berlin(DDR) 1959, Band I/1, S.95.

3) Vgl. GREUNER, Reinhart. a.a.O. S. 26.

4) Zitiert nach BITTEL, Karl: Das Potsdamer Abkommen. Befehl Nr. 2 der Sowjetischen Militär-Administration. a.a.O:

5) Geheimdirektive ICS 1067. Zitiert nach:Greuner, Reinhart. a.a.O., S. 259.

6) BITTEL, Karl: Das Potsdamer Abkommen. a.a.O., S. 13.

7) Zitiert nach DOVIFAT, Emil: Die neue deutsche Presse. a.a.O., S. XIX.

8) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O., S. 77.

9) Befehl Nr. 19 der Sowjetischen Militärregierung vom 2. August 1945. Abgedruckt in: Vorstand der SPD: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone. a.a.O., Anlage 3.

10)KOSCZYK, Kurt; u.a.: Wörterbuch der Publizistik. München 1969, S.227.

11)Zitiert nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. , S. 305.

12)Vgl. SAREL, Bruno:Arbeiter gegen den Kommunismus. München, 1975, S. 40f.

13)ebenda

- 14) Vorstand der SPD: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone. a.a. O. S.1
- 15) ebenda
- 16) Vgl. ebenda S. 127ff.
- 17) Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O. S. 78ff.
- 18) APELT, Fritz: Die Presse in der Ostzone. In: Handbuch Deutsche Presse. a.a.O. S. 108.
- 19) ebenda
- 20) Vgl. Befehl Nr. 56 und Befehl Nr. 90 der Sowjetischen Militär-Administration. Abgedruckt in: Vorstand der SPD: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone. a.a.O., Anlage 5 und 6.

1.3.1

- 1) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O., S.54ff.
- 2) ebenda
- 3) Vgl. PIRKER, Theo: Die SPD nach Hitler. Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1945-1964. Ohne Ort, ohne Jahr. S.36 ff.
- 4) Brief von Kurt Schumacher an die Alliierte Militärregierung in Hannover vom 7. September 1945. (Sammlung Heine=SH) Zitiert in: Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O. S. 245.
Die Sammlung Heine konnte bisher ausschließlich von Fischer für seine Arbeit verwendet werden. Da dem Verfasser der Zugang nicht gewährt wurde, muß ich mich auf die Auswahl der Sammlung Heine bei Fischer stützen.
- 5) Brief von Jean Bender an den Parteivorstand der SPD Hannover vom 7. Februar 1946. (SH) In: Fischer a.a.O. S. 245.
- 6) Jahrbuch der SPD 1946. Hannover 1947, S.14f.
- 7) Vgl. Rundschreiben Nr.2/1946 von Kurt Schumacher vom 16. Februar 1946. (SH). In: Fischer a.a.O., S. 246.
- 8) Brief von Kurt Schumacher an die SPD-Bezirke der britischen Zone vom 20. Oktober 1945. (SH) In: Fischer a.a.O., S. 246.
- 9) Fragebogen Presse vom 21. Februar 1946. (SH) In: Fischer a.a.O., S.247, Anmerkung 22.
- 10) ebenda, Anmerkung 24.
- 11) Rundschreiben von Fritz Heine vom 21. Februar 1946. (SH) In: Fischer a.a.O., S. 248.
- 12) Vgl. Jahrbuch der SPD 1946. a.a.O.
- 13) ebenda S. 37.
- 14) ebenda S. 41.
- 15) RICHTER, Johannes: Aufgaben und Gestaltung der sozialdemokratischen Presse. Vortrag vom 10.5.1946 in Hannover. Hamburg 1946, S.3.
- 16) Jahrbuch der SPD 1946. a.a.O. S. 127.
- 17) Vgl. ebenda S. 41.
- 18) Vgl. Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1947. a.a.O., S. 4,20.
- 19) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O. S. 249.
- 20) Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1947, a.a.O., S. 5.
- 21) ebenda

1.3.2.

- 1) Vgl. Rundschreiben von Fitz Heine vom 2. März 1946. (SH) Fischer a.a.O., S.248.
- 2) Vgl. Fitz Heine, Referat auf der Beiratssitzung der SPD-Presse am 17. April 1946. (SH) Fischer a.a.O., S. 250.
- 3) ebenda
- 4) Brief von Emil Groß an den Vorstand der SPD vom 22. Mai 1946. (SH) Fischer a.a.O., S.251.
- 5) Vgl. Brief von Fritz Heine an Hans Refferscheidt vom 6. Juni 1946. (SH) Fischer a.a.O., S.252.
- 6) Vgl. Prokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9.-11. Mai 1946 in Hannover. Hannover 1947, S.180.
- 7) Zwei Lizenzträger der "Rheinischen Zeitung" waren zugleich Mitglieder im Bezirksvorstand der SPD in Köln; Hans Böckler fungierte als erster Vorsitzender der Gewerkschaft in der britischen Zone; Nieswandt hatte das Amt des ersten Oberbürgermeisters von Essen inne.
- 8) Protokoll der Geschäftsführerkonferenz am 29. Oktober 1946 auf der Hohensyburg in Dortmund. (SH) Fischer a.a.O., S.255.
- 9) ebenda
- 10) Konzentration GmbH (Hrsg.): Der Stand unserer Unternehmen. Hannover 1947, S.3.
- 11) ebenda
- 12) Vgl. ebenda
- 13) ebenda, S.4.
- 14) Fischer, Heinz Dietrich. a.a.O., S.255, Anmerkung 59.
- 15) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9.-11. Mai 1946 in Hannover. a.a.O., S.181.
- 16) Gesellschaftervertrag der Konzentration GmbH. Ohne Ort, ohne Jahr (Hannover 1946), §3 und §17.
- 17) Konzentration GmbH (Hrsg.): Der Stand unserer Unternehmen. a.a.O., S.6.
- 18) Die Angaben über das Ausscheiden der NRZ aus der Konzentration GmbH schwanken. Wahrscheinlich ist die NRZ um 1953 ausgeschieden.
- 19) KORDA, Rolf Martin: Verspieltes Erbe. Die SPD und ihre Zeitungen. Nord-deutscher Rundfunk. Drittes Programm. Hörfunk. Sendung vom 25.1.1973. Manuskript S.12.
- 20) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29.6.-2.7.1947 in Nürnberg. Hamburg 1948, S.97-98.
- 21) Vgl. ebenda, S.99ff.
- 22) ebenda, S.115f.
- 23) ebenda, S.98.

1.3.3.

- 1) Information Services Control Branch, Hamburg: Neue Auflagenverteilung nach den Wahlen. (September 1946). (SH) Fischer a.a.O., S.253.
- 2) Vgl. Zeitungsauflagen im Vergleich zu den Stimmen am 13.10.1946. (SH) Fischer a.a.O., S.257.

- 3) Brief Erich Ollenhauer an mehrere Lizenzbehörden vom 21.11.1946.
(SH) Fischer a.a.O., S.257.
- 4) entfällt
- 5) Vgl. Brief Emil Groß an Information Control Unit vom 23.11.1946.
(SH) Fischer a.a.O. S.257.
- 6) Fischer, Heinz-Dietrich.a.a.O., S.257.
- 7) Vgl. Brief von H.C. Ridell (ISCD-Hamburg) an den Parteivorstand der SPD vom 16.12.1946. (SH) Fischer a.a.O., S.257.
- 8) Information Services Control Branch, Hamburg: Neuverteilung der Auflagen nach den Wahlen vom 12. November 1946. (SH) Fischer a.a.O.; S.256.
- 9) Jahrbuch der SPD 1947. Hannover 1948, S.58.
- 10)Angaben nach:Jahrbuch der SPD 1947.a.a.O.,S.163. 11)ebenda
- 12)Neuaufteilung der Auflagen. Mitteilung des ICS-Branch vom 28.April 1947. Abgedruckt in: Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverlegervereins e.V. Jg.2, Nr.6., Düsseldorf, Juni 1947, S.9f.
- 13)Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O., S.256.
- 14)Angaben und Auflagenzahlen nach; Handbuch der Lizenzen deutscher Verlage 1947. a.a.O.
- 15)PRUYS, Karl H.;Schulze,Volker:Macht und Meinung.Aspekte der SPD-Medienpolitik. Köln, 1975, S.25.
- 16)Vgl. Rechenschaftsberichte des Referates "Presse und Propaganda" in den Jahrbüchern der SPD 1946-1951.

1.3.4.1.

- 1) Vgl. Jahrbücher der SPD 1946 ff. a.a.O.
- 2) Fischer, Heinz-Dietrich. a.a.O., S.152.
- 3) Konzentration GmbH (Hrsg.):Der Stand unserer Unternehmen. a.a.O., S.4.
- 4)Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29.6.-2.7.1947 in Nürnberg. a.a.O.,S.98.
- 5) Vgl. Angaben in: Konzentration GmbH(Hrsg.):Der Stand unserer Unternehmen.a.a.O.
- 6) STAMPFER, Friedrich:Neuer Vorwärts - alter Streit. In: Neuer Vorwärts vom 11.9.1948, S.2.
- 7) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29.6.-2.7.1947 in Nürnberg. a.a.O., S.97ff.
- 8) Jahrbuch der SPD 1947. a.a.O.S.68.
- 9) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29.6.-2.7.1947 in Nürnberg. a.a.O., S.99.
- 10)Jahrbuch der SPD 1947. a.a.O., S.69.
- 11)ebenda, S.68.
- 12)Vgl. ebenda

- 13) Protokoll der Verhandlungen des Parteitagess der SPD 1948. a.a.O. S.92f.
- 14) ebenda S. 91.
- 15) ebenda S. 92.
- 16) ebenda
- 17) Jahrbuch der SPD 1948-49. Hannover 1950. S.106.
- 18) HEINE, Fritz: Pressefreiheit - für wen? In: Neuer Vorwärts vom 16.10. 1948. S. 9.

1.3.4.2.

- 1) FRANKE und HEINE waren Lizenzträger der "Hannoverschen Presse"; HEINE, NAU und SCHUMACHER Lizenzträger des "Neuen Vorwärts".
- 2) DAGTOGLOU, Prodromos: Die Parteipresse. Ihr verfassungsrechtlicher und politischer Standort. Berliner Abhandlungen zum Presserecht. Heft 6. Berlin 1967. S.18.
- 3) ebenda
- 4) Vgl. Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947. a.a.O. S.98.
- 5) Jahrbuch der SPD 1947. a.a.O. S.67 f.
- 6) HEINE, Fritz: Die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des Neubaus der deutschen Presse. Referat auf der Verlegertagung in Bad Meiningen vom 6.- 8. Februar 1947. Abgedruckt in: Mitteilungen des nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e.V. Nr.2, 1947. S.5.
- 7) Diskussionsbeitrag von Fritz HEINE zum Referat von HEINEN, Fritz: Die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des Neubaus der deutschen Presse. a.a.O. S.7.
- 8) ebenda
- 9) Vgl. Brief des Zivilgouverneurs für Nordrhein-Westfalen ASBURY vom 6. Mai 1947. a.a.O.
- 10) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 261.
- 11) Angaben für die 'Kieler Nachrichten' nach: KOPPER, Gerd G.: Zeitungs-ideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. a.a.O. S.36.
- 12) Angaben nach: Jahrbuch der SPD 1948. a.a.O. S.66-68.
- 13) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 261 f.
- 14) PRUYS, Karl-H.; Schulze, Volker: Macht und Meinung. a.a.O. S.22.
- 15) SATTLER, Karl. Zitiert nach KORDA, Rolf Michael: Verspieltes Erbe. a.a.O. S. 13.
- 16) DAGTOGLOU, Prodromos: Die Parteipresse. a.a.O. S.19.
- 17) a.s. (SCHOLZ, Arno): Zum Geleit. In: Telegraf. Nr.1, 1946 vom 22.3. 1946. S.2.
- 18) Vgl. Autorenkollektiv Presse: Wie links können Journalisten sein? a.a.O. S. 44-45.
- 19) Zitiert nach: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.4, 1947. S. 29.
- 20) Referat von Dietrich OPPENBERG auf der Verlegertagung im Juli 1947. Lohndruckverträge - Betriebsvereinbarungen - Lohnstopp für Redakteure. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.4, 1947. S. 21.

1.4.

- 1) N.N.: Dreiviertel Leiche. In: Der SPIEGEL. Nr.22, 1971. S. 81.
- 2) Stellungnahmen Jens FEDDERSEN. In: KORDA, Rolf Martin: Verspieltes Erbe. a.a.O. Anlage S. 3.
- 3) Stellungnahme Kurt KOSZYK. In: ebenda S.4.
- 4) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 254.
- 5) Protokoll der Verlegertagung am 29. Oktober 1946 auf der Hohensyburg bei Dortmund. Zitiert nach FISCHER, Heinz-Dietrich. a.a.O. S.254.
- 6) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947.a.a.O. S.100.
- 7) ebenda
- 8) ebenda
- 9) ebenda
- 10) ebenda S.115.
- 11) ebenda S.116
- 12) Jahrbuch der SPD 1947. a.a.O. S.59.
- 13) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947. a.a.O. S. 101.
- 14) ebenda
- 15) Jahrbuch der SPD 1947. a.a.O. S. 59.
- 16) RICHTER, Johannes: Aufgabe und Gestaltung der sozialdemokratischen Presse. Vortrag auf der Tagung sozialdemokratischer Verleger und Redakteure am 10. Mai 1946 in Hannover. Herausgeber: SPD, Landesorganisation Hansestadt Hamburg. Ohne Ort, ohne Jahr (Hamburg 1947)
- 17) ebenda S.2.
- 18) ebenda S.3.
- 19) ebenda
- 20) ebenda S.60
- 21) ebenda S.6f.
- 22) ebenda S.7.
- 23) ebenda
- 24) ebenda
- 25) ebenda
- 26) ebenda S.8-9.
- 27) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S.254.
- 28) KOPPER, Gerd G.: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. a.a.O. S.37.
- 29) KORDA, Rolf Martin: Verspieltes Erbe .a.a.O. S.4

1.5.

- 1) Direktive Nr. 40 des ALLIIERTEN KONTROLLRATES: Richtlinien für die deutschen Politiker und die deutsche Presse vom 12. Oktober 1946. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. Hrsg.: Presserat für die britische Besatzungszone. Ohne Ort, ohne Jahr. (Bielefeld 1949)

S.3.

- 2) ebenda
- 3) Richtlinien für alle Lizenzträger im deutschen Nachrichtenwesen Nr.3. Erlassen von der amerikanischen Militärregierung. In: Greuner, Reinhart a.a.O. S.278.
- 4) Äußerung von General CLAY. Zitiert nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.328.
- 5) Mr. SPRINGE in einem Vortrag vor der Verlegertagung des Nordwest-deutschen Zeitungsverleger-Vereins im Winter 1946/1947. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.1-2, 1947. S.6.
- 6) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S. 314ff., S.321.
- 7) Brief von Kurt SCHUMACHER an General CLAY vom 7. Juni 1947. Zitiert nach GREUNER, Reinhart a.a.O. S.70.
- 8) Zitiert nach Greuner, Reinhart a.a.O. S.84.
Vgl. auch: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.451.
- 9) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1947. a.a.O. S.100.
- 10) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.332f., S.334.
- 11) ebenda
- 12) ebenda S.333ff.
- 13) Zitiert nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S. 334 f.
- 14) PILGERT, Henry P.: Press, Radio and Film in Westgermany 1945-1953. Hrsg.: Historical Division Office of the Executive Secretary Office of the U.S. High Commissioner for Germany. Ohne Ort 1953. S.23.
- 15) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse a.a.O. S.336.
- 16) Major Huijsman in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.1-2, 1947. S.21.
- 17) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.364.
- 18) ebenda S. 364.
- 19) entfällt
- 20) Zitiert nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.367.

1.6.1

- 1) Von der Gesamtauflage der Lizenzpresse in der britischen Zone im Jahre 1948 von ca. 6 Millionen Exemplaren hielten die SPD-Tageszeitungen ein knappes Drittel mit einer Auflage von rund 1,8 Millionen Exemplaren. SPD-Lizenzträger und SPD-Journalisten hatten führende Stellungen in den Presseorganisationen inne.
- 2) Angaben nach Stellungnahme des Zonenpresserates zur wirtschaftlichen Situation der Zeitungen in der britischen Zone vom 29. April 1949. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.23.
- 3) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.91.
- 4) ebenda
- 5) Vgl. ebenda
- 6) Protokoll des Zonenpresserates für die Sitzung vom 3/4. Dezember 1948. Zitiert in: Kopper, Gerd G. a.a.O. S.40.

- 7) ebenda
- 8) Verordnung Nr. 185 vom 29. April 1949. Erlassen von der Britischen Militärregierung. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S. 8.
- 9) G.G. (GLEISSBERG, Georg): Die Situation der SPD-Presse. In: Neuer Vorwärts vom 5.11.1949. S.10.
- 10) Vgl. Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.90f.
- 11) Vgl. HÄDLER, Christian: Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit Zeitungsdruckpapier. a.a.O. S.128.
- 12) Angaben nach HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S. 219.
- 13) Vgl. HÄDLER, Christian a.a.O. S.133f. und GREUNER, Reinhart a.a.O. S.183 ff.
- 14) PRITZKOLEIT Kurt: Die neuen Herren. München 1952. S.532.
- 15) Vgl. Referat von HEINE auf dem SPD-Parteitag 1948. In: Protokolle der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1948.a.a.O. S.93.
- 16) Vgl. GREUNER, Reinhart a.a.O. S.193 ff.
- 17) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.95.
- 18) Vgl. Mr. POPE, Direktor der Information-Services-Division, Berlin: Stellungnahme der britischen Militärregierung zum täglichen Erscheinen von Zeitungen. Rundfunkansprache. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1947. S.4.
- 19) Rundfunkansprache von Emil GROSS, Vorsitzender des Zonenpresserates: Stellungnahme zum Beschluß des Zonenpresserates. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung. Nr.3,1947. S.2.
- 20) Vgl. Die rechtlichen Grundlagen der deutschen Presse 1945-1949. In: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.2.
- 21) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S. 91.
- 22) Beschluß des Zonenpresserates vom 3/4. Dezember 1948. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung Nr.1,1949. S.3.
- 23) GROSS, Emil: Pressepolitik und Pressefreiheit. a.a.O. S.2.
- 24) ebenda
- 25) Die Resolution des Zonenpresserates vom 3/4. Dezember 1948 wandte sich an den Parlamentarischen Rat.
- 26) Richtlinien für ein Bundespressegesetz.Erarbeitet vom Zonenpresserat für die britische Zone. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.20ff.
- 27) Gesetz über die Berufsausübung von Redakteuren vom 17.11.1949. Erlassen von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. In: Die Deutsche Presse im Neuaufbau.a.a.O. S.19.
- 28) Die institutionelle Eigenständigkeit der Presse. In:Der Journalist. Nr.12, 1959, S.2.
- 29) Paragraph 3 des Gesetzes über die Berufsausübung von Redakteuren vom 17.11.1949. a.a.O.
- 30) Ausführungen von Major Huijsman anläßlich der Konstituierung des Landes-presseausschusses in der britischen Zone.In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr. 6, 1948, S.21.
- 31) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse.a.a.O. 173 ff.

- 32) Gesetz Nr.5 über die Presse, den Rundfunk, die Berichterstattung und die Unterhaltungsstätten vom 23.9.1949. Erlassen vom Rat der Hohen Kommission. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.4.
- 33) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.90f.
- 34) ebenda S.93.
- 35) ebenda S.94.

1.6.2.

- 1) Auswertung eines Fragebogens über die Auswirkung der Währungsreform auf unsere Parteipresse. Hannover 1948. (SH) In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S. 265.
- 2) FISCHER, Heinz-Dietrich a.a.O. S.265.
- 3) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.265.
- 4) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1948.a.a.O. S.93.
- 5) ebenda
- 6) Angaben nach: Vorstand der SPD: Auswirkungen der Währungsreform auf die Gesamtauflage der sozialdemokratischen Presse. Herbst 1948. (SH) In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S. 266.
- 7) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.91.
- 8) ebenda S.93.
- 9) Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.269. Zitiert nach Briefen an den SPD-Vorstand (SH).
- 10) Berechnet nach Angaben in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.24.

1.6.3.

- 1) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.271.
- 2) HEINE, Fritz: Pressefreiheit - für wen? a.a.O. S.9.
- 3) BÜSSING, Erna: Warum Parteizeitungen? In: Neuer Vorwärts vom 11.12. 1948. S.2.
- 4) Vgl. Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S.93.
- 5) HEINE, Fritz: Die Aufgaben der SPD-Presse. In: Neuer Vorwärts vom 30.12.1949. S. 2.
- 6) HEINE, Fritz: Pressefreiheit - für wen? a.a.O. S.9.
- 7) Jahrbuch der SPD 1948-1949.a.a.O. S. 93.

2.1.

- 1) Offener Brief an den Hochkommissar der Vereinigten Staaten. In: Der Journalist 1.Jg. Nr 9, September 1951. S.13.
- 2) MANNHART, Fritz: Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und ihre Position im öffentlichen Raum. Stuttgart 1959. S.14.
- 3) ebenda
- 4) Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.86.
- 5) Angaben nach: BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungs- wesens in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O. S. 114 f.

- 6) ebenda S.117.
- 7) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.88f.
- 8) Berechnungen nach BITTER, Georg a.a.O. S.117.
- 9) Setzt man jede Lizenzzeitung mit einer Publizistischen Einheit gleich, so erreichte erst 1963 die Zahl der Publizistischen Einheiten wieder den Stand von 1949.
- 10) G.G.(GLEISSBERG, G.): Die Situation der SPD-Presse. In:Neuer Vorwärts vom 5.11.1949. S.10.
- 11) Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O. S. 91.
- 12) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg. Frankfurt 1950. S. 41.
- 13) ebenda
- 14) ebenda
- 15) ebenda
- 16) ebenda
- 17) ebenda
- 18) ebenda

2.2.

- 1) Vgl. N.N.:Zur Krise im Zeitungsgewerbe. In:Zeitungsverlag Nr.7/8 1950. vom 30.4.1950. S.18.
- 2) Vgl. Zeitungsverlag Nr.19/20 1950. S.9.
- 3) N.N.: Zur Krise im Zeitungsgewerbe. a.a.O.
- 4) Vgl. Jahrbuch der SPD 1950-1951. Dortmund 1952. S.219.
- 5) ebenda S.231.
- 6) ebenda S.220.
- 7) ebenda
- 8) EMIG, Willi; MARKSCHEFFEL, Günter: Rahmenentwurf für die Zusammenlegung mehrerer sozialdemokratischer Zeitungen.(SH). In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.273.
- 9) ebenda
- 10) ebenda
- 11) FISCHER, Heinz-Dietrich a.a.O. S.221.
- 12) Jahrbuch der SPD 1950-1951. a.a.O. S.221.
- 13) Die Zeitungen in Stuttgart und Karlsruhe verkauften 1951 jeweils knapp 10000 Exemplare, das nicht angeschlossene "Neckar Echo" nur rund 5000 Exemplare.
- 14) Vgl. Jahrbuch der SPD 1950-1951. a.a.O. S.221.
- 15) Angaben für Juni 1948 und Oktober 1949 nach den Eigenberechnungen der SPD. Für das I Quartal 1950 und 1951 ist die verkaufte Auflage nach der IVW- Auflagenliste angegeben.
- 16) N.N.:Zur Krise im Zeitungsgewerbe a.a.O.
- 17) ebenda

2.2.1

- 1) Kredite an Zeitungen aus GARIOA-Mitteln. In:Zeitungsverlag Nr.19/20 1950. S.9.

- 2) ZINK, Harold: The United States in Germany. 1944-1955. Princeton 1957. S.237.
- 3) ebenda
- 4) Kredite an Zeitungen aus GARIOA-Mitteln. a.a.O.
- 5) ebenda
- 6) GARIOA-Kredite für die Presse vor dem Anlaufen. In: Zeitungsverlag Nr.14, 1951. S.10.
- 7) LEISER, Ernest: Hilfe für die deutsche demokratische Presse. In: Zeitungsverlag Nr. 15, 1951. S.12.
- 8) ebenda
- 9) ZINK, Harold a.a.O. S.223.
Vgl. PILGERT, Henry P.: Presse, Radio and Film in Westgermany 1945-1953. a.a.O.
- 10) Aus einem amerikanischen Kongressprotokoll zitiert nach: NORDEN, Albert: Über einige Erscheinungen im westdeutschen Pressewesen. Broschüre. Ohne Ort, ohne Jahr (1952). S.15f.
- 11) Offener Brief an den Hochkommissar der Vereinigten Staaten a.a.O.
- 12) CRON, Helmut: Für neue Verlagskonstruktionen. In: Deutscher Journalisten Verband (Hrsg.): Das erste Jahr. Bonn 1951. S.30.
- 13) Vgl. Kein Eigentumsrecht aus Lizenzerteilung. In: Der Journalist Nr 2, 1953. S.10.
- 14) CARLEBACH, Emil: Pressefreiheit in der BRD. In: Marxistische Blätter. Nr 2, März/April 1972. S.30.
- 15) Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.90ff.
- 16) PRITZKOLEIT, Kurt: Wem gehört Deutschland? a.a.O. S.155.
- 17) Vgl. CARLEBACH, Emil a.a.O.
und Eigenangaben von KIERZEK. In: ESSER, Ruprecht: Die Lizenzpresse in der amerikanischen Besatzungszone 1945-1949. a.a.O. Anhang.
- 18) Dr. EH.: Politische Kredite für deutsche Zeitungen? In: Zeitungsverlag Nr 15, 1951. Abschnitt II. Aus deutscher Perspektive. S.16.
- 19) Vgl. Zeitungsverlag Nr.16, 1951. S.18.
- 20) Verhandlungen des deutschen Bundestages. I. Wahrperiode. Band 9. Bonn 1951. S. 6779f.
- 21) ebenda
- 22) Angaben nach Pritzkeleit, Kurt: Wem gehört Deutschland? a.a.O. S.155.
- 23) ebenda S.157.
- 24) Jahrbuch der SPD 1950-1951. a.a.O. S.220.
- 25) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.95.

2.3.

- 1) PRITZKOLEIT, Kurt: Wem gehört Deutschland? a.a.O. S.172.
- 2) Vgl. MANNHART, Franz: Entwicklung und Strukturwandel der deutschen Tagespresse. a.a.O. S.16.
- 3) Angaben nach DOVIFAT, Emil: Deutsche Zeitungstypen seit 1945. In: Zeitungsverlag Nr.18, 1952. S.35 f.
- 4) Vgl. MARX, Karl: Das Kapital. MEWS. Band 25. Zweiter Abschnitt, S. 151 ff.

- 5) Vgl. die Begrifflichkeit bei ARNDT, Adolf: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie. In: Schriftenreihe der deutschen Studiengesellschaft für Publizistik. Band 6. München 1966.
- 6) Vgl. zu dieser Auffassung: MANNHART, Franz: Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse. a.a.O. S.17 ff. und FISCHER, Heinz-Dietrich a.a.O. S.88.
- 7) DOVIFAT, Emil: Deutsche Zeitungstypen seit 1945. a.a.O.
- 8) Die Zuordnungen von BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O. sind fragwürdig. Ebenso die Versuche von DOVIFAT, Emil: Die deutsche Zeitung 1953/54. In: Die deutsche Presse 1953, Berlin 1954. S.45 ff. Er versucht, eine Unterscheidung nach Kategorien in:
 1. festrichtungsbestimmt
 2. grundrichtungsbestimmt
 3. ohne Richtungsbestimmung
 vorzunehmen, deren Kriterien aber ungenau bleiben.
- 9) SCHÜTZ, Walter J.: Deutsche Tagespresse in Tatsachen und Zahlen. In: Publizistik Nr.1, 1956. S.31-48.
- 10) Nach BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O. S. 19.
- 11) Nach FISCHER, Heinz-Dietrich a.a.O. S.99.
- 12) Nach BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. a.a.O.
- 13) Nach Berechnungen in FISCHER, Heinz-Dietrich a.a.O. S.98.
- 14) Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1950. a.a.O. S.41.
- 15) Jahrbuch der SPD 1952-1953. Bielfeld. 1954. S.248f.
- 16) ebenda S.293.
- 17) ebenda
- 18) ebenda S.249.
- 19) ebenda S.239.
- 20) Rangliste nach CAPELLA, Carlos Ossorio: Die Zeitungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1972. S.74.

3.

- 1) Die sich auf demokratische Formen berufende leserorientierte Presse, ein Modell, das seinen virulentesten Ausdruck in der "täglichen Abstimmung am Kiosk" findet, scheint heute in der öffentlichen Diskussion unumstritten. Zu Beginn der fünfziger Jahre aber setzte sich erst diese Vorstellung in Abgrenzung gegen eine dezidierte, in diesem Sinne nicht leserorientierte Meinungspresse endgültig durch.
- 2) Vgl. DOVIFAT, Emil: Die deutsche Presse 1953. Berlin 1954. S.45-53. und JÄNECKE, Walther: Wandlungen im Zeitungswesen. In: Zeitungsverlag Nr.15, 1952. S.30-33.
- 3) Vgl. REUMANN, Kurt: Veränderungen des Anzeigengeschäfts in der deutschen Tagespresse. In: Publizistik Nr.2-4, 1968. S.230-274.
- 4) Vgl. NEGTE, Oskar/KLUGE, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. a.a.O. S.77.
- 5) Vgl. HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.283.
- 6) ebenda

- 7) ebenda S.283.
- 8) ebenda S.284.
- 9) ebenda S.285.
- 10) Vgl ebenda S. 186.
- 11) ebenda S.186.
- 12) ebenda
- 13) ebenda S.290.
- 14) Nach Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.104.
- 15) ebenda
- 16) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.288.
- 17) Die traditionsreichen Blätter des Ullsteinverlages, Berliner Zeitung (BZ) und Morgenpost, wurden von den Westmächten erst 1952 in Westberlin lizenziert gegen den Widerstand der eingesessenen Lizenzverlage.
- 18) Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.105.
- 19) ebenda S.106.
- 20) Vgl HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse.a.a.O. S.288.
- 21) ebenda S.288. 22) ebenda S.287.
- 23) Diese HICOG Klassifizierung wurde ^{nicht} nach den tatsächlichen Bindungen vorgenommen, sondern nach dem politischen Inhalt und den bekannten Affinitäten ermittelt. Der Anteil der SPD-Presse liegt deshalb über dem tatsächlichen Anteil der Tageszeitungen, die der Konzentration-GmbH angeschlossen waren.
- 24) HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. a.a.O. S.187.
- 25) ebenda S.286.

3.1.

- 1) JÄNECKE, Walther: Wandlungen im Zeitungswesen. a.a.O. S.32.
DOVIFAT, Emil: Die deutsche Zeitung 1953/54. In: Die Deutsche Presse 1953. a.a.O. S.45ff.
- 2) SCHUMACHER, Kurt: Das Zentralorgan der Partei. In. Neuer Vorwärts vom 30.12.1949. S.2.
- 3) HEINE, Fritz: Die Aufgaben der SPD-Presse. a.a.O. S.2.
- 4) OSCHILEWSKI, Walter G.: 10 Jahr Konzentration. Vom Werden und Wirken einer Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen. Bonn 1956 (ohne Seitenzahl). S.16.
- 5) ebenda 6) ebenda
- 7) HEINE, Fritz: Die Aufgaben der SPD-Presse. a.a.O.
- 8) MEYER, Paul: Vom Vereinsorgan zur modernen Zeitung. Die sozialdemokratische Presse im Wandel der Zeit. Beilage zum 80-jährigen Jubiläum der Vorwärts. Herbst 1956. (ohne Seitenzahl) S.14.
- 9) Vgl. BITTER, Georg a.a.O. S.18ff.
- 10) HEINE, Fritz: Sozialistische Presse gestern und heute. In: Neuer Vorwärts vom 1.10.1951. S.13f.
Auch abgedruckt in: HEINE, Fritz: Presse, Politik und Werbung. Festschrift zum 60.Geburtstag. Berlin 1964. (ohne Seitenzahl) S.11-13.
- 11) ebenda
- 12) ebenda

- 13) ebenda
- 14) ebenda
- 15) ebenda
- 16) ebenda
- 17) Vgl. MANNHART, Franz a.a.O. S.37f.
Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.276 ff.
und Eigenberechnungen nach den Angaben auf S.172 für das Jahr 1953.
- 18) BITTER, Georg a.a.O. S.17.
- 19) MEYER, Paul a.a.O.
- 21) HEINE, Fritz: Sozialistische Presse gestern und heute. a.a.O.

3.1.1.

- 1) Vgl die entsprechenden Abschnitte in den Jahrbüchern der SPD 1950 - 1959. a.a.O.
- 2) Gesellschaftervertrag der Konzentration GmbH. a.a.O.
- 3) Vgl. Neuer Vorwärts vom 29.10.1949. S.10.
- 4) Vgl. Zeitungsverlag Nr11, 1951, S.14.
- 5) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1954. Berlin 1954. S. 248-250.
- 6) Brief Kurt HILLER an Fritz HEINE vom 17.2.1954 (SH) in: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.281.
- 7) Dieser Ausspruch bezieht sich auf den Berliner Telegraf und seinen Herausgeber Arno Scholz.
- 8) Brief Fritz HEINE an Kurt HILLER vom 30.3.1954. (SH) in: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.282.
- 9) Auf dem Parteitag 1954 wurde bereits von einer SPD als Volkspartei gesprochen.
- 10) Die Schwäche der SPD-Presse. in: Die Andere Zeitung vom 29.12.1955. S.3.
- 11) ebenda
- 12) ebenda
- 13) ebenda
- 14) Diskussionsbeitrag von Richard BOLJAHN (Bremen). Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1954. a.a.O. S.243.
- 15) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1954. a.a.O. S. 269 ff.

3.1.2.

- 1) HEINE, Fritz: Tendenzen in der Neuen Ruhrzeitung. Aktennotiz vom 11. 10.1949. In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.317.
- 2) Brief Klaus BESSER an Fritz HEINE vom 19.10.1955. (SH) In; Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S. 316.
- 3) Der Verlag der NRZ hielt in der Konzentration GmbH einen Anteil von 5 Prozent.'
- 4) Stellungnahme Jens FEDDERSEN in: KORDA, Rolf Martin a.a.O. Anlage S.3.
- 5) ebenda

- 6) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.316.
- 7) Vgl. Jahrbuch der SPD 1948-1949. a.a.O.
- 8) Brief Paul SATTLER an Fritz HEINE vom 18.8.1953. (SH) In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S. 316.
- 9) Brief Hans WUNDERLICH an Fritz HEINE vom 12.11.1951. (SH). In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S. 318.
- 10) Brief Günter MARKSCHEFFEL an Fritz HEINE vom 29.10.1951. (SH) In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.318.
- 11) Brief Willi VOGEL an Fritz HEINE vom 10.7.1954. (SH) In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.317
- 12) Brief Anton CROOS an Fritz Heine vom 1.12.1953. (SH) In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.317f.
- 13) Vgl. BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland a.a.O. S.24.
- 14) ebenda S.25.
- 15) KOSZYK, Kurt: German Newspapers with Socialist Tendency. In: Gazette, Leiden. Nr.1,1959. S. 41 ff.
- 16) BRAUNE, Heinrich: Massenpresse und Meinungspresse. a.a.O. S.9f.
- 17) Vgl. Protokolle der Verhandlungen der Parteitage der SPD 1953 ff. und Jahrbücher der SPD ab 1953.
- 18) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1954. a.a.O. S.224.
- 19) J.F.: Zehn Jahre Konzentration GmbH. a.a.O.
- 20) OSCHILEWSKI, Walter G.: 10 Jahre Konzentration a.a.O. S.4.
- 21) ebenda S.3.
- 22) ebenda S.24.
- 23) ebenda
- 24) ebenda
- 25) ebenda
- 26) BRAUNE, Heinrich: Massenpresse und Meinungspresse. a.a.O. S.3.
- 27) ebenda
- 28) ebenda S.6.
- 29) ebenda S.11.
- 30) ebenda S.16.
- 31) ebenda
- 32) ebenda S.12.
- 33) ebenda

3.1.3.

- 1) Paragraph 8 PARTEISTATUT der SPD. Abgedruckt in: Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1950. a.a.O. S.4.
- 2) Vgl. Fischer, Heinz-Dietrich: Finanzierungsprobleme der parteipolitisch engagierten Presse seit 1945. In: Publizistik Nr.2-4, 1968. S.208ff. Und TRIESCH, Günther: Die Finanzierung der SPD. In: Die Politische Meinung vom 28.9.1958. S.36 ff.
- 3) Außer beim Neuen Vorwärts vor 1949 nur bei der Hannoverschen Presse und den SPD-Verlagen der französischen Zone.

- 4) Jahrbuch der SPD 1954-1955. a.a.O. S.265.
- 5) Vgl. HAASE, Ingeborg: Der SPD-Konzern. In: Die Zeit Nr 40, 1964. S.29.
- 6) Zitiert nach TRIESCH, Günther a.a.O. S.38.
- 7) Vgl ebenda S.40.
- 8) Vgl. N.N.: Ein so schweres Gesetz. In: der SPIEGEL Nr.34, 1953. S.5f.
- 9) Vgl. TRIESCH, Günther a.a.O.
- 10) Siehe Anhang zu den Protokollen der Parteitage der SPD und die Jahrbücher der SPD. So enthielt z.B. das Protokoll des Parteitages 1954 im Anhang 112 Seiten Werbung von Kommunen, Institutionen und parteinahen Zeitungen.
- 11) so FEDDERSEN in: KORDA, Rolf Martin a.a.O. Anhang S.3.
- 12) ebenda
- 13) ebenda
- 14) Brief Fritz HEINE an Kurt HILLER vom 30.3.1954. (SH) In: Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.282.
- 15) Zitiert nach HAASE, Ingeborg: der SPD-Konzern. a.a.O.
- 16) KOSZYK, Kurt in KORDA, Rolf Martin a.a.O. Anhang S.4.
- 17) Angaben nach : Institut für Publizistik Berlin (Hrsg.): Die Deutsche Presse 1956. Berlin 1956.
- 18) KOSZYK, Kurt in KORDA, Rolf Martin a.a.O. Anhang S.4.
- 19) Brief Fritz HEINE an Kurt HILLER vom 30.3.1954. (SH) In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.282.
- 20) Brief Arno BEHRISCH an Fritz HEINE vom 13.2.1950. (SH) In:Fischer, Heinz-Dietrich a.a.O. S.317.
- 21) Vgl. Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der SPD 1954. a.a.O. S. 223.
- 22) ebenda S.224.

4.1.

- 1) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S.517.
- 2) N.N.: Die Rechtsstellung der Parteipresse. In: Archiv für Presserecht. Nr. 14, 1956. Beilage zu ZV undZV. S.30.
- 3) MAYER, Paul: Vom Vereinsorgan zur modernen Zeitung. a.a.O. S.11.
- 4) DAGTOGLOU, Prodromos: Die Parteipresse.a.a.O. S.37 f.
- 5) OERTER, Volker: Rechtsfragen des Verhältnisses zwischen politischen Parteien und ihren Unter- und Nebenorganisationen. Jur. Diss. Bochum 1971. S. 85.
- 6) Vgl ebenda S. 85 und 120 ff.
- 7) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S. 288.

4.2.

- 1) FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. a.a.O. S.288.
- 2) KNIPPING, Franz: Presselords der SPD. In: Neue Deutsche Presse. Nr 5, 1962. S.29.
- 3) KNIPPING, Franz: Die Presse der SPD. In: Neue Deutsche Presse. Nr.8, 1965. S.31.
- 4) ebenda S.32.

L I T E R A T U R L I S T E

=====

A. Monographien

ABENDROTH, Wolfgang: Aufstieg und Krise der deutschen Sozialdemokratie. Frankfurt 1964.

BAERNS, Barbara: Ost und West - Eine Zeitschrift zwischen den Fronten. Zur politischen Funktion einer literarischen Zeitschrift in der Besatzungszeit. Münster 1968

BARTEL, Horst: Marx und Engels im Kampf um ein revolutionäres deutsches Parteiorgan 1879 - 1890. Berlin (DDR) 1961

BECHTLE, Friedrich R: Die nordwürttembergische politische Presse 1930 bis 1949 unter Berücksichtigung allgemeiner Vorgänge im deutschen Zeitungswesen. Phil.Diss. München 1952

BITTEL, Karl: Das Potsdamer Abkommen. Berlin (DDR) 1957

BITTER, Georg: Zur Typologie des deutschen Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland. Phil.Diss. München 1951

BRAUN, Adolf: Geschäftspresse und Parteipresse. o.O. 1922

BROCKHAUS Enzyklopädie Band 11. Wiesbaden 1970

CAPELLA, Carlos Ossorio: Der Zeitungsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt 1972

CARLEBACH, Emil: Pressefreiheit in der BRD. In: Marxistische Blätter, 10.Jg. Nr.2, März/April 1972

CLAY, Lucius D.: Entscheidung in Deutschland. Frankfurt 1950.

DAGTOGLOU, Prodromos: Die Parteipresse. Ihr verfassungsrechtlicher und politischer Standort. Berliner Abhandlungen zum Presserecht. Heft 6. Berlin 1967

EISENHARDT, Rudolf: Betriebsanalyse - Betriebsvergleich. Bad Godesberg 1967

ELIAS, Norbert: Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Zweiter Band: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt 1976

ESSER, Ruprecht: Die Lizenzpresse in der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands von 1945-1949. Magisterarbeit am Institut für Publizistik Berlin. Manuskript.

GRANSOW, Volker: Kulturpolitik in der DDR. Berlin 1975

GREUNER, Reinhart: Lizenzpresse. Auftrag und Ende. Berlin (DDR) 1962

GROTH, Otto: Die unerkannte Kulturmacht. Band 5. Berlin 1965

FISCHER, Heinz-Dietrich: Parteien und Presse in Deutschland seit 1945. Bremen 1971

FUNKE, Klaus Detlef: Innere Pressefreiheit. Zu Problemen der Organisation von Journalisten. Pullach 1972

HABE, Hans: Im Jahre Null. Ein Beitrag zur Geschichte der deutschen Presse. München 1966

- HÄDLER, Christian: Die Versorgung der deutschen Tagespresse mit Zeitungsdruckpapier. Rer. pol. Diss. Nürnberg 1961
- HERMANN, Elisabeth M.: Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone Deutschland. Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1957
- HEINE, Fritz: Presse, Politik und Werbung. Festschrift zum 60. Geburtstag. Berlin 1964
- H.O.L.: Pressefreiheit in Westdeutschland - Phrase und Wirklichkeit. Eine Dokumentation. Berlin (DDR) 1957
- HURWITZ, Harold: Military Government an German Press. An Experiment in Cross- Cultural Change. Manuskript. Columbia 1954
- HURWITZ, Harold: Die Pressepolitik der Alliierten. In: PROSS, Harry (Hrsg.): Deutsche Presse seit 1945. München 1965
- HURWITZ, Harold: Die Stunde Null der deutschen Presse. Die amerikanische Pressepolitik in Deutschland 1945-1949. Köln 1972
- KANTOROWICZ, Ludwig: Die sozialdemokratische Presse Deutschlands. Tübingen 1922
- KNIPPING, Franz: Monopole und Massenmedien. Berlin (DDR) 1969
- KONZENTRATION GmbH (Hrsg.): Der Stand unserer Unternehmen. Hannover 1947
- KOPPER, Gerd G.: Zeitungsideologie und Zeitungsgewerbe in der Region. Düsseldorf 1972
- KORDA, Rolf Martin: Verspieltes Erbe. Die SPD und ihre Zeitungen. Manuskript der Sendung des Norddeutschen Rundfunks. Drittes Programm. Hörfunk. Sendetermin: 25.1.1973
- KOSCZYK, Kurt: Wörterbuch der Publizistik. München 1969
- KOSCZYK, Kurt: Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse 1914 -1933. Heidelberg 1958
- LANGENSCHIEDTS Enzyklopädisches Wörterbuch. Englisch - Deutsch. Band I/1 Berlin 1974
- MARX, Karl: Das Kapital. Band III. MEW Band 25. Berlin (DDR) 1969
- MARX, Karl; ENGELS, Friedrich: Pressefreiheit und Zensur. Frankfurt 1969
- MANNHART, Franz: Entwicklung und Strukturwandel der Tagespresse in der Bundesrepublik Deutschland seit 1945 und ihre Position im öffentlichen Raum. Stuttgart 1959
- MENDELSON, Peter de: Zeitungsstadt Berlin. Berlin 1959
- MOSBERG, Paul Otto: Die Lizenzpresse in der US-Zone 1945 - 1949. Phil. Diss. Erlangen 1952
- NEGT, Oskar; KLUGE, Alexander: Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit. Frankfurt 1972
- NOELLE-NEUMANN, Elisabeth; SCHULZ, Winfried (Hrsg.): Fischer-Lexikon Publizistik. Stichwort: DDR-Presse. Frankfurt 1971
- NORDEN, Albert: Über einige Erscheinungen im westdeutschen Pressewesen. Broschüre. Ohne Ort (Berlin, DDR), ohne Jahr (1952)
- OERTER, Volker: Rechtsfragen des Verhältnisses zwischen politischen Parteien und ihren Unter- und Nebenorganisationen. Jur. Diss. Buchum 1971
- OSCHILEWSKI, Walter G.: 10 Jahre Konzentration. Vom Werden und Wirken

einer Interessengemeinschaft sozialistischer Wirtschaftsunternehmen.
Bonn 1956

OSSENBACH, Hans Georg: Auf der Suche nach dem Leser. Manuskript einer
Sendung des Westdeutschen Rundfunks. Fernsehen. Erstes Programm. Sendung
vom 30.5.1972

PILGERT, Henry P.: Press, Radio an Film in Westgermany 1945- 1949.
Editor: Historical Division Office of the Executive Secretary Office
of the U.S. High Commissioner for Germany. Ohne Ort, 1953

PIRKER, Theo: Die SPD nach Hitler. München 1965

Autorenkollektiv PRESSE: Wie links können Journalisten sein? Pressefreiheit
und Profit. Reinbek 1972

PRITZKOLEIT, Kurt: Wem gehört Deutschland? München 1956

PRUYS, Karl H.; SCHULZE, Volker: Macht und Meinung. Aspekte der SPD-Medien-
politik. Köln 1975

SAREL, Bruno: Arbeiter gegen den Kommunismus. München 1975

SCHMIDT, Eberhard: Die verhinderte Neuordnung. Frankfurt 1970

SCHMIDT, Ute; FICHTER, Tilman: Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe
in den Westzonen 1945-1948. Berlin 1971

ULBRICHT, Walter: Zur Geschichte der neuesten Zeit. Berlin (DDR) 1958

VORSTAND DER SPD (Hrsg.): Die Presse in der sowjetischen Besatzungszone.
Bonn 1954

SCHOLZ, Arno (Hrsg.): Freiheit des Wortes. Die Forderungen der sozialisti-
schen Presse Europas. Berlin 1954

STAMPFER, Friedrich: Erfahrungen und Erkenntnisse. Aufzeichnungen aus
meinem Leben. Köln 1957

WURSTBAUER, Heinrich: Lizenzpresse und Heimatpresse in Bayern. Phil.Diss,
München 1952

ZINK, Harold: The United States in Germany. 1944- 1955. Princeton 1957

B. Quellen/Materialien

BESCHLUSS des Zonenpresserates vom 3./4. Dezember 1948. Abgedruckt in:
Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.1 1949. S.2

Militärregierung Deutschland. BETRIEBSANWEISUNG für die Presse Nr.1.
Abgedruckt in: Greuner, Reinhart a.a.O. S.271

DIE DEUTSCHE PRESSE 1956. Hrsg.: IfP Berlin. Berlin 1957

DIEKTIVE NR.40 des ALLIIERTEN KONTROLLRATES: Richtlinien für die deutschen
Politiker und die deutsche Presse vom 12. Oktober 1946. Abgedruckt in:
DIE DEUTSCHE PRESSE IM NEUAUFBAU. Hrsg.: Presserat für die britische
Besatzungszone. Ohne Ort, ohne Jahr (Bielefeld 1949) S.3

Press-Controll DUCHFÜHRUNGSANWEISUNG NR.1 für lizenzierte Zeitungsunter-
nehmen. Erlassen von der amerikanischen Militärregierung am 7.2.1946.
Abgedruckt in: Greuner, Reinhart a.a.O. S. 276

ERKLÄRUNG von Mayor HUIJSMAN, Leiter der Presseabteilung ISD, vor dem sich
konstituierende Landespresseausschuss der britischen Zone. Abgedruckt
in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.6, 1948, S.21

ERKLÄRUNGEN des Presserates und des Ministerpräsidenten Arnold vom Dezember 1948. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.2,1949, S.2

GEHEIMDIREKTIVE ICS 1067. Zitiert nach Greuner,Reinhart a.a.O.S.259

The GERMAN PRESS in the US-occupied Area. Special Report of the Military Governor. November 1948

Brief Fritz HÜSER an Prof. Fritz EBERHARD vom 17.11.1974

GESELLSCHAFTERVERTRAG der Konzentration GmbH. ohne Ort, ohne Jahr (Hannover 1946)

GESETZ Nr.191 der Militärregierung Deutschland, bestätigt und ausgegeben am 14.11.1944, abgeändert am 12.5.1945. In: GESETZLICHE VORSCHRIFTEN der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. Autorisierter Nachdruck des Amtsblattes der Militärregierung Deutschland, amerikanische Zone. ISSUE A, 1. Juni 1946

GESETZ über die Berufsausübung von Redakteuren vom 17.11.1949. Erlassen von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. In:Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S. 19-21

HANDBUCH der Lizenzen deutscher Verlage. Berlin 1947

HANDBUCH Deutsche Presse. Herausgegeben vom Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Verein. Bielefeld 1947

Lizenzen-HANDBUCH deutscher Verlage 1949. Zeitungen, Zeitschriften, Buchverlage. Berlin 1949

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1946
Göttingen/Hannover 1946

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1947.
Göttingen/Hannover 1947

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948-1949.
Hannover 1949

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1950 -1951.
Dortmund 1952

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1952-1953.
Bielefeld 1954

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1954-1955.
Hannover, Bonn 1956.

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1956-1957.
Hannover, Bonn 1958

JAHRBUCH der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958-1959.
Hannover, Bonn 1959

KONZENTRATION GmbH (Hrsg.): VERZEICHNIS der Zeitungsverlage und Druckereibetriebe. Bonn - Bad Godesberg 1951 ff.

KOSCZYK, Kurt: Die Presse der deutschen Sozialdemokratie. Herausgegeben von Fritz Heine. Hannover 1966 (Bibliographie)

LEITSÄTZE zur Stellung des Redakteurs. Verabschiedet vom Verband hessischer Berufsjournalisten. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1948, S. 25

LIZENZURKUNDE für die amerikanische Besatzungszone. Abgedruckt in: Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. a.a.O. S.56-60

LIZENZIERUNGSGESETZ über die Genehmigung von Zeitungen und Zeitschriften. Abgedruckt in: DIE ZEITUNG, Augsburg, Nr.1, Jahrgang 1, Seite 6

MANUAL for the Control of German Information Services. (Restricted). Herausgegeben von SHAEF Paris vom 12.5.1945. Ohne Ort (Paris)

MITTEILUNG der ICS-Branch vom 28.4.1947. Neuaufteilung der Auflage. Abgedruckt in: Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger - Vereins e.V. Jg.2. Nr.6. Juni 1947. S: 9-11

NACHRICHTENKONTROLLVORSCHRIFT NR.1. Abgedruckt in: Gesetzliche Vorschriften der amerikanischen Militärregierung in Deutschland. a.a.O. S.54

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 9.-11. Mai 1946 in Hannover. Hamburg, Hannover 1947

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 29. Juni - 2. Juli ¹⁹⁴⁷ in Nürnberg. Hamburg 1947

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11.-14. September 1948 in Düsseldorf. Hamburg 1948

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg. Frankfurt 1950

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 24.-28. September 1952 in Dortmund. Dortmund 1952

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20.-24. Juli in Berlin. Berlin 1954

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10.-14. Juli in München. Berlin 1956

PROTOKOLL der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18.-23. Mai 1958 in Stuttgart. Hannover, Bonn 1958

PROTOKOLL der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.-15. November in Bad Godesberg. Hannover, Bonn 1959

PRESSERAT der britischen Zone: Arbeitsbericht für das Jahr 1948. Düsseldorf 1949

RICHTLINIEN für alle Lizenzträger im deutschen Nachrichtenwesen Nr.3. Erlassen von der amerikanischen Militärregierung am 30.9.1946. Abgedruckt in: Greuner, Reinhart. a.a.O. S.277

RICHTLINIEN für die Pressebeiräte der Länder. Abgedruckt in: Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage 1949. a.a.O. S. XI -XIV

RICHTLINIEN für ein Bundespresseggesetz. Erarbeitet vom Zonenpresserat für die britische Zone. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S. 20-23

SCHREIBEN des Zivilgouverneurs von Nordrhein-Westfalen, Asbury, vom Mai 1947 an alle Lizenzträger. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3, 1947, S.7

SELBSTEINSCHÄTZUNG von Major Huijsman auf der Verlegertagung 1947.
Abgedruckt in: Mitteilungen des Nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Ver-
eins e.V. Nr 3, 1947, S.39

STELLUNGNAHME des Zonenpresserates zur wirtschaftlichen Situation der
Zeitung in der britischen Zone vom 29.4.1949. Abgedruckt in: Die
Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a. O. S.23

STELLUNGNAHME der britischen Militärregierung zum täglichen Erscheinen
von Zeitungen. Rundfunkansprache. Abgedruckt in: Die Deutsche Zeitung
(DDZ) Nr.8. 1948. S.6

VERHANDLUNGEN des deutschen Bundestages. I. Wahlperiode. Band 9. Bonn
1951

VERORDNUNG Nr.108. Erlassen von der Militärregierung Deutschland, briti-
sches Kontrollgebiet. Abgedruckt in: Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage
1949. a.a.O. S. VIII - X

VERORDNUNG Nr.185 vom 29.4.1949. Erlassen von der britischen Militärre-
gierung. Abgedruckt in: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S.8

C. Zeitschriftenaufsätze/Zeitungsartikel

ACKERMANN, Karl: Was heißt unabhängige Presse? In: Die Zeitung. Nr.1.
1948. S.7

ARNDT, Adolf: Die Rolle der Massenmedien in der Demokratie. IN:
Schriftenreihe der deutschen Studiengesellschaft für Publizistik. Band 6.
München 1966

APELT, Fritz: Die Presse in der Ostzone. In: Handbuch Deutsche Presse.
a.a.O. S.107-110

BRANDT, Helmut: Lizenz und Presse. IN: Handbuch der Lizenzen deutscher
Verlage 1947. a.a.O. S.XI

BRAUNE, Heinrich: Massenpresse und Meinungspresse. Referat auf der
fünften internationalen Konferenz der "Internationalen Föderation der
sozialistischen und demokratischen Presse" in Wien vom 6.-8. Juli 1957.
Broschüre. Ohne Ort, ohne Jahr

BETZ, Anton: Der neue Verleger. IN: Handbuch Deutsche Presse. a.a.O.
S.81-84

BÜSSING, Erna: Warum Parteizeitungen? In: Neuer Vorwärts vom 11.12.1948.
S.2

COMMINS, Pierre: Gegen die Monopolisierung der Informationsquellen. In:
Scholz, Arno (Hrsg.): Die Freiheit des Wortes. a.a.O. S.41-49

CRON, Helmut: Für neue Verlagskonstruktionen. In: Deutscher Journalisten-
verband (Hrsg.): Das erste Jahr. Bonn 1951

DOVIFAT, Emil: Die neue deutsche Presse. In: Lizenzen-Handbuch deutscher
Verlage 1949. a.a.O.

DOVIFAT, Emil: Eine erste Pressestatistik. In: Lizenzen-Handbuch deutscher
Verlage. a.a.O.

DOVIFAT, Emil: Deutsche Zeitungstypen seit 1945. In: Zweitungsverlag (ZV)
Nr. 18. 1952. S.35 f

DOVIFAT, Emil: Die deutsche Zeitung 1953/54. In: Die deutsche Presse 1954.
Berlin 1954. S. 45-53

DR. E.H. : Politische Kredite für deutsche Zeitungen? In: Zeitungsverlag
(ZV) Nr.15. 1951. Abschnitt II. Aus deutscher Perspektive.

J.F. (Jens Feddersen): 10 Jahre Konzentration GmbH. In: Vorwärts, 2.11.56.
S. 5

- J.F.(Jens Feddersen):Ein Auftrag. In:Vorwärts 12.1.1955. S. 1
- FISCHER, Heinz-Dietrich:Parteipresse passé ? In: Der Journalist. Nr.3. 1974. Sondernummer S.37ff.
- FRANKENFELD, Alfred:Die Verteidigung der Pressefreiheit gegen wirtschaftliche und politische Gefahren. In:Der Journalist. Nr.12. 1954. S.5
- G.G.(Gleissberg): Die Situation der SPD-Presse. In:Neuer Vorwärts. 5.11.1949. S.10
- G.G. (Gleissberg):Die Schwäche der SPD-Presse. In: Die Andere Zeitung. 29.12.1955. S.3
- GROSS, Emil:Pressepolitik und Pressefreiheit.In:Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3.1947. S.1-2
- HAASE, Ingeborg:Der SPD-Konzern. In:Die Zeit. Nr.40.1964.S.29
- HARZENDORF, Fritz:Um die Zukunft einer unabhängigen Presse. In :Die Zeitung. Nr.2.1947.S.1
- HEILE, Paul:Publikum, Parteien und Presse.In:Die Deutsche Zeitung. Nr.2. 1947. S.4f
- HEINE, Fritz: Die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des Neubaus der deutschen Presse. Referat auf der Verlegertagung in Bad Meinberg vom 6.-8. 2.1947. Abgedruckt in: Mitteilungen des nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e.V. Nr.2.1947, S.5ff
- HEINE, Fritz:Pressefreiheit - für wen?.In:Neuer Vorwärts vom 16.10.1948. S.9
- HEINE, Fritz: Die Aufgaben der SPD-Presse. In:Neuer Vorwärts vom 30.12. 1949. S. 2
- HEINE, Fritz: Sozialistische Presse gestern und heute. In:Neuer Vorwärts vom 1.10.1951. S.13
- HEINEN, Fritz:Die rechtlichen und tatsächlichen Grundlagen des Neubaus der deutschen Presse. Referat auf der Verlegertagung in Bad Meinberg vom 6.-8.2.1947. Abgedruckt in: Mitteilungen des nordwestdeutschen Zeitungsverleger-Vereins e.V. Nr.2.1947. S.7
- HENNESEN, Gisbert: Monopole.Eine Antwort an Eugen Kogon. In:Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.8.1948. S. 22
- JÄNECKE, Walther: Wandlungen im Zeitungswesen. In:Zeitungsverlag (ZV). Nr.15, 1952. S.30-33
- KIESLICH, Günther:Zum Aufbau des Zeitungswesens in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945. In:Publizistik Jg.8. Nr.4. S. 274ff
- KNIPPING, Franz: Presselords der SPD. In:Neue Deutsche Presse. Nr.5. 1962. S.29ff
- KNIPPING, Franz:Die Presse der SPD. In:Neue Deutsche Presse. Nr.8.1965. S.30ff
- KOGON, Eugen:Vom Elend unserer Presse. In:Frankfurter Hefte. Nr.87. 1948. S.615ff
- KOSCZYK,Kurt:German Newspapers with socialist Tendency. In:Gazette,Leipzig No.1.1959.S.41ff
- LEISER,Ernest:Hilfe für die deutsche "demokratische"Presse. In:Zeitungsverlag (ZV).Nr.15.1951.S.12.
- MEYER, Paul:Vom Vereinsorgan zur modernen Zeitung.Die sozialdemokratische Presse im Wandel der Zeit. Beilage zum 80jährigen Jubiläum des Vorwärts. Herbst 1956. Ohne Seitenzahl (S.14)

OPPENBERG, Dieter: Lohndruckverträge - Betriebsvereinbarungen - Lohnstopp für Redakteure. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr. 4. 1947. S. 21

REUMANN, Kurt: Veränderungen im Anzeigengeschäft der deutschen Tagespresse. In: Publizistik Nr. 2-4, 1968, S. 230-274

RICHTER, Johannes: Aufgabe und Gestaltung der sozialdemokratischen Presse. Vortrag auf der Tagung sozialdemokratischer Verleger und Redakteure am 10.5.1946 in Hannover. Herausgeber: SPD, Landesorganisation Hansestadt Hamburg. Ohne Ort, ohne Jahr (Hamburg 1947)

RADEMACHER, Kurt: Parteipresse und Weltanschauungspresse. In: Die Deutsche Zeitung. Nr. 7. 1947. S. 14f

ROMBACH, Heinrich: Die neue deutsche Presse in der französischen Zone. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ). Nr. 5. 1947. S. 15

A.S. (Arno Scholz): Zum Geleit. In: Telegraf. Nr. 1. 1946. 22.3.1946. S. 2.

SCHUMACHER, Kurt: Das Zentralorgan der Partei. In: Neuer Vorwärts. Nr. 1. 1948. 1.9.1948. S. 2

STAMPFER, Friedrich: Neuer Vorwärts - alter Streit. In: Neuer Vorwärts. Nr. 1. 1948. 1.9.1948. S. 2

STOMMEN, Alfred: Lizenzen und Lizenzverfahren. In: Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage 1949. a.a.O. S. VIII

TRIESCH, Günther: Die Finanzierung der SPD. In: Die politische Meinung. 28.9.1958. S. 36 ff

VOGEL, Friedrich: Presserecht und Pressefreiheit. In: Nordwestdeutscher Zeitungsverlegerverband (Hrsg.): Handbuch Deutsche Presse. a.a.O. S. 49f

VOGEL, Friedrich: Das neue Presserecht. In: Die Deutsche Zeitung (DDZ). Nr. 3. 1947. S. 6

WAWRETZKO, Herbert: Die rechtliche Bedeutung der Lizenz. In: Lizenzen-Handbuch deutscher Verlage 1949. a.a.O. S. XV

ohne Verfasserangabe:

Die institutionelle Eigenständigkeit der Presse. In: Der Journalist. Nr. 9. 1959. S. 1

Die rechtlichen Grundlagen der deutschen Presse 1945-1949. In: Die Deutsche Presse im Neuaufbau. a.a.O. S. 12

Allein das Bundesverfassungsgericht ist zuständig. In: Der Journalist. Nr. 12. 1959. S. 2

Offener Brief an den Hochkommissar der Vereinigten Staaten. In: Der Journalist. Nr. 9. 1951. S. 13

GARIOA-Kredite für die Presse vor dem Anlaufen. In: Zeitungsverlag (ZV). Nr. 14. 1951. S. 14

Kredite an Zeitungen aus GARIOA-Mitteln. In: Zeitungsverlag. Nr. 19/20. 1950. S. 9

Kein Eigentumsrecht aus Lizenzerteilung. In: Der Journalist. Nr. 2. 1953. S. 10

Die Rechtsstellung der Parteipresse. In: Archiv für Presserecht. Nr. 14. 1956. Beilage zu ZV+ZV

Zur Krise im Zeitungsgewerbe. In: Zeitungsverlag (ZV). Nr. 7/8. 1950. S. 18

Die Rechtsstellung der Lizenzträger und Registranten auf dem Gebiet des Nachrichtenkontrollwesens. In: Der Betriebsberater. Heidelberg. September 1947. Ohne Seitenzahl.

- 77 Prozent bevorzugen die überparteiliche Presse. In:Die Zeitung. Nr.2.1946.S.12f
- Anfrage des Landtagspräsidenten Klein von Württemberg bei General Clay. In:Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.3.1948. S.8-9
- Auflagenänderungen westfälischer Zeitungen. In:Die Deutsche Zeitung (DDZ) Nr.6.1947. S.21
- Fischgericht. In:Der SPIEGEL. Nr.46.1947.S.21
- Grundprinzipien der Demokratie. In:Der SPIEGEL. Nr.36.1947.S.6
- Wahlfinanzierung. In:Der SPIEGEL. Nr.34. 1953. S.6
- Die Pfütze. In:Der SPIEGEL Nr.49. 1953. S.8
- Parteiruhm und Arbeiterzorn. In:Der SPIEGEL Nr.14.1958.S.29 f
- Dreiviertel Leiche. In:Der SPIEGEL. Nr.22.1971. S.81ff
- Stolze Denkweise. In:Der SPIEGEL Nr.4.1957. S.19f
- Geld von Genossen. In:Der SPIEGEL.Nr.19.1965. S.47ff
- "Wir müssen die SPD honorig machen". Ein SPIEGEL-Gespräch mit dem Vorstandsmitglied der SPD, Fritz Heine. In:Der SPIEGEL Nr.20.1958 S.30ff
- SPD-Presse. Machtinstrument der Partei. In:DIALOG Nr.14/1972. S.30ff

LEBENS LAUF

Am 18 April 1949 wurde ich als Sohn von Hildegard Krüger, geb. Engel, und Arnold Krüger, Bankkaufmann, in Darmstadt geboren. Von 1955 bis 1959 besuchte ich die Carl-Schurz-Schule, Grundschule in Darmstadt; ab 1959 die Georg-Büchner-Schule, Gymnasium in Darmstadt. Auf dem neu-sprachlichen Zweig legte ich 1967 mein Abitur ab.

Von 1967 bis 1971 studierte ich an der Johannes-Gutenberg Universität in Mainz Germanistik, Publizistik und Soziologie. An Sommersemester 1971 setzte ich mein Studium an der Freien Universität Berlin fort. Im Herbst 1973 bestand ich das Magisterexamen in den Fächern Publizistik, Germanistik und Soziologie mit Auszeichnung.

In den Jahren 1974 und 1975 erhielt ich ein Stipendium nach dem Graduiertenförderungsgesetz. Gleichzeitig arbeitete ich in verschiedenen Projekten am Institut für Publizistik der Freien Universität Berlin.

Von 1977 bis 1982 war ich als Assistent am Institut für Publizistik Berlin im Gebiet Kommunikationssoziologie tätig.

Seit dem 8.1.1980 bin ich mit Christraud Simeon verheiratet. Aufgrund des neuen Familienrechts habe ich den Familiennamen meiner Frau bei der Eheschließung angenommen.

